



Tu BiSchvat – Der jüdische Tag des Umweltschutzes und der Bäume

Im modernen Israel ist Tu BiSchvat ein nationaler Feiertag

SEITE 48

Das Zyklon B kam mit den Wagen des Roten Kreuzes

Über die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945

SEITE 32-33



Wie Anetta Kahane in der DDR Juden denunzierte

Eine Täterin der SED-Diktatur wurde zur „Hüterin der Demokratie“ auserkoren

SEITE 9



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

das mehr als ungewöhnliche Corona-Jahr 2020 ist vorbei. Es soll wohl auch einzigartig bleiben, denn nun soll ja nun wohl breitest geimpft werden. Begonnen hat man damit ja bereits. Und danach sollen wir ja wieder zur Normalität zurückkehren.

Klingt gut, wenn es auch den Anschein hat, dass das mit der Normalität nicht so einfach gehen wird und vieles von der Vor-Corona-Normalität von unserer missionierenden, nach links und grün von jedem gesunden Menschenverstand abgedrifteten Systemchange-Politik gegen unsere westlichen Werte gar nicht mehr gewollt wird. Außerdem ist einfach zu viel Schaden entstanden und verursacht worden – gesundheitlich ohnehin, aber auch ganz sicher politisch und wirtschaftlich.

Und man muss wirklich kein Corona-Leugner sein (der Verfasser ist es definitiv nicht), um festzustellen, dass Corona auch Gewinner kennt. Nicht nur der Online-Handel hat profitiert. Auch für die bei den letzten Wahlen vor allem für ihren politischen Vollaussfall in Sachen innere Sicherheit und für ihre suizidale, über die Belastungsgrenze unseres Staates hinausgehende Einlasspolitik für Integrations-unwillige, vornehmlich islamische Demokratie- und Rechtsverachtung mit einem verdienten historischen Stimmenverfall abgestraften Parteien des Wahlverlierer-Bündnisses ist das kleine durchaus istige und gefährliche Virus aus China ein ebenso unerwarteter wie unverdienter Lottogewinn und eine Rettung in letzter Not.

Ihre Freude über das unverhoffte Corona-Glück lässt sich trotz Geschehens-betroffener Miene kaum übersehen. Jedenfalls haben sie ganz offensichtlich hinter der plakativ Sorgen-umwölkten Stirn längst Gefallen gefunden an dem neuen Machtzuwachs, den ihnen Covid-19 geschenkt hat.

Wie fast jeder unverdient vom Glück Geküsste sind sie dabei auch schon längst dem Trugbild erlegen, dass sie dieses Glück etwa ihren eigenen Fähigkeiten verdanken oder es gar tatsächlich verdient hätten.

Nur folgerichtig, dass sie den Corona-Machtzuwachs als Freibrief benutzen, um alles auszublenden, was sie – verdeckt durch Corona – nicht nur nicht zu lösen beabsichtigen, sondern durch ihre wie eh und je verfehlte Politik häufig sogar verschärfen.

Den Jahreswechsel zum Jahr 2021, haben Sie alle trotzdem hoffentlich friedlich und fröhlich und vor allem wohlbehalten und ohne Infektion oder sonstige Vorkommnisse überstanden.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Regierungswechsel in den USA: Joe Bidens dubiose Geldgeber



Von Daniel Greenfield

Die Liste der Spendensammler, die es geschafft haben, mindestens 100.000 Dollar für Biden zu sammeln, enthält einige der üblichen demokratischen Politiker und großen Parteispender, zusammen mit manch anderen Namen.

Zum Beispiel den von Jamal Abdi.

Abdi ist der geschäftsführende Direktor von „NIAC Action“ und der ehemalige Politikdirektor des „National Iranian American Council“, oft als die Iran-Lobby schlechthin bezeichnet.

Was ist die NIAC?

„NIAC Action“ ist der Lobby-Arm der NIAC, und obwohl er behauptet die persische Diaspora in Amerika zu vertreten, haben iranische Amerikaner ihm vorgeworfen, die Argumente des iranischen Regimes zu verbreiten. Mitglieder der demokratischen Opposition gegen das islamistische Regime haben sogar geholfen, den Hashtag #niaclobbies4mullahs über Twitter zu verbreiten, der bis zu 300.000 Mal getwittert wurde.

„Der NIAC gibt vor, die Interessen von Iranern zu unterstützen, die sich in den USA aufhalten, aber in der Praxis zielt er darauf ab, die Interessen der Islamischen Republik zu schützen“, sagte Shervan Fashandi, ein Mitglied der Opposition gegen das Regime.

Anfang des Jahres hatten Senator Ted Cruz und Senator Tom Cotton einen Brief an das US-Justizministerium geschickt, in dem sie auf eine Untersuchung von „NIAC“ und „NIAC Action“ drängten, weil sie gegen FARA (Der Foreign Agents Registration Act – zu deutsch: Registrierungsgesetz für Auslandsvertreter – ist ein US-Gesetz, das vorschreibt,

dass Personen, die in den USA politisch oder semi-politisch für ausländische Rechtspersonen tätig sind, diese Tätigkeit anmelden, dokumentieren und genehmigen lassen müssen) verstoßen haben, indem sie Lobbyarbeit für ein fremdes Land betrieben, ohne sich offiziell als ausländische Agenten zu registrieren. In dem Brief hieß es: „Die Beziehungen des NIAC zum iranischen Regime und seine Rolle bei der Verstärkung der Regimepropaganda in den Vereinigten Staaten sind seit Jahren Gegenstand von Diskussionen in Washington D.C.“

Der Iran ist ein islamischer Terrorstaat, der für die Ermordung von Amerikanern auf der ganzen Welt verantwortlich ist.

Bidens Pro-Iran-Lobbyismus

Joe Biden ist kein Unbekannter für die Iran-Lobby. Er hatte die islamische Machtübernahme im Iran gefeiert. Während der iranischen Geiselkrise war er gegen die Rettung der amerikanischen Geiseln und forderte ein Ende der pro-demokratischen Sendungen in den Iran und die Aufnahme des Terrorstaates in die WTO.

Anfang des Jahrhunderts hatte er auch beträchtliche Geldsummen gesammelt und eine Veranstaltung für den „American Iranian Council“ geleitet, dessen Gründer für die Präsidentschaft des Irans kandidiert hatte.

Nach dem 11. September schlug Biden vor: „Dies wäre ein guter Zeitpunkt, dem Iran einen Scheck über 200 Millionen Dollar zu schicken, ohne Bedingungen.“

Im Jahr 2007 warnte Biden, dass, wenn Präsident Bush Maßnahmen ergreife, um den Iran zu stoppen, er ihn impeachen würde.

Ein Jahr später sagte er den Israelis, sie

müssten das iranische Atomprogramm akzeptieren.

Ein Sprecher des Koordinationskomitee der Studentenbewegung für Demokratie im Iran warnte, dass Bidens Kampagnen „von islamischen Wohltätigkeitsorganisationen des iranischen Regimes mit Sitz in Kalifornien finanziert wurden.“

Nun, da Amerika mit der Pandemie kämpft, beeilte sich Biden, einen Plan vorzuschlagen, nicht um Amerikanern zu helfen, sondern um dem Iran zu helfen, „Kanäle für das Bankwesen effizienter zu machen“ und US-Sanktionen zu schwächen.

„NIAC Action“ unterstützte Biden und scheint eine Menge Geld für ihn gesammelt zu haben. Was erwartet NIAC im Gegenzug? In seiner offiziellen Bestätigung behauptete der NIAC, dass Biden eine „eiserne Verpflichtung“ eingegangen sei, zum Iran-Deal zurückzukehren. Das würde es dem Iran erlauben, sein Atomprogramm weiterzuentwickeln und ihm einen kontinuierlichen Geldfluss für den internationalen Terrorismus verschaffen.

Ein Artikel, der von Abdi, einem von Bidens größten Geldgebern, mitverfasst wurde, warnte, dass „die USA angesichts ihrer eigenen verminderten Glaubwürdigkeit und des zunehmenden nuklearen Einflusses des Iran weniger Druckmittel haben, um Zugeständnisse von Teheran zu erhalten.“

All dies kommt, wie das FBI feststellte, während iranische Hacker gezielt auf Regierungs-Websites losgehen in einer „bewussten Anstrengung, die US-Präsidentschaftswahlen 2020 zu beeinflussen und zu stören.“

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀ Fortsetzung von Seite 1

Regierungswechsel in den USA: Joe Bidens dubiose Geldgeber

Die Liste der Spender für Joe Bidens Wahlkampf liest sich wie ein wahres Gruselkabinett islamischer und israel-feindlicher Einflussgruppen.

Seine Hacker schickten auch bedrohliche gefälschte „Pro-Trump“-E-Mails an Wähler in Florida, unter anderen Staaten, mit der Warnung, „Sie werden am Wahltag für Trump stimmen oder wir werden auf Sie losgehen.“

Die Aktion war von den Iranern offensichtlich dazu gedacht, die Biden-Harris-Kampagne zu unterstützen.

Wäre Präsident Trump der Nutznießer von 100.000 Dollar oder mehr in bar, einer Wahlbeteiligungsoperation, Hacking-Angriffen, und anderen Formen der Wahlmischung aus den Netzwerken rund um einen feindlichen Staat, würden wir davon hören. Da der Profiteur von alledem Biden ist, wird die Geschichte unter den Teppich gekehrt.

Doch Abdi ist nicht der einzige beunruhigende Name auf der Liste der größten Spender von Biden.

Pakistanische Wählerarbeiter

Ein weiterer Name ist Ijaz Ahmad.

Ahmad ist der Chef des „American-Pakistani Political Action Committee“ (APPAC), der sich damit gebrüstet hatte, vom pakistanischen Außenministerium als das „wahre Gesicht Pakistans“ anerkannt zu sein.

APPAC ist militant gegen Indiens Versuche, dem pakistanischen Terrorismus Einhalt zu gebieten, und Biden hat ihm gerne nachgegeben, indem er Indien angriff und seine Unterstützung für islamische Ansprüche auf Kaschmir zum Ausdruck brachte.

„Wir begrüßen die politische Erklärung von Herrn Biden zur Unterstützung der Menschen im besetzten Kaschmir sehr“, erklärte Ahmad.

„Niemand zuvor hatten wir so viele Muslime in einer einflussreichen Position in einer Präsidentschaftskampagne“, sagte Biden und zitierte einen Hadith.

APPAC merkte an, dass es 320.000 Dollar für Biden aufgebracht hatte, einschließlich 120.000 Dollar von Ahmad.

Tahir Javed, ein Kandidat, der von AP-

PAC unterstützt wird, ist ebenfalls als Biden-Spender aufgeführt. Ebenso wie Asif Mahmood, der für den Posten des Vizegouverneurs von Kalifornien kandidierte und dafür 1 Million Dollar aufbrachte, dann für den Posten des Versicherungsbeauftragten des Staates, bevor er von Newsom in die Ärztekammer berufen wurde.

Pakistan ist ein islamischer Terrorstaat und ein Feind der Vereinigten Staaten, der Osama bin Laden beherbergte. Die Bin-Laden-Razzia, die Biden ablehnte, zielte auf eine pakistanische Militärstadt.

Es ist zutiefst beunruhigend, dass Biden anscheinend nichts aus dieser Erfahrung gelernt hat.

Muslimbruderschaft und Soros

Ein weiteres Mitglied der islamischen Lobby im sechsstelligen Biden-Fundraiser-Club ist Wa'el Alzayat, der Chef von Emgage. Es wurde festgestellt, dass Emgage Teil eines Netzwerks von Organisationen der Muslimbruderschaft ist, und verschiedene Figuren in Emgage haben Verbindungen zu islamischen Terrorgruppen.

Ein weiterer Biden-Spender ist Amed Khan, ein Mitglied eines Beirats für die International Crisis Group, die von George Soros gegründet wurde. In einem Leitartikel für das Quincy Institute, einer von Soros finanzierten Antikriegsgruppe, machte Khan Amerikas Angriffe auf die Taliban und Al-Qaida in Afghanistan sowie die Sanktionen gegen das narkosozialistische Maduro-Regime in Venezuela für das Flüchtlingsproblem verantwortlich.

Hamas

Ein weiterer der Spender auf der Liste ist Hady Amr, Obamas stellvertretender Sondergesandter für israelisch-„palästinensische“ Verhandlungen, der Artikel mitverfasst hat, in denen er einen Hamas-Deal fordert.

Amr war der Gründungsdirektor des Brookings Doha Center in Katar. Der islamische Terrorstaat Katar hat Brookings dominiert und ist ein wichtiger Unterstützer der Bruderschaft und der Hamas.

Doch der auffälligste Spender auf der Liste der sechsstelligen Beträge dürfte Mohammed Soltan sein.

Soltan ist der Sohn des Muslimbruderschafts-Klerikers Salah Soltan. Salah hatte in Fernsehauftritten behauptet, dass Menschen auf der ganzen Welt „nach dem Blut der Juden dürsten“, und prophezeite: „Eines Tages werden die USA mehr Tote erleiden als alle, die in diesem dritten Gaza-Holocaust getötet wurden. Dies wird bald geschehen.“

Mohammed Soltan behauptete, dass er von Ägyptens neuer Regierung gefoltert wurde, die das brutale Regime der Muslimbruderschaft von der Macht entfernt hatte. Während es nicht sicher ist, dass der Mohammed Soltan auf der Biden-Spenderliste derselbe Mann ist, lebt Soltan in Fairfax, Virginia.

Während Soltan bestritten hat, dass er mit der Muslimbruderschaft verbunden ist, diente er als Präsident der Muslim Student Association an der Ohio State University. Die MSA wurde von Mitgliedern der Muslimbruderschaft ins Leben gerufen. Er war auch ein Redner bei einer Konferenz von „Amerikanische Muslime für Palästina“ (AMP). Die AMP wurde mit der Muslimbruderschaft und der Hamas, einem Terrorarm der Bruderschaft, in Verbindung gebracht.

Soltan hat Botschaften gepostet, in denen er die Bruderschaft und die Hamas lobt und die „Ikhwan“ oder Bruderschaft als die „Schule, die erstaunliche Freiheitskämpfer hervorbringt“ beschreibt, wie ein Hamas-Führer.

In einem Tweet an den IDF-Sprecher erklärte Soltan, die Terroristen seien Löwen, die „Euch zionistische Schweine vernich-

ten“ würden.

Ein Video zeigt ihn, wie er den „Khaybar“-Gesang anleitet, der zum Mord an Juden aufruft.

Joe Biden hatte seine Unterstützung für Soltan namentlich getwittert, und der islamistische Unterstützer hatte sich persönlich bei ihm bedankt, nachdem die Obama-Regierung ihm geholfen hatte, der ägyptischen Justiz zu entkommen.

Es ist verständlich, warum die Biden-Kampagne bis jetzt nicht wollte, dass die Amerikaner eine Liste seiner Top-Spender sehen. Die Liste enthält beunruhigende Namen, Lobbyisten und Figuren, die mit islamistischen Terrororganisationen und Regimen vom Iran über Pakistan bis zur Muslimbruderschaft in Verbindung stehen.

Die Anwesenheit so vieler islamistischer Spender zeugt nicht nur von ihrer Entschlossenheit, Einfluss in einer Biden-Regierung zu erkaufen, sondern auch von Bidens Eifer, Amerika zu verraten. Diese Spenden sind der Höhepunkt von Bidens jahrzehntelanger Anbiederung an den Iran, an Pakistan und an die Muslimbruderschaft. Dies sind die Zahlen in kaltem, hartem Geld, für die Biden Amerika verrät.

Die Spenderliste zeigt, dass Biden den Iran, Pakistan und die Muslimbruderschaft unterstützen wird. Islamische Terroristen werden gedeihen und Amerikaner und freie Menschen auf der ganzen Welt werden durch ihre Hände sterben.

Die Biden-Kampagne wird von Unterstützern des islamischen Terrorismus finanziert, weil sie den Terror unterstützt.

Daniel Greenfield, ein Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist ein investigativer Journalist und Autor, der sich auf die radikale Linke und den islamischen Terrorismus konzentriert.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Das ist keinesfalls mehr selbstverständlich und geht auch nur noch bedingt in unserer vormals so friedlichen, lebens- und liebenswerten, säkularen, Religions-toleranten und Religions-getrennten Nachkriegs-geläuterten Bundesrepublik Deutschland, die sich nunmehr ohne jede äußere Not von Jahr zu Jahr mit nicht nur zunehmender Geschwindigkeit, sondern mit wachsender Beschleunigung selbst abschafft und entleibt.

Von ihrer bislang weltweit bewunderten und beneideten Lebensart, ihren demokratischen Grundwerte, ihrem freiheitlichen egalitären Rechtssystem und ihrem überaus erfolgreichen liberalen Marktwirtschafts-Modell bleibt dank der gegenwärtigen, offensichtlich von jedem letzten Funken politischer Vernunft und gesunden Menschenverstandes verlassenen hiesigen Politik zunehmend weniger übrig.

Dazu kommt auch im hinter uns liegenden Jahr der geradezu allgegenwärtige Tsunami an quasi trotz Corona in Serie gegangener Gewalt auf den Straßen und öffentlichen Räumen unserer Städte – ein Phänomen, von dem vor allem (bewerte man es wie man wolle) diejenigen Gegenden und Staaten weitestgehend verschont bleiben, in denen es, um es neutral auszudrücken, dank der dortigen Politik keinen signifikanten

islamischen Bevölkerungsanteil gibt, sei es beispielsweise Osteuropa oder etwa auch Japan.

Kaum nötig zu erwähnen, dass auch hier wieder der Zusammenhang mit der Unkultur der von unserer ausgerechnet an dieser Stelle ideologisch zahnlosen Justiz leichtgemachten islamischen Rechtsverachtung und rassistischen islamischen Gewalt gegen alle und jeden,

„Das jüdische Leben wird ganz besonders in den letzten Jahren der Merkel-Regierung bis zur steigenden Verunmöglichung durch deutlich zunehmende, hauptsächlich Islam-generierte Anfeindung zumindest schwieriger und unsicherer.“

besonders aber gegen die Juden entgegen besserem Wissen krampfhaft und dogmatisch von unserer linken Politik und ihren bestens alimentierten Staats-Medien geleugnet oder zumindest kleingeredet wird. „Früher war einfach weniger Messer“, titelte einer unserer Autoren seinen Artikel in einer unserer

Ausgaben.

Dabei ist für jeden, der diese Erkenntnis nicht vorsätzlich erblindet verweigert, vollkommen offensichtlich: Es ist genau die Vernunft-verlassene Politik unserer Regierung und ihrer Staats-gelenkten medialen und sonstigen Unterstützer, die nicht nur den jüdischen Bevölkerungsanteil, sondern uns alle in diese unseren Lebensalltag zunehmend

negativ beeinträchtigende Situation gebracht hat.

Die falsche Entscheidung deutscher Wähler für die Grünen

Aber was soll's, ganz andere Probleme scheinen neben Corona den deutschen Wähler mehr zu beschäftigen.

Dank Corona verzichtet er sogar darauf, die Strukturauflösungs-Politik, der ursprünglich kaum noch von einem Drittel der Wahlberechtigten gewählten KleiKo endgültig und nachhaltig abzustrafen, sondern verschafft ihr und ganz besonders der „grünen Verbote für alles außer für ihr eigenes Wohlergehen“-Partei sogar wieder Stimmenzuwächse – gerade rechtzeitig für das anbrechende Bundestags-Wahljahr. Nun ja, der deutsche Wähler hat ja bereits in der Geschichte ein seltenes Gespür für die falschen Entscheidungen bewiesen. Eine asiatische Redenswendung sagt dazu sinngemäß – einmal betrogen zu werden, ist Schuld des Betrügers. Ein weiteres Mal betrogen zu werden ist Schuld des Betrogenen. Jedes Wahlvolk erhält die Regierung, die es verdient.

Der weitere Niedergang unserer bereits deutlich beschädigten wundervollen westlichen Wertewelt schreitet mit sichtbarem Erfolg voran.

Happy New Year 2021! Wir sollten alle versuchen das Beste draus zu machen – die mit diesem Jahr ebenfalls eingeleitete Dekade der alles andere als Roaring Twenties dieses Jahrhunderts wird voraussichtlich noch weit schlimmer werden als die soeben hinter uns gelassenen Zehner-Jahre.

Fortsetzung auf Seite 12 ▶▶

Die Illusion von der Deradikalisierung

Die Opfer des islamischen Attentäters von Wien sind auch Opfer gewollter positiver Beurteilungen und der ideologischen Ausrichtung von Gutachtern und Richtern, die den Täter trotz Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorzeitig aus der Haft entlassen haben.

Von Eugen Sorg

Vor wenigen Wochen richtete der 20-jährige Kujtim Fejzulai in Wien ein Blutbad an. Ausgerüstet mit einem Sturmgeschütz, einer Handfeuerwaffe, einer Machete und einer Sprengstoffatmosphäre zog er durch die Innenstadt, tötete vier ihm zufällig über den Weg laufende Menschen und verletzte 23 zum Teil schwer. Das eiskalt durchgeführte Morden dauerte neun Minuten, bis der wie ein Todesengel weiß gewandete Fejzulai von Sicherheitskräften erschossen wurde. Der junge Österreicher mit albanischen Wurzeln war ein Anhänger des Islamischen Staates (IS) und hatte noch am Morgen der Tat ein Treuegelöbnis zum Kalifen des IS auf Instagram gepostet.

Fejzulai war den Behörden bekannt. Er war im April 2019 von einem Wiener Gericht zu 22 Monaten Gefängnis wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation verurteilt worden. Er hatte sich dem IS anschließen wollen, war aber auf dem Weg nach Syrien in der Türkei verhaftet und nach Österreich zurückgeschafft worden.

Nach knapp acht Monaten kam er bereits wieder frei. Er hatte sich vor Gericht reuig gezeigt. Er sei leider schon früh in die „falsche Moschee“ geraten. Und er gab an, dass er sich beim IS lediglich „ein besseres Leben“ erwartet habe. „Eine eigene Wohnung, ein eigenes Einkommen.“ Ein typischer „Jugendlicher“ eben, fasste sein Anwalt zusammen, „der seinen Platz in der Gesellschaft gesucht hat.“ Wer könnte ihm deswegen einen Vorwurf machen?

„Keine Hinweise auf die bevorstehende Bluttat“

Als auch noch ein psychologischer Gutachter eine günstige Sozialprognose stellte, stand der vorzeitigen Entlassung nichts mehr im Wege. Auflage war, dass Fejzulai weiterhin an einem Deradikalisierungs-Programm teilnimmt, das er bereits im Gefängnis begonnen hatte, veranstaltet von einer NGO mit dem imponierenden Namen „DERAD – Netzwerk sozialer Zusammenhalt für Extremismusprävention, Dialog und Demokratie.“

Der Zwanzigjährige erschien pünktlich zu den Sitzungen und Workshops. Er „veränderte sich“, stellte sein DERAD-Betreuer fest, und entwickelte „starke Zweifel am eigenen rechten Glauben.“ Der letzte Zwischenbericht von DERAD an die Justiz, abgefasst einen Monat vor dem Terroranschlag, gab weitere Entwarnung. Fejzulai sei „gemäßigter“ als andere „Klienten“ im Deradikalisierungs-Programm. Er lehne gemäß eigener Aussage Demokratie und Rechtsstaat nicht grundsätzlich ab. Und der Gründer von DERAD, der Extremismus-Experte und Fachmann für „interreligiöses Lernen“, Moussa Al-Hassan Diaw, bilanzierte, es habe „keine Hinweise auf die bevorstehende Bluttat gegeben.“

Fejzulai hatte sie alle getäuscht – die Richter, Psychologen, Sozialpädagogen, die Gewaltexperten, die Terroranschlagsverständigen. Er kooperierte scheinbar ernsthaft an den vierzehntäglichen Deradikalisierungs-Treffen mit seinem Betreuer, „nie emotional und aufbrausend“, während er gleichzeitig



Gedenken an das islamische Attentat in Wien vom 2. November 2020

Kontakte zu anderen Radikalmuslimen in halb Europa pflegte. Er versuchte, in der Slowakei Munition für seine Kalaschnikow zu beschaffen, pumpte seinen Körper mit Gewichtstraining zur Kampfmaschine auf, posierte schwerbewaffnet und entschlossen vor der Kamera und stellte die Bilder ins Netz. Er hatte gegenüber den Autoritäten den einsichtigen, suchenden Jugendlichen gegeben und war in Wirklichkeit ein todesbereiter Krieger des Kalifats.

Wie ist es möglich, dass ein halb-wüchsiger Schulabbrecher mit einem archaischen Weltbild aus dem siebten Jahrhundert eine ganze Phalanx akademischer Spezialisten und Stützen der Gesellschaft hinter Licht führen konnte? War er besonders raffiniert oder schlau?

Die Aussicht auf strafloses Töten entfesselt die Triebe

Dies war nicht nötig. Die mit ihm befassten Instanzen machten ihm die

Maskerade leicht. Gemäß Extremismus-Experte und DERAD-Gründer Diaw reisen junge Männer zum IS, weil sie „Identitätsprobleme“ haben, um zu „helfen“, aus „Neugierde“, um „etwas Sinnvolles“ zu tun und weil sie sich „als muslimische Menschen abgelehnt fühlen.“ Sie sind Opfer der Umstände, orientierungslos wie ausgesetzte Hundewelpen. Fejzulai erzählte den Richtern und Betreuern lediglich, was sie hören wollten. Und um dies herauszufinden, musste man kein Genie sein.

Der flache Psychologismus der Deradikalisierer kennt keine Kategorie des Bösen, der Verworfenheit, der Sünde. Er ist blind für die Motive der Grausamkeit, des Blutdurstes, für das Geheimnis von Fejzulai. Die aus der halben Welt ins Kalifat geeilten Gotteskrieger waren keine Identitätstouristen. Sie beflügelte die Aussicht auf strafloses Töten, auf moralische Entgrenzung, auf Entfesselung der Triebe. Die Kopfungsvideos, die Nachrichten von der

Frauenversklavung, das Theater eines sakralen Todeskultes hatten sie erregt. Und sie waren schuldig geworden, indem sie aus eigenem Entscheid den Kräften des Chaos und der Antizivilisation nachgegeben hatten, die in den Herzen aller Zivilisierten lauern.

Die Idee der „Deradikalisierung“ verhilft vielen Sozialberuflern und Vereinen wie DERAD in ganz Europa zu lukrativen Staatsaufträgen. Die Gesellschaft muss nüchtern untersuchen, ob deren Arbeit etwas nützt oder ob eine gefährliche Illusion finanziert wird. Der Fall Fejzulai ist nicht der einzige, bei dem Menschen tragisch starben, weil sogenannte Experten eine tödliche Gefahr systematisch verkannt hatten. Und es geht auch um die grundsätzliche Frage, wie sich eine freie Gesellschaft gegen deren Feinde wehrt. Es gibt unzählige weitere Fejzulais.

Zuerst erschienen in der Zürcher „Weltwoche“

Den Grünen kann es egal sein, wer unter ihnen regiert

Die Grünen sitzen mittlerweile dank des historisch bereits nachgewiesenen Instinkts des deutschen Wählers für die falschen Politiker so fest im Sattel, dass selbst der Ministerpräsident eines CSU-geführten Landes bemüht ist, es den Grünen rechtzumachen und ihren irrwitzigen Wünschen nach der Deindustrialisierung Deutschlands nachzukommen.



Von Klaus-Rüdiger Mai

Das grüne Führungs-Duo aus Annalena Baerbock und Robert Habeck hat gut lachen: Nahezu alle anderen Parteien bewegen sich in ihre ideologische Richtung. Als sich CDU-Abgeordnete in Sachsen-Anhalt dem grünen Wunsch nach GEZ-Erhöhung widersetzten, wurden sie ermahnt - von der CSU!

Die Merkel-CDU und die Söder-CSU treibt nur noch die Leidenschaft an, sich als Erfüllungsgehilfe, vielleicht sogar als williger Handlanger der Grünen zu erweisen. Den Grünen ist es letztlich egal, ob die Koalition schwarz-grün oder grün-schwarz heißen wird, grün wird sie auf jeden Fall sein, ob die Grünen den Kanzler stellen oder sie dem Kanzler die Aufgaben stellen.

Parallel zum gemeinsamen „Spiegel“-Gespräch von Robert Habeck und Markus Söder bekräftigte Annalena Baerbock in einem „Kanzler*innen“-Interview mit der „taz“ den Regierungsanspruch der Grünen. Fazit: die CDU ist ganz honett, aber nicht mehr auf der Höhe der Zeit, aber das muss der CDU/CSU keine Sorgen bereiten, dafür gibt es ja die Grünen, um ihr zu sagen, wo es ideologisch lang geht und wie man eine Volkswirtschaft am schnellsten zerstört. In dieser Frage sind die Grünen sehr, sehr deutsch, nämlich gründlich und prinzipiell-was geschieht muss total geschehen.

Um den „Kohleausstieg bis zum Ende dieses Jahrzehnts“ zu realisieren, ohne dass Industrie und Privathaushalte mit stromlosen Perioden rechnen müssten, ist „fünfmal so viel Windkraft an Land“ zu „bauen wie jetzt“, erklärt die Politikerin, die Kobalt nicht von Kobolden zu unterscheiden weiß und glaubt, dass das Netz der Speicher sein könnte. Wenn man einmal nachrechnet, wie viele Windkraftparks für fünfmal so

viel Windkraft nötig sein werden, weiß man, wie viele Wälder und Arten die Beschützer der Wälder und Artenvielfalt zu vernichten sich bereifinden, um aus den EEG-Millionären EEG-Milliardäre zu machen, denn fünfmal so viel Windkraft bedeutet zehnmals so viel an Profit für die Windkraftanlagenproduzenten und Windkraftparkbetreiber und zehnmals höhere Kosten für die deutschen Steuerzahler. Das energiepolitische Programm der Grünen ist unsozial, es macht Energie zum Luxus.

Bob Dylan wusste schon: „The answer my friend is blowing in the wind.“ Wenn der Wind weht, werden die Deutschen kochen, Fernsehschauen oder am Computer arbeiten, wenn nicht, dann dürfen sie sich im Dunkeln auf die Schulter klopfen, dass sie kochen, Fernsehschauen oder am Computer arbeiten für das Klima opfern.

In der den „Klimaschützern“ eigenen Liebe zur Transparenz will man in der Novellierung des EEG die Energiepreise deckeln, um in der Bevölkerung Akzeptanz für den Weg ins energiever-sorgerische Nirwana zu erwecken, in dem die Mehrkosten direkt vom Staat aus dem Steuersäckel beglichen werden sollen. Die CO₂-Steuer macht es möglich. Der Bürger zahlt in jedem Fall, er darf es nur nicht merken. Was ihm nicht aus der linken Tasche wird ihm link aus der rechten Tasche genommen.

Da selbst Annalena Baerbock noch

irgendwie schwant, dass man zumindest den Rotorenabstand zwischen den Windkraftanlagen einhalten muss und Windenergie allein nicht den Energiebedarf eines Landes decken kann, das zudem sich der E-Mobilität auf Gedeih und Verderb anheimgibt und sich der Digitalisierung öffnet, will sie ganz konkret „jedes Jahr eine Million Solaranlagen auf die Dächer bauen und vieles mehr.“ Auf „viele mehr“ darf sich der deutsche Bürger besonders innig freuen. Was die Solaranlagen betrifft, strahlt die Grüne ein geradezu wilhelminisches Selbstbewusstsein aus, denn die Forderung nach „einer Million Solaranlagen“ jedes Jahr klingt doch sehr nach dem Motto: „Ich kenne keine Häuser mehr, ich kenne nur noch Dächer.“ Da darf man dann auch nicht zimperlich sein, denn diese Dächer haben, dem Gemeinwohl zu dienen.

Annalena Baerbock verkündet hemdsärmelig im Interview: „Wo dieses Recht den Klimazielen entgegensteht, muss man es ändern.“ Beispielsweise Eigentumsrechte?

Die Mochtegerkanzlerin Baerbock ordnet alles der Erreichung des ominösen Klimaziels unter. Das Klimaziel wird zum „Kult des Höchsten Wesens“ erklärt und wer sich diesem Kult verweigert, verrät sich als Feind des Gemeinwohls und darf aus ethischen Gründen bestraft werden. Denn das Klimaziel ist Gemeinwohl und das Ge-

meinwohl ist Klimaziel. Wie auf einer Parteitagung der SED oder der KPdSU dekretiert Baerbock: „alle Sektoren müssen liefern.“

Widerstand wird mit Steuern gebrochen

Das heißt: ab 2030 sollen nur noch „emissionsfreie Autos“ zugelassen werden, also E-Autos, deren Energiebilanz schlechter als die Energiebilanz eines Benziners ist. Wer will in dieser Angelegenheit jedoch pingelig sein, schließlich ist das Klimaziel Gemeinwohl und das Gemeinwohl ist Klimaziele. Die sich dann immer noch nicht bereifinden, ihren Benziner aufzugeben, wird man mit dem Steuerrecht zwingen. Und wer sich kein E-Mobil leisten kann, der muss dann eben zu Fuß gehen.

Autobahnen sollen nicht mehr gebaut werden, Flugzeuge keine Kurzstrecken mehr fliegen, alles Geld hat in den Ausbau der Bahn zu fließen. In Baerbocks Welt wird der steigende Strombedarf der Bahn aus der Windenergie gedeckt. Die wacker drehenden Rotoren sollen auch die vielen Ladestationen für die E-Autos versorgen. Möglich, dass es zu tagelangen Verspätungen im Zugverkehr kommen wird, weil gerade kein Wind weht und die Sonne nicht scheint und auch „viele andere“ gerade pausiert, was macht das schon, schließlich wäre das nur ein kleines Opfer, das dem Höchsten Wesen, dem Klimaziel, des-



Die Grünen als nützliche Idioten: Die Chinesen und ihr Präsident Xi Jinping können sich über die Selbst-Deindustrialisierung Deutschlands nur freuen.

sen Kult Staatsreligion geworden sein wird, darzubringen ist.

Baerbock will „Alternativen schaffen und Geld dafür mobilisieren“. Mobilisieren heißt, dem Steuerzahler abpresen und dessen Kinder und Kindeskinde über beide Ohren zu verschulden – vielleicht durch „ewige Anleihen“, wie es George Soros bereits vorgeschlagen hat. Neue Ölheizungen will Baerbock nicht mehr zulassen – und auch hier wird das Recht wieder helfen, den

Widerstand derjenigen, die Ölheizungen besitzen, zu brechen.

Die Grünen-Chefin will auch die Fleischproduktion deutlich senken und gesteht Bauern nur noch 2 Kühe pro Hektar zu. Für Konzerne kein Problem, für Bauern schon. Auch das kein Problem in Baerbocks Welt: wo Klima gerettet wird, fallen eben Bauern.

So wird wie schon die Energie auch Fleisch zum Luxus, zu einem Luxus, den sich dann nur noch die reiche Wählerschaft der Grünen leisten wird können. Und die anderen? Die anderen existieren in Baerbocks brave, new world nicht. Keine neoliberale Partei hat bisher so unsozial gedacht wie die Grünen. Die Aussage: „Jeder soll Fleisch essen, wann er möchte, aber Umwelt, Klima und Tiere müssen geschont werden“ besitzt den intellektuellen Wert der Aussage, dass das Netz der Speicher wäre.

Baerbock glaubt tatsächlich, dass das „Aus für Ölheizungen ... zu einem Technologieschub bei erneuerbaren

Heizsystemen führen“ wird. Man kann erneuerbare Heizsysteme, Heizsysteme aus Wind und Sonne, aus Schall und Rauch? Bisher existiert m.W. „kein einziges erneuerbares Heizsystem“, stattdessen gibt es nur Heizsysteme, die mit erneuerbaren Energien arbeiten, wobei es vielen Heizsystemen, wenn sie bspw. wie Wärmepumpen auf Strombasis arbeiten, gleichgültig ist, ob sie mit Öko- oder Atomstrom angetrieben werden.

CSU als Steigbügelhalter der Grünen

Nach dem die CDU und die CSU sich zum Steigbügelhalter der Grünen gemacht haben, lassen die Grünen nun alle Hemmungen fallen und bekennen sich zu dem, was sie sind, eine Verbotsparterie zu sein. Annalena Baerbock sagt es offen: „Der Vorwurf der Verbotsparterie hat mich nie getroffen.“ Schließlich können Verbote „sehr positive Folgen haben“. Ginge es nicht um Deutschland, um den Wohlstand dieses Landes, wäre die Vorstellung der Grünen-Chefin, geradezu putzig zu nennen.

Denn die stellt sich die neue, schöne Baerbock Welt so vor: Die Grünen – aus ethischer Machtvollkommenheit – verbieten das Autofahren, das Fleischessen, das Fliegen, das Produzieren von Produkten, die keine Zustimmung vom grünen Wohlfahrtsausschuss erhalten – und die Ingenieure und Techniker setzen sich auf den Hosenboden und eins, zwei, drei erfinden sie etwas im Handumdrehen, dass das Autofahren, das Fleischessen, das Fliegen ersetzt, etwas, das den Wind antreibt zu blasen und die Sonne ermuntert zu strahlen – und basteln „viele mehr“.

Das gesamte Leben in Deutschland wird bedingungslos Baerbocks Klimadiktatur unterstellt, denn:

„Wer heute noch nicht begriffen hat, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland den Bach runtergeht, wenn nicht alle Bereiche klimaneutral werden, kann in einem führenden Unternehmen oder in der Politik keine Verantwortung tragen.“

Wer das nicht begriffen hat und es nicht wie ein Glaubensbekenntnis stets vor sich hinmurmelt, darf dann bald auch nicht mehr schreiben, darf nicht mehr verlegt, darf nicht mehr gesendet werden, dem wird es verboten, Lehrer

oder Straßenbahnfahrer zu werden – und wählen darf der auch nicht mehr, weil ihm die staatsbürgerliche Verantwortung fehlt. Es sage niemand hinterher, er habe es nicht gewusst, denn Baerbock nimmt kein Blatt vor den Mund: „Die gesamte Politik der nächsten Bundesregierung muss sich auf Klimaneutralität ausrichten, in allen Ressorts, zentral von der nächsten Kanzlerin oder dem nächsten Kanzler gesteuert.“ Man hört förmlich das „Wegtreten!“ und das Hakenknallen nach diesem Satz.

Wo bleibt Baerbocks Geschichtsbewusstsein? Haben wir in Deutschland nicht schlechte Erfahrung mit der zentralen Steuerung, der zentralen Führung durch den Regierungschef gemacht?

Ach, es könnte alles so schön sein in Baerbocks Klimadiktatur, wenn die Welt außerhalb Deutschlands nicht wäre. Denn die wird kopfschüttelnd oder hämisch Deutschlands grünen Suizid beobachten. Denn auch Baerbock weiß, dass niemand uns in die Selbstzerstörung folgt: „Und man hat sich in Paris bewusst darauf verständigt, nicht den Ausstoß pro Kopf zum Maßstab zu machen. Dann müssten die USA wegen ihres hohen Pro-Kopf-Werts bis 2023 klimaneutral sein – und manche Schwellenländer schon vor einigen kleinen Industriestaaten. Das ist nicht machbar.“ An dieser Stelle hat sie sogar Recht, es ist nicht machbar – auch für Deutschland nicht.

Es lässt doch tief blicken, dass Annalena Baerbock, die Connaisseurin der Verbote, den größten Profiteur dieser Entwicklung, für den Baerbocks Ideen nicht auch nur im Entferntesten machbar wären, nicht nennt, weil der auch ein leidenschaftlicher Liebhaber der zentralen Leitung und der Verbote ist: nämlich China.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Wer schützt uns eigentlich vor den „Schutzsuchenden“?

Ein erst 2016 nach Deutschland gekommener „Flüchtling“ betätigt sich unbehelligt in den sozialen Medien als islamischer Hass- und Gewalt-Agitator – mit einer Million Followern!

Von Anabel Schunke

„Der Staat ist eine Anstalt zum Schutz, nicht zur Versorgung“, schrieb der österreichische Schriftsteller Franz Grillparzer einst. Dass es sich gut 200 Jahre nach Grillparzer in Deutschland genau andersherum verhält, belegt nicht zuletzt der Fall des syrischen Youtubers Fayez Kanfash, der Anfang November seinen bisher größten „Erfolg“ mit einem Video verbuchen konnte, das ihn dabei zeigt, wie er eine gefesselte Person mit Macron-Maske durch Berlin-Neukölln hinter sich herzieht. Der Fall zeigt exemplarisch auf, dass der deutsche Staat weder willens noch dazu in der Lage ist, seine Bürger vor Menschen zu schützen, die ganz offen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik ablehnen. Die Gründe hierfür werfen darüber hinaus die Frage auf, ob die Sicherheit eines Asylbewerbers, selbst wenn er eine Gefahr für diese Gesellschaft und Werte darstellt, mehr wert ist als die der eigenen Bürger.

Bilder, die sprachlos machen

Ein als Araber verkleideter Mann zieht eine gefesselte Person durch die Straßen von Neukölln. Die Person trägt eine blonde Perücke und eine Maske des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Am Ende wird die Maske unter Beifall von Passanten angezündet.

Das Youtube-Video des syrischen Youtubers Fayez Kanfash (1 Million Abonnenten) ist sicher nicht die einzige Geschmacklosigkeit, mit der Muslime in Europa auf die Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty reagierten und damit unter Beweis stellten, welche große Distanz zwischen ihren eigenen religiösen und kulturellen Überzeugungen und den europäischen Werten der Aufklärung liegt.

Hätten wir noch einen funktionierenden kritischen Journalismus, der dem Islamismus als Thema mit demselben Engagement begegnet wie dem „Kampf gegen Rechts“, hätte man spätestens nach dem Boykott von Schweigeminuten für Samuel Paty an deutschen Schulen durch Muslime und den Drohungen gegenüber Lehrern feststellen müssen, dass jedwede Integrationsbestrebungen der letzten Jahrzehnte für den Allerwertesten waren, weil sich das islamische Mindset auch in den nächsten 200 Jahren nicht mit den freiheitlichen Werten einer Demokratie in Einklang bringen lassen wird. Was hätte kommen müssen, wäre eine Grundsatzdebatte über die Vereinbarkeit des Islams mit der liberalen westlichen Gesellschaft und, daraus folgend, eine Debatte über die Einwanderung und Einbürgerung von Personen aus dem islamischen Kulturkreis. Die Frage hätte lauten müssen: Wie viel Muslime verträgt die freie westliche Demokratie, bis sie sich durch diese Zuwanderung selbst abschafft?

Die Bundesregierung verschenkt eine Milliarde

Es passierte nichts dergleichen. Stattdessen beschloss die Bundesregierung vor wenigen Tagen ein neues Maßnahmenpaket „gegen Rechts“ im Umfang von einer Milliarde Euro. Man konzentriert sich eben lieber auf Probleme, die dem Zeitgeist entsprechen und lösbar sind. Dabei gilt stets die Formel: Das Prob-



Der syrische Youtuber Fayez Kanfash verbrennt unter Beifall von Passanten die Maske des französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

lem wächst im Verhältnis zu den Initiativen, die von ihm profitieren. Insofern ist der „Kampf gegen Rechts“ als nichts anderes anzusehen als das perfekte Perpetuum mobile zahlreicher Initiativen zur Selbstlegitimierung und ständigen Bereicherung aus dem prall gefüllten Steuersäckel.

Gänzlich anders, Sie werden es ahnen, verhält es sich mit dem Kampf gegen den Islamismus, der zum einen weder dem politisch korrekten Zeitgeist entspricht noch sonderlich ungefährlich daherkommt. Hier kurz mal die Meinungsfreiheit mittels einer Zeichnung verteidigt und – zack, ist die Rübe ab. Da ist der Nazi in der Regel etwas umgänglicher. Zumindest, seitdem man den Begriff seit einigen Jahren auch auf die konservative bürgerliche Mitte ausgedehnt hat.

Das Problem des Kampfes gegen den Islamismus ist, dass es keine scharfe Trennlinie zwischen Islamismus einerseits und dem Islam gibt, den die Mehrheit der Muslime auch hierzulande praktiziert. Damit liegt das Problem nicht allein bei den wenigen extremistischen Einzelkämpfern, die tatsächlich bereit dazu sind, jemandem dem Kopf abzuschlagen, der ihre Religion beleidigt, sondern bei den vielen, die mit den Tätern sympathisieren und die Taten fechtfertigen.

Und diese vielen – das kann man drehen und wenden wie man will – sind eben nicht überwiegend nur Asylbewerber, wie der Täter aus Nizza, oder Flüchtlinge, die vor einigen Jahren bereits zu uns nach Europa kamen, wie der tschetschenische Täter, der Paty tötete. Nein, es sind Menschen, die hier geboren und sozialisiert wurden. Die den deutschen, französischen oder einen anderen europäischen Pass besitzen und doch auf einem anderen Planeten zu leben scheinen. Kurzum: Es ist nicht möglich, einen Kampf gegen den Islamismus zu führen, ohne auch den hier in Europa gepredigten Islam an sich anzugehen.

Ein Islam, der durch inflationäre Einbürgerung über Jahrzehnte mittlerweile so fest in Europa verankert ist, dass sich das Problem nicht mehr einfangen lässt. Ein Islam, dessen Anhänger keine kritische Distanz zu den Auswüchsen ihrer eigenen Religion kennen, weil diese Distanz nie eingefordert wurde und auch jetzt nicht eingefordert wird.

Toleranz fördert die Intoleranz

Verdeutlicht wird das durch Menschen wie Fayez Kanfash genauso, wie durch jene, die ihm mitten auf einer Straße in Deutschland für das Anzünden einer Macron-Maske applaudieren. Kein Deutscher, der noch so etwas wie eine bürgerliche Existenz besitzt, würde umgekehrt derart offen auf der Straße seine Ansichten über den Islam oder die Einwanderungspolitik vortragen. Während sich der Deutsche nicht einmal mehr traut, moderate Kritik an den Auswüchsen des Islams offen zu äußern, trägt der andere seine Intoleranz und seine antidemokratischen, mitunter gewaltverherrlichenden Ansichten wie eine Monstranz vor sich her, als ob es das Normalste der Welt wäre. So ist es letztlich die linke falsch verstandene Toleranz, die zu einem Appeasement gegenüber einer Religion und Kultur geführt hat, die genau das als Schwäche wertet und ihre eigene Intoleranz dadurch zunehmend selbstbewusster auslebt.

Es ist diese bornierte Selbstgewissheit der Unantastbarkeit, auf der auch die Arroganz von Fayez Kanfash gedeiht, der, wie er in einem Interview mit dem Sat1-Frühstücksfernsehen kundtat, mit seinem Video aufzeigen wollte, dass die Meinungsfreiheit eben Grenzen hat und dass diese Grenzen in Deutschland und Europa nicht mehr durch die jeweilige Verfassung des Landes definiert werden, sondern durch Fayez und seine Glaubensbrüder.

Nein, Fayez Kanfash ist niemand, der selbst zum Messer greift, aber sehr wohl jemand, der den geistigen Weg dafür

bereitet. Der spaltet und hetzt, und dem einfach kein Einhalt geboten wird, weil wir gelernt haben, gegen „Rechts“ zu kämpfen, aber nicht gegen den Islamismus und seine Freunde. Deshalb laufen seine Videos auch ohne Einschränkung munter auf Youtube weiter.

Wie wehrlos der deutsche Staat und wie unwillens seine Politiker in Ermangelung eines öffentlichen Drucks mittlerweile im Kampf gegen den Islamismus und seine Protagonisten wirklich sind, lässt sich genau daran erkennen. Denn im Gegensatz zu all jenen Beifallklatschern, Schweigeminuten-Boykottteuren und Kopf-ab-Drohern, die hier geboren und mit deutschem Pass ausgestattet sind, handelt es sich bei Fayez Kanfash um einen syrischen Asylbewerber. 2016 nach Deutschland gekommen und trotz einer Million Abonnenten plus daraus resultierender Werbeeinnahmen auf YouTube Hartz4-Empfänger (wie das sein kann, scheint jedoch niemanden beim Jobcenter zu interessieren).

Der Staat macht sich lächerlich

Ein Staat, der die Launen und kruden Ansichten seiner eigenen Staatsbürger aushält, tut dies aus seiner demokratischen Verfassung heraus. Ein Staat, der die kruden und demokratiefeindlichen Ansichten eines Ausländers duldet, der erst durch die Verfassung des Staates, den er angreift, Schutz und finanzielle Versorgung genießt, macht sich indes hochgradig lächerlich und sägt am Ast, der ihm seine Legitimation gegenüber den eigenen Bürgern sichert. Der Unwillen, gegen Personen wie Kanfash vorzugehen, ihr Verhalten zu sanktionieren, sei es durch Streichung finanzieller Mittel, für die der Steuerzahler aufkommen muss, als auch durch Entziehung des Asylstatus, wirkt auf Dauer sogar staatszersetzend.

Das Video zu Macron ist nämlich nicht das einzige Video von Kanfash, das seine Ansichten offenbart. Immer wieder nehmen Juden in seinen Videos

negative Rollen ein. Auf Anfrage der „Welt“ erklärt er: „Jude“ stehe für ihn hier nicht für eine Religion, „sondern für einen Rassisten, der gegen die islamische Religion ist“. In anderen Videos bietet er Frauen Geld an, wenn sie das Kopftuch tragen oder lässt Passanten in Unwissenheit das islamische Glaubensbekenntnis aufsagen, was als Konvertierung gilt.

Beim Landesamt für Einwanderung, wie die Ausländerbehörde in Berlin mittlerweile heißt, verweist man mich direkt an das BamF, da bei der Berliner Behörde kein Asylbewerber unter dem Namen Fayeze Kanfash bekannt sei, obwohl der Mann ganz offensichtlich in Berlin wohnt. Es handele sich bei ihm wohl um einen der vielen Syrer, die damals direkt vom BamF einen Asylbescheid erhalten haben. Zudem gibt man zu bedenken, dass der Gesetzgeber vor eine Ausweisung „sehr hohe Hürden gestellt“ hätte und verweist hierbei auf § 53 Abs. 3–5 des Aufenthaltsgesetzes, der besagt, dass ein Ausländer nur dann

ausgewiesen werden darf, wenn er einen Terroranschlag plant oder „das persönliche Verhalten des Betroffenen gegenwärtig eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt und die Ausweisung für die Wahrung dieses Interesses unerlässlich ist.“ Dies sieht man bei Kanfash wohl nicht als gegeben an.

Abschiebestopp nach Syrien

Darüber hinaus, wenn auch nicht explizit von der Behörde in Berlin erwähnt, existiert derzeit ein grundsätzlicher Abschiebestopp nach Syrien, dem wir es auch zu verdanken haben, dass der islamistische Gefährder und Attentäter von Dresden nicht abgeschoben werden konnte. Kurzum: Der deutsche Staat hat keinerlei rechtliche Handhabe gegen Menschen mit deutschem Pass, deren Einstellung in fundamentalem Widerspruch zum Grundgesetz steht, nicht einmal gegen jene, die keinen deutschen Pass besitzen. Wer aus Syrien kommt,

genießt ohne Ausnahme vollständigen Schutz und im Falle Kanfash auch völlige Narrenfreiheit. Dass Menschen wie er am Ende durch die Summe der Personen, die sie beeinflussen, mitunter mindestens genauso staatszersetzend wirken wie jeder Einzeltäter, der tatsächlich zum Messer greift, spielt hierbei keine Rolle.

Der Fall Fayeze Kanfash mag einer von vielen sein. Keiner, dem man mehr Beachtung schenken muss, als dem anderen Wahnsinn, der sich hier täglich abspielt. Vielleicht reagiere ich auch nur deshalb so verzweifelt und wütend auf diesen Fall, weil wir uns täglich die Floskel vorbeten lassen, dass jemand, der zu uns kommt, sich an die hiesigen Werte halten oder gehen muss und weil der gesamte Auftritt von Fayeze Kanfash das exakte Gegenteil belegt. Dass nicht der „Schutzsuchende“ der Bittsteller ist, sondern der deutsche Bürger auf der Suche nach Schutz vor dieser Art von Schutzsuchenden.

Die Konklusion aus alledem ist er-

wartbar und doch erschütternd zugleich: Es gibt keinen Schutz mehr. Nur noch Versorgung. Auch für jene, die all das mit Füßen treten.

Anmerkung: Aktuell sind zwei neue Videos von Kanfash im Umlauf. Das eine zeigt, wie er als Polizisten verkleidete Männer jagt und „erschießt“. Inzwischen ermittelt der Staatsschutz. Außerdem ermittelt die Potsdamer Staatsanwaltschaft wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Waffengesetz gegen den Syrer. Auch andere Straftatbestände kämen infrage. Damit ist offenbar auch Sozialbetrug aufgrund seiner Youtube-Einnahmen gemeint, die deutlich über 1.000 Euro im Monat betragen dürften. Dafür spricht auch sein zweites neues Video, in dem der Hartz4-Empfänger teure Apple-Produkte verschenkt, wenn Passanten dazu bereit sind, den Koran zu küssen. Taten Sie es, erschallt im Video ein „Allahu-Akbar-Ruf“. Doch Kanfash versichert, dass er kein Islamist sei. Am Abschiebestopp nach Syrien würde das ohnehin nichts ändern.

Plötzliche Aufrüstung der Polizei als Eingeständnis politischen Scheiterns

Die neue Polizei-Ausrüstung in Bayern erinnert eher an Militär als an Freund und Helfer. Dieselben Politiker, die die Polizei so martialisch aufrüsten wie jetzt in dem süddeutschen Bundesland geschehen, haben übrigens erst das Entstehen von Situationen zugelassen, in denen solche Ausrüstung überhaupt gebraucht wird. Und es sind auch diese Politiker, die die Anwendung dieser Ausrüstung vor allem gegen nicht-regierungskonforme politische Gegner wünschen, obwohl sie bei linken Gewalttätern für Deeskalation plädieren.

Von Dushan Wegner

Bitte werden Sie jetzt nicht nervös, aber die Polizei kauft aktuell Fahrzeuge, die beunruhigend nach Kriegsgerät aussehen.

Die Bereitschaftspolizei in Nürnberg hat stolz ihre zwei neuen „Offensivfahrzeuge“ den Bürgern präsentiert (@PolizeiMFR, 30.1.2020).

Es gibt glückliche Länder und Zeiten, da wissen die Menschen wenig über Waffen und ihre Gattungen – sind diese noch solche Zeiten?

Das Modell dieses „Offensivfahrzeugs“ heißt „Enok 6.2“. Es ist, so Wikipedia, ein „Light Armoured Patrol Vehicle“, also ein geschütztes Patrouillenfahrzeug, das einen „ballistischen Rundumschutz gegen panzerbrechende Sturmgewehrmunition“ bietet, selbst aber eine „fernbedienbare Waffenstation FLW 100“ oder eine „Drehringlafette“ als Bewaffnung tragen kann (was laut den martialischen anmutenden Fotos aus dem idyllischen Franken der Fall zu sein scheint).

Maschinen wie die ENOK-Patrouillenfahrzeuge auf der Basis der Mercedes-G-Klasse-Chassis werden sonst von der Bundeswehr im Ausland eingesetzt, wenn in rohstoffreichen Ländern wie Afghanistan oder Mali „freie Handelswege“ (Bundespräsident Horst Köhler, 22.5.2010) ... – pardon! – wenn dort Demokratie und Menschenrechte verteidigt werden.

In Mali etwa hat man es mit einem veritablen Blumenstrauß an Terrorgruppen zu tun – Zitat: „There are a number of terrorist groups active in the region. These include JNIM, Islamic State West Africa (ISWA), Islamic State Greater Sahara (ISGS), Al Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM), Al Murabitoun, Ansar Dine and Boko Haram“ (gov.uk). Da ergibt es wirklich Sinn mit Panzerung und fernbedienbaren Waffenstationen auf dem Dach herumzufahren, aber in Franken? Was haben die da vor?



Die Polizei muss aufrüsten, weil Politiker Situationen haben entstehen lassen, die diese Aufrüstung überhaupt erst nötig machen.

Wenn Politiker neues Waffenzug vorstellen, klingen sie nicht selten dabei stolz und stark, als wäre die (angebliche) Notwendigkeit solcher Geräte nicht das Eingeständnis, dass das Gesellschaftsprojekt zu scheitern droht.

Die Bewaffnung der Polizei in Bayern wirkt wie die waffengewordene Dokumentation des Politikversagens – bereitet man sich auf neuartige Krisenlagen im Inland vor? Woraufsonst?

Dieser merkwürdige Stolz der Politiker auf die martialische Dokumentation ihres Politikversagens ist nicht die einzige Dis-

sonanz heute – da wäre noch ein anderer Ton, den wir hören. Ich habe jenen Ton in Essay wie „Auf welchem Hügel willst du kämpfen?“ und „Erdoğan und die deutsche Heimat“ notiert.

Ich frage mich: Was und wer ist es eigentlich, den die bayerische Polizei da verteidigen wird?

Wird „das Volk“ verteidigt? Nun, das Volk darf schon lange nicht mehr Volk sein. Wird „das Land“ verteidigt? Nun, das ist seit den offenen Grenzen von 2015 eher ein im popperschen Sinne metaphysisches Thema.

Die „öffentliche Ordnung“ wird es sein, die waffenstarr verteidigt werden soll. Man schafft Kriegsgerät an, um „in Ordnung“ zu halten, was in Unordnung rutscht. Was aber soll das „Endspiel“ sein? Was ist die realistische Hoffnung?

Denken Sie nicht zu sehr darüber nach! Solange weder „fernbedienbare Waffenstation FLW 100“ noch die „Drehringlafette“ auf Sie gerichtet sind, besteht keinerlei Grund zur Sorge. (Und wenn es soweit ist, ist es eh zu spät.) Alles wird gut (je nachdem wie man „gut“ definiert) – bitte werden Sie jetzt nicht nervös!

Wie die Muslimbruderschaft mit Milliarden Dollar Harvard, Yale & Co beeinflusst

Amerikanische Spitzenuniversitäten haben über Jahrzehnte Spenden in Milliardenhöhe nicht vorschriftsmäßig gemeldet, um deren Herkunft aus Katar und dem Umfeld der Muslimbruderschaft zu vertuschen. Obwohl diese Gelder dem Ziel dienen Unterricht und Lehre für Amerikas Elite von morgen zu beeinflussen und zu manipulieren.

Von Stefan Frank

Wie groß ist der geheime finanzielle Einfluss der Muslimbruderschaft auf Harvard, Yale, Cornell & Co.? Amerikanische Universitäten – vor allem die berühmten unter ihnen, die „Eliteuniversitäten“ – haben über Jahrzehnte Geldgeschenke aus dem Ausland in Milliardenhöhe angenommen und es unterlassen, sie bei der zuständigen Regierungsstelle zu melden, wie es das Gesetz vorschreibt.

Zu einem ihrer größten Geldgeber gehört die Qatar Foundation, die mit der Muslimbruderschaft verflochten ist (sie finanziert auch die Hamas und den bekannten europäischen Islamisten Tariq Ramadan). Eine Untersuchung des U.S. Department of Education, die in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium geführt wurde, kam im Oktober zu dem Schluss, dass die führenden US-Universitäten die aus dem Ausland (von Katar, China, Russland anderen im Bericht als „ausländische Gegner“ bezeichneten Akteuren) erhaltenen Geschenke „eklatant zu niedrig angeben“ hatten – es geht um mindestens sechs Milliarden US-Dollar.

Grundlage des Vorwurfs ist ein Gesetz aus dem Jahr 1986, wonach US-amerikanische Universitäten Geschenke und Verträge im Wert von 250.000 USD und mehr anzeigen müssen, wenn der Spender bzw. Vertragspartners seinen Sitz im Ausland hat. Nachdem dieses Gesetz jahrzehntelang nicht durchgesetzt wurde, hat die Trump-Regierung es zu einer Priorität gemacht. Sie folgte damit einer Anregung von Charles Small, dem Gründer und Direktor des Institute for the Study of Global Antisemitism and Policy (IS-GAP).

Antisemitismusforschung war Yale ein Dorn im Auge

In einem Telefongespräch, das ich im November mit Charles Small führte, erläuterte er, wie es dazu kam. Es sei ein „Zufall“ gewesen, der mit der Schließung des von ihm geleiteten Instituts zur Antisemitismusforschung in Yale begann. 2011 beschloss die Universität Yale, die fünf Jahre zuvor gegründete Yale Initiative for the Interdisciplinary Study of Antisemitism (YIISA) zu schließen. YIISA hatte sich ausschließlich durch Spenden finanziert, war der Universität also nicht zur Last gefallen und hätte von Yale eigentlich als Aushängeschild geschätzt werden sollen.

Ein Vorwurf, der damals in der Debatte von Gegnern des Instituts erhoben wurde, lautete: YIISA betreibe advocacy, was man grob mit Parteinahme übersetzen kann. Damit war gemeint, dass Charles Small und seine Kollegen es nicht nur als ihren Auftrag ansahen, den Antisemitismus zu erforschen, sondern ihn auch zu bekämpfen, etwa durch eine große internationale Konferenz über gegenwärtigen Antisemitismus unter dem Titel „Global Antisemitism – A Crisis of Modernity“, die im August 2010 stattfand. Die führte zu wütenden verbalen Angriffen



Studenten in Yale

der PLO, die dem Institut das „Schüren von Hass“ vorwarf.

War das der Grund für das Aus? Yales Führung verneinte das und schob andere Gründe vor: YIISA habe „leider nicht den gleichen Erfolg“ gehabt wie andere Programme, hieß es lapidar; zu wenig wissenschaftliche Arbeit sei in „erstrangigen Periodika veröffentlicht“ worden, YIISA habe „nicht genug Forschung und Lehre in Gang gebracht“.

Clinton und der Sudan

Kurz nach diesem Vorfall stieß Charles Small, wie er mir letzten Monat erzählte, auf eine E-Mail, die an den Vizepräsidenten der Universität Yale gerichtet gewesen sei. Sie stammte von einem Geschäftsmann, dem die asch-Schifa-Arzneimittelfabrik im Sudan gehört habe – die der damalige US-Präsident Bill Clinton am 20. August 1998 als Vergeltung für die Al-Qaeda-Anschläge auf US-Botschaften in Ostafrika bombardieren ließ –, und der Verbindungen zur Muslimbruderschaft gehabt haben soll.

Dieser Mann, der gegen Yale eine Klage wegen eines bei Yale University Press erschienenen Buches über die Hamas geführt hat, sei auch sehr gegen das YIISA eingestellt gewesen. Für Small war die E-Mail der Auftakt zu Recherchen über diesen Geschäftsmann und dessen Verbindungen zur Muslimbruderschaft einerseits, zu Yale andererseits.

In unserem Gespräch nannte Small etliche Namen von Personen und Firmen: Yale-Mitarbeiter, Geschäftsleute, ein Pharmaunternehmen mit Sitz in Massachusetts und jemanden, der in den USA wegen Terrorunterstützung zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Weil es mir nicht möglich ist, die Angaben über diese Personen und Firmen zu überprüfen – und es in diesem Artikel auch nicht darauf ankommt –, lasse ich diesen Teil aus und berichte gleich, was Small als das Ergebnis sei-

ner Recherchen nannte:

„In sehr kurzer Zeit entdeckte ich dieses ganze Netzwerk von groß angelegter Terrorfinanzierung, großem Geschäft und der Verbindung von Muslimbruderschaft und Yale. Diese Gruppe [die Muslimbruderschaft; Anm. Mena-Watch] war maßgeblich an der Schließung unseres Zentrums beteiligt.“

Als jemand, der sich beruflich „mit Sozialtheorie und Ausdrucksformen des Antisemitismus“ beschäftige, habe er nicht einschätzen können, ob das, was er herausgefunden habe, relevant sei, erzählte mir Small. Er habe dann mit Experten für Terrorismusbekämpfung gesprochen, die ihm gesagt hätten: „Diese Firma, diese Bank, diese Vereinigung, die sind mit der Muslimbruderschaft und der Finanzierung des Terrors verbunden.“ Daraufhin habe sein Institut, das ISGAP, Wirtschaftsprüfer engagiert, die in mühsamer Recherchearbeit Zuwendungen der Muslimbruderschaft an amerikanische Universitäten aufspüren sollten. Small sagt:

„Unser Team hat rund drei Milliarden Dollar an Geldern gefunden, die hauptsächlich von der Qatar Foundation, also der Muslimbruderschaft, stammen. Diese Finanzierung war dem Bildungsministerium nicht gemeldet worden.“

Er habe 2012 angefangen, daran zu arbeiten. Vor zwei Jahren hätten er und sein Team dann „nach sechs Jahren intensiver Arbeit“ ein Forschungsergebnis zusammengestellt und es an das Bildungs- und das Justizministerium geschickt. Im November 2019 begann die US-Regierung eine Bundesermittlung zur undokumentierten Finanzierung amerikanischer Universitäten.

Viel Geld aus Katar

Mittlerweile gehe man von über 18 Milliarden US-Dollar aus, die seit 1986 an undokumentierten Geldern aus

ausländischen Quellen an amerikanische Universitäten geflossen seien, sagt Small. „Dies ist ein ernstes Problem.“ Die Finanzierung durch die Muslimbruderschaft habe Auswirkungen auf Unterricht, Lehrpläne und den Diskurs an den betreffenden Universitäten.

„Auch die Finanzierung der Students for Justice in Palestine (SJP) – die mit der Muslimbruderschaft verbunden sind – macht die politische Atmosphäre auf dem Campus für jüdische Studenten immer schwieriger.“

Es bestehe ein „Zusammenhang zwischen der intellektuellen und politischen Atmosphäre an Universitäten in Bezug auf palästinabezogenen Themen und Antisemitismus sowie der Finanzierung amerikanischer Universitäten durch die Muslimbruderschaft“, so Small.

Sind diese Geldzuwendungen an konkrete Bedingungen geknüpft? „Es ist schwer nachzuweisen“, antwortet Small, „dass eine Person, die die Stiftung der Muslimbruderschaft vertritt, eine bestimmte Person kontaktiert und gesagt hat: ‚Wir geben Ihnen Geld, wenn Sie A, B und C tun oder zionistische Entitäten schließen‘ – das ist schwierig.“ Small nennt das Beispiel der YIISA-Konferenz von 2010:

„Ein führendes Mitglied von CAIR [Council on American-Islamic Relations, Anm. Mena-Watch], das direkt mit der Muslimbruderschaft verbunden ist, bloggte dort über die Konferenz, und am nächsten Tag hielt der PLO-Botschafter in Washington eine Pressekonferenz in Washington ab und sagte, dass unser Forschungszentrum eine rassistische, faschistische und zionistische Entität sei und von der Universität entfernt werden müsse.“

Dies habe zu „Aktivismus von Menschen aus der Muslimbruderschaft, aber auch von linksliberalen Intellektuellen“ geführt, „die sagten, wir würden Parteinahme betreiben. Dies hatte Auswirkungen. In Yale haben sie uns geschlossen, sie haben auch das ‚Iranian Human Rights Documentation Center‘ geschlossen – beides innerhalb von sechs Monaten.“ Zur selben Zeit habe die Universität Yale Geld von der Qatar Foundation erhalten:

„Ich habe keine direkten Informationen darüber, dass Einzelpersonen aufgrund von Finanzmitteln beschlossen haben, etwas zu tun. Es ist die Atmosphäre und der Kontext: Wie die Muslimbruderschaft Yale Dollar gespendet hat und alles geschlossen wurde, was sich ihrer Agenda widersetzt.“

Das sehe man auch bei Nahoststudiengängen an anderen Universitäten, die dem Begriff des „jüdischen Volks“ sehr feindlich gegenüberstünden, sagt Small. „Es besteht sicher eine Verbindung. Sehen Sie sich die Aktivitäten der ‚Students for Justice in Palestine‘ an, die ideologisch mit der Muslimbruderschaft verbunden sind, und die Professoren, die den Staat Israel dämonisieren und in der westlichen Welt zu einer dominanten Perspektive geworden sind.“

Dieser Artikel erschien zuerst bei „Mena Watch“.

Wie Anetta Kahane in der DDR Juden denunzierte

Ausgerechnet eine Denunziantin an Juden und nachweisliche Täterin der SED-Diktatur wird von unserer Politik skandalöserweise im wiedervereinigten Deutschland zur „Hüterin der Demokratie“ und „Kämpferin gegen Antisemitismus“ auserkoren – samt hoher Geldzuwendungen aus Steuermitteln. Mehr Opferverhöhnung geht nicht!

Von Chaim Noll

Jemand schickte mir über Facebook ein Video, das Anetta Kahane am 24. November im Saal der Bundespressekonferenz zeigt, gemeinsam mit Felix Klein, dem Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, und Kevin Kühnert, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD. Das Thema, wie es Anetta formulierte: „Antisemitismus in Corona-Zeiten“. Man beachte den Plural, Corona-Zeiten: Hier richten sich gewisse Kreise offenbar auf den fortwährenden Ausnahmezustand ein. Die Versuchung ist groß: Nie zuvor ist es Regierungen in demokratischen Staaten gelungen, so massiv die Rechte ihrer Bürger einzuschränken, die Gesellschaft vom Kleinkind bis zum Greis mit Panik-Propaganda in Angst und Schrecken zu versetzen und alles zu verbieten, was man sowieso, der bequemeren Herrschaft zuliebe, schon immer gern verbieten wollte.

Kurz zu Anetta Kahane, die im Figurenbestand des Merkel-Imperiums als Spezialistin für Antisemitismus geführt wird. Was sie in gewisser Weise auch ist, doch anders, als man denkt: aus dem Erfahrungsschatz einer Täterin. Juden einer tödlichen Verfolgungsbehörde als Gegner und Staatsfeinde zu melden, ist noch mehr: aktive Beteiligung an der Verfolgung von Juden. Genau das hat Anetta Kahane getan (zum Beispiel, als sie die Brüder Brasch bei der DDR-Staatsicherheit als „Feinde der DDR“ denunzierte, Klaus Brasch nahm sich wenig später das Leben). Es gehört zu den Schandflecken der sonst segensreichen Geschichte der Juden in Deutschland, dass es jüdische Denunzianten gab, wie die Gestapo-Spitzel Stella Goldschlag und Rolf Isaaksohn, die in Berlin versteckte Juden aufspürten. Oder später in der DDR, wo die Denunziation aus politischen Gründen erfolgte, etwa, wie die durch Anetta Kahane, als Feind des Staates. Ausgerechnet diese Spezialistin wurde von der Regierung Merkel ausgesucht, die Deutschen über Antisemitismus zu belehren. Eine der vielen grotesken Personalien im schrägen Reich der Kanzlerin.

Worum ging es nun in der von rund einem Dutzend Journalisten besuchten „Bundespressekonferenz“? Zunächst wurde das spärliche Publikum darüber belehrt, dass die „Bundespressekonferenz“ ein „regierungsunabhängiger Verein“ sei, also eine der vielen mysteriös finanzierten Stiftungen, Körperschaften, Institute etc., die zur Verschleierung der Manipulation und Infiltration durch die Bundesregierung aus dem Hut gezaubert werden. Wie auch die Amadeu-Antonio-Stiftung zur Bekämpfung von „Rassismus“ und „Rechtsextremismus“, der die Spezialistin Anetta vorsteht. Eine Milliarde Steuergelder will die Bundesregierung in den nächsten Jahren in den „Kampf gegen Rechts“ investieren – da braucht es „regierungsunabhängige Vereine“ für die manipulative Feinarbeit, mit bewährten Kräften, an die man das viele Geld überweisen kann.

Oppositionelle Regungen in der Bevölkerung unterdrücken

Das vorgetragene Narrativ des Dreigespanns Kahane-Kühnert-Klein war so simpel wie abenteuerlich: „Corona-Leugner“ neigten bekanntlich zu „Ver-



Eine der ganz wenigen Stasi-Täter, die im wiedervereinigten Deutschland in einer politischen Position sind: Anetta Kahane, die als IM „Victoria“ für Erich Mielkes Geheimpolizei Dissidenten beim SED-Regime denunzierte.

schwörungstheorien“, zugleich gehörten Verschwörungstheorien zum Arsenal des Antisemitismus – folglich sind alle Gegner der staatlichen Corona-Politik potenzielle Antisemiten. Und daher in Deutschland, wo man nach dem Holocaust den Antisemitismus besonders nachdrücklich bekämpfen muss, zum Abschuss freigegeben. Antisemitismus als Popanz, um oppositionelle Regungen in der Bevölkerung zu unterdrücken. Just in diesen Tagen hat Angela Merkel, gekleidet in Gelb, die Farbe der Pest und des Neides, neue Regeln zur Entmündigung ihrer Mitbürger verfügt.

Ich bekenne mich hiermit als Gegner dieser Maßnahmen, die ich für maßlos übertrieben, destruktiv, zukunfts- und kinderfeindlich, zum Teil für offen unmenschlich halte – und erwarte nun die fällige Anschuldigung, ein Antisemit zu sein. Vielleicht durch den „regierungsunabhängigen Verein“ von Anetta, die dann endlich nachholen könnte, was ihr während unserer Jugendzeit in der DDR nicht gelungen ist: mich als Staatsfeind zu denunzieren.

Den beiden männlichen Spezialkräften für „Antisemitismus in Corona-Zeiten“, Kevin Kühnert und Felix Klein, blieben neben der eloquenten Anetta nur Statistenrollen. Wobei sich Kühnert zu der Behauptung erkühnte, der assumptive Antisemitismus der „Corona-Leugner“ erinnere an die blutigen Judenverfolgungen zu Zeiten der Pest. Ein Vergleich, der von peinlicher historischer Unbildung zeugt: Weder ist das Corona-Virus im Begriff, Eu-

ropa zu entvölkern wie einst die Pest, noch ist es in den letzten fünfundsiebzig Jahren irgendwo in diesem Erdteil zu Pogromen eingeborener Bevölkerungen gegen Juden gekommen.

Bindeglied „Verschwörungstheorie“

Dennoch wird eine neue Theorie zusammengeschustert, die den Unmut in der Bevölkerung als im Wesen antisemitisch darstellt. Brav berichteten regierungsnahen Blätter, Jüdische Allgemeine, taz oder Neues Deutschland, über das offenbar von der Bundesregierung angeregte, sonst wenig beachtete Ereignis: „Ich will darauf hinweisen, dass Deutschland Spitzenreiter der Corona-Proteste ist“, unterstrich Kahane. Die deutsche Bevölkerung schein sich mit der Pandemie in seltsamer Weise auseinanderzusetzen, in anderen Ländern gebe es dies in dieser Form nicht. Kahane forderte mehr Programme, die sich gezielt gegen Verschwörungsideologien richten, die Polizei müsse entsprechend

geschult und der Schutz jüdischer Bürger und jüdischer Einrichtungen müsse verbessert werden.“

Die Verquickung von „Corona-Protesten“ und Antisemitismus geschieht über das Bindeglied „Verschwörungstheorie“. Dabei sieht es ganz so aus, als würde hier eine neue Verschwörungstheorie konstruiert, betreffend die Verschwörung von Teilnehmern an Corona-Protesten mit jenen, die „jüdische Bürger und jüdische Einrichtungen“ bedrohen. Verbreitet Anetta ihrerseits eine Verschwörungstheorie? Zur Bekämpfung dieser – eindeutig staatsfeindlichen – Verschwörung wären dann alle Mittel erlaubt. In diesem Sinn fordere, wie die taz berichtet, Bayerns Ministerpräsident Söder, „dass der Verfassungsschutz die Proteste genauer ins Visier nimmt. Der Thüringer Geheimdienstchef Stephan Kramer schloss sich dem an. Denkbar wäre, dass der Verfassungsschutz nicht einzelne Gruppen unter Beobachtung stellt, sondern das Spektrum an sich...“

Christliche Medieninitiative pro e.V. in Wetzlar sucht

ab Februar 2021:

**Israelnetz
Redaktionsleitung**

(m/w/d) mit Repräsentationsaufgaben und Strategieausrichtung



[medieninitiative.pro/jobs](https://www.medieninitiative.pro/jobs)

Das Urteil gegen den Mörder von Halle

In Halle wurde der Neonazi Stephan Balliet gerechterweise zu Lebenslänglich verurteilt. Er hatte versucht zu Jom Kippur 2019 in der wegen des Festtages gutbesuchten Synagoge jüdische Beter zu ermorden. Gleiche Härte auch bei islamischen Straftaten gegenüber Juden würde der Glaubwürdigkeit der deutschen Justiz mehr als guttun.



Von Dr. Nikoline Hansen

Stephan Balliet beim Prozess

Ein gutes Jahr ist es her, dass Stefan B., von fanatischem Hass auf die Juden getrieben, versuchte an Jom Kippur in Halle in die Synagoge einzudringen, in der sich die Beter versammelt hatten, um den höchsten jüdischen Feiertag zu begehen, mit dem Ziel, sie zu ermorden.

Die zerschossene Tür ist inzwischen ersetzt, und der diesjährige Gottesdienst zu Jom Kippur verlief zwar unter Corona-Bedingungen, aber ohne äußere Störungen. Trotzdem dürfte dieses Ereignis vor einem Jahr an keinem Juden in Deutschland spurlos vorübergegangen sein. Die Nachricht hatte sich schnell verbreitet und die Medien berichteten ausführlich. Der Täter war zuerst noch flüchtig und verletzte auf seiner Flucht weitere Personen. Viele der Beter, die sich 2019 in der Synagoge versammelt hatten, leiden noch heute unter Traumata.

Halle ist mit knapp 240.000 Einwohnern die größte Stadt Sachsen-Anhalts. Die jüdische Gemeinde vor Ort hat eine überschaubare Größe, obwohl sie auf eine lange Tradition zurückblicken kann: Um 970 wird erstmals die Anwesenheit von Juden in Halle zuverlässig erwähnt. 1185 gibt es eine jüdische Ansiedlung mit eigener Synagoge und Friedhof auf dem Terrain der späteren Moritzburg. Es folgen die unruhigen Zeiten des Mittelalters. Erst 1693 weiht die Gemeinde wieder einen eigenen Friedhof ein, 1703 kommt eine Synagoge dazu. Es folgt eine Periode der Konsolidierung, die mit den Deportationszügen nach Theresienstadt 1942 jäh zu Ende geht. Erst 1945 sind die letzten Transporte überführt. Und doch gründet sich bereits am 31. Januar 1947 erneut eine jüdische Gemeinde in Halle. 1953 wird die Synagoge eingeweiht. Durch jüdische Zuwanderer aus Osteuropa vergrößerte sich die Gemeinde seit 1991. Derzeit hat sie 520 Mitglieder. Ihr Vorsitzender Max Privorozki ist einer der nach der deutschen

Wiedervereinigung gekommenen Zuwanderer: Er wurde 1963 in Kiew geboren, seine Muttersprache ist russisch.

„Heilige Tür“

Die Lage vor Ort hat sich geändert seit diesem Anschlag am 9. Oktober 2019, der nun Teil der jüngsten Geschichte der Gemeinde geworden ist: Inzwischen gibt es den versprochenen Polizeischutz. Die Tür, die am 9. Oktober 2019 den Schüssen des Attentäters standhielt, wurde zu einem Kunstwerk umgestaltet. Bei der Enthüllung dieses Kunstwerks sagte Josef Schuster, Vorsitzender des Zentralrats der Juden: „Die Einschusslöcher erinnern uns daran: Hätte der Täter bessere Waffen gehabt, wäre es zu einem entsetzlichen Blutbad gekommen.“ Die Waffen waren selbstgemacht, mit einem 3-D-Drucker. Die neue Sicherheitstür wurde von dem gleichen Tischler gefertigt, der die Tür gebaut hatte, die dem Attentat standgehalten hatte. Ein Wunder sagen viele und bezeichneten sie gar als „heilige Tür“.

Der Täter, Stefan B., war geständig, aber nicht einsichtig. In seinem blinden Hass und Tatwillen hat er zwei Menschen getötet, die ihm zufällig in die Quere gekommen sind, als es ihm nicht gelingt, die Synagogentür zu öffnen und das geplante Massaker zu vollenden. Das erste Opfer, Jana L., ist einfach an dem Täter vorbeigelaufen. Sie, begeisterter Schlagerfan, schreit ihn an, als sie den Knall des Sprengsatzes hört, mit dem der Attentäter die Tür zur Synagoge aufsprengen will: „Muss das sein, wo ich gerade hier langlaufe?“ Als sie an ihm vorbeigegangen ist, schießt er ihr mehrmals in den Rücken. Kevin S. trifft es in einem nahegelegenen Dönerladen. Auch er ein Zufallsopfer, im falschen Augenblick am falschen Ort.

Im Internet radikalisiert

Der Täter hatte sich im Internet radikalisiert. Seine Tat dokumentierte er für das

Netz in einem Video nach dem Vorbild des Attentäters von Christchurch in Neuseeland, der den Überfall auf eine Moschee und die Ermordung der Gläubigen im März 2019 live gestreamt hatte. Dass Stefan B. dabei scheinbar in eine virtuelle Rolle schlüpft, hat seiner Schuldfähigkeit keinen Abbruch getan. Er hatte keine Freunde im realen Leben, war sozial isoliert und paranoid. Sein Leben fand virtuell statt. Das Video beginnt mit dem Satz: „Hi, my name is Anon. And I think the holocaust never happened.“ (Hallo, mein Name ist Anon. Und ich denke, der Holocaust ist niemals geschehen.) 35 Minuten lang dokumentiert dieses Video die Tat. Die Polizei lässt lange auf sich warten – der Attentäter kann in dieser Zeit seinen perversen Plan, möglichst viele Juden zu töten, weiterspinnen, aber zum Glück nicht in die Tat umsetzen.

Seine Gedanken und Ideen hat Stefan B. in einem Manifest dargelegt. Vor Gericht zeigt er keinen Gesinnungswandel. Er nutzt die letzte Gelegenheit des Schlusswortes zur Verteidigung seines Weltbilds: Einen Schauprozess habe man ihm in Magdeburg gemacht, in dem das Urteil schon feststehe, er mache sich keine Illusionen darüber, dass er eine lebenslange Haftstrafe erhalten werde und redet von einem bevorstehenden Bürgerkrieg. Vom Kampf gegen die „globalistisch-jüdische Weltverschwörung“ halte ihn das Urteil nicht ab, und „nach dem Bürgerkrieg“ werde man sehen wer Recht behalte. Wie schon mehrmals im Prozess leugnete er auch in seiner Schlussrede den Holocaust. Woher diese Wahnvorstellungen kommen, lässt sich im Prozess nicht klären. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Halle vermutet sie im familiären Umfeld. Die Eltern und die Schwester hatten von ihrem Recht auf Zeugnisverweigerung Gebrauch gemacht und nicht vor Gericht ausgesagt.

Uneinsichtig bis zuletzt

Reue zeigte Stefan B. zu keinem Zeitpunkt. Das Gericht verurteilte ihn am 21. Dezember wie von der Staatsanwaltschaft gefordert zur Höchststrafe: Lebenslange Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung und der Feststellung der besonderen Schwere der Schuld. Der Verteidiger hatte kein milderes Urteil gefordert. Allerdings plädierte er dafür, den Angriff auf die Synagoge nicht als versuchten Mord zu werten, da der Angeklagte von sich aus von dem Versuch zurückgetreten sei, sie zu stürmen. Außerdem wies er auf die schweren psychischen Probleme des Angeklagten hin, die auch in psychiatrischen Gutachten festgestellt worden waren. In den Gutachten war allerdings auch festgestellt worden, dass der Angeklagte trotz dieser Probleme voll schuldfähig sei.

Dass er keineswegs bereit ist, in Zukunft von Gewalt Abstand zu nehmen bewies Stefan B. gleich nach dem Ende der Gerichtsverhandlung: Er griff zu dem einzigen Gegenstand, dessen er habhaft werden konnte und schleuderte einen Aktenordner auf die Opferanwälte. Diese wurden glücklicherweise nicht getroffen. Die Verurteilung erfolgte wegen Mordes in zwei Fällen, versuchten Mordes in insgesamt 62 Fällen, versuchter schwerer räuberischer Erpressung, fahrlässiger Körperverletzung, Gefährdung des Straßenverkehrs und Volksverhetzung. Die Opferanwälte forderten, ein gesonderter Verfahren wegen der wiederholten Holocaustleugnung anzustrengen.

Die größte Gefahr ist und bleibt die Tatsache, dass Stefan B. möglicherweise doch kein Einzeltäter war. Es gibt strukturelle Neonazi-Netzwerke, die Attentäter wie Stefan B. Nahrung geben und diesen Wahnsinn überhaupt erst möglich gemacht haben. Der Kampf gegen Antisemitismus muss weiter fortgesetzt werden. Es liegt ein weiter Weg hinter uns und es liegt noch ein weiter Weg vor uns.

GEZ-Erhöhung vorläufig gestoppt: Sand im Getriebe der links-lastigen medialen Erziehungs- und Meinungsmonopolisten

Nach der verhinderten Erhöhung der GEZ-Zwangsabgabe geben sich die betroffenen ohnehin überbezahlten öffentlich-rechtlichen Medienanstalten als beleidigte Anwälte in eigener Sache. Während der üppig dotierte GEZ-Senderchef Tom Buhrow „finanzielle Nöte“ wegen der entgangenen weiteren 400 Millionen Euro moniert, klagt der schwerreiche ARD-Moderator Jörg Pilawa sogar, dass ihm der Urlaub auf seiner eigenen Privatinsel in Kanada nunmehr erschwert wird.

Von Alexander Kissler (NZZ)

Aus Betroffenheit kann Befangenheit werden. Argumente verlieren an Kraft, trägt man sie pro domo vor. Es war darum riskant von den öffentlich-rechtlichen Anstalten Deutschlands, die gescheiterte Erhöhung des Rundfunkbeitrags derart offensiv zum Thema zu machen. Man lud sich den Intendanten oder die Chefin des Verwaltungsrats ins Studio. Oder kommentierte finster, als stünde die Demokratie am Abgrund, weil die Beitragseinnahmen zum 1. Januar 2021 nicht um jährlich 400 Millionen Euro steigen. Diesen Betrag übrigens hörte man nicht. Stets war von zusätzlichen 86 Cent im Monat die Rede. Das stimmt – und ist zugleich eine interessengeleitete Einfärbung der Wirklichkeit.

Wenn eine Erhöhung zur finanziellen „Anpassung“ wird

Im ZDF „heute journal“ erklärte die Moderatorin Marietta Slomka, die „Gründungsväter“ des Staatsvertrages hätten verhindern wollen, „dass Regierungen und Parlamente allein darüber entscheiden, wer wie viel Geld bekommt, und das gegebenenfalls als Druckmittel einsetzen“. Das „aufwendige Verfahren“, mit dem eine unabhängige Kommission die Beitragshöhe festlege, sei zentral. So war der Ton fast aller Berichte, Kommentare, Interviews bei ARD und ZDF gesetzt: Kritik an der Höhe des Rundfunkbeitrags gilt als Angriff auf die Unabhängigkeit der Anstalten.

Dreimal sprach die zugeschaltete rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, in Personalunion Vorsitzende des ZDF-Verwaltungsrates, vom „schwarzen Tag“. Die Länder müssten eine „aus-

kömmliche Finanzierung“ der Sender sichern und so die Medienvielfalt garantieren. Die Rückfrage unterblieb, weshalb die bisherigen acht Milliarden Euro pro Jahr keine „auskömmliche Finanzierung“ wären und weshalb es für die Medienvielfalt essenziell sein soll, 21 Fernsehsender und 74 Rundfunkprogramme von allen Bürgern verpflichtend finanzieren zu lassen.

Bei den ARD-„Tagesthemen“ kam dem Kommentator das Wort Beitragserhöhung nicht über die Lippen. Er sah eine „finanzielle Anpassung“ verhindert. So verfahren Snackproduzenten, wenn sie in eine größere Tüte weniger Chips stecken und von „verbesselter Rezeptur“ schwärmen. Der Kommentator ergänzte, in Sachsen-Anhalt sei das „Ansehen von Politik“ geschwächt worden. Ministerpräsident Haseloff überlasse die Entscheidung dem Bundesverfassungsgericht. Die Sender sehen sich, so der WDR-Intendant Tom Buhrow, in einer „Zwangslage“. Sie müssten klagen, „denn es geht um ein verfassungsrechtlich gesichertes Verfahren, das von unabhängigen Experten ermittelt wird“. Dennoch ist der legitime Gang nach Karlsruhe unklug. So wird ein Eindruck verfestigt, den manche Kritiker schon haben: dass den Anstalten jeder Weg recht ist, um sich ihr finanzielles Polster zu sichern.

Im Programm der Anstalten gibt es Überflüssiges

Die erstaunlichste Formulierung stammt vom Intendanten des Bayerischen Rundfunks, dem ehemaligen Regierungssprecher Ulrich Wilhelm. In der Nachrichtensendung „Rundschau“ lobte Wilhelm das Programm in der Corona-Krise, das „Teil-



Treuer Merkel-Gefolgsmann: Ministerpräsident Haseloff verhinderte eine Abstimmung über die Erhöhung der GEZ-Beiträge im sachsen-anhaltinischen Landtag, weil er befürchtete, dass seine CDU-Fraktionskollegen zusammen mit der AfD abstimmen würden. Damit kippte die GEZ-Erhöhung auch bundesweit.

habe am öffentlichen Leben“ ermöglicht habe – als wäre eine solche Leistung nicht der billig zu erwartende Gegenwert für jene 931 Millionen Euro, die der BR jährlich erhält. Wilhelm lobte auch die App, die Mediathek sowie das digitale Angebot und fasste zusammen: „Eine große Mehrheit der Bevölkerung wünscht und akzeptiert diese Angebote auch genau so.“ Genau so? Alles ist perfekt, nichts gibt es zu verbessern, nichts zu kritisieren? Vermutlich nur eine Minderheit der

Bevölkerung will „genau so“, komplett unverändert, das Bouquet an Kitschfilmen, Billigdokus, Sportübertragungen, das eben auch zum medialen Alltag der Beitragssender gehört.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind eine wichtige, eine gute Sache. Man sollte sie unbedingt beibehalten und weiterhin angemessen finanzieren. Schade nur, dass bei ARD und ZDF so wenig Gründe zu hören sind und so viel Selbstgerechtigkeit, Empörung, Kritikresistenz.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

◀ Fortsetzung von Seite 2



Anti-israelische Hass-Demo in Berlin: Das antisemitische Klima in Deutschland wird durch die von Bundeskanzlerin Merkel begünstigte islamische Zuwanderung weiter verschärft.

Die eigentlich zu unserem und zum Wohl unseres Staates von uns bestellten politischen Sachverwalter tun nämlich alles andere als zu unserem und zum Wohl unseres Staates zu sachwalten.

Kritiker werden als „rechte Hardliner“ diffamiert

Jede Kritik an der gegenwärtigen Politik der regierenden Wahlstimmenminderheit wird nach rechts verortet und die Kritiker daran als rechte Hardliner diffamiert. Selbst Ur-Liberale und unmittelbare Nachkommen von Holocaust-Überlebenden wie Broder oder ich, werden diffamiert und massiv von der linken Seite gemobbt.

Wenn der Zustand in diesem Land wie vorauszu sehen noch desolater und unruhiger wird, dann werden unsere sozialistischen Systemveränderer womöglich auf die Idee kommen, tatsächlich die Grenzen Deutschlands zu schließen – aber nach „DDR“-Style: von innen nach außen. Keine Ausreise für Steuersklaven mehr. Heute kann man auch das nicht mehr für unmöglich halten. Eine Idee wäre auch das chinesische Wohlverhaltenspunktesystem. Hat den Grünen jedenfalls gut gefallen.

Die SPD macht mit der jetzigen Grusel-Doppelspitze und den Jusos, die die Judenmord-Terrororganisation Fatah soeben zu ihrer politischen Schwester erkoren haben, jetzt bald den letzten Schritt zur ideologischen Wiedervereinigung mit der SED-Nachfolgerin und planen bereits „rot-noch röttere“-Koalitionen wie in Berlin zum Durchmarsch in die Bundesregierung.

Wahnsinn ohne Zukunft. How dare you? Das hätte ich gern mal junge Leute in Bezug auf ihre Zukunfts-Vernichtung schreien hören. Aber die werden mit Gender-Müll und Schulentzug verblödet. Und die Eltern sind entweder genauso gepolt oder haben schon für den Fall der Fälle woanders etwas vorbereitet. Können natürlich nur die, die es können. Der Rest muss dann hinnehmen, was er bis zum bitteren Ende gewählt und durch Feigheit, Neid und Dummheit mit herbeigeführt hat.

Ist es schon für die Bundesrepublik graulich, so darf man das Bundesland und die Hauptstadt Berlin unter der rot-rot-grünen Führung getrost als failed state bezeichnen. Von der Stadt geförderte Drogen-Parks, Bürgerkriegs-ähnliche Gewalt in Islam- und Antifa-dominierten No-Go Areas, arabische Clan-Kriminalität, Klima-Hysterie, Wirtschaftsfeindlichkeit, Enteignungs-Gelüste, Dauerkrieg gegen die Autofahrer und nahezu 2.000 kaum noch berichtete Messerattacken pro Jahr mit wachsender Tendenz.

Angesichts des vorsätzlichen Versagens der bestens Zwangs-alimentierten Staatsmedien jede Menge Aufklärungsarbeit für die JÜDISCHE RUNDSCHAU.

Es erfüllt uns hier mit Stolz, Dankbarkeit und Freude, dass die JÜDISCHE RUNDSCHAU inzwischen für viele unserer Leser unverzichtbar zum festen Bestandteil

zuletzt auch das Ansehen und das politische Gewicht Nachkriegs-Deutschlands in der Welt erheblich aufgewertet hat.

Jüdische Zuwanderung aus der Sowjetunion

Jüdisches Leben in Deutschland, das bedeutete eine – auch die Bundesrepublik Deutschland auf vielen Gebieten wiederbelebende – kulturelle und kreative Vielfalt, die angesichts der nach dem Nazi-Genozid kaum noch existenten deutschen Judentum, besonders auch der gelungenen Integration von Demokratie- und Rechtsstaats-bejahenden, unserer freiheitlich-westlichen Werteordnung vorbehaltlos zugezogenen jüdischen Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu verdanken ist.

Dieses jüdische Leben wird ganz besonders in den letzten Jahren der

Übersee nach dem offensichtlich gelungenen, mehr als dubiosen Wahlsieg Bidens und der Democrats – aus den gegenwärtigen Statements unserer Politik, Kirchen und anderen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen leider deutlich erkennen lässt – auch im Jahre 2021 und der noch frischen Dekade nicht wirklich verlangsamten, sondern eher noch an Geschwindigkeit zunehmen. Auch hier, wie in vielerlei anderer Hinsicht war das Jahr 2020 ein Jahr der nicht nur wegen Corona vertanen Chancen.

Der hundertausendfache Import blanken islamischen Israel- und Judenhasse

Der seit Jahren faktisch geförderte hundertausendfache Import blanken islamischen Israel- und Judenhasse fällt auf fruchtbaren Boden bis weit in die Mitte der hiesigen, ohnehin vielfach von starkem antijüdischen Vorbehalt geprägten Gesellschaften und verstärkt in fataler Weise den unverhohlenen und nahezu ohne jede rechtliche Sanktion aggressiv zur Schau gelegten und gelebten Antisemitismus weitester Teile der hier bereits domizilierten, ansässigen Muslime.

Der fast suizidale faktische Verzicht unserer politischen Führung auf eine wirksame, rechtsstaatliche Ahndung der vorwiegend islamischen Integrationsunwilligkeit des wachsenden und sich wachsend fundamentalisierenden islamischen Populationsanteils in unsere bislang noch säkulare, Religions- und Minderheiten-tolerante demokratische Gesellschaft, ist in höchstem Maße gegenüber allen Bürgern dieses Landes verantwortungslos. Er stellt unfraglich eine eklatante Verletzung zumindest des politischen, wenn nicht sogar des gesetzlichen Auftrages unserer Politik zum Schutz unserer Verfassung dar.

Die von unseren Rechts- und Exekutivorganen besonders gegenüber Muslimen vielfach praktizierte bewusste Nicht- oder zumindest Minder-Anwendung von bestehenden Gesetzen, besonders bei Toleranz-defizitären Straftaten der zumeist muslimischen Täter gegenüber Andersdenkenden und ganz

„ Der Brexit und auch die sich sonstig so klar abzeichnende Spaltung Europas ist ganz offensichtlich das Produkt der verfehlten Politik der deutschen Kanzlerin und ihrer linken inner- und außerparteilichen Stütz-Gefolgschaft. “

ihres monatlichen Informationsbedarfs geworden ist.

Angesichts der Vielfalt an Themen und teilweise existentiellen Probleme, denen sich ganz besonders jüdisches Leben und der Staat Israel in dieser konfliktreichen Zeit weltweit zunehmend ausgesetzt sehen, können und wollen wir dabei nicht auf den ständigen Austausch mit unseren Lesern verzichten.

Jüdisches Leben in Deutschland – das war – nach dem schrecklichen deutschen Massenmord und der nahezu vollständigen Vernichtung der deutschen und europäischen Juden – angefangenen bei nahezu Null – eine Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus einer fast verschwundenen jüdischen Population, die nicht

Merkel-Regierung bis zur steigenden Verunmöglichung durch deutlich zunehmende, hauptsächlich Islam-generierte Anfeindung zumindest schwieriger und unsicherer.

Dazu haben vor allem der geringe Widerstand und die weitgehende sympathisierend-rechtfertigende Duldung geführt, die der hiesige Islam-affine politische Mainstream und die Islam-Appeasement-Presse selbst schlimmsten antisemitischen Hasseruptionen und Auswüchsen des muslimischen Bevölkerungsteils bei gleichzeitiger weitestgehender Nichtverfolgung antijüdischer Straftaten entgegenbringen.

Auch diese Entwicklung wird sich, wie sich – besonders mit Rückenwind aus

besonders bei rassistischer Hass-Kriminalität gegenüber Juden – führt zu einer massiven Aushöhlung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtssystems.

Besondere Sorge bereitet die nahezu achselzuckende Akzeptanz unserer staatlichen Organe, der Lehrerkollegien und der Elternvertreter beim zwischenzeitlich zur Norm gewordenen Mobbing und körperlicher Bedrohung jüdischer Schüler in den stetig an der Zahl wachsenden Schulen und Sportstätten mit erhöhter und häufig schon dominierender islamischer Präsenz.

Während in teilweise durch unseren Staat hochsubventionierten islamischen Ausbildungs- und Religions-Einrichtungen Hasspredigten gegen alles Jüdische und gegen Israel zur längst tolerierten Alltagsnormalität gehören, führt auch diese die berechtigte Warnung vor dem sichtbaren, Islam-induzierten Verfall unserer demokratischen Werteordnung zur vornehmlich durch die Regierung und die mit ihr faktisch in dissonanten Gleichklang vergesellschafteten linken und grünen Parteien sowie ihre nahezu gleichgeschalteten öffentlich-rechtlichen Medien wie schon oben erwähnt zur Verunglimpfung fast aller Warner als „rechte Scharfmacher“.

Dabei dienen die zum Krokodiltränen-behafteten Alibi degenerierten Gedenktags-Rituale wie die sich im Januar jährnde Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz nur noch als Mimikry einer vorgegaukelten Judenfreundlichkeit unserer Politik und Presse.

Von Talkshow zu Talkshow

Statt sich um den Erhalt unserer demokratischen Lebensweise zu sorgen, wird die hauptsächlich von islamischer Gewalt ausgehende Bedrohung unserer Lebenswelt Einzelfall-kleingeredet, während die zweifelsohne vorhandenen, aber in der Summe erschreckend wenigen Integrations-geglückten islamischen Lebensläufe trotz Talkshow zu Talkshow weitergereicht werden, um uns gegen jede Evidenz eine vermeintlich geglückte großflächige Integration des muslimischen Bevölkerungsanteils vorgaukeln sollen.

Ein Übriges zur Ausgrenzung von Juden und zur Dämonisierung des demokratischen Staates Israel tragen unsere Mainstream-Politik und ihre Medien selbst bei.

Und für alle, die es trotz fortwährender Betroffenheits-Dauerbeschallung durch unsere „Impeach-den-Trump“-Medien noch nicht mitbekommen haben, äußerte unsere mit der Hoffnung auf Bidens Präsidentschaft im Aufwind befindliche Iran-affine Politik Fakten-widrig, dass durch den von Trump richtigerweise vollzogenen Iranabkommen-Ausstieg wieder Brandgefahr in Nahost bestanden habe. Ganz so als wäre diese Brandgefahr vorher nicht da gewesen. Weil es dort ja vor Trumps berechtigter Aktion so Giftgas-behaglich zuging, dass nahezu ganze Friedensbataillone junger männlicher Friedensflüchtlinge zu uns gezogen sind und sogar noch das herzallerliebste-friedliche „Atomtod-gegen-Israel“-Begehren und das hier schon gut bekannte „Judenins-Gas“-Anliegen wieder eingeführt haben.

Aber es gibt auch gute Nachrichten: Wie gut, dass mit Boris Johnson der zweite wichtige westliche Regierungschef Frau Merkel und der EU auch in Sachen Israel-Delegitimierung die Gefolgschaft versagt hat und nun zum Jahreswechsel die EU endgültig verlassen hat.

Gerade weil der Brexit und auch die sich sonstig so klar abzeichnende Spaltung Europas ganz offensichtlich das Produkt der verfehlten Politik der deutschen

Kanzlerin und ihrer linken inner- und außerparteilichen Stütz-Gefolgschaft und Mit-Totengräber unserer noch vor nicht allzu langer Zeit auch für Juden lebens- und liebenswerten Nachkriegsrepublik ist.

Trotz aller linksdogmatischen Gehirnwäsche, aller Bedrohungen und aller absichtlich gefälschten Prognosen durch unsere Politik und der in Einklang dazu stehenden Diffamierungs-Medien stimmte Großbritannien mit überwältigender Mehrheit für B. Johnson und zertrümmerte den linken Antisemiten J. Corbyn.

EU ist ungleich Europa

Es wird hier bewusst geleugnet, aber das britische Volk stimmte mit dem Brexit eindeutig für Europa und gerade deshalb für die EU. Europa braucht keinen durch die Hintertür eingeführten Bundesstaat mit supranationaler de facto-Regierung und nicht einmal wirklich plebiszitär gewähltem und von den Bürgern nicht kontrolliertem Parlament. Auch die Gründungs-väter der ursprünglichen EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) haben das nicht gewünscht.

Die Briten stimmten konservativ für ihre demokratischen Tugenden und gegen das gefährliche und instabile vom links-gelenkten Deutschland angeführte sozialistische Abenteuer einer von religiösen Klimawahnsinn erfüllten und von einem irreversiblen suizidalen Islam-Wachstum bedrohten Westeuropa. Großbritannien hat nicht deshalb für den Sieg der Demokratie im Zweiten Weltkrieg gekämpft, um sich diesem in die falsche Richtung driftenden Westeuropa zu unterwerfen.

Dazu hat genau dieser Boris Johnson im Gegensatz zur EU eine tiefe Verbundenheit zu Israel und den Juden, was er in einzigartigen und wundervollen Chanukka-Botschaften unter Beweis gestellt hat. Wie auch immer – Fr. Merkel und H. Steinmeier bekommen eine derartige Sympathiebekundung gegenüber den Juden nicht über die Lippen.

Sie bauchpinseln lieber den Panisla-

misten und bramarbasierenden Möchtegern-Jerusalem-Islamisierer Erdogan oder beglückwünschen wie Herr Steinmeier die Mord-Mullahs aus Teheran zu jedem Jahrestag der Unterjochung Persiens.

Zu deutlich schlägt da wohl im Falle der Kanzlerin die privilegierte Sozialisierung in der durch und durch antisemitischen „DDR“ durch, während der Amtsinhaber des offensichtlich sehr falsch besetzten Bundes-Präsidialamts wohl den Redakteur eines Verfassungsschutz-beobachteten linken Schmierblatts nicht ohne Gesinnungsrückstände aus seiner Vita tilgen kann.

Dabei stünde eine derartige Nähe wohl eher zu der mittlerweile kaum noch ohne entwürdigendes Identitäts-Mimikry oder massiven Schutz im öffentlichen Raum überlebensfähigen jüdischen Bevölkerungsminderheit gerade in dem Land der Schoah sehr gut zu Gesicht.

Brexit-Neid

Gerade in der Abkehr von der trotz Corona -Restriktionen irrwitzigen Open-Border-Politik für islamischen Rassismus, Antisemitismus sowie islamische Gewaltbereitschaft samt Demokratie- und Rechtsverachtung werden nicht nur die noch hiergebliebenen Juden, sondern auch alle anderen Bürger dieses Landes und Westeuropas die Briten in nicht allzu ferner Zeit noch erheblich beneiden für ihren weisen und gerade noch rechtzeitigen Schritt, das sinkende Schiff EU zu verlassen.

Zum Glück für Israel und das jüdische Volk hat die EU im Nahen Osten nicht viel zu sagen. Ihre Glaubwürdigkeit hat sie bereits damit verloren, dass sie sich weniger dem demokratischen Staat der Juden als der massiven Finanzierung arabischer Judenmörder und Terroristen, dem Atombomben-gegen-Israel-Bereiter Iran sowie den Israel-hassenden linken NGOs verbunden sieht.

Wirkliche Freunde Israels findet man heutzutage ohnehin nicht in Westeuropa. Dort findet man nicht einmal wirkliche Freunde Europas und seiner abend-

ländischen Kultur. Die Freunde Israels saßen in der Trump-Administration, der als erster US-Präsident bereit war unter anderem auch die Verteidigungs-erforderliche israelische Souveränität über die Golanhöhen anzuerkennen.

Man findet sie auch in Australien, dessen Regierung zwar nicht bis zum Ende konsequent über das ungeteilte Jerusalem, aber trotzdem die wichtige Entscheidung über die Anerkennung West-Jerusalems als israelische Hauptstadt getroffen hat. Man findet sie in Teilen der hier verpönten Länder Osteuropas, in Asien, in Brasilien und letztlich sogar in der Ukraine, die als einziger GUS-Staat eine von Israel eingebrachte UN-Resolution zu Anerkennung der Hamas als Terrororganisation unterstützt hat.

Die Zahl der Freunde Israels wächst immer mehr

Die historischen von Präsident Trump und Ministerpräsident Netanjahu erzielten Abkommen mit bisher feindseligen arabischen Staaten belegen es deutlich: Zahl der Freunde Israels wird von Jahr zu Jahr größer. Der Staat Israel ist wirtschaftlich erfolgreich und führend im IT-Bereich.

Für das Jahr 2020 und sehr viele weitere dürfen wir allen hiesigen und weltweiten Feinden der Juden zum Trotz optimistisch in das nächste Jahr, die nächste Dekade und die weitere Zukunft blicken.

Unsere Redaktion und ich wünschen dem Staat Israel, auch bei seinen Wahlen in diesem neuen Jahr eine glückliche Hand, dem sich mittlerweile allenthalben gegen Corona impfenden jüdischen Volk und allen unseren Lesern und Freunden einen angenehmen Jahreswechsel und ein friedliches und glückliches Jahr 2021 in Sicherheit, Erfolg, Wohlergehen und vor allem Gesundheit!

Am Israel Chai!

*Ihr
Dr. Rafael Korenzecher
i.A. Simon Akstinat*

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Demokratie und Islam sind unvereinbar – die Ablehnung des Islam ist kein Rassismus, sondern ein Gebot der Notwehr

Kritik und Ablehnung der intolerantesten der Weltreligionen wird von unserer Politik als „rassistisch“ geframed. Dabei wird außer Acht gelassen, dass der Islam ebenso multiethnisch wie das Christentum ist und deshalb kein Opfer des Rassismus sein kann.

Doch wer wirklich glaubt, dass der Islam keinen Anlass zu Angst gibt, der hat das wahre Anliegen des Islam nicht verstanden.

Von Laila Mirzo

Wollen Sie, dass Frauen selbstbestimmt leben dürfen und Mädchen nicht mit neun Jahren verheiratet werden? Wollen Sie, dass jeder Mensch die Freiheit haben sollte, zu glauben oder nicht zu glauben? Wollen Sie, dass Menschen sich lieben dürfen, egal ob es zwei Männer oder zwei Frauen sind? Wollen Sie, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit die Säulen unserer Gesellschaft bleiben? Wenn Sie eine oder mehrere dieser Fragen mit Ja beantworten, dann sind Sie islamophob. Denn wie der in Wien lebende Politologe Farid Hafez in einem Interview mit der Bundeszentrale für politische Bildung erklärte, ist bereits die Aussage, der Islam sei frauenfeindlich und unvereinbar mit der Demokratie, bereits „islamfeindlich“.

Das Gegenüber diskreditieren

Das Schlagwort „Islamophobie“ ist zum Inbegriff der asymmetrischen Gesprächskultur geworden. Es impliziert ein irrationales Angstgefühl, unbegründet und morbide. Damit ist das Gegenüber auf einen Schlag mental diskreditiert. Zugegeben, es ist ein genialer Schachzug, jegliche Kritik am Islam als pathologisch hinzustellen. Gekrönt wird die asymmetrische Argumentation dann noch mit dem Vorwurf des anti-islamischen Rassismus. Es wird systematisch ein vermeintlich politisch unkorrektes Konstrukt, ein Denkmodell etabliert, das Islamkritik per se unmöglich macht, da jeder Ansatz bereits im Keim erstickt wird.

Eine weitere Argumentationsmethode ist die Behauptung, die Muslime seien die „neuen Juden“. Kritik an der Gewaltideologie und an der Unterdrückung der Frau wären eine „hetzerische“ Stimmungsmache gegen Muslime, ähnlich der Propaganda der Nationalsozialisten im Dritten Reich gegen die Juden. Muslime würde sich durch die Kritik Repressalien gegenübersehen und müssten um ihr Leben fürchten. Diese Behauptung ist ein gefährlicher und



Der dänische Karikaturist Kurt Westergaard, der durch seine Mohammed-Karikaturen bekannt wurde.

propagandistischer Geschichtsrelativismus, der eine ganz klare politische Agenda verfolgt, nämlich die aufgeklärten Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Islamophobie mit Antisemitismus zu vergleichen ist schlichtweg falsch und eine grobe Verharmlosung und Relativierung des Judenhasses. Antisemitismus gründet sich auf völkischem Hass, Verschwörungs-



Der ermordete französische Lehrer Samuel Paty (Zeichnung von Victor Couto)

theorien und einfältiger Dummheit, während sich Islamkritik auf eine Chronologie der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen bezieht, die nachweislich und explizit im Koran befohlen wird und selbst von Mohammed praktiziert worden ist.

Doch der Vorwurf der Islamophobie ist nichts anderes als eine geschickte Täter-Opfer Umkehr. Vertreter der orthodoxen Lehre erheben sich selbst zu Opfern, und ihre Opfer hingegen und diejenigen, die sich mit den Opfern solidarisieren, werden zu Tätern gemacht.

Das Ansprechen der Gewaltideologie im Islam darf aber kein Tabu sein. Wenn es heute ein mentales Krankheitsbild sein

möglich. Auch wenn Muslime den Kampf um eine Reform aufgeben und sich vom Islam abwenden, unterstellt man ihnen „Rassismus“, sobald sie ein kritisches Wort über ihre ehemalige Religion verlieren. Doch wie kann eine solche Argumentation einer näheren Betrachtung standhalten?

Ist der Islam eine Rasse? Beschränkt sich der Islam auf bestimmte Ethnien? Tritt ein Wechsel der ethnischen Identität im Falle einer Konvertierung ein? Verliert man diese Ethnie wieder, wenn man den Islam verlässt? Welche Metamorphosen sollen hier stattfinden? Hier geht es augenscheinlich nur um die künstliche Generierung und Etablierung einer

Haltung legitimiert, freilich auch eine aktive Verteidigung des Islam. Wie eine solche „Verteidigung“ aussehen kann, haben wir in den letzten Jahren leidvoll lernen müssen. Dabei funktioniert die islamische Umma als großes Bewusstsein, das nichts vergisst. Waren es im Januar 2015 die Redakteure des Satire-Magazins „Charlie Hebdo“, die den Preis für die Meinungsfreiheit mit ihrem Leben bezahlen mussten, so war es vor kurzem der französische Geschichtslehrer Samuel Paty, welcher die Mohammed-Karikaturen aus „Charlie Hebdo“ seinen Schülern gezeigt hatte und mit ihnen die Prinzipien der Meinungs- und Religionsfreiheit besprechen wollte, der von einem fundamentalen Moslem mit Enthauptung „bestraft“ wurde.

Die Zeit der Zurückhaltung ist vorbei

Je größer die muslimische Minderheit in Europa wird, desto selbstbewusster treten ihre orthodoxen Mitglieder auf. Man redet nicht mehr hinter vorgehaltener Hand, die Zeit der Zurückhaltung ist vorbei. So hatte der Vater einer Schülerin aus Samuel Patys Klasse öffentlich auf Youtube zur Bestrafung des Lehrers aufgerufen, der von seinen eigenen Schülern denunziert worden war.

Die Hinrichtung von Samuel Paty war eine Botschaft an Europa, quasi eine „pädagogische Erziehungsmaßnahme“: Wer den Islam oder den Propheten Mohammed kritisiert, der wird bestraft, niemand kann sich dem entziehen.

So war auch die Reaktion des türkischen Präsidenten auf Emmanuel Macrons Kampfansage gegen den islamischen Separatismus in Frankreich eine logische Konsequenz dieser Einschüchterungstaktik. Erdogan nannte Macron einen „Feind des Islam“ und gab damit den Startschuss für eine Terrorreihe. In Nizza drang ein islamischer Attentäter in die Kathedrale ein und tötete drei Menschen, auch hier wurde ein Mensch geköpft, in Wien randalieren muslimische Jugendliche in Kirchen und entweihen die Altäre. Der Kulturkampf hat sich nun verlagert, von der Moschee auf die Straße.

Die Politiker Westeuropas haben Angst

Doch selbst jetzt halten sich viele Politiker und Intellektuelle mit Kritik am Islam zurück. Sie zensurieren sich selbst aus Angst davor, als „islamophob“ stigmatisiert zu werden. Damit ist die Religionskritik von der Vernunft-Ebene auf eine pseudo-moralische Ebene gezogen worden: Wer kein Islamfreund ist, ist ein „Rassist“.

Diese Strategie geht aber noch weiter und frisst sich auch durch staatliche Institutionen. So hat die „Organisation für Islamische Zusammenarbeit“ (OIC), der immerhin 56 Länder angehören, bei der Abschlusserklärung ihres Treffens in Istanbul 2019 gefordert, alle Länder mit muslimischen Minderheiten sollen auf „Erklärungen und Praktiken verzichten, die den Islam in Verbindung mit Terror, Extremismus und Bedrohung“ der Gesellschaft bringen, um gegen die „Plage“ der Islamfeindlichkeit vorzugehen. Es ist wohl überflüssig zu erwähnen, dass ausgerechnet der türkische Präsident eine Leitfigur dieser Bewegung ist.

„ Dabei funktioniert die islamische Umma als großes Bewusstsein, das nichts vergisst.“

soll, dagegen zu sein, wenn im Namen einer Schrift Menschen enthauptet werden, LKWs in Menschenmengen fahren oder Frauen nach einer Vergewaltigung die Steinigung droht, dann lasst uns uns mit voller Inbrunst dieser „Hysterie“ hingeben! „Wahnsinnig“ zu sein war noch nie so gesund, so ehrenhaft!

Richtig absurd wird der Vorwurf der Islamophobie und des anti-islamischen „Rassismus“, wenn er sich gegen kritische Muslime oder Ex-Muslime richtet. Wollen liberale und moderne Muslime den Islam „abrüsten“ und einen humanistischen Weg finden den Islam zu praktizieren, indem sie die Gewaltverse oder das Frauenbild diskutieren, so werden sie von orthodoxer Seite nicht selten als „Verräter“ beschimpft. Ein weiterer Diskurs ist dann nicht mehr

Pseudo-Opfergruppe. Es verhöhnt die Opfer des wahren Rassismus und bietet die Menschenrechtsbewegung der Lächerlichkeit feil.

Niemand hat den Islam in den Genen

Ex-Muslime, die sich also vom Islam abgewandt haben, sind nicht aus einer ethnischen Identität ausgestiegen, sie haben sich von reaktionären Glaubenssätzen, von einer Ideologie befreit. Es ist ein Denkprozess und keine genetische Transformation. Doch das kümmert die Akteure der islamischen Propaganda-Maschinerie nicht. Es gilt der goldene Grundsatz: Wer den Islam kritisiert, egal ob von innen oder von außen, ist eine Gefahr für die islamische Gemeinschaft, ja sogar ein Feind. Diese

„Initiative Weltoffenheit“ will weiterhin ihre Israel-Feindlichkeit kultivieren

Ein Bündnis von Angehörigen des linken Kulturbetriebs, aus Theatern und aus staatlich alimentierten Organisationen wie dem Goethe-Institut starten einen gemeinsamen Aufruf gegen den Anti-BDS-Beschluss des Bundestages.

Von Reinhard Mohr

Es war ein denkwürdiges Bild am Donnerstag dieser Woche im Deutschen Theater zu Berlin, eine Szenerie voller Verlogenheit und Scheinheiligkeit. Ein tapferes Dutzend Kulturschaffender, Vertreter solch hochmöglicher, milliardenschwer subventionierter Institutionen wie Goethe-Institut, Berliner Festspiele, Humboldt-Forum und Wissenschaftskolleg, erhoben, einer nach dem anderen, wortreich Klage gegen die Bedrohung der Meinungsfreiheit.

Wie das? Haben wir was verpasst? Werden die Goethe-Institute in Istanbul, Caracas oder Peking drangsaliert? Wurde eine postfeministisch-queer-antikolonialistische Theaterinszenierung in Krefeld verboten? Sind der Gender-Forschung in Kassel Gelder gestrichen worden? Wurde wieder ein französischer Lehrer geköpft, weil er muslimischen Kindern den Wert der Kunstfreiheit erklären wollte?

Nein. Es geht um Israel. Besser: Um Israel-Kritik. Noch genauer: Um die nicht mehr ganz taufrische Resolution des Deutschen Bundestages (Drucksache 19/10191) vom 15. Mai 2019, die mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen verabschiedet worden war. Kernpunkt:

Die Warnung vor der antiisraelischen und antisemitischen Boykottbewegung BDS, dazu die Absichtserklärung, ihr „Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter Bundestagsverwaltung stehen“, zu verweigern. Darüber hinaus sollten „keine Organisationen“ und „keine Projekte“ finanziell gefördert werden, die „das Existenzrecht Israels in Frage stellen“, „zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Bewegung aktiv unterstützen“.

Die Kulturschaffenden proben den Aufstand

Nun, auf dem Höhepunkt der Coronapandemie, pünktlich zu Beginn des jüdischen Lichterfests Chanukka, proben die Kulturschaffenden den Aufstand gegen „die Logik des Boykotts“, den die Bundestagsresolution angeblich ausgelöst habe. Durch eine „missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs“ würden „wichtige Stimmen beiseitegedrängt“.

So wichtige Stimmen also wie all jene, die dazu aufrufen, Israel politisch, wirtschaftlich und kulturell zu isolieren. Freilich versäumt die vereinigte Kulturlinke aller staatlichen Etatposten nicht, pflichtschuldigst mitzuteilen, dass auch sie gegen die Boykottandrohung sei. Aber warum?

Weil man den „kulturellen und wissenschaftlichen Austausch für grundlegend“ halte, genauso wie „Vielfalt“, „Visionen“, „Weltoffenheit“, „Vielstimmigkeit“ und jene „Ästhetik der Differenz“, in denen „Ambivalenzen zu ertragen“ seien, kurz: der versammelte Wort-Klimbim des politisch korrekten Zeitgeists, der zu nichts verpflichtet außer dem schönen Gefühl, zu den Guten zu gehören.

Da rutscht dann schon mal der gute alte Subtext „Kauft nicht bei Juden!“ durch, während man gleichzeitig sinnentleerte, zur Phrase geronnene Bekenntnisse gegen Antisemitismus abgibt wie den Opfergroßchen in den Klingelbeutel.

Merkwürdig nur, dass niemand die Frage stellt, was denn eigentlich die Venezuela-Kritik so macht, abgesehen von der Iran-Kritik, der Syrien- und Ägyptenkritik, der Algerienkritik und der Pakistankritik, nicht zu vergessen die China- und die Russlandkritik?

Aber logisch: Das sind alles ferne unbekannte Länder. Die manische Besessenheit der Israel-Kritik ist hier zu Hause, bei uns, in uns drin. Da will immer wieder etwas heraus, etwas, das mit Schuld und Sühne zu tun hat – nur unter verkehrten Vorzeichen.



Auch Thomas Krüger, seit Juli 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, unterstützt die „Initiative Weltoffenheit“.

Und so spürt neben Rechtsradikalen und Neonazis auch die fortschrittliche deutsche Kulturlinke immer wieder die schmerzhaften Fesseln, wenn sie versucht, die Wahrheit über das Judentum zu sagen.

Zuerst erschienen bei der „Achse des Guten“

Unterdrücktes Gedenken

In Speyer wurden Gedenkkränze für Juden beschädigt, weil sie von jüdischen Mitgliedern der JAfD stammen. Diese scheinen in linken Kreisen mittlerweile anstößiger zu sein als beispielsweise der Gedenkkranz von Frank-Walter Steinmeier am Grab des Judenmörders und Terroristen Arafat.

Erik Lommatzsch (Achse des Guten)

Das Böse kann nur böse, das ist ein Naturgesetz. Widerlich, menschenverachtend (ein so schönes Wort!) ist es, verachtenswert. Rigoros muss es bekämpft werden. Ein besonders hinterhältiger Trick: Wenn das Böse dem Guten zustimmt, mit ihm einer Meinung ist. Niemals kann das aufrichtig sein. Da ist Wachsamkeit gefragt. Und vor allem Haltung!

Der Erfurter Landtag ist bekanntlich im Februar dieses Jahres haarscharf an einer solchen Falle vorbeigeschlittert. Da hatte ein Kandidat die Stimmen der falschen Partei – die Rede ist natürlich von der AfD – erhalten. Zum Glück gab es Hinweise einer Südafrika-Dienstreisenden, die in einer prägnanten Kurzfassung („...dass dieser Vorgang unverzeihlich ist und deshalb auch das Ergebnis wieder rückgängig gemacht werden muss“) dazu aufforderte, Demokratie, Wählerwille und -auftrag zu suspendieren. Es ist eben ein Kreuz, wenn man die Leute wählen lässt. Dann machen so viele so viel falsch. Großflächig und ganz ohne „Entsetzen“ (ein in letzter Zeit auffällig viel gebrauchtes Wort, insbesondere bezüglich der „Querdenker“, aber wir wollen nicht abschweifen) folgte man großflächig den Anregungen und der Wahlverlierer (der schon viel geweint hatte) konnte sich doch noch auf den – kurzzeitig von einem unwürdigen Hintern gewärmten – Landesvater-Sessel setzen.

Nein, die Stimmen der Falschen sind ein Problem und nach diesem Modellfall (Hat da grad jemand Sündenfall gesagt? Da erkennt man doch schon an der altbackenen

Wortwahl, woher es kommt!) wird weiter verfahren. Die Beispiele aus der Politik sind inzwischen Legion. Aktuell: Ob die CDU in Sachsen-Anhalt mit guten Gründen gegen die Erhöhung des „Rundfunkbeitrages“ ist, ist das eine. Das andere ist, dass die hinterhältige AfD ebenfalls dagegen ist. Das ist ein ernsthaftes Problem. Da muss man in der CDU erwägen, die Zähne zusammenzubeißen und gegen seine eigene Position stimmen.

Linkspartei-Abgeordnete in der Stadt Forst in der Lausitz haben das nicht verinnerlicht, das ist ebenfalls aktuell. Der Fraktionsvorsitzende der Linken war bereits im Mai schuldig geworden (gemeinsamer



Die Kardiologin Dr. Vera Kosova ist Vorsitzende der „Juden in der AfD“

Auftritt unter anderen mit der AfD bei einer Pressekonferenz und wohl sogar noch eine gemeinsame Sitzung). Konsequenterweise folgte der Parteiausschluss. Nun haben erneut zwei Linke in Forst nicht falsch, aber mit den Falschen gestimmt, was viel schlimmer ist. Abermals dräut der Entzug

von Parteibüchern. Worum ging und geht es eigentlich? Um einen Jugendclub. Man könnte versucht sein, derartige Dinge als kommunal einzustufen und... nein, niemals mit den Falschen! Keinen Fußbreit den... wir kennen das.

Symbolisches Säubern am 1. Advent

Politik macht Schule und kommt – das ist nicht sonderlich neu – in der Gesellschaft an. (Oder „bei den Menschen“ – auch eine in letzter Zeit sehr beliebte Formulierung.) Völlig klar ist, dass Kränze und Gebinde, die von der AfD niedergelegt werden, an Orten, die auch Andere für kranzablegenswert befinden, nichts verloren haben. Wo kommen wir denn bitte hin, wenn jeder einfach so gedenken darf? Und das auch noch mittels beschriftetem Gebinde öffentlich zum Ausdruck bringt? Im Anschluss an die offizielle Veranstaltung auf dem Dresdner Nordfriedhof anlässlich des diesjährigen Volkstrauertages wurden von verschiedenen Parteien Kränze niedergelegt. An einem der darauffolgenden Tage waren die Schleifen an denjenigen der AfD – mutmaßlich von Zauberhand – entfernt. Wer das für schäbig hält und schon bei einem derartigen Vorgang einen moralischen Abgrund sieht, ist noch nicht in der neuen Zeit angekommen.

Und die hat noch viel mehr zu bieten. Zum Beispiel in der Stadt Speyer. Dort wurde, wie speyer-Info.de stolz berichtet, am 1. Advent geputzt. Säuberungsbeflissene „des Bündnisses ‚Aufstehen gegen Rassismus‘ sowie verschiedener Speyerer Initiativen reinigten am Sonntag symbolisch die Gedenkstätte der ehemaligen jüdischen Synagoge. Der Anlass war, dass die AfD dort

zwei Kränze niedergelegt hatte. Mit dieser Aktion sei die Gedenkstätte vorübergehend entwürdigt und ihres Sinnes beraubt worden“, heiße es in einer Medieneklärung. Dieser zufolge diene die Kranzniederlegung „einzig der Provokation“. Gesprochen habe dabei „ein Vertreter des Häufleins ‚Juden in der AfD‘“. Dem sei dann auch „nichts anderes eingefallen, als von der angeblich zunehmenden Bedrohung durch Migration zu sprechen.“ Hätte der Redner der „winzigen Gruppierung“ (die scheint wirklich sehr unbedeutend zu sein, sonst müsste man nicht ständig auf die nicht vorhandene Größe hinweisen) vorher mal lieber die Putzkräfte gefragt, die wissen nämlich genau, wer für antisemitische Vorfälle im Deutschland unserer Tage verantwortlich zeichnet. Oder auch, dass – nicht näher bezeichnete – jüdische Verbände meinen, die wenigsten Mitglieder der „Juden in der AfD“ seien „wirklich Juden“.

Natürlich hätten „Aufstehen gegen Rassismus“ und „verschiedene Speyerer Initiativen“ lieber von der AfD und dem „Häuflein“ an der Gedenkstätte angebrachte Hakenkreuze entfernt. Nicht nur, dass es die nicht gab, jetzt wurden sie auch noch durch die Kränze irritiert. Wieder so ein Verstoß gegen ein schönes, festgefügtes Weltbild. Gut, dass der hinterlassene Dreck entfernt wurde, da kann die Speyerer Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler (SPD) ruhig schlafen. Und nur ganz Vorgestrige würden auf die Idee kommen, dass in ihrer Stadt mit der „Reinigung“ die Verfolgung und Vernichtung der Juden in der Zeit der NS-Herrschaft auf eine Weise politisch instrumentalisiert wurden, die an Perfidie nur schwer zu überbieten sein dürfte.

Südkorea dürfte aus Sicht der nach links abgedrifteten deutschen Politik gar nicht erfolgreich sein

Das kleine ostasiatische Land folgt keinem der sozialistischen deutschen Polit-Rezepte – und ist gerade deswegen so erfolgreich und überflügelt Deutschland in immer mehr Bereichen wie Wirtschaft und Bildung.

Von Gunnar Heinsohn

Im Jahr 1994 führt Deutschland 22:1 gegen Südkorea bei den scharf gesiebten PCT-Patentanmeldungen. 2019 steht es 1:1. Die Ostasiaten mit heute 50 Millionen Einwohnern haben einen damals hoffnungslos wirkenden Rückstand gegen mittlerweile 83 Millionen Deutsche furios aufgeholt.

Diese Dynamik wirkt durchaus rätselhaft, weil im Koreakrieg (1950–1953) beide Hälften des Landes die Auslöschung von über 90 Prozent ihrer Industrieanlagen hinnehmen müssen. US-General Curtis Lemay (1906–1990) verkündet, dass „fast alle Städte in Nord- und Südkorea“ durch Brand- und Sprengbomben zerstört wurden. Verliert das Deutsche Reich zwischen 1939 und 1945 durch alliierte Flieger rund 500.000 Menschen, so kommen in Korea zweimal so viele um. Als Deutschland bereits acht Jahre Wiederaufbau hinter sich hat, kämpfen sich die Koreaner erst aus den Trümmern.

Und Südkorea hat weitere Handicaps. So erreicht es beim Schutz von Eigentumsrechten, ohne die es Patente nicht gäbe, 2020 zwar einen passablen Wert von 6,68, aber Deutschland kann 7,74 aufweisen. Finnland steht mit 8,65 unter 131 gemessenen Nationen an der Spitze. Das Ende markiert Haiti mit 2,66. Kritisiert wird Südkorea überdies im Bereich ethnischer Diversifizierung, von der sich deutsche Politiker so viel erhoffen. Mit 139.600 anerkannten Asylanten des Jahres 2018 schneidet die Bundesrepublik gut tausendmal stärker ab als Südkorea mit nur 107.

2:1 für Südkorea

Ungeachtet ihrer Exklusivität sind selbst unter PCT-Patenten nicht alle gleich. Es gibt die respektablen, aber darüber hinaus die für die Zukunft entscheidenden. Dabei geht es um Innovationen für die – 2011 zuerst von Deutschen ausgerufenen – Industrie 4.0, also um die Vierte Industrielle Revolution (4IR) beziehungsweise das Internet der Dinge. Diese Artificial-Intelligence-Anwendungen ermöglichen das Kommunizieren von Maschinen mit Maschinen und von Programmen untereinander. Das Europäische Patentamt hat für diese Nobel-Kategorie eine Sonderauswertung von knapp 40.000 der insgesamt 253.000 Anmeldungen des Jahres 2018 vorgelegt.

2.051 Patente im 4IR-Sektor stammen 2018 aus Deutschland, aus Südkorea jedoch 4.370. Wo es rasant nach vorne geht, steht es zwischen den beiden also nicht mehr 1:1, sondern mit steigender Tendenz 2:1 für Südkorea. Deutschlands Spitzenreiter Siemens, der zwischen 2000 und 2009 noch 1,8 Prozent der globalen 4IR-Patente vorlegt, sackt – bei fallender Tendenz – auf nur noch 0,8 Prozent zwischen 2010 und 2018. Südkoreas Samsung-Erfinder hingegen klettern von 2,8 auf 5,2 Prozent und sind sechseinhalbmal stärker als die Münchener.

Seoul mit 9,9 und Tokio mit 9,8 Prozent der 4IR-Patente sind die Top-Städte der Menschheit. München mit 1,1 und Stuttgart mit 0,9 Prozent bilden keineswegs ein Nullum, kommen aber



Deutschland sieht alt aus gegen Südkorea, hier sinnbildlich dargestellt mit Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder und seiner südkoreanischen Ehefrau Soyeon Kim.

immer näher an den Ausgang des Hightech-Palasts.

Akademiker verlassen Deutschland

An welcher Schraube ließe sich in Deutschland noch drehen? Der Staat könnte mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben. Das hat er aber durchaus brav getan. Parallel zum Absinken deutscher Firmen und Städte steigt der öffentliche Mitteleinsatz zwischen 2005 und 2018 von 9,0 Milliarden auf 17,3 Milliarden Euro. Mit insgesamt 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung im Jahr 2019 liegt man auf der Höhe Japans, allerdings hinter Südkorea (gut 4 Prozent). Wird man mit noch höheren Aufwendungen die Nase wieder vorne haben? Oder werden auch diese Mittel verpuffen? Denn wer könnte das Geld produktiv umsetzen? Absolventen von Sozial- oder Theaterwissenschaften und so weiter für das einfallreiche Ausgeben von einer Milliarde Euro gegen Rechte werden sich zwischen 2021 und 2024 schon finden. Aber der 4IR-Ertrag dieser Summe dürfte bei null liegen.

Man muss also den Gründen für den Aufstieg der Ostasiaten nachgehen. Bei PISA 2018 hat Südkorea unter 1.000 Fünfzehnjährigen 69 mathematisch Fortgeschrittene („level 6“), während es in Deutschland 28 sind. Bei TIMSS 2015 (S. 115), wo die Gleichwertigkeit der Talente genauer beachtet wird, sind unter 1.000 südkoreanischen Kindern 409 „advanced“, in Deutschland aber lediglich 53.

Unter Nationen mit ähnlich solidem Eigentums- und Vertragsschutz kommen diejenigen nach oben, die ihre Kompetenz bewahren oder gar ausbauen können. Wie schlechtes Geld gutes Geld verdrängt, so verdrängen schlecht qualifizierte Migranten gut qualifizierte Einheimische. Die Besten erkennen diesen Zusammenhang zuerst. Schließlich müssen sie den 4IR-Karren für die Prosperität der Nation ziehen. Sie verstehen also, dass selbst bei ihrem Hierbleiben das Abrutschen der Heimat nicht zu verhindern ist. Deshalb klopfen sie vorsorglich bei Kompetenzfestungen an. Auch zwischen Rhein und Oder gibt es noch junge Leute, die eine solche Analyse anstellen können. Deshalb ist „der durchschnittliche

deutsche Auswanderer unter vierzig, beruflich erfolgreich und hat einen akademischen Abschluss.“ Diese Köpfer entstammen demografisch noch stärkeren und zugleich smarteren Jahrgängen. Unter den Nachwachsenden sind solche Köpfer von vornherein rarer, aber das Finis Germaniae werden sie ebenso schnell verstehen wie die heute Weggehenden.

Gunnar Heinsohn (*1943) lehrte von 2011 bis 2020 Kriegsdemographie am NATO Defense College in Rom. 2019 hat er sein Buch „Wettkampf um die Klugen“ (Orell&Füssli) publiziert. Weitere Informationen finden Sie auf seiner Homepage www.heinsohn-gunnar.eu.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die israelischen Verteidigungs-Luftschläge in Syrien zeigen positive Wirkung

Trotz unübersehbar hohem Aggressionspotentials der Mullahs gehen die subversiven und imperialen Aktivitäten des iranischen Regimes in Syrien immer mehr zurück.



Von Anna Aronheim
(Jerusalem Post)

Das F-35I Adir: Effektives Tarnkappen-Kampfflugzeug der israelischen Luftwaffe

Die Verschanzung des Iran in Syrien verlangsamt sich als Folge der laufenden IDF-Operationen, die im vergangenen Jahr zugenommen haben, gab IDF-Stabschef Generalleutnant Aviv Kochavi bekannt. Der General enthüllte auch zum ersten Mal, dass das Militär Cyberangriffe durchgeführt hat: „Die iranische Verschanzung in Syrien hat sich durch die Aktivitäten der IDF deutlich verlangsamt, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns, um unsere Ziele in diesem Bereich zu erreichen“, sagte er.

Im vergangenen Jahr hat sich das Tempo und die Qualität der israelischen Angriffe gegen iranische Einrichtungen in Syrien erhöht, einschließlich der kinetischen Operationen sowie einer Ausweitung der verdeckten Operationen: „Wir haben in diesem Jahr über 500 Ziele an allen Fronten angegriffen, zusätzlich zu mehreren geheimen Missionen“, sagte Kochavi.

Israel hat wiederholt vor den nuklearen Ambitionen des Irans gewarnt, ebenso wie vor seinem Streben nach regionaler Hegemonie, und hat Hunderte von Luftangriffen als Teil seiner „Krieg-zwischen-den-Kriegen“-Kampagne (bekannt als MABAM auf Hebräisch) zugegeben, um den Transfer von fortschrittlichen Waffen an die Hisbollah im Libanon und die Verankerung ihrer Kräfte in Syrien zu verhindern, wo sie leicht gegen Israel agieren könnten. Die Angriffe in Syrien haben nicht nur eine unermessliche Menge an modernen Waffen zerstört, sondern der Iran hat in den letzten Monaten auch die Zahl der Frachtflüge nach Syrien, die zum Schmuggeln von Waffen in das vom

Krieg zerrissene Land genutzt werden, deutlich reduziert.

Auch iranische Stützpunkte, Lager und Hauptquartiere wurden aus dem Gebiet um Damaskus in den Norden und Osten Syriens verlegt, und die Zahl der iranischen Truppen und Milizionäre ist ebenfalls erheblich geschrumpft.

Und während die IDF öffentlich Operationen in Syrien zugegeben hat, sind sie stumm geblieben, als ausländische Berichte Israels Krieg-zwischen-den-Kriegen für Schläge in Ländern weit weg von seinen Grenzen verantwortlich gemacht haben.

Doch in einer subtilen Andeutung gab Kochavi zu, dass Israel in anderen Ländern agiert, indem er sagte, dass „wir in sechs Bereichen intensiv arbeiten. Es gibt Schauplätze mit Aktivitäten auf täglicher Basis und es gibt solche mit wöchentlichen oder monatlichen Aktivitäten.“ Und weiter sagte Kochavi: „Der Nahe Osten ist die am meisten gesplante und gewalttätige Region der Welt“, und fügte hinzu, dass „die meisten der Länder, die Israel umgeben, Gebiete ohne Regierungsgewalt haben, und da ist es eine große Herausforderung für uns, mit ‚klassischen‘ Maßnahmen zu operieren.“

Laut dem IDF-Chef hat das israelische Militär auch „viele offensive Operationen“ in der Cybersphäre durchgeführt, die, wie er sagte, „die wichtigste Kampfarena ist, die sich in diesem Jahr verändert hat.“

Ende Juni eröffnete das Militär im Rahmen des Mehrjahresplans „Momentum“ der IDF das Direktorat für Strategie und den dritten Kreis, eine völlig neue Position im Generalstab, die sich hauptsächlich auf Israels Kampf

gegen den Iran konzentriert. Dieses neue Direktorat unter dem Kommando von Brigadegeneral Tal Kalman soll die Angriffsfähigkeiten der IDF verstärken.

Doch noch bevor das Direktorat seine Arbeit aufnahm, wurde Israel beschuldigt, einen großen Cyberangriff auf den iranischen Hafen Shahid Rajaei in der Nähe der Küstenstadt Bandar Abbas an der Straße von Hormuz gestartet zu haben, der ein tagelanges Chaos verursachte, nachdem das Computersystem der Anlage am 9. Mai plötzlich von Hackern angegriffen worden war. Eine Reihe mysteriöser „Unfälle“, die auf das iranische Raketen- und Atomprogramm im Sommer abzielten, veranlasste viele sich zu fragen, ob sich die IDF-Kampagne „Krieg zwischen den Kriegen“ auf wichtige Atomanlagen ausgeweitet hat.

Während Verteidigungsminister Benny Gantz jede israelische Rolle bei den Vorfällen leugnete, deutete Außenminister Gabi Ashkenazi inzwischen etwas anderes an und sagte auf der Maariv-Konferenz im Juli, dass „wir eine langfristige Politik im Laufe vieler Regierungen haben, um dem Iran nicht zu erlauben, nukleare Fähigkeiten zu haben. Dieses [iranische] Regime mit diesen Fähigkeiten ist eine existenzielle Bedrohung für Israel... Wir ergreifen Maßnahmen, die besser ungesagt bleiben.“

Wie bei Israels Krieg-zwischen-den-Kriegen-Kampagne tun diejenigen, die Cyberangriffe durchführen, dies in der Regel weit entfernt vom Ziel und anonym, um eine gewisse plausible Bestreitbarkeit zu ermöglichen und eine Eskalation zu verhindern.

Trotz der anhaltenden Spannungen

im Norden sieht die IDF die allgemeine strategische Sicherheitslage im Vergleich zu den Vorjahren als verbessert an.

„Wir schließen ein Jahr ab, in dem wir erfolgreich die wichtigste Mission der IDF erfüllt haben – Schutz und Sicherheit zu bieten“, sagte Kochavi und fügte hinzu: „Wir haben alle Versuche, den Staat Israel zu infiltrieren, verhindert und einen Rückgang der Zahl der Opfer und des Raketenbeschusses auf Israel gesehen.“

Im Gazastreifen zum Beispiel erlebte das Jahr 2019 den schwersten Höhepunkt der Gewalt zwischen Israel und Terrorgruppen seit dem Ende der Operation „Schutzrand“ im Jahr 2014. In dutzenden Runden der Gewalt wurden etwa 1.300 Raketen abgefeuert. Sieben israelische Zivilisten und zwei IDF-Soldaten wurden ebenfalls getötet, die höchste Anzahl von Opfern seit der Operation „Schutzrand“.

Doch im vergangenen Jahr sind die Raketenangriffe zurückgegangen, mit 174 abgefeuerten Raketen im Jahr 2020, und auch die Terroranschläge im Westjordanland sind deutlich zurückgegangen, wobei ein israelischer Zivilist und ein IDF-Soldat ums Leben kamen.

Mit Blick auf die jüngsten Normalisierungsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain, zwei Ländern, die den Iran ebenfalls als feindlich betrachten, sagte der Stabschef, dass diese Schritte „einen positiven Einfluss auf Allianzen und Sicherheitsaspekte im Nahen Osten haben.“

Aus dem Englischen von
Daniel Heiniger

Die Welt mit Jerusalem verbinden

Der orthodoxe Rabbiner Jehuda Glick setzt sich dafür ein, dass Juden trotz geschichtsklitterndem und unduldsamen arabischen Alleinanspruchs auf die Eroberungsmoschee, wie früher auf dem Jerusalemer Tempelberg beten dürfen. Mit Israelnetz hat der ehemalige Knesset-Abgeordnete unter anderem über den Bau des Dritten Tempels und religiöse Toleranz gesprochen.

Israelnetz: Vor sechs Jahren verübte ein „Palästinenser“ in Jerusalem ein Schussattentat auf Sie. Sie wurden schwer verletzt. Wie geht es Ihnen heute?

Jehuda Glick: Körperlich viel, viel besser – Gott sei Dank! Ich habe an verschiedenen Stellen noch Schmerzen. Aber das Wichtigste ist, ich kann wieder ein normales Leben führen. Ich danke Gott, dass ich den Anschlag überlebt habe und wieder ich selbst sein kann.

Israelnetz: In vielen Medien liest man von Ihnen immer wieder als „Tempelberg-Aktivist“. Was muss man sich darunter vorstellen?

Jehuda Glick: Ich mag die Bezeichnung „Aktivist“ nicht. Das klingt nach jemandem, der draußen protestiert. Ich war Mitglied des Parlaments und habe die Knesset vor einem Jahr verlassen. Dann habe ich die „Schalom-Jerusalem-Stiftung“ gegründet. Wir wollen Menschen auf der ganzen Welt mit Jerusalem verbinden. Die Bibel beschreibt Gott als Schöpfer aller Menschen nach seinem Abbild. Er hat jeden von uns anders erschaffen. Er wollte unterschiedliche Nationen. Aber wir sind um einen Gott vereint. Ich sehe mich als einen Diener der Öffentlichkeit, als einen Diener Gottes. Ich betrachte mich definitiv als eine Person, die versucht, in der Welt etwas zu verändern. Aber ich sehe mich nicht als Oppositionsperson. Ich sehe mich mehr als jemand, der versucht Brücken zu bauen, zu verbinden, als Person, die versucht mit den Herzen der Menschen zu sprechen.

Israelnetz: Wie sieht das praktisch aus, wenn Sie Brücken bauen?

Jehuda Glick: Ich war viel mit Touristen unterwegs, die wir auf den Tempelberg gebracht haben. Ich verfolge ein Konzept der Vielfalt, der Harmonie, der Inklusivität. In Zeiten von Corona mache ich das über Zoom und auf Sozialen Medien. Ich gehe mindestens einmal pro Woche zum Tempelberg. Die Leute schicken mir Gebetsanliegen und wir beten dort für sie. Ich bringe Menschen über Zoom oder andere Nachrichtendienste in Verbindung und wir beten zusammen. Wir hatten Leiter aus Afrika, die gemeinsam beteten, Menschen aus den USA, die für die Menschen in Afrika beten. Und während der großen Brände in Australien gab es Menschen, die für das Land beteten. Es ist eine Bewegung von Menschen, die glauben, dass die Welt eins ist und dass wir alle Verantwortung füreinander haben.

Israelnetz: Und diese Menschen, mit denen Sie beten, sind Christen oder auch Juden?

Jehuda Glick: Es sind viele Juden und viele Christen. Viele Menschen aus anderen Ländern. Ich überprüfe ihre Identität nicht, aber es sind Menschen aus Indien, Indonesien, Abu Dhabi, Korea und aus Lateinamerika dabei – Menschen, die diese Idee verbindet.

Israelnetz: Sie setzen sich dafür ein, dass Juden wieder auf dem Tempelberg beten dürfen. Warum ist Ihnen das so wichtig?

Jehuda Glick: Laut der Bibel ist der Tempelberg das Zentrum des Gebets der Welt. Dass Menschen, die keine Muslime sind, dort nicht beten dür-



Jehuda Glick während einer Knesset-Sitzung

fen, ist verstörend. Dieser Ort sollte ein Symbol der Inklusivität, der Toleranz, des gegenseitigen Respekts und des Friedens sein. Es gibt dort Menschen, die auf Gewalt aus sind, auf Belästigung. Das ist das komplette Gegenteil von Gott und der Idee der Inklusivität. Ich setze mich nicht nur dafür ein, dass Juden dort beten dürfen. Ich kämpfe dafür, dass alle Menschen im Weltzentrum des Gebets beten dürfen.

Wir haben die Bibel, die in so viele Sprachen übersetzt wurde. Sie ist ein Bestseller. So viele Menschen sind mit der Bibel verbunden und die Bibel spricht davon, dass Gott das Volk Israel erwählt hat und die Stadt Jerusalem als Zentrum der Welt. Dafür setzen wir uns mit der Stiftung ein. Wir glauben, dass wir in den Zeiten der letzten Tage leben. Und in dieser Zeit müssen wir sicherstellen, dass Jerusalem, der Thron Gottes, die Vorstellung Gottes widerspiegelt. Und Gottes Idee ist nicht Hass, sondern Frieden.

Israelnetz: Es ist nicht bekannt, wo genau sich das Allerheiligste des Tempels befand, das nicht betreten werden darf. Das Oberrabbinat warnt Juden deshalb davor, den Tempelberg zu besuchen, um den Ort nicht zu entweihen. Dennoch wächst seit Jahren die Zahl der religiösen Juden, die den Tempelberg besuchen. Wie lässt sich das miteinander vereinbaren?

Jehuda Glick: Ich glaube, dass es offensichtlich ist, wo das Allerheiligste ist: An der Stelle des Felsendoms. Die Muslime haben eine Moschee auf der Südseite errichtet, um sie nicht an der Stelle des Tempels zu bauen. Aber wissen Sie, bei vielen Gelegenheiten führen religiöse Führer nicht die Revolution an. Es gab religiöse Führer, die waren gegen den Feminismus, gegen die Rückkehr des jüdischen Volkes nach Israel – nur säkulare Juden führ-

ten die zionistische Bewegung an. Aber wenn wir heute zurückblicken, dann sehen wir, dass viele dieser Revolutionen zu großen Veränderungen in der Welt geführt haben. Und dann hat sich auch die religiöse Führung angeschlossen.

Es gibt heute mehr als 300 führende Rabbiner, die uns unterstützen. Die Zahl wächst ständig. Ich erwarte nicht, dass die religiösen Führer irgendeine Art von Revolution beginnen. Ich glaube nicht an Revolution. Ich glaube mehr an Evolution, daran, dass sich die Dinge schrittweise entwickeln und nicht an einem Tag passieren. Unser Auftrag ist es, das Thema anzusprechen und ich hoffe, dass sich uns das Oberrabbinat irgendwann anschließt.

Israelnetz: Vielen Muslimen gilt es als so schlimme Provokation, wenn Angehörige anderer Religionen auf dem Tempelberg beten, dass es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommen kann. Wissen Sie, warum das so ist? Sind Sie darüber im Gespräch mit Muslimen?

Jehuda Glick: Wir sprechen mit vielen Muslimen und wir haben viele muslimische Freunde. Leider gibt es verschiedene Orte auf der Welt, an denen radikale Muslime den Islam übernommen haben. Sie haben anfangs erwähnt, dass auf mich ein Anschlag verübt wurde – von einem Muslim. Aber später wurde ich von muslimischen Pflegern versorgt. Ich glaube, dass diese Muslime, die mich im Krankenhaus behandelt haben, viel mehr für den Islam tun als Menschen, die im Namen des Islam töten. Ich glaube, dass der Islam sehr oft von Menschen benutzt wird, die gewalttätig sind.

Ich setze mich dafür ein, Verständnis unter den Menschen zu fördern. Viele Muslime, die mit mir zusammenarbeiten, haben Angst vor dem politischen Islam hier in Israel. Das ist beunruhi-

gend. Denn wir sind nicht hier, um zu kämpfen. Wir sind hier, um zu kooperieren. Ich glaube, dass die Muslime in unserer Region nur davon profitieren können, mit Israel zusammenzuarbeiten. Ich strecke meine Hand in Frieden aus. Unsere Bewegung lädt Menschen aller Nationalitäten und Religionen ein, sich uns anzuschließen und Brücken zu bauen.

Die meisten Muslime, aber auch einige Juden sehen in Ihnen einen Extremisten und eine Gefahr für den Weltfrieden, weil Sie den Status quo auf dem Tempelberg ändern möchten.

Ich bin sehr radikal und eifrig, wenn es darum geht, Menschen zu lieben. Ja, ich bin ein Extremist, wenn es um Toleranz und um Inklusivität geht. Viele Menschen glauben, dass das, was sie denken, die Wahrheit ist und niemand sonst einen anderen Schlüssel zur Wahrheit hat. Ich bin sehr extremistisch, wenn es um dieses Problem geht. Ja, ich liebe Menschen wirklich. Ich liebe die Tatsache, dass wir andere Menschen respektieren sollen. Ich weiß, dass viele Menschen denken, dass Religion radikal sein sollte und in ihrer Orthodoxie, ihrer Sturheit glauben, dass allein sie die Wahrheit kennen.

Es ist schwer, Menschen zu erklären, dass Gott ein inklusiver Gott ist und möchte, dass die Menschen unterschiedlich sind – so als wäre die Menschheit ein Orchester. Die Trommel ist kein Cello und das Klavier ist keine Violine und die Flöte ist definitiv keine Trompete. Ich finde, das ist das Schöne an einem Konzert, dass jedes einzelne Instrument seinen Platz hat. Manche Christen akzeptieren das nicht, manche Muslime akzeptieren das nicht. Manche Europäer akzeptieren keine Afrikaner. Manche Menschen erhöhen sich selbst. Ich bin ein Schüler König Davids und der sagte,



Jehuda Glick geht barfuß über den Tempelberg. Das Beten ist Juden dort verboten.

sein Herz stehe nicht höher als andere. Wenn wir über Gott sprechen, dann sollten wir ein Instrument in Gottes Konzert sein und nicht jemand, der versucht, sich anderen aufzuzwingen. Und wenn die Leute uns deshalb als Extremisten betrachten, ja, dann sind wir Extremisten.

Israelnetz: Mehrere jüdische Organisationen wollen den jüdischen Tempel wiederaufbauen. Das Jerusalemer Tempelinstitut bereitet seit Jahrzehnten alles für die Wiederherstellung eines Dritten Tempels vor – wie die für den Tempeldienst notwendigen Utensilien oder die priesterlichen Gewänder. Können Sie sagen, ob alles bereit ist, fehlt noch etwas?

Jehuda Glick: Der Tempel ist nicht nur das Gebäude. Nach dem Motto, gib mir eine Million Dollar und wir werden einen Tempel haben. Ja, das Tempelinstitut bereitet Gefäße vor. Und wir warten darauf, das Haus des Gebets für alle Nationen wieder aufzubauen. Aber es gibt ein noch wichtigeres Gefäß. Und das sind die Seelen und die Herzen der Menschen. Der Wiederaufbau des Tempels als Gebetshaus für alle Nationen muss Teil einer humanitären Bewegung sein. Wir müssen unser Herz für die Waisen und die Witwen öffnen. Wir müssen unsere Herzen für Behinderte öffnen. Das ist die Idee eines Tempels. Ein Tempel verändert die Welt. Jeder einzelne Mensch ist einzigartig und besonders. Wir reden also über die Gefäße, die vorbereitet werden müssen. Das wichtigste Gefäß ist wirklich die Bereitschaft, all unsere negativen Gefühle aus unseren

Herzen und Seelen zu entfernen und unsere Herzen zu öffnen. Das lässt zu, dass Gott in diese Welt kommt und nicht hinausgedrängt wird.

Israelnetz: Auf dem Tempelberg stehen mit dem Felsendom und der Al-Aqsa-Moschee islamische Heiligtümer. Jede kleinste Veränderung am Status quo sorgt für Zündstoff. Es scheint kaum vorstellbar, dass dort wieder ein jüdischer Tempel stehen könnte.

Jehuda Glick: Er wird nicht gebaut werden, wenn es uns nicht gelingt, dafür die Unterstützung der muslimischen Welt zu erhalten. Dass die Lage des Tempels, das Zentrum des Felsendoms, Hass, Schrecken und Aufstachelung im Namen Gottes darstellen, ist in meinen Augen etwas sehr Schreckliches. So etwas dürfen wir nicht tolerieren. Nein, wenn es um den lebendigen Gott geht, dann sollte es ein Ort des Friedens sein. Und deshalb glaube ich, dass wir versuchen müssen, auch die Herzen der muslimischen Welt zu berühren. Das wird nicht einfach. Wir müssen entschlossen und hingebungsvoll sein. Wir müssen demütig und bescheiden zu der Einsicht gelangen, dass Gott uns als sein Werkzeug benutzt. Das braucht Zeit.

Vor 100, 200 Jahren bezeichnete die christliche Welt Juden als Feind. Sie sah im jüdischen Volk ein Symbol für das Böse. Aber wie Sie wissen, gibt es heute viele Christen, die Israel unterstützen. Ich denke, das Gleiche geschieht langsam in der muslimischen Welt. Wir sehen viele arabische Länder, die näher an Israel heranrücken. Wir versuchen, die ganze Menschheit zu erreichen. Als

Deutsche kommen Sie aus einem Land, das gerade im vergangenen Jahrhundert eine schmerzhaft Geschichte mit Israel hatte. Aber heute arbeiten Israel und Deutschland eng zusammen. Wer hätte das vor 80 Jahren gedacht? Wir müssen also glauben, dass sich die Dinge verändern können. Wir haben es mit unseren eigenen Augen gesehen, und wir müssen weiterhin glauben, dass wir diese Veränderung bringen können.

Israelnetz: Innerhalb des Judentums ist umstritten, ob der dritte jüdische Tempel durch den Messias gebaut wird oder ob er schon stehen sollte, wenn der Messias kommt. Wie denken Sie darüber?

Jehuda Glick: Ich bin kein Sprecher Gottes. Aber ich denke, es ist unsere Pflicht, das zu tun, was in der Bibel steht und nicht darauf zu warten, dass Gott Dinge tut. Gott hat die Welt erschaffen. Aber dann übergab er sie der Menschheit und sagte: Jetzt seid Ihr dran! Betreibt die Welt! Ich bin mir sicher, wenn wir Dinge tun, können wir das nicht ohne Gottes Hilfe. Wenn du versuchst, ein Haus ohne Gottes Hilfe zu bauen, ist es vergeblich. Aber das bedeutet nicht, dass wir damit aufhören sollten, sondern wir müssen beten, dass Gott uns dabei unterstützt und uns hilft.

Wir können nicht für den Messias entscheiden, wann er kommen soll, wie er kommen soll. Deshalb spielt der Messias keine so wichtige Rolle in meiner Theologie, weil ich das nicht in meiner Hand habe. Aber die Welt zu verbessern, zu den Herzen der Menschen zu sprechen, das ist unsere Mission. Das ist etwas, was

wir tun können. Also anstatt darüber zu sprechen, wann der Messias kommen wird, lasst uns einfach handeln und der Messias wird da sein, er wird kommen, wenn die Zeit reif ist.

Israelnetz: Sie haben einmal gesagt: „Ich will ein Gebetshaus für alle Menschen auf diesem Ort, dem heiligsten auf der Welt.“ Wie stellen Sie sich das vor? Wie könnte so ein Gebetshaus aussehen?

Jehuda Glick: Ich möchte hier nicht ins Detail gehen. Als Theodor Herzl von der Gründung des Staates Israel, träumte, schrieb er im 19. Jahrhundert ein Buch über seinen Traum für einen jüdischen Staat. Wenn man Israel heute betrachtet, sieht man viele Dinge, die er sich vorgestellt hat – ohne, dass er etwas über die Hightech-Welt wusste, die es geben wird. Er wusste nicht, wohin der Weg führen wird.

Zunächst müssen wir Verständnis zwischen den Menschen erreichen. Wir sollten uns wirklich darauf konzentrieren, in unseren Herzen einen Wandel zu vollziehen. Wir könnten wunderbar zusammenarbeiten. Ich glaube, dass alles, was ich sage, kleiner ist als das, was es wirklich sein könnte. Ich sage einfach, lasst uns zusammenarbeiten. Wir können so viele große Dinge erreichen!

Israelnetz: Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Dana Nowak

2021 will Jehuda Glick für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren. Das Interview wurde vor dieser Bekanntgabe geführt.

Obamas anti-israelisches und revisionistisches Buch „Verheißenes Land“

Der Ex-Präsident füttert seine Leser und Anhänger mit gefährlichen Lügen und Halbwahrheiten sowie Verzerrungen zum Thema der Legitimität Israels.

Von Dov Lipman (JNS / Audiatur)

Ich bin der festen Überzeugung, dass Israelis sich nicht in die amerikanische Politik einmischen oder sie beeinflussen sollten, und ich spreche allen amerikanischen Präsidenten, einschließlich Obama, regelmäßig einen pauschalen Dank für ihre Unterstützung für Israel aus.

Seine Memoiren „A Promised Land“ (Ein verheißenes Land) sind jedoch voller historischer Ungenauigkeiten, die es meiner Meinung nach anzusprechen gilt. Seine Erzählung der Geschichte Israels (am Anfang von Kapitel 25) zeigt nicht nur ein fehlerhaftes Verständnis der Region – was sich eindeutig auf seine Politik als Präsident auswirkte –, sondern führt die Leser auf eine Weise in die Irre, die ihre eventuelle schon vorhandene negative Sicht auf den jüdischen Staat für immer prägen wird.

Obama erzählt zum Beispiel, wie die Briten Palästina „besetzten“, als sie die Balfour-Erklärung verabschiedeten, in welcher ein jüdischer Staat gefordert wurde. Aber Großbritannien als „Besitzer“ zu bezeichnen, lässt eindeutig Zweifel an der Legitimität Großbritanniens aufkommen, irgendetwas über die Zukunft des Heiligen Landes zu entscheiden, und dem war nicht so.

Es stimmt zwar, dass England 1917, als die Balfour-Erklärung verabschiedet wurde, keine gesetzlichen Rechte in Palästina hatte, aber das änderte sich nur fünf Jahre später. Der Völkerbund, der Vorläufer der Vereinten Nationen, verlieh den Briten in seinem „Mandat für Palästina“ von 1922 Rechtsansprüche auf Palästina, in dem ausdrücklich „die Errichtung eines nationalen Heims für das jüdische Volk in Palästina“ erwähnt wird.

Der Völkerbund stellte ferner fest, dass „damit die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina und die Gründe für die Wiederherstellung seiner nationalen Heimat in diesem Land anerkannt wurden“.

Die vom ehemaligen US-Präsidenten erwähnte Weglassung des international vereinbarten Mandats für die Briten, eine Heimat für die Juden in Palästina zu errichten, verwirrt den Leser, der daraus schließen wird, dass die Bemühungen um einen jüdischen Staat in Palästina keine Legitimität oder internationale Zustimmung hatten.

„Im Laufe der nächsten 20 Jahre mobilisierten zionistische Führer eine Welle jüdischer Migration nach Palästina“, schreibt Obama weiter und zementiert damit das Bild, dass die Juden plötzlich in Scharen dorthin strömten, nachdem die Briten illegal mit der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina begonnen hatten.

Die Wahrheit ist, dass die Juden, die während der 2000 Jahre, in denen die meisten von ihnen aus dem Land vertrieben wurden, eine kontinuierliche Präsenz aufrechterhielten, schon vorher in großer Zahl nach Palästina gezogen waren. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts kamen deutlich mehr als 100.000 jüdische Einwanderer. Dann in den 1920er Jahren, konnten viele vor dem Antisemitismus in Europa fliehende Juden nur deshalb einen sicheren Zufluchtsort in Palästina finden, weil die



Sein Verhältnis zu Israel war alles andere als herzlich: Ex-Präsident Barack Obama

Vereinigten Staaten 1924 Quoten für die Einwanderung von Juden nach Amerika eingeführt hatten.

Der historische Kontext

Die Zahl der Einwanderer stieg in den 1930er Jahren noch weiter an, als Adolf Hitler an die Macht kam und mit seiner Herrschaft über Europa begann, während die Welt schwieg.

Der historische Kontext ist wichtig, und als Obama sich entschied, über die Geschichte zu schreiben, hätte er den vollständigen Kontext liefern und die Juden so darstellen sollen, wie sie waren: ein verfolgtes und verzweifertes Volk, das Sicherheit sucht, und nicht, wie er andeutet, als starke Eroberer, die nach Palästina strömen.

Seine Behauptung, dass die neuen Einwanderer „gut ausgebildete Streitkräfte zur Verteidigung ihrer Siedlungen organisierten“, ist ebenfalls irreführend. Eine zutreffendere Art und Weise, sie zu beschreiben, wäre es gewesen: „Weil die Araber in der Region die jüdischen Gebiete erbarmungslos angriffen, hatten die jüdischen Flüchtlinge keine andere Wahl, als zu den Waffen zu greifen, um sich zu verteidigen“.

Die Erkenntnis, dass die Araber Juden angriffen, bevor es überhaupt einen Staat Israel gab, ist ein wichtiger historischer Kontext für das Verständnis des israelisch-arabischen Konflikts.

„A Promised Land“ erzählt auch, wie die Vereinten Nationen im November 1947 einen Teilungsplan für Palästina verabschiedeten, indem sie das Land in einen jüdischen und einen arabischen Staat teilten, was die „zionistischen Führer“, wie Obama sie nennt, akzeptierten, wogegen aber die „arabischen Palästinenser sowie die umliegenden arabischen Nationen, die gerade aus der Kolonialherrschaft hervorgegangen, heftige Einwände erhoben“.

Obamas Verwendung von „zionistischen Führern“ anstelle von „jüdischen Führern“ spielt direkt in das gegenwärtige internationale Klima hinein, in dem es politisch korrekt ist, „antizionistisch“ zu sein, während es inakzeptabel ist, antijüdisch zu sein. (In Wirklichkeit ist der Zionismus die Bewegung für Juden, die in ihrem biblischen und historischen Heimatland leben. Sich dagegen zu stellen, ist also eigentlich Antisemitismus, aber das steht auf einem anderen Blatt).

Die Beschreibung von „arabischen Nationen, die gerade aus der Kolonialherrschaft hervorgegangen“ ist ein klarer Versuch, die arabische Ablehnung des UN-Teilungsplans zu rechtfertigen. Diese armen „arabischen Nationen“, die unter der Kolonialisierung ihrer Länder durch Außenstehende gelitten haben, konnten einfach nicht akzeptieren, dass eine andere „koloniale“ Entität, die Juden, in die Region eindrang.

Aber die Wahrheit ist, dass mit Ausnahme von Ägypten, das nicht kolonisiert wurde, keines der Nachbarländer, die den Teilungsplan ablehnten, vor dem Ersten Weltkrieg als Staat gegründet worden war. Ja, die Nachkriegsmandate des Völkerbunds übertrugen die Kontrolle in der Region für einige Jahrzehnte an die Briten und Franzosen, aber dies geschah an Stelle des Osmanischen Reichs, welches die Region jahrhundertlang kontrolliert hatte. Folglich ist das Bild von Ländern die aus einer langjährigen Kolonialherrschaft hervorgegangen sind, als subtiler Versuch, ihre Einwände gegen den Teilungsplan zu rechtfertigen, einfach falsch.

Gründungsgeschichte Israels in 2 Sätzen

Obama erzählt die Gründungsgeschichte des Staates Israel in zwei Sätzen, die nichts weniger als regelrechter Geschichtsrevisionismus sind: „Als Groß-

britannien sich zurückzog, gerieten die beiden Seiten schnell in einen Krieg. Und nachdem die jüdischen Milizen 1948 den Sieg beanspruchten, wurde der Staat Israel offiziell geboren“.

Wow. Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Die beiden Seiten „gerieten nicht in einen Krieg“, als Großbritannien sich zurückzog; die beiden Seiten hatten jahrzehntlang gekämpft, wobei die Araber – die mehr als ein halbes Jahrhundert lang die Bemühungen um die Errichtung eines jüdischen Staates in der Region ablehnten – die Juden angriffen und die Juden sich selbst verteidigten. Als die Briten dann im Mai 1948 das Gebiet verließen, trafen die Juden die sehr schwierige Entscheidung, ihre Unabhängigkeit auf der Grundlage des UN-Teilungsplans zu erklären, der das Recht auf einen jüdischen Staat neben einem arabischen Staat gab.

Es gab keine „jüdischen Milizen, die den Sieg beanspruchten“. Es gab eine vereinigte jüdische Armee, welche die israelischen Verteidigungskräfte formierte, die wusste, dass die umliegenden arabischen Länder in dem Moment, in dem ihre jüdische Führung einen unabhängigen jüdischen Staat ausrufen würde, mit einem Großangriff beginnen würden, um Israel zu zerstören. Und genau das taten die arabischen Armeen. Der neue Staat Israel wehrte diesen Angriff monatelang ab, bis er 1949 sowohl geschwächt als auch zerbrechlich entstand.

Obamas Perspektive auf die Gründung des Staates Israel hat zweifellos seine Außenpolitik gegenüber dem jüdischen Staat beeinflusst. Wenn man Israel als eine koloniale Kraft sieht, die das Land aufgrund seiner bewaffneten Milizen besetzt hält, dann wird es als ein Außen-seiter behandelt, der anderen Unrecht zugefügt hat, um sich als Staat zu etablieren. Der ehemalige US-Präsident führt andere in die Irre, dies ebenfalls zu glauben.

Der unaufrichtigste Satz in Obamas Geschichte Israels findet sich in seiner Beschreibung dessen, was in den 30 Jahren nach der Gründung Israels geschah: „In den nächsten drei Jahrzehnten würde Israel sich in einer Reihe von Konflikten mit seinen arabischen Nachbarn engagieren...“.

Was? Ich musste diesen Satz viele Male lesen, weil ich nicht glauben konnte, dass ein Präsident der Vereinigten Staaten so irreführende, trügerische und schädliche Worte über den engen Verbündeten seines Landes schreiben kann.

Sechstagekrieg: Fortsetzung des Revisionismus

Israel „engagierte“ sich in keinerlei Konflikt mit den umliegenden arabischen Ländern. Die arabischen Armeen und ihre Terroristen griffen Israel immer wieder an, und die Israelis kämpften, um sich zu verteidigen.

Diese grundlegende Wahrheit ergibt sich aus der unmittelbaren Geschichte der Kriege im Nahen Osten, an denen Israel beteiligt war. Fakten sind Fakten, und die Falschdarstellung des ehemaligen US-Präsidenten, Israel sei ein Land, das Konflikt statt Frieden suche, ein Land, das sich bereitwillig in Kriege mit den Arabern eingelassen habe, fügt dem friedenssuchenden Israel Unrecht zu und heizt die anti-israelische Stimmung an.

Obamas Beschreibung des Sechstagekrieges von 1967 setzt diesen Revisionismus fort: „Ein zahlenmäßig stark unterlegenes israelisches Militär hat die vereinten Armeen Ägyptens, Jordaniens und Syriens in die Flucht geschlagen. Dabei eroberte Israel von Jordanien die Kontrolle über das Westjordanland und Ostjerusalem, von Ägypten über den Gazastreifen und die Sinai-Halbinsel und von Syrien über die Golanhöhen“.

Hier geht er nicht darauf ein, was zum Krieg führte, als sich all diese arabischen Armeen entlang der Grenzen Israels versammelten und ihre Absicht erklärten, es von der Landkarte zu tilgen. Er schildert weder Israels Bitte an Jordanien, nicht in den Krieg einzutreten, noch beschreibt er, dass Jordanien überhaupt keine Rechtsansprüche auf das Westjordanland hatte, das es 1948 besetzte und 1950 völkerrechtswidrig annektierte.

Vor allem versäumt es Obama, die Bereitschaft Israels zu erwähnen, sich unmittelbar nach dem Krieg aus allen Gebieten zurückzuziehen, die es in seinem Verteidigungskampf im Austausch für den Frieden gewonnen hat. Und in der Folge versäumt er es auch, die „drei Neins“ der Arabischen Liga als Antwort auf dieses Angebot zu erwähnen: kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels und keine Verhandlungen mit Israel.

Die Siedlungen

Auch diese Auslassung dient wieder einmal dazu, Israel als den aggressiven Besatzer darzustellen, der den Konflikt und nicht den Frieden sucht.

Der ehemalige US-Präsident fährt mit einer weiteren glatten Unwahrheit fort, die Einblick in seine Politik bezüglich der israelischen Siedlungen im Westjordanland gibt.

Der „Aufstieg der PLO“ (Palästinensische Befreiungsorganisation) sei ein „Ergebnis“ des Sechs-Tage-Krieges, schreibt er. Das lässt den Eindruck entstehen, dass die palästinensische Befreiungsbewegung, einschließlich ihrer gewalttätigen und mörderischen Angriffe gegen Israelis, nur ein Ergebnis der Übernahme der Kontrolle über das Westjordanland, Ostjerusalem und den Gazastreifen durch Israel war.

Sie verstärkt die Botschaft, dass Frieden zwischen Israel und den Palästinensern herrschen würde, wenn nur Israel diese Gebiete räumen würde. Das ist es, was Politiker in der ganzen Welt dazu anspornt, vorzuschlagen, dass die israelischen Siedlungen in diesen Gebieten das Hindernis für den Frieden in der Region sind.

Aber es gibt einen Fehler in dieser Geschichte und in dieser Logik. Sie ist nicht wahr. Die PLO wurde 1964 gegründet – drei Jahre, bevor Israel eines dieser „besetzten“ Gebiete kontrollierte und drei Jahre, bevor es überhaupt Siedlungen gab.

Was genau hat die „palästinensische Befreiungsorganisation“ zu dieser Zeit befreit? Gibt es eine andere Schlussfolgerung als die Befreiung des jüdischen Staates in seiner Gesamtheit? Welche andere Option könnte es geben?

Aus diesem Grund ruft die „Free Palestine“-Bewegung: „From the river to the sea, Palestine will be free“ (vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein). Sie sind gegen die Existenz Israels irgendwo zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Sie sehen einen solchen Staat als ein koloniales Unternehmen mit bewaffneten Milizen, die sich das Land anderer aneignen, so wie Obama die Leser glauben lässt, wenn er die Entstehung des Staates beschreibt.

Die falsche Beschreibung des Aufstiegs der PLO nach 1967 dient der Erzählung, dass die „Besatzung“ und die Siedlungen die Ursache des Konflikts seien. Dies hatte zweifellos direkte Auswirkungen auf Obamas Politik, einschließlich des Stopps des Siedlungsbaus, um Frieden zwischen Israel und den Palästinensern herbeizuführen.

Camp David und die Intifada

Obama beschreibt das gescheiterte Abkommen von Camp David aus dem Jahr 2000, in dem der frühere israelische Premierminister Ehud Barak den Palästinensern mehr als 90 Prozent dessen bot, was sie verlangten. „Arafat verlangte jedoch weitere Zugeständnisse, und die Gespräche scheiterten an Schuldzuweisungen“, schreibt er. Aber die Gespräche sind nicht einfach „gescheitert“. Sechshundsechzig Tage später entfesselte Arafat die Zweite Intifada, in der 1.137 israelische Zivilisten ermordet und 8.341 verstümmelt und verletzt wurden, und zwar durch von Jassir Arafat finanzierte Terroristen, die sich in israelischen Bussen und Cafés in die Luft sprengten.

Verlassen Sie sich in dieser Sache nicht auf mein Wort. Mamduh Nofal, ehemaliger Militärkommandant der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas, enthüllte nach Camp David: „Arafat hat uns gesagt: Jetzt werden wir kämpfen, also müssen wir bereit sein“.

Darüber hinaus sagte Hamas-Führer Mahmud al-Sahar im September 2010, dass Arafat im Sommer 2000, nachdem er erkannt hatte, dass nicht alle seine Forderungen erfüllt werden würden, Hamas, Fatah und die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden angewiesen habe, mit dem Angriff auf Israel zu beginnen. Auch Mosab Hassan Yousef, Sohn des Hamas-Gründers Scheich Hassan Yousef, hat bestätigt, dass die Zweite Intifada von Arafat geplant war.

Obama versäumt es nicht nur, die Zweite Intifada eindeutig damit in Verbindung zu bringen, dass Arafat nicht alles erhielt, was die Palästinenser in Camp David verlangten – Forderungen, die übrigens Israel daran gehindert hätten, sich gegen den „palästinensischen“ Terrorismus zu verteidigen –, sondern er scheint auch Israel die Schuld für die Intifada zuzuschreiben.

Er beschreibt den Besuch des israelischen Oppositionsführers und späteren Premierministers Ariel Scharon im September 2000 auf dem Tempelberg in Jerusalem als „provokativ“ und als „Streich“, der „Araber von nah und fern erzürnte“.

Doch Obama versäumt es zu erwähnen, dass Scharon dort erst zu Besuch war, nachdem das israelische Innenministerium vom Sicherheitschef der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ die Zusicherung erhalten hatte, dass es durch den Besuch zu keinem Aufruhr kommen würde.

Tatsächlich bestätigte Jibril Rajoub, Leiter des Bereichs „Präventive Sicherheit“ im Westjordanland, dass Scharon das sensible Gebiet besuchen könne, solange er keine Moschee betrete oder öffentlich bete, Regeln, an die sich Scharon gehalten hatte.

Noch unglaublicher ist, dass Obama den Tempelberg als „eine der heiligsten Stätten des Islam“ beschreibt, ohne zu erwähnen, dass es die heiligste Stätte des Judentums ist.

Ein ahnungsloser Leser, der mit der Region und dessen Geschichte nicht so vertraut ist, liest dies und kommt zu dem Schluss, dass es einfach falsch war, dass ein jüdischer Führer eine muslimische religiöse Stätte betrat. Andererseits, wenn er oder sie wüsste, dass dies der heiligste Ort für Juden ist, dann würden sie sich eher fragen, warum etwas falsch daran war, dass Scharon dorthin gegangen ist – es sei denn, Obama lässt eben diesen Teil aus, was jemanden zu der Schlussfolgerung veranlasst, dass Scharon im Unrecht war.

Dieses Versäumnis, zusammen mit dem Auslassen von Arafats Plänen für die Intifada unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen in Camp David, kann nur zu der Schlussfolgerung führen, dass Israel für das fünfjährige Blutvergießen während der Zweiten Intifada verantwortlich war.

Gaza und die Hamas

Die Geschichtsstunde Obamas geht mit den Spannungen zwischen Israel und Gaza weiter. Bezeichnenderweise erwähnt er den israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 nicht, als Israel alle seine Truppen aus dem Streifen abzog und gleichzeitig 9.000 jüdische Bürger zwang, ihre Häuser zu verlassen.

Jeder, der die Schilderung der Kriege zwischen Israel und der Hamas vom US-Präsident liest, wird nie wissen, dass Israel Gaza nicht mehr „besetzt“ hält und dass die „Palästinenser“ dort seit 15 Jahren die Freiheit hätten, einen wunderbaren „israelfreien“ „palästinensischen“ Staat aufzubauen. Diese Unterlassung ist eklatant.

Letztlich dienen Obamas irreführende Worte, die Israels Reaktion auf den

Raketenbeschuss seiner Zivilbevölkerung durch die Hamas beschreiben, nur dazu, weltweit anti-israelische Stimmungen zu entfachen und zu schüren. Er schreibt, die Reaktion Israels sei gewesen, dass „Apache-Hubschrauber ganze Stadtviertel in Gaza dem Erdboden gleichmachen“.

Was meint er mit „ganze Stadtviertel dem Erdboden gleichmachen“, außer dass Israel wahllos Stadtviertel im Gazastreifen bombardiert und dabei vorsätzlich unschuldige Menschen ermordet habe? Und welches menschliche Wesen auf der Erde würde sich nicht aufregen und Israel für solch unmenschliche Aktivitäten verurteilen?

Das Problem ist, dass es nicht stimmt. Denn Israel zielt auf Terroristenführer und deren Raketen, die sie auf israelische Städte abfeuern. Tragischerweise benutzt die Hamas unschuldige „Palästinenser“ als menschliche Schutzschilde, indem sie sich hinter ihnen in zivilen Stadtvierteln verstecken und von dort, sowie von Krankenhäusern und Moscheen aus, Raketen auf Israel abfeuern.

Israel tut sein Bestes, um keine unschuldigen Menschen zu töten, es wirft sogar Flugblätter ab, in denen ein bevorstehender Luftangriff angekündigt wird, und sagt Missionen zur Zerstörung von Raketenwerfern oder zur Tötung von Terroristenführern ab, wenn sich zu viele Zivilisten in dem Gebiet aufhalten. Israel führt ganz sicher keine Vergeltungsangriffe durch, die ganze Stadtviertel ziellos „dem Erdboden gleichmachen“.

Ich habe kein Problem mit Kritik an Israel. Wir können die Fragen in intellektuell anständigen Diskussionen debattieren, und am Ende müssen wir uns vielleicht darauf einigen, über die Politik Israels nicht einer Meinung zu sein. Aber niemand sollte ein Buch hinnehmen, das voller historischer Ungenauigkeiten ist, welche arglose und unkundige Leser unweigerlich zu falschen Schlussfolgerungen verleiten. Ein solch verheerendes Buch hat Auswirkungen und Konsequenzen für das reale Leben.

Es ist schrecklich enttäuschend. Von Barack Obama, Amerikas 44. Präsident, hätte ich eigentlich Wahrheit, Genauigkeit und Fairness erwartet. Aber die Unwahrheiten und Ungenauigkeiten in diesen Memoiren nähren nur die Theorie, dass Obama in Wirklichkeit anti-israelisch war. Jetzt versucht er durch „A Promised Land“, andere davon zu überzeugen, sich ihm anzuschließen.

Dov Lipman war Mitglied der 19. Knesset. Er hat einen Master-Abschluss der Johns Hopkins University und ist Autor von sieben Büchern über Israel und das Judentum. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate (JNS). Übersetzung Audiatur-Online.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Zum besseren Schutz und für eine erhöhte Sicherheit des Landes baut Israel vor der etwaigen Präsidentschaft Bidens seine Raketenabwehr aus

Erstmals kombinieren die israelischen Streitkräfte drei verschiedene Anti-Raketen-Systeme miteinander. Das Land könne so verschiedene Bedrohungen gleichzeitig bekämpfen, bilanziert Verteidigungsminister Gantz. Die „Eisenkuppel“ fängt sogar Marschflugkörper ab.

(Israelnetz) Die Israelische Raketenabwehr-Organisation hat eine Reihe von Test mit den Abfangsystemen „Eisenkuppel“ und „Schleuder Davids“ abgeschlossen. Das teilte das Verteidigungsministerium am Dienstag mit. Ihm ist die Organisation unterstellt. Im Zuge dessen hat die „Eisenkuppel“ erstmals eine Lenkrakete, einen sogenannten Marschflugkörper, abgefangen. Zudem gingen die verschiedenen israelischen Abwehrsysteme zum ersten Mal im Verbund gleichzeitig gegen verschiedene Bedrohungen vor. An den Tests beteiligte sich die amerikanische Raketenabwehrbehörde.

Der israelische Rüstungskonzern Rafael, der die Abwehrsysteme entwickelte, leitete die Übung unter der Teilnahme von Luftwaffe und Marine. Dabei prüften sie eine neue Version der „Schleuder Davids“. Die Entwickler sollen dadurch die Möglichkeit bekommen, die Fähigkeiten des Systems zu überprüfen und zu verbessern. Die „Eisenkuppel“ stellte ihre Schlagkraft gegen verschiedene Bedrohungen unter Beweis. Sie fing sowohl Drohnen als auch Marschflugkörper ab.

Zudem ließ sich die „Eisenkuppel“ in einen mehrlagigen Schutzmechanismus mit den Systemen „Schleuder Davids“ und „Arrow“ (Pfeil) integrieren. Verteidigungsminister Benny Gantz sagte: „Dies ist eine der fortschrittlichsten Luftabwehren der Welt und sie beschützt den Staat vor Bedrohungen von nah und fern.“ Der Chef von Rafafs Raketenabteilung, General Pini Jungmann, fügte hinzu: „Wenn die verschiedenen Systeme in einem mehrschichtigen Mechanismus kombiniert werden, können sie eine Reihe von gleichzeitigen Bedrohungen handhaben.“

Aufgabenteilung

Laut der Tageszeitung „Jerusalem Post“ kann dieser Mechanismus fast 100 Prozent aller Bedrohungen abwehren. Das Arrow-System dient zur Bekämpfung von Langstreckenraketen. Die „Schleuder Davids“ kommt gegen Geschosse mit einer Reichweite zwischen 70 und 300 Kilometern zu Einsatz. Die „Eisenkuppel“ fängt Kurzstreckenprojekte mit einer Reichweite von weniger als 70 Kilometern ab.

Die USA unterstützen die Entwicklung



Eine Rakete der „Eisernen Kuppel“, die vor allem Raketen aus dem Gazastreifen abwehren soll.

der „Eisenkuppel“ und der „Schleuder Davids“ finanziell. An der Entwicklung letzterer beteiligte sich der US-Konzern Raytheon. Die Systeme nutzen Radare und weitere Technik des israelischen Elektronik- und Rüstungskonzerns Elbit.

Die Terrormiliz Hisbollah hortet im Libanon schätzungsweise 150.000 Raketen. Sie droht Israel regelmäßig mit Beschuss. Zudem hat der Iran Medienberichten zufolge Syrien, Milizen im Irak und die Hisbollah mit Präzisionsraketen beliefert.

Philippinen für pro-jüdischen Einsatz ausgezeichnet

Zur Zeit des Nationalsozialismus waren nur wenige Länder bereit, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Darunter die Philippinen. Für das damalige Handeln erhält das Land nun eine Ehrung des World Zionist Congress.

(Israelnetz) Für ihren pro-jüdischen Einsatz während des Holocausts haben die Philippinen eine Auszeichnung des „Bundes Allgemeiner Zionisten“ (CGZ) erhalten. Der philippinische Botschafter, Reichel Quinones, nahm die Urkunde am Montag während einer Zeremonie in der Botschaft in Tel Aviv entgegen.

Grund für diese Ehrung ist zum einen das Abstimmungsverhalten der Philippinen zur UN-Resolution 181 im Jahr 1947. Als einziges asiatisches Land stimmten sie für die Resolution und damit für den UN-Teilungsplan. Demzufolge sollte das britische Mandatsgebiet Palästina in zwei Staaten – einen jüdischen und einen arabischen – aufgeteilt werden.

Rettung von 1.300 Juden

Ein weiterer Grund ist das Engagement des ehemaligen philippinischen Präsidenten Manuel Quezon. Dieser hatte sich zu Zeiten des Holocaust bereit erklärt,

jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Durch seinen Einsatz seien über 1.300 Juden gerettet worden, hieß es in einem Artikel der Zeitung „Jerusalem Post“. Unterstützt wurde er unter anderem vom ehemaligen US-Präsidenten Dwight Eisenhower. Quezon verstarb noch vor Ende des Zweiten Weltkriegs, im Jahr 1944, im Alter von 66 Jahren.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des „Bundes Allgemeiner Zionisten“, David Ja'ari, erklärte, das mutige Verhalten von Präsident Quezon in einer solch dunklen Zeit müsse entsprechend gewürdigt werden. Zudem machte CGZ-Generalsekretär Dov Lipman deutlich, die Rettung von Juden und die Unterstützung Israels seien keineswegs selbstverständlich.

Der CGZ ist eine Gruppe innerhalb des „Zionistischen Weltkongresses“. Er setzt sich für die Zusammenführung aller jüdischen Menschen ein, ohne dabei bestimmte politische oder religiöse Strömungen zu bevorzugen. Viele Jahrzehnte



Die Beziehungen beider Länder sind bis heute gut: Empfang der philippinischen Konsulin Rachel Quinones (sechste von rechts) für israelische Schüler.

wurde die Bewegung vom ehemaligen Vize-Präsidenten des „Jüdischen Weltkongresses“ und Holocaust-Überlebenden

Kalman Sultanik geleitet. Inzwischen hat der CGZ Vertreter in 14 Ländern, darunter auch Deutschland.

„Rettet das Rendezvous!“

Die Tel Aviver Stadtverwaltung fördert mit aller Corona-Zurückhaltung romantische Treffen in eigens dafür bereitgestellten Lokalitäten.

Von Michael Selutin

Die Beamten von Tel Avivs Verwaltung haben wirklich alle Hände voll zu tun. Nicht nur müssen sie sich um die vielen notwendigen Belange ihrer Bürger kümmern, sie nehmen sich auch noch die Zeit, sich um die romantischen An-

gelegenheiten der Tel Aviver zu sorgen. In Zeiten von Corona wird es für viele Paare schwierig die Beziehung frisch und aufregend zu halten und besonders in Israel, wo ein Lockdown dem nächsten folgt, besteht ein romantischer Abend oft aus Pizza und Netflix. Gut, dass es die einfallreichen Beamten der

Tel Aviver Stadtverwaltung gibt, denn sie hat das „Saving the Date“ Event ausgerufen, das Paaren ein Stück Romantik zurückgeben soll.

Paare können nun ein Zeitfenster von zwei Stunden in einem der drei verfügbaren Rettungsschwimmer-Türme am Strand der Stadt buchen. Diese

Türme sind während der Wintersaison geschlossen und sie stehen isoliert, sodass man die Corona-Regeln einhalten kann. Zum Date im Rettungsturm gehört auch eine Flasche Wein, romantische Dekorationen und natürlich der wunderschöne Ausblick auf das Mittelmeer.

Die UNO finanziert offenbar illegale „palästinensische“ Bauprojekte in Judäa und Samaria

Allem Anschein nach bezahlen die Vereinten Nationen Infrastrukturprojekte für „Palästinenser“ in Gebieten, in denen Israel die alleinige Kontrolle ausübt – was eindeutig gegen die Oslo-Abkommen verstößt! Gleichzeitig lässt sie keine Gelegenheit aus die legalen Bauaktivitäten der israelischen Seite unentwegt zu verurteilen.

Von Redaktion Audiatur

Regavim, eine israelische Nichtregierungsorganisation, die sich mit Rechtsfragen befasst, hat berichtet, dass die Vereinten Nationen in diesem Jahr mindestens fünf illegale Gebäude gebaut haben.

Einige der illegalen UN-finanzierten Projekte umfassen den Bau von landwirtschaftlichen Straßen im Jahr 2019 in der Nähe von Kafr ad-Dik außerhalb von Peduel, was laut Regavim ein klarer Verstoß gegen die Oslo-Abkommen ist, da keine Genehmigungen eingeholt worden seien. Die NGO Regavim erklärte auch, dass im Jahr 2020 mehrere Millionen US-Dollar von der UNO für Bauarbeiten im Arugot-Naturschutzgebiet und Infrastrukturarbeiten im Heletz-Tal verwendet wurden.

Die 1993 unterzeichneten Osloer Verträge legen fest, dass „in Bezug auf das Gebiet C vereinbart wurde, dass die Verantwortung für Planung und Raumordnung unter der Autorität der israelischen Zivilverwaltung verbleibt, bis zu einer möglichen zukünftigen Übertragung dieser Befugnisse und vorbehaltlich der Verhandlungen über den endgültigen Status.“

Naomi Kahn, Sprecherin der israelischen Nichtregierungsorganisation Regavim, sagte, die UN-Finanzierung fördere „die

palästinensische Uneinsichtigkeit und mache eine Verhandlungslösung des Konflikts immer unwahrscheinlicher, da der ganze Verhandlungs- und Konfliktlösungsprozess umgangen werde und ein De-facto-„Palästinenser“-Staat geschaffen werde und zwar in Gebieten unter israelischer Gerichtsbarkeit.“

Der israelische Minister Tzachi Hanegbi sagte gegenüber dem amerikanischen Nachrichtensender „Fox News“: „Alle israelischen Gemeinden in Judäa und Samaria müssen legal sein. Deshalb hat der Oberste Gerichtshof Israels in der Vergangenheit mehrmals entschieden, dass Siedler auf privatem Land ihre Häuser verlassen müssen, manchmal nachdem sie schon jahrelang dort gelebt haben. Das gleiche Prinzip muss angewandt werden, wenn es um das illegale Eindringen von Palästinensern auf Land in Area C geht.“

Naomi Kahn erklärte gegenüber „Fox News“, dass die UNO seit Jahren gegen internationales Recht und die Osloer Vereinbarungen verstößt, indem sie „Millionen von Dollar in Projekte fließen lässt, die das systematische Programm der Palästinensischen Autonomiebehörde zur einseitigen Gründung eines Staates unterstützen.“

Eugene Kontorovich, Direktor des Zentrums für den Nahen Osten und interna-



Die UNO ist schon lange kein neutraler Vermittler mehr.

tionales Recht an der George Mason University Law School, sagte: „Wenn Israelis sehen, dass die UNO buchstäblich für palästinensische Verstöße gegen bestehende Friedensabkommen bezahlt, kommen sie natürlich zu dem Schluss, dass es ein großer Fehler wäre, noch mehr solcher Abkommen zu unterzeichnen – die UNO betrachtet sie offenbar nur als bindend für

Israel und nicht für die Palästinenser.“

Mehrere Anfragen an den Sprecher des UN-Generalsekretärs bezüglich der Anschuldigungen von Regavim wurden laut „Fox News“ nicht beantwortet.

Auch andere Organisationen, wie zum Beispiel die EU beteiligen sich an der Finanzierung illegaler „palästinensischer“ Bauten.

Israel und Bhutan nehmen Beziehungen auf

Erst seit einigen Jahren verfolgt das abgeschieden im Himalaja gelegene Königreich Bhutan einen Kurs der Öffnung für die Außenwelt. Nun hat das buddhistische Land diplomatische Beziehungen mit Israel aufgenommen. Keine solchen Beziehungen pflegt es bis jetzt mit den USA, China, Großbritannien, Frankreich oder Russland.

(Israelnetz) Israel und das Königreich Bhutan haben diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Unterzeichnungszeremonie fand am Samstag im Amtssitz des israelischen Botschafters in Indien statt.

Israels Botschafter in Indien, Ron Malka, erklärte gegenüber der Zeitung „Jerusalem Post“, bhutanische Regierungsvertreter hätten sich in den vergangenen Jahren mehrfach an Israel gewandt. „Wir haben sie in Bereichen beraten, die für sie wichtig sind, wie Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Technologie und Bildung“, sagte Malka. Er selbst sei bislang zweimal in Bhutan gewesen. Das Land sei sehr besonders und unterscheide sich von anderen. „Sie haben ihre Kultur und



Tandy Dorji

ihre natürlichen Ressourcen wirklich bewahrt. Es gibt nicht einmal Ampeln,

alles ist sehr ursprünglich“, fügte der Diplomat hinzu.

Israels Außenminister Gabi Ashkenasi dankte seinem bhutanischen Amtskollegen Tandy Dorji in einem Telefonat für die Aufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen. Er hoffe auf einen Besuch des Königs von Bhutan im kommenden Jahr in Israel.

Auch Israels Premierminister Benjamin Netanyahu begrüßte den Schritt. Er erklärte, sein Land sei über die Aufnahme von bilateralen Beziehungen in Verhandlungen mit weiteren Staaten.

Index für nationales Glück

Dass Israel und Bhutan bisher keine diplomatischen Beziehungen hatten, lag nicht an einem Konflikt, sondern an

der jahrhundertlangen selbstgewählten Isolation Bhutans. Das an Tibet und Indien angrenzende Königreich hat bislang nur mit rund 50 Ländern diplomatische Beziehungen, seit November auch mit Deutschland. Keine solchen Beziehungen pflegt es mit den USA, China, Großbritannien, Frankreich oder Russland.

Bhutan ist etwa zweimal so groß wie Israel und hat rund 800.000 Einwohner. Das Wohlergehen der Bevölkerung misst es nicht am Wirtschaftswachstum, sondern an einem Index für das nationale Glück. Obwohl das Land sehr arm ist, zählen die Menschen in dem buddhistischen Land zu den zufriedensten der Welt.

Israelische Maßnahmen gegen führende Terroristen zeigen Wirkung: Hisbollah-Chef flieht aus dem Libanon in den Iran

Der Anführer der Hisbollah, Hassan Nasrallah, lässt seine Terroristentruppe im Libanon allein zurück und zieht zu seiner eigenen Sicherheit zu den Mord-Mullahs im Iran.

Von Tzvi Joffe (Jerusalem Post)

Die Quelle teilte der Zeitung mit, dass Geheimdienste im Libanon und in den Nachbarländern umfangreiche, verschlüsselte Kommunikation zwischen dem Korps der iranischen Revolutionsgarden (IRGC) und der Hisbollah bezüglich des Umzugs abgefangen hätten. Nasrallah soll auf unbestimmte Zeit in Teheran bleiben, und es ist unklar, wann genau er in den Libanon

zurückkehren wird.

Die der Hisbollah angegliederten Al-Manar-Nachrichten berichteten, dass israelische Flugzeuge kürzlich in niedriger Höhe über Beirut geflogen seien. Der Umzug in den Iran erfolgt nach der jüngsten Tötung des iranischen Atomwissenschaftlers Mohsen Fakhrizadeh östlich von Teheran. Die Spannungen in der Region haben zugenommen, da iranische Politiker Israel beschuldigen und mit Rache drohen.

Auch zwischen der Hisbollah und Israel waren die Spannungen in den letzten Monaten hoch, nachdem im Juli ein Hisbollah-Terrorist bei einem vermutlich israelischen Luftangriff in Damaskus getötet wurde. Die Terrorgruppe drohte mit Rache, und die IDF ist seitdem an den Grenzen zum Libanon und zu Syrien in Alarmbereitschaft.

Die kuwaitische Zeitung berichtete im November, dass eine dem Kommandeur der Quds-Einheit des IRGC Esmail Qaa-

ni nahestehende Quelle erklärt habe, der Hisbollah sei es gelungen, eine von Israel geplante Operation zur Ermordung von Nasrallah und einer Reihe von Führern pro-iranischer Gruppierungen in Syrien, im Irak, sowie im Westjordanland und im Gazastreifen aufzudecken.

(Aus dem Artikel „Hezbollah's Nasrallah to move to Iran amid regional tensions – report“ der zuerst bei „Jerusalem Post“ erschienen ist. Übersetzung von Alexander Gruber.)

Der Champagner-Spion in Kairo

Zum 100. Geburtstag des Juden und deutsch-israelischen Agenten Wolfgang Lotz

Von Iossif Telman

Am 21. Juni 1962 wurde ganz Israel von einer Nachricht über einen in Ägypten erfolgreich durchgeführten Test mit Boden-Boden-Raketen erschüttert. Raketen vom Typ El Safir („Der Sieger“) mit einer Reichweite von 280 km und El Kahir („Der Eroberer“) mit einer Reichweite von 560 km, konnten eine ernsthafte Gefahr für Israel darstellen. Hinzu kam, dass der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser aus seinen aggressiven Plänen gegen Israel keinen Hehl machte.

Als Ben Gurion feststellte, dass der Mossad über keine Kenntnisse von diesen Raketen verfügt, wurde er zornig. So bestellte er den Mossad-Direktor Isser Harel zu sich und fragte sarkastisch, wofür denn Israel enorme Mittel für seine Geheimdienste verschwende, wenn es doch genüge, ein einfaches Radio zu kaufen, um wertvolle Informationen aus der Rede des ägyptischen Präsidenten zu erfahren. Harel versicherte, dass in drei Monaten ein ausführlicher Bericht über das Raketenprogramm auf dem Tisch des Premierministers liegen werde. Den Bericht erstattete der israelische Geheimdienst sogar früher: Wolfgang Lotz, der Super-Agent in Kairo, lieferte entsprechende Informationen bereits nach einem Monat. Der Bericht beinhaltete nicht nur technische Daten, sondern auch die Standortkoordinaten des Raketen-Systems und sogar die Liste der Offiziere und Spezialisten, die an der Entstehung der neuen Raketen beteiligt waren!

Dem israelischen Geheimdienst attestiert man zu recht ein gutes Image als einem der effektivsten der Welt. Einer der herausragenden Agenten des Mossad war Wolfgang Lotz, von ausländischen Historikern oft „israelischer James Bond“ genannt.

Wolfgang Lotz wurde am 6. Januar 1921 geboren. Seine jüdische Mutter Elena war Schauspielerin, der deutsche Vater war Direktor an einem Berliner Theater. Wolfgang schrieb: „Von meinen Eltern muss ich wohl so etwas wie ein schauspielerisches Talent geerbt haben, was sich während meiner Tätigkeit in Ägypten als äußerst nützlich erwies.“

Als 1933 die Nationalsozialisten die Macht ergriffen, ließen sich Wolfgangs Eltern scheiden. Der Vater trat der NSDAP bei und Elena ging mit dem Sohn nach Eretz Israel. Bald wurde Elena in die Theatertruppe Gabima aufgenommen; Wolfgang, sich seither Ze'ev Gur Arje nennend, kam in die Landwirtschaftsschule Ben-Schemen, wo er seine Zeit besonders gern den Pferden widmete und so den Spitznamen „Suß“ (Hebr. סוס), „Pferd“ bekam.

Wolfgang alias Ze'ev in der britischen Armee und mit Arabisch-Kenntnissen

Wolfgang sprach fließend Hebräisch, Englisch, Deutsch und Arabisch. 1937, mit 17 Jahren, trat er der Haganah bei (Hebr. הגנה, „Verteidigung“). Haganah war in der Zeit des britischen Mandats in Palästina bis zur Entstehung des Staates Israel in 1948 eine zionistische paramilitärische Untergrundorganisation; 1948 ging aus ihr die israelische Armee, IDF, hervor. – Anm. d. Übers.). Ben-Schemen war von arabischen Dörfern umzingelt, in die Siedlung gelang man nur mit dem Bus und unter strenger Bewachung. Diese Bewachung musste Wolfgang alias Ze'ev durchführen und die Sicherheit der



Wolfgang Lotz

Passagiere auf dem Weg zwischen der Schule in Ben-Schemen und dem Bezirk, wo hauptsächlich Juden lebten, gewährleisten. Dabei transportierte er auch geheime Fracht, nämlich Waffen, ohne die sich jüdische Anwohner gegen die Überfälle von Arabern nicht hätten verteidigen können.

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, trat Wolfgang in die britische Armee ein, dafür machte er sich älter als er war. Er wurde in eine Militärschule abkommandiert, wo Nachrichtendienstler und Sabotageagenten ihre Ausbildung erhielten. Lotz nahm an den Kampfoperationen im Hinterland von Rommels Afrikakorps teil; zum Kriegsende, als Sergeant in Kairo, arbeitete er als Militärdolmetscher.

Im Unabhängigkeitskrieg 1948 – 1949 kämpfte Lotz als Leutnant in Israel. 1956, bereits Major, leitete er eine Kompanie, die während der Sinai-Krise in das Gebiet von Suez durchbrach und dort mehrere mächtige feindliche Befestigungen einnahm. Unmittelbar nach Beendigung dieses Krieges trat der militärische Aufklärungsdienst mit Wolfgang Lotz in Verbindung. Dies war nicht nur in seinen Erfolgen begründet, sondern auch darin, dass er nicht jüdisch aussah. Später erinnerte sich Lotz: „Ich war blond, trank viel und verkörperte einen ehemaligen deutschen Offizier.“ Freundlich und aufgeschlossen, mit schauspielerischem Talent, mutig und risikobereit – diese Eigenschaften machten ihn zu einem vielversprechenden Agenten...

Eine Legende als ehemaliger Wehrmachtoffizier und Pferdezüchter

Nach einer anspruchsvollen, anstrengenden Agentenausbildung schickte man Lotz nach Deutschland, um seine „Legende“ weiterzuspinnen: Ein ehemaliger Wehrmachtoffizier, der seinerzeit in der 115. Division von Rommels Afrikakorps kämpfte, ging nach dem Krieg nach Australien, wo er als Pferdezüchter und Besitzer von Rennpferden sehr vermögend wurde.

Lotz verbrachte ein Jahr in der Bundesrepublik. Im Dezember 1960 ging er nach Italien und kam im Januar 1961 aus Genua nach Ägypten. Der „Tourist-Pferdezüchter“ verfügte über erhebliche Finanzmittel, wofür der israelische Geheimdienst sorgte, was ihm vor allem erlaubte, schnell die privilegierten Kreise der ägyptischen Gesellschaft, insbesondere den Elite-Kavallerieclub, zu unterwandern und dort einzudringen. Dort lernte er den obersten Polizeichef Ägyptens, El-Gauhar, kennen, und sie wurden Freunde. Bald konnte Lotz auch auf ägyptischem Boden seinem Lieblingshobby nachgehen, der Pferdezucht und Dressur.

Von dem israelischen Geheimdienst erhielt Lotz folgende Aufgaben: Einerseits Informationen über das Militär und

die Marine Ägyptens zu beschaffen und über Fortschritte bei deren Ausrüstung mit neusten Waffen zu berichten; andererseits sollten Informationen über die an der Seite Ägyptens tätigen deutschen Luftfahrt- und Raketenspezialisten besorgt werden.

Goebbels' Assistent

Mit dem „Polizist Nr. 1“ El-Gauhar pflegte Wolfgang Lotz täglich auszureiten. Erfolgreich mehrten sich seine Kontakte zu den einflussreichen ägyptischen Offizieren und wohlhabenden Vertretern der Gesellschaft. Gesellig und gastfreundlich, veranstaltete Lotz zahlreiche Feste und Dinner, lud höhere ägyptische Offiziere und andere wichtige Personen ein; sie rauchten Haschisch und plauderten über die Kriegsthemen.

Die Sicherheitsdienste in Ägypten arbeiteten präzise und mit gewisser Härte. Die Polizei beobachtete sorgfältig alle Ausländer und ihre Tätigkeiten, Telefonate wurden abgehört. Dennoch gelang es Wolfgang, sich von jedem Verdacht freizuhalten. Seine neuen Bekannten – hohe Offiziere des Militärs und der Polizei – vertrauten ihm vollends und waren davon überzeugt, dass er zuvor wohl bei der Waffen-SS oder der Gestapo gedient hatte. Lotz widerlegte diese Gerüchte nicht. Mit der Zeit konnte er in den relativ geschlossenen Kreis der Deutschen in Ägypten vordringen, der ehemaligen Nazis, die nach der Niederlage der Wehrmacht Zuflucht in Ägypten gefunden hatten. Insgesamt pflegte Lotz zahlreiche Kontakte in der deutschen Kolonie; unter seinen „Freunden“ befanden sich nicht wenige nach wie vor überzeugte Nazis wie beispielsweise Johann von Leers, seinerzeit Assistent von Goebbels. Der Kontakt mit ihm festigte Wolfgangs Reputation als die eines leidenschaftlichen Nazis.

Die Reputation eines wohlhabenden, großzügigen Menschen öffnete Wolfgang viele Türen. Er sparte auch nicht an Geschenken, und mit herrlichen Mahlzeiten bei sich zuhause sorgte er ausgiebig für das leibliche Wohl seiner Gäste. Der Vize-Präsident Ägyptens El-Shafi wurde sein engster Freund. Zwar übte El-Shafi keinen großen Einfluss auf die Politik des Landes aus, dennoch hatte er Zugang zu interessierenden geheimen Informationen.

In Kairo genoss Lotz die Anerkennung als bester Pferdezüchter, er vergaß jedoch nie, wofür er sich in Ägypten aufhielt. Dank einem winzigen Peilfunksender, der im Absatz seines Reitstiefels versteckt war, konnte Lotz fast täglich wichtige Informationen an den Mossad liefern.

Treffen in Paris mit dem Führungsoffizier und eine nordische Frau

Nachdem er sich in Kairo eingelebt hatte, reiste Wolfgang Lotz ein halbes Jahr später nach Europa, „um seine Angelegenheiten zu regeln“, wie er seine „Freunde“ wissen ließ. Er machte einen Zwischenstopp in Paris; dort fand ein Treffen mit einem seiner Chefs vom Geheimdienst statt. Solche Treffen wurden danach regelmäßig arrangiert, dazu reiste Lotz in der Folge alle drei, vier Monate nach Europa. Bei seiner ersten Pariser Reise saß in seinem Zugabteil eine schöne, anmutige blonde Frau. Ihr Name war Waltraud. Ihre Eltern waren mit ihr aus DDR geflohen, sie lebte inzwischen in den USA und war unterwegs nach Westdeutschland, ihre Eltern zu besuchen. Zwei Wochen später heirateten Wolfgang und Waltraud. Seine

Chefs beim Mossad setzte Lotz nicht mal in Kenntnis und nahm Waltraud einfach mit nach Kairo. Einige Historiker, wie z. B. die Kenner der besonderen Welt der Geheimdienste, Norman Palmer und Thomas Allen, liefern eine andere Version dieses Ereignisses. Sie schreiben: „Um Lotz' Image als Deutscher und überzeugter Nazi abzurunden, organisierte der Mossad für ihn eine Heirat mit der Deutschen Waltraud Neumann, die durch ihr nordisches Aussehen auffiel.“ Ähnlich die These von Dan Raviv und Yossy Melman in ihrem Buch „Geschichte der Nachrichtendienste in Israel“; sie meinten, Waltraud sei ein Teil von Wolfgangs Legende gewesen und wäre vom damaligen BND-Chef Reinhard Gehlen mit dieser Rolle im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst beauftragt worden. Wolfgang Lotz hingegen behauptete, von sich aus und ohne Erlaubnis geheiratet und seine Vorgesetzten erst danach informiert zu haben. Der jungen Gemahlin solle er erzählt haben, er lebe in Kairo und züchte Pferde, was ihm ein sorgloses Leben sichere. Bald darauf entschloss sich Lotz, seiner Ehefrau doch reinen Wein einzuschenken und zu eröffnen, dass er für Israel arbeite; ohne zu zögern war sie bereit ihm zu helfen.

Von ihrer Ranch aus, die in der Nähe einer Raketenbasis lag, beobachteten Wolfgang und Waltraud fortan alle Geschehnisse dort. Sie überwachten ebenfalls die ehemaligen Nazis und deutschen Wissenschaftler, die die Ägypter bei der Produktion der neuesten Waffentechnik berieten. Ägypten bot den zu diesen Zwecken eingeflogenen Spezialisten sehr hohe Honorare, die zudem steuerfrei waren; es gab darüber hinaus noch eine ganze Reihe anderer Privilegien. Zahlreiche bedeutende Wissenschaftler, darunter der berühmte Flugzeugkonstrukteur Willy Messerschmitt und der ehemalige leitende Konstrukteur der Junkers-Werke, Prof. Brandner wie auch Dr. Eugen Sänger und Prof. Wolfgang Pilz, forschten im Bereich der Entwicklung von Überschallflugzeugen für die ägyptische Luftwaffe sowie für ballistische Boden-Boden-Raketen. Dies erklärt das gezielte Interesse israelischer Geheimdienste, der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler entgegenzuwirken.

Briefbomben aus Deutschland adressiert an Deutsche

Irgendwann kamen aus Deutschland mehrere Drohbrieffe, adressiert an Deutsche, die sich mit dem Raketenbau beschäftigten und hinsichtlich anderer militärischer Objekte tätig waren; dann kamen auch Sprengstoffpakete, sogenannte Briefbomben. Die Deutschen wurden nervös und ihre Arbeit in der Folge weniger effektiv. Einige zogen es vor, Ägypten zu verlassen. Hinter diesen Aktionen stand der Mossad, genauer gesagt – Lotz (der Militärische Aufklärungsdienst übertrug den Kontakt mit Lotz auf den Mossad).

Eines Tages wurde Wolfgang Lotz beauftragt, ausführliche Informationen über die Raketenbasis zu sammeln, deren Existenz bekannt wurde, nicht aber deren Standort. Man wusste ebenfalls, dass diese Basis äußerst streng bewacht wird. Zunächst einmal galt es, ihre Koordinaten herauszufinden. Zwar gab es Luftaufnahmen, es wurde jedoch vermutet, dass sie ein anderes Objekt betrafen und die besagte Raketenbasis sich woanders befindet und gut versteckt ist. So hatte Lotz

keine andere Wahl, außer selbst auf die Raketenbasis zu gelangen. Nach langem Suchen entdeckte er diese. Als nun die Wache etwas abgelenkt wirkte, preschte Wolfgangs Auto, in dem er zusammen mit seiner Frau saß, an dem Wachposten und an dem Schild „Verbotene Zone“ vorbei. Als sie dennoch gestoppt wurden, erklärte das Paar, zum Schwimmen fahren zu wollen und sich verfahren zu haben. Lotz bestand darauf, dass man sich mit seinen Freunden in Verbindung setzte, und zwar dem Polizei-General Fuad Osman und dem Oberst des militärischen Nachrichtendienstes Mohsen (arabischer männlicher Vorname, - Anm. d. Übers.). Das beeindruckte den Offizier so sehr, dass er für Lotz eine Führung auf der ganzen Raketenbasis machte; zum Abschied sagte er:

„Wir müssen vorsichtig sein, wissen Sie. Die Israelis haben ein starkes Spionagenetz. Sie dürfen über den Moment des entscheidenden Schlags nicht erfahren...“

So erhielt der Mossad detaillierte Informationen über das für ihn bedeutungsvolle Objekt. Ebenfalls schickte Lotz Informationen über zwei andere Raketenbasen, über die Herstellung von Flugzeugen in zwei ägyptischen Militärflugzeugfabriken, wichtigste Informationen von hoher Brisanz über die ägyptische Armee, Schiff- und Luftfahrt, über die Truppenbewegungen u.v.m. Der russische Historiker D. Prochorov betonte in seinem Buch „Israelische Nachrichtendienst“: „Major Wolfgang Lotz sammelte in Ägypten und schickte an den Mossad Informationen von enormer Wichtigkeit, die sich im Sechstagekrieg bewährt haben.“

Israelische Agentin verplappert sich
Das Budget, über das der Mossad verfügte, konnte verständlicherweise nicht

mit dem von Geheimdiensten der USA oder der Sowjetunion verglichen werden; trotzdem sparte man an den Ausgaben für Wolfgang Lotz nie. Der damalige Mossad-Finanzchef, der die Beträge für Lotz' „Empfänge für Freunde“ genehmigte, nannte ihn „den Champagner-Agenten“. Später gab Wolfgang seinen Memoiren den Titel „Der Champagnerespion“.

Auf einem Dinner in Kairo begegnete Lotz einer Vertreterin der High Society – der schönen und aufgeschlossenen Caroline Balter. Die Ehefrau eines deutschen Archäologen interessierte sich nicht besonders für die Angelegenheiten ihres Mannes und zog es vor, mit deutschen Ingenieuren und Konstrukteuren über deren Teilnahme am ägyptischen Raketenprogramm zu plaudern. Als etwas mehr getrunken wurde, begann sie plötzlich, Jiddisch zu sprechen, das ihr eigentlich nicht hätte geläufig sein können... Sie bestand darauf, die Frau eines deutschen Konstrukteurs zu besuchen, und als sich die Dame des Hauses in die Küche begab, betrat Caroline rasch das Kabinett des Konstrukteurs und fing an, die auf dem Tisch ausgebreiteten Dokumente zu fotografieren – und wurde dabei von ihrer Bekannten überrascht. Sofort schickte Lotz ein Radiogramm, dass Agent Balter kurz vom Aufliegen stehe und umgehend zurückgerufen werden müsse. Am nächsten Morgen verließ Caroline mit der ersten Maschine das Land.

1964 richtete Wolfgang zusammen mit seinem Freund, Oberst Omar El-Khader einen Rennpferdestall und ein Hippodrom unmittelbar auf dem Gelände einer Militärbasis in Abbassia (Stadtteil von Kairo, - Anm. d. Übers.) ein. Ein weiteres Hippodrom eröffnete er im Nildelta, nicht weit von einem Übungsplatz, wo Boden-Luft-Raketen getestet wurden. Die Informationen über den Militäraufbau Ägyptens waren von höchster Wich-

tigkeit und hatten immer Priorität, sodass sie umgehend an den israelischen Premierminister weitergeleitet wurden.

Nasser und seine Schergen posaunten von „großen Siegen“, in Wirklichkeit durchlebte Ägypten eine harte politische wie ökonomische Krise. Dank seiner Kontakte in der Armee, bei der Polizei und den anderen staatlichen Strukturen beschaffte Lotz umfangreiche und oft höchstbrillante, streng geheime Informationen über die tatsächliche Situation im Land und darüber, welche Schritte die ägyptische Regierung zu unternehmen gedachte. So hatte der Mossad den Überblick über die Lage im Nachbarland und konnte Prognosen der Ereignisse aufstellen.

Der Sender in der Badezimmer-Waage und Enttarnung und Folter

Gut getarnt in einer Fitnesswaage, stand der Funksender im Badezimmer des Hauses Lotz; er wurde häufig benutzt und kontaktierte regelmäßig das „Zentrum“. Was Wolfgang Lotz nicht wusste: Es ist ägyptischen Spezialisten gelungen, den Sender aufzuspüren. Ihn genau lokalisieren konnten sie jedoch nicht; Hilfe erhielten sie von den Radiospezialisten des sowjetischen Militäraufklärungsdienstes, die dafür nach Ägypten einreisten.

Am 23. Februar 1965 brachen Agenten des ägyptischen Geheimdienstes Mukgabarats ins Haus von Waltraud und Wolfgang Lotz ein; sie agierten sicher und schnell, und der Funksender wurde entdeckt. Seine Mitwirkung an den Aktivitäten des Mossad zu verleugnen, war zwecklos; in dieser Situation hielt Lotz es für richtig, einzugestehen, ein israelischer Agent zu sein, beteuerte allerdings, er sei Deutscher und vom Mossad für seine Tätigkeit bezahlt worden. Die Tatsache,

dass er nicht beschnitten war, half Wolfgang, auf seiner Version zu beharren. Hätten die Ägypter erfahren, dass er ein Jude ist, hätte man ihn hingerichtet. Der Mossad schickte einen deutschen Anwalt nach Kairo. Lotz wurde gefoltert, wiederholte dennoch stets, er sei Deutscher und habe fürs Geld gearbeitet.

Allerdings nicht nur Wolfgangs, sondern auch Waltrauds Leben war in Gefahr. Der Prozess fand im Sommer 1965 statt und dauerte einen Monat. Wolfgangs Anklage bestand aus 10 Punkten, jeder von diesen bedeutete die Verhängung der Todesstrafe. Endlich wurde das Urteil verkündet: Zwar habe er die Todesstrafe verdient, unter der Berücksichtigung der mildernden Umstände verurteilte man ihn aber zu lebenslanger Haft, Waltraud zu drei Jahren Zwangsarbeit. Als „mildernde Umstände“ wurde offensichtlich die Tatsache betrachtet, dass beide westdeutsche Staatsbürger waren. Drei Jahre später wurden Wolfgang, Waltraud und weitere acht israelische Agenten gegen neun ägyptische Generäle und 500 Offiziere eingetauscht, die im Zuge des Sechstagekrieges gefangengenommen worden waren.

Nach seiner Rückkehr war das Schicksal Wolfgang Lotz nicht sonderlich gnädig gestimmt. Wenige Jahre später wurde Waltraud krank und starb; als Unternehmer in Israel, USA und Deutschland hatte er wenig Erfolg. Wolfgang Lotz starb am 13. Mai 1993 in München.

Es gab nicht wenige herausragende Agenten in israelischen Geheimdiensten. Dennoch werden von Historikern als die zwei größten genannt: Eli Coen, hingeworfen in Damaskus, und Wolfgang Lotz.

Übersetzung aus dem Russischen von
Irina Korotkina

Israels erhöht seine Verteidigungsbereitschaft durch ein neues hochmodernes Kriegsschiff

Der jüdische Staat sieht sich durch die vermutlich bevorstehende politische Veränderung in den USA und dem erwarteten neuen Auftrieb für das Aggressionspotential des Iran gezwungen durch eine Aufrüstung seiner Marine besonders der iranischen Bedrohung entgegenzuwirken

(Israel Heute) Israel hat in der vergangenen Woche offiziell die erste von vier hochmodernen Marine-Korvetten in Besitz genommen, die der deutsche Schiffsbauer Thyssenkrupp für den jüdischen Staat hergestellt hat.

Die Sa'ar-6-Raketenboote verfügen nach Angaben israelischer Marineoffiziere über das fortschrittlichste Marinerasarsystem der Welt.

Die erste Sa'ar 6, die als INS Magen bezeichnet wird, traf am vergangenen Mittwoch im Hafen von Haifa ein.

Die Hauptaufgabe der neuen Schiffe wird darin bestehen, Israels Offshore-Gasplattformen im Mittelmeer vor der Hisbollah-Terroristenmiliz im Libanon zu schützen.

Die Hisbollah hat damit gedroht, die israelischen Gasplattformen mit ihrem riesigen Raketenarsenal ins Visier zu nehmen. Die Terrorgruppe behauptet, dass sich die israelischen Anlagen in libanesischen Gewässern befinden.

Konteradmiral Eyal Harel, der Leiter der israelischen Marineoperationen, erklärte gegenüber ausländischen Medien, dass die Flotte der Sa'ar-6-Korvetten eine „dramatische“ Aufwertung der israelischen Marine darstelle, die ihre Fähigkeit, dem Iran in der gesamten Region entgegenzutreten, erheblich verbessern würde.



Das neue deutsche Kriegsschiff (links), die Korvette der Sa'ar-6-Klasse (eines von insgesamt vier Schiffen), wurde kürzlich von Kiel nach Haifa überführt und in den Dienst der israelischen Marine gestellt.

Das „Jerusalem am Rhein“ soll Weltkulturerbe werden

Die Rabbiner der rheinischen SchUM-Städte Mainz, Speyer und Worms hatten im Mittelalter enorme Bedeutung in der jüdischen Welt. Hintergründe zur Geschichte der SchUM-Städte und ein Interview der JÜDISCHEN RUNDSCHAU mit dem Mainzer Bürgermeister zur Bewerbung bei der UNESCO.

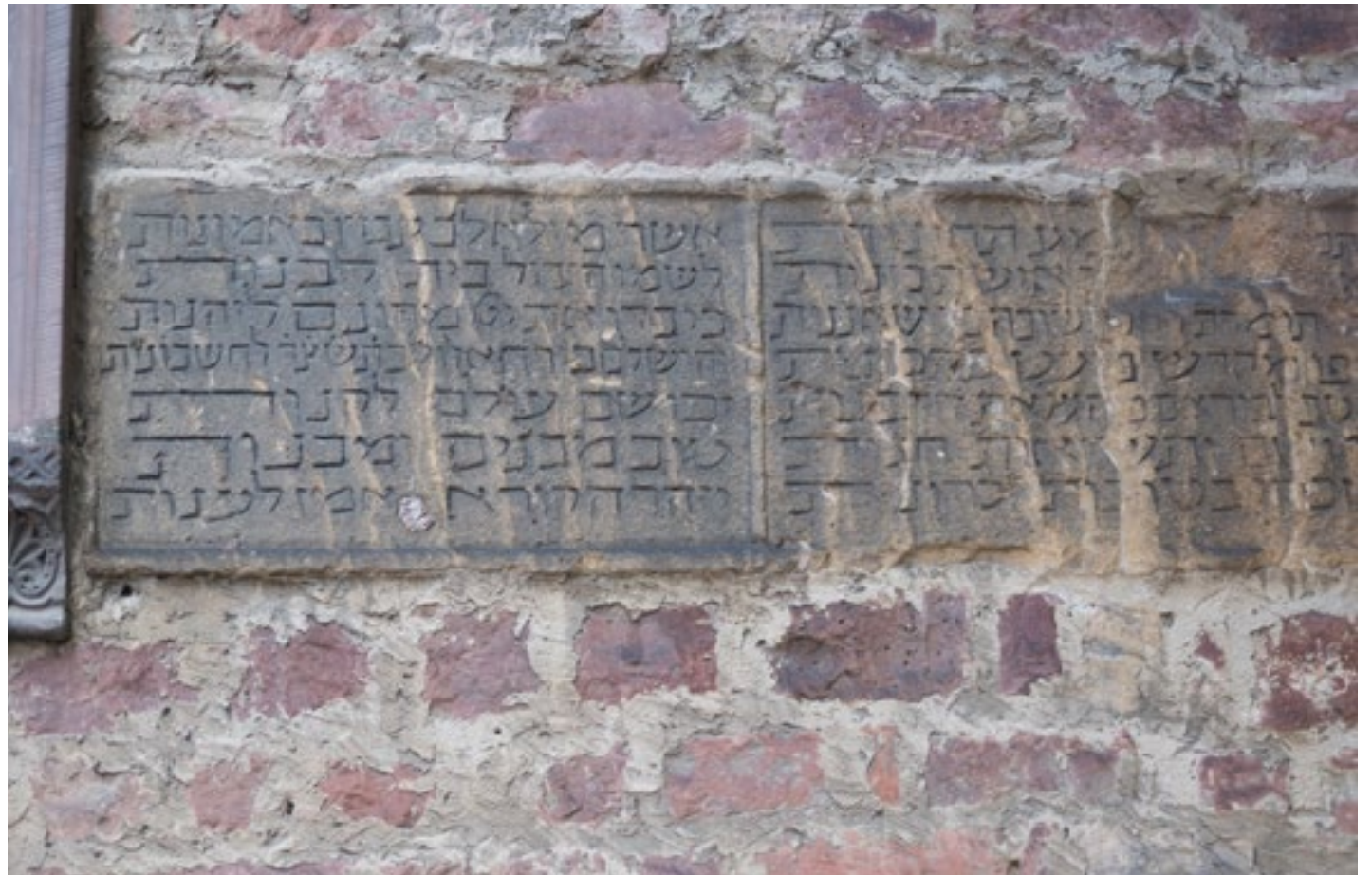
Von Mario Thurnes

Ein Getränkemarkt, das Vereinsheim eines Fastnachtsclubs und das eines Amateurfußballvereins oder für das Rhein-Main-Gebiet günstige Mietwohnungen. Die Mombacher Straße war über Jahre der Mainzer Hinterhof – ein Weg für Kenner, um den Hauptverkehrswegen auszuweichen. In der Mombacher Straße liegt auch der jüdische Friedhof. Ein Ort mit einer – tatsächlich – tausendjährigen Geschichte. Doch lange Zeit städtebaulich unscheinbar eingebunden wie ein Wertstoffhof am Rande der Stadt.

Aber nun erfährt der Friedhof eine Wende in seiner ohnehin an Wendungen reichen Geschichte. Nicht nur, weil die Stadt Mainz wächst. In wenigen Jahren hat sie ihre Einwohnerzahl um zehn Prozent vergrößert. Entsprechend muss gebaut werden. In der Folge rückt der Friedhof an das Geschehen der Stadt heran: Ein Hotel ist in der Nähe entstanden, ein großes Studentenwohnheim und ein Büro-Areal für Startup-Unternehmen.

Aber das ist nicht der einzige Grund, warum der jüdische Friedhof stärker ins Bewusstsein der Mainzer rückt. Das Land Rheinland-Pfalz hat eine Initiative gestartet, um die bedeutenden Monumente jüdischen Lebens in Worms, Speyer und Mainz zum Welterbe der Menschheit erklären zu lassen. Gemeinsam mit ihren jüdischen Gemeinden haben die Städte den Antrag eingebracht – die Entscheidung wird für den kommenden Sommer erwartet.

Worms, Speyer und Mainz gelten als „SchUM“-Städte. Es sind die An-



Stifterinschrift von 1034 an der Synagoge von Worms

nach Christus vermutet. Auf dem Friedhof findet sich der Grabstein von Jehuda ben Senior – datiert auf das Jahr 1049.

Erlasse der Talmudschulen

Die SchUM-Städte waren als Zentren des aschkenasischen Judentums so bedeutend, dass Historiker gerne

Zitat: „Wie sehr gehören unsere Lehrer in Mainz, in Worms und in Speyer zu den gelehrtesten der Gelehrten, zu den Heiligen des Höchsten...von dort geht die Lehre aus für ganz Israel... seit dem Tage ihrer Gründung richteten sich alle Gemeinden nach ihnen, am Rhein und im ganzen Land Aschkenas.“

dauerhaft vertrieben wurden, bestand die jüdische Gemeinde in Worms durchgängig – bis in die Zeit des Nationalsozialismus.

Die Synagoge in Worms wurde 1034 errichtet und 1096 zerstört – von Kreuzzählern. 1175 wurde dann ein Neubau beendet, der 1938 in der „Pogromnacht“ zerstört wurde. Worms baute die Synagoge bereits 1961 wieder auf – in Mainz dauerte es bis 2010. Der Zoll hatte an der historischen Stelle gebaut und wollte den hässlichen Klotzbau nicht freigeben.

In Speyer ist die Monumentalmikwe aus der Zeit um 1120 erhalten und gehört somit zu den ältesten seiner Art in Europa. Die jüdische Gemeinde bestand hier bis ins 16. Jahrhundert. Wie auch die Gemeinden in den anderen SchUM-Städten kam sie bis zur Zeit des Nationalsozialismus wieder zusammen – ohne jedoch die alte Bedeutung wiederzuerlangen.

Diese und andere Stätten jüdischer Kultur in den SchUM-Städten sollen nun zum Weltkulturerbe ernannt werden. Dieses beruht auf einer Konvention aus dem Jahr 1972. Zu Beginn des Jahres umfasste die Liste rund 1.100 Stätten in 167 Ländern. Zu den Auswahlkriterien zählen Einzigartigkeit, historische Echtheit und Unversehrtheit.

Der jüdische Friedhof in Mainz erhält einen Besucherpavillon auf dem Hartenberg, in der Nähe des SWR-Landessendezentrums. Der Friedhof liegt am Hang des Berges und die Besucher sollen den Ort erfahren können, ohne dabei die Totenruhe zu stören.



Der Judensand ist die älteste bekannte Begräbnisstätte der jüdischen Gemeinde in Mainz. Neben dem Heiligen Sand in Worms gilt er als ältester jüdischer Friedhof Europas.

fangsbuchstaben ihrer hebräischen Namen. Sie waren Zentren des aschkenasischen Judentums. Die Gründung der jüdischen Gemeinde in Mainz wird im zehnten Jahrhundert

vom „Jerusalem am Rhein“ sprechen. Die Erlasse ihrer Talmudschulen wirkten weit über das heutige Rheinland-Pfalz hinaus. Der Gelehrte Isaak Or Saura hinterließ gegen 1200 das

Die Geschichte des aschkenasischen Judentums erlebte am Rhein ab dem 15. Jahrhundert einen Niedergang. Während ihre Mitglieder in Mainz bis ins 18. Jahrhundert hinein

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Wie kam es zu der Initiative, die SchUM-Stätten zum Weltkulturerbe erklären lassen zu wollen, Herr Ebling?*

Ebling: Das Projekt war zum einen historisch getrieben. Wir haben als Stadt mit einer reichen Geschichte auch eine reiche jüdische Geschichte. Gerade für das aschkenasische Judentum hat Mainz als Ort der Lehre und der Gesetzgebung eine wichtige Rolle gespielt. Diese historische Phase herauszuarbeiten ist eine Motivation.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Und die andere?*

Ebling: Wir leben in einer Zeit, in der jüdisches Leben stärker im öffentlichen Fokus ist. Doch es gibt auch das Problem des wachsenden Antisemitismus. Wir wollen auch ein Zeichen setzen, indem wir zeigen: Es gab in Mainz eine Zeit der Blüte jüdischen Lebens, die wir heute stärker herausstellen möchten und an die wir anknüpfen wollen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Wie wurde die Bewerbung angegangen?*

Ebling: Ausgangspunkt war der Impuls des Landes, die drei Städte Mainz, Worms und Speyer zusammenzubringen mit den jeweiligen jüdischen Gemeinden, und gemeinsam einen Antrag auf Anerkennung durch die UNESCO als Welterbe der Menschheit zu formulieren. Daraufhin wurde ein Verein gegründet, der die Initiative trägt. Das Ziel war es, einen gemeinsamen Management-Plan zu erarbeiten, den die UNESCO zur Voraussetzung macht. Auf dieser Basis konnte die Bewerbung dann gestützt durch eine große wissenschaftliche Expertise starten. Parallel zu unseren Bemühungen gab es Vorfälle wie den Anschlag in Halle, die uns erst recht darin bestärkt haben, jüdisches Leben sichtbar machen zu wollen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Gelingt das?*

Ebling: Wir meinen, dass es gelingt. Dieses Jahr konnten wir zwar leider wegen Corona zum Beispiel die Feier zu zehn Jahren Neue Synagoge nicht begehen. Doch grundsätzlich nehmen wir solche Anlässe gerne wahr, um die jüdische Kultur vor Ort gemeinsam mit unserer jüdischen Gemeinde stärker ins öffentliche Leben zu tragen. Dazu haben wir jetzt unter anderem auch die finanzielle Förderung für viele Aspekte, um die sich die Gemeinde kümmert, bereitgestellt. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass wir als Stadt mit der jüdischen Gemeinde partnerschaftlich und offen zusammenarbeiten.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *War diese Voraussetzung gegeben?*

Ebling: Der Ausgang war schwieriger. Aber durch das Weltkulturerbe-Verfahren haben wir viel Positives erfahren. Das Verfahren hat auch dazu beigetragen, dass es eine ganz besondere Vertrauensbasis gibt. Das hat viele Projekte erleichtert.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Zum Beispiel?*

Ebling: Die Neuauflage der Magenza-Broschüre. In dieser haben wir als Stadt bewusst gezeigt, wo die Orte des jüdischen Zusammenlebens sind – auch, wo die Orte waren, die in der schlimmen Zeit des Faschismus zerstört wurden und die wir im Mahnen und Gedenken weitertragen wollen. Auch gab es die Möglichkeit, die Mikwen an der Alten Synagoge im Stadtteil Weisenau zu sanieren oder ein Nachbargebäude vorsorglich zu erwerben, um den Komplex zukünftig weiterzuentwickeln. Auch ist seit



Bürgermeister Michael Ebling

2014 ein Runder Tisch „Magenza“ entstanden, der das Rückgrat aller Aktivitäten bildet. Zum Beispiel für die Reihe der Jüdischen Kulturtage, die wir 2020 zum zweiten Mal ausgerichtet haben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Die Neue Synagoge ist sehr schnell zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt aufgestiegen, wie der Dom oder die Chagall-Fenster. Ist die jüdische Kultur Teil der Tourismus-Strategie?*

Ebling: Wir sehen, neben den anderen beschriebenen Effekten, auch den hohen touristischen Nutzen, den eine Ernennung zum Weltkulturerbe mit sich bringt. Welterbe-Städte sind nun einmal Städte, die besucht werden, weil sie ein außerordentlicher Teil der Geschichte sind. Das berücksichtigen wir natürlich auch.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Wie?*

Ebling: Wir haben zum Beispiel in unsere Mainz-App zum Jüdischen Mainz eine Virtual Reality eingefügt, die es ermöglicht, das alte jüdische Viertel mit der Synagoge und der Judenwache digital auferstehen zu lassen. Über die Digitalisierung alter Bilder entsteht so ein guter Eindruck davon, wo jü-

disches Leben in Mainz zuhause war. Durch die Schäden des Zweiten Weltkriegs ist das im wirklichen Stadtbild leider nicht mehr erkennbar.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Der jüdische Friedhof lag städtebaulich bisher abgelegen. Nun wird das Gelände jenseits des alten Güterbahnhofs massiv aufgewertet, Studentenheim, Büros oder Hotels entstehen dort. Inwiefern ändert das die Wahrnehmung des Friedhofs?*

Ebling: In erster Linie ist der Ort aufgrund seiner hohen historischen Bedeutung Bestandteil des Weltkulturerbes und wird de facto auch so bewahrt und dargestellt. Deswegen wollen wir eine Möglichkeit schaffen, den Ort besser erfahrbar zu machen. Andererseits ist das natürlich ein sensibles Thema. Aus Respekt vor der Totenruhe und den konservatorischen Regeln wollen wir nicht, dass Menschen auf dem Gelände spazieren gehen. Deswegen ist in direkter Nachbarschaft ein Besucherpavillon geplant. Durch die abschüssige Lage des Geländes können wir dem Besucher von dort einen guten Einblick gewähren und das Umfeld des Friedhofs wird attraktiver.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Nun hat die abgelegene Lage den Ort bisher auch geschützt. Wird er unsicherer durch die heranrückende Stadt?*

Ebling: Im Moment können wir von Glück sagen, dass der Ort kein Gegenstand von Attacken ist. Aber unser Realismus ist groß genug, zu wissen, dass wir dabei sind, den Ort aus seinem Dornröschen-Schlaf zu erwecken. Wenn er dann wahrnehmbarer wird, steigt auch das Risiko. Das ist ein Teil der Fragen, die wir im laufenden architektonischen Wettbewerb klären müssen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Wie kann das aussehen?*

Ebling: Friedhöfe sind oft ummauert. Hier ist das nicht der Fall, das ist historisch so gewachsen. Und natürlich wollen wir jetzt keine Mauern errichten – das wäre ein fatales Symbol. Deswegen diskutieren wir jetzt die Frage, wie wir den Schutz sicherstellen werden.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: *Danke für das Gespräch.*

Das Interview führte
Mario Thurnes.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Wie sich ein Berliner jüdischer Abstammung für das fast verlorene deutsch-jüdische Erbe in Polen engagiert

Ein Berliner Unternehmer ließ jüdische Grabsteine aus einem See in Polen bergen – darunter die seiner eigenen Vorfahren. Ein Interview mit dem Kaufmann und Stiftungsgründer Michael Mamlock.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was können Sie uns zur Geschichte Ihrer Familie sagen?

Michael Mamlock: Unsere Familiengeschichte geht wohl bis ins 12. Jahrhundert zurück. Die ersten Urkunden besitzen wir aus dem Jahr 1786 aus Kalisz im heutigen Zentralpolen. Dort lebte unsere Familie für lange Zeit. Damals gab es eine große Anzahl von Familienmitgliedern mit unterschiedlichen Berufen: Ärzte, Apotheker, Rabbiner und Kaufleute. Ein Großteil wanderte Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts nach Manchester in Großbritannien aus. Manchester war damals und ist bis heute die zweitgrößte jüdische Gemeinde des Landes. In Manchester gab es das „Mamlock House“, das am Anfang eine Außenstelle der israelischen Botschaft war und danach verschiedenen Organisationen als Sitz diente – zum Beispiel Magen David Adom, dem Zionist Central Council, Wizo, der Jewish Agency und dem Israel Information Centre. Das Haus musste nach 50 Jahren aktiven Daseins im Jahr 2010 aus wirtschaftlichen Gründen schließen. Um ca. 1840 wanderte ein anderer Zweig von Kalisz ins damalige Preußen. Sie siedelten sich 70 km südlich von Danzig in der Nähe der Weichsel an – in den Orten Marienwerder, Garnsee, Graudenz, Bischofswerder, Freystadt, Strasburg und Kulm. Hier spielte sich fast 100 Jahre lang das soziale Leben ab.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wann und wie ist Ihre Familie nach Berlin gekommen?

Michael Mamlock: Um ca. 1890 kamen die ersten meiner Verwandten von Westpreußen nach Berlin und siedelten sich überwiegend im Bayerischen Viertel an. Mein Urgroßvater Hermann Mamlock blieb in Garnsee. Er hatte ein gutgehendes Kolonialwarengeschäft mit Schwerpunkt Schneiderartikel und war eine Vertretung für Singer-Nähmaschinen. Er war 10 Jahre Vertreter der jüdischen Gemeinde Garnsee, die zusammen mit sechs weiteren Dorfgemeinden eine Filialgemeinde der Hauptsynagoge von Marienwerder war. Er starb 1929. Seine Frau Rahel (Rosa) zog sechs Kinder groß und half im Geschäft mit. Sie starb 1920. 1938 wurden die letzten Familienmitglieder aus dem westpreussischen Garnsee von Polen durch Gewaltandrohung von Seiten der SA zum Gehen aufgefordert und kamen danach auch nach Berlin. Mein Großvater Albert war gelernter Konfektionskaufmann und arbeitete überwiegend in kleineren und größeren jüdischen Kaufhäusern Berlins wie z.B. dem Nathan Israel und dem KaDeWe als Substitut. Seine Frau war gelernte Hauswirtschafterin, sie erhielt ihre Ausbildung im bekannten Lette-Verein. Mein Vater Kurt war gelernter Großhandelskaufmann, arbeitete aber sofort nach dem Krieg bei den Amerikanern als Musiker und wurde ein bekannter Jazz-Schlagzeuger. Seine Frau Marianne war Sekretärin in einer Konzertagentur. Ich erlernte schließlich auch den Beruf des Kaufmanns, arbeite aber seit vielen Jahren nun im Bereich der Projektentwicklung und des Fundraisings.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie haben Ihre Familienmitglieder die Nazizeit durchlebt und überlebt?

Michael Mamlock: Wie alle jüdischen Menschen war auch die Familie meines Großvaters von den nationalsozialistischen Repressalien in hohem Maße betroffen. Nur wenigen Familienmitgliedern gelang noch in den 1930er Jahren die Flucht

in die USA. Im Jahre 1942 verschärfte sich die Situation im Deutschen Reich und im Oktober desselben Jahres wurde die Familie Mamlock aufgefordert, sich in der Sammelstelle im jüdischen Altersheim in der Großen Hamburger Straße zu melden. In der Folge wurden zahlreiche Familienmitglieder in Ghettos und Lager des Ostens verschleppt und starben dort. Mein Großvater hingegen entzog sich der Deportation und überlebte schließlich in mehreren Verstecken im Berliner Untergrund als sogenanntes „U-Boot“.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie war es für Sie, als Deutscher jüdischer Abstammung im Nachkriegsdeutschland aufzuwachsen?

Michael Mamlock: Seitens meiner Eltern wurde unsere Herkunft verschwiegen. Diese „Schweiger“ sind typisch für die Nachkriegszeit und somit auch für meine Generation, die in den Jahren nach 1945 geboren wurde. Das Trauma des Krieges blieb präsent und führte dazu, dass meine Eltern die jüdische Herkunft verschwiegen und mit den Umständen der Nachkriegszeit schlecht umgehen konnten. Folglich wurde ich über viele Jahre von meinen Großeltern väterlicherseits erzogen, was mir ein gutes Fundament für mein Leben geschaffen hat. Ansonsten war das Judentum kaum Thema, über das gesprochen wurde, trotz der vielen Opfer in der Schoah. Das ist aus heutiger Sicht eine groteske Situation.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie beteiligen Sie sich heute am jüdischen Leben Berlins?

Michael Mamlock: Der jüdische Glaube hat Zeit meines Lebens immer eine tragende Rolle gespielt. Daher habe ich mich immer bemüht, gerecht und ausgleichend zu sein. Der Schabbat, die Feiertage und die Synagogenbesuche sind fester Bestandteil meines Lebens. In der jüdischen Gemeinde engagiere ich mich weniger, ich bin den Weg der Projekte im öffentlichen Raum gegangen. Es ist mir wichtig, das Judentum mit all seinen Facetten und Verdiensten darzustellen. So war ich z.B. drei Jahre der 1. Vorstandsvorsitzende des „Fördervereins Jüdischer Friedhof Berlin-Weißensee e.V.“, des größten jüdischen Friedhofs Europas. Von 2005 bis 2010 arbeitete ich an der Ausstellung „Wir waren Nachbarn – Biographien jüdischer Zeitzeugen“ mit. Durch unser Gremium und zähe Verhandlungen mit dem Bezirk konnte die temporäre Ausstellung im Rathaus Schöneberg zu einer Dauerausstellung werden. Seit 2007 liegt dort auch ein Album der Familie Mamlock. Des Weiteren habe ich Aufsätze und Kommentare verfasst. Im Jahr 2008 war ich Gründungsmitglied und bin Mitglied des „Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus“ (JFDA) der jüdischen Gemeinde zu Berlin. Seit 2012 ist das Forum ein gemeinnütziger Verein.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie sieht Ihre Beziehung zu Israel aus?

Michael Mamlock: Meine Beziehung zu Israel ist eine ganz besondere: Es ist für mich wie Heimat, obwohl ich dort nicht aufgewachsen bin. Das liegt daran, dass mein Großonkel, der Apotheker Isidor Mamlock, der ein überzeugter Zionist war, einen prägenden Einfluss auf die Familie hatte. Als Zionist wanderte er erstmals 1907 in das damals osmanische Palästina ein. Ich habe auch über sein Leben und Wirken ein kleines Buch in der Reihe der



Michael Mamlock mit dem Grabstein seiner Großmutter

„Jüdischen Miniaturen“ geschrieben: „Isidor Mamlock (1877–1970) – Apotheker – Weggefährte Herzls – Pionier der israelischen Pharmazie“. Er war ein Weggefährte Theodor Herzls und nahm an mehreren Delegiertenkongressen teil. Für ihn gibt es heute am Standort der alten Apotheke von Sarona in Israel eine Gedenkstätte. Aus unserer Familie sind viele Kinder der Opfer der Schoah dann nach Palästina emigriert und haben dort Familien gegründet. Sie wohnen übers Land verteilt und es bestehen gute Kontakte zu ihnen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was denken Sie über jüdisches Leben in Deutschland und über die deutsch-israelischen Beziehungen?

Michael Mamlock: Dass sich das jüdische Leben in Deutschland so scheinbar positiv entwickelt, ist durchaus zu begrüßen. Aber für jemanden wie mich, der im Nachkriegsdeutschland groß geworden ist, bleibt immer eine gewisse Skepsis. Betrachtet man nur die Politik der letzten Jahrzehnte muss man feststellen, dass die Aufarbeitung mehr durch Fakten, weniger durch neue Ansätze in den Köpfen stattgefunden hat. Wir brauchen eine neue Kultur der Aufklärung und Vermittlung. Die Vergangenheit wird die Deutschen noch lange beschäftigen, die eigentliche Aufklärung steht gewissermaßen noch immer am Anfang. Die deutsch-israelischen Beziehungen wünsche ich mir intensiver und mehr in der Öffentlichkeit. Deutschland sollte in Europa die Führungsrolle für die Sicherheit Israels übernehmen, damit der Staat einen verlässlichen Partner in Europa an seiner Seite hat. Die oftmals einseitigen und nicht nachvollziehbaren Entscheidungen in der EU und UN gegen Israel müssen durch eine starke Position und Stimme diskutiert und auf die Tagespolitik gebracht werden. Die USA haben ja gerade gezeigt, wie es geht! Das Thema Auswanderung treibt einen schon um. Warten wir ab, was uns die Zukunft bringt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Sie haben eine Stiftung gegründet. Wie kam es dazu?

Michael Mamlock: Die Historikerin Dr. Gabriele Bergner, die in der jüdischen Familienforschung weltweit tätig ist, hat im Jahr 2015 den Grabstein meiner Urgroßmutter Rahel (Rosa) Mamlock, geb. Itzig, auf der Internetseite eines polnischen

Geschichtslehrers aus Garnsee gefunden. Das war der Anstoß für die Gründung der gemeinnützigen Mamlock Foundation – zusammen mit Frau Johanna Neumann, die schon Erfahrung im Stiftungswesen besaß. In Polen hatten wir zunächst vor, den jüdischen Friedhof in Garnsee mit Hilfe des Bürgermeisters und der Woiwodschaft Pommern wieder als Mahnmahl zu errichten. Das Projekt dauert zurzeit noch an und geht bis ins nächste Jahr. Zeitgleich bemühen wir uns um das noch bestehende Gebäude der ehemaligen Hauptsynagoge in Marienwerder. Schon nach einiger Zeit wurde man auf unsere Aktivitäten aufmerksam und so bekamen wir Kontakte zur Stiftung für den Erhalt des jüdischen Erbes in Polen (FODZ). Nach einigen Besuchen unterzeichneten wir eine Vereinbarung über eine längerfristige Zusammenarbeit zur Wiederherstellung von Friedhöfen und Synagogen in Polen. Ziel ist es, die fast untergegangene jüdische Religion und Kultur im öffentlichen Raum wieder sichtbar zu machen. Zunächst wird dort die Wiederherstellung der Friedhöfe angestrebt. Nach dem Ende der Pandemie und bei einem halbwegs normalen Arbeiten werden diese Ziele weiterverfolgt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Ihre Projekte erinnern einerseits an die deutsch-jüdische und deutsche Geschichte auf dem Gebiet des heutigen Polens. Andererseits machen sie mit den Projekten deutlich, dass Polen auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht besonders pfleglich mit jüdischem Erbe umgegangen ist. Wurden Sie immer mit offenen Armen empfangen?

Michael Mamlock: Zu meinem Erstaunen wurde ich überall freundlich empfangen und unterstützt. Damit hatte ich wirklich nicht gerechnet, schon gar nicht wegen der unsäglich deutsch-polnischen Geschichte. Aber ich habe gemerkt, dass es jetzt eine Generation gibt, die Aufklärung über viele Fragen der Geschichte fordert, auch über ihre eigene! Dazu gehört auch die jüdische Geschichte. Die meisten der jungen Menschen, die ich über die Zeit kennenlernen konnte, orientieren sich Richtung Westeuropa. Nun spreche ich in diesem Bewusstsein auch eine verständnisvolle und respektvolle Sprache mit den Beteiligten. Außerdem ist es den Woiwodschaften und Bürgermeistern

überlassen, wofür sie sich einsetzten. Es ist also nicht so zentralistisch geregelt, wie ich dachte. Wenn man im Land arbeitet, stellt sich vieles anders dar, auch die Vorstellung von den Menschen. Natürlich gibt es noch Judenfeindlichkeit und einen latenten Antisemitismus in Polen, aber er ist nicht flächendeckend, es gibt immer mehr Spielräume. Die Gespräche, wenn man sich länger kennt, sind sehr aufschlussreich. Man kann heute wieder über die unsägliche Zeit zwischen 1966 und 1969 sprechen. Interessant wäre noch zu erwähnen, dass im Rahmen der Ökumene sowohl die protestantische als auch die katholische Kirche sehr um eine Zusammenarbeit mit uns bemüht sind. Besonders die Vertreter des katholisch-jüdischen Dialogs in Warschau haben dies betont und eine enge Kooperation beschlossen. Es gibt bereits seit längerem seitens der Kirchen intensive Kontakte zu den jüdischen Organisationen. Das wird bei uns in Deutschland überhaupt nicht wahrgenommen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie werden Ihre Projekte von staatlicher Seite betrachtet und unterstützt?

Michael Mamlock: Diese Frage ist im Kontext unserer Arbeit und dem Thema von besonderer Brisanz. Meine Stiftungspartnerin und ich sind 18 Monate durch die Politik, die Wirtschaft, Rechtsanwaltskanzleien und entsprechenden Institutionen gegangen. Wir haben viele Einzelgespräche geführt und von deutscher Seite stets die Wichtigkeit des Projekts bestätigt bekommen. Sobald man auf Polen und die jüdische Aufarbeitung zu sprechen kam, hat man Abstand von einer Unterstützung genommen. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass insbesondere der Bezug zu Polen in den Gesprächen negativ aufgefallen ist. Man fragte uns ständig, ob wir nicht Projekte in Deutschland machen können, dann wäre eine direkte Unter-

stützung leichter. Von deutscher Seite ist man sich viel zu wenig bewusst, dass es ein großes ehemaliges deutsches Gebiet gibt, auf dem sich ein wesentliches europäisch-jüdisches Kulterleben über Jahrhunderte zutrug. Die polnische Seite zeigt dafür mehr Verständnis und Bereitschaft. Das alles hat mich sehr überrascht, denn Polen ist unser Nachbar. Dass es nicht einfach werden würde, war mir bewusst, denn selbst die Verbesserung der deutsch-französischen Nachbarschaft hat über 50 Jahre gedauert. Die Gemeinden und Woiwodschaften möchten z. B. unsere Projekte in einen authentischen und didaktischen Geschichtsunterricht einfließen lassen. Das ergaben viele Gespräche mit Lehrern vor Ort. Friedhöfe, Synagogen und erforschte Lebenswege von vertriebenen und ermordeten Menschen sind nämlich gute Symbole für die geschichtliche Aufarbeitung mit Schülern und Studenten, zumal bleibende Gedenkstätten geschaffen werden. Leider gab es aber selbst für diese Idee des Bildungsprojekts Bedenken von der deutschen Seite. Ein Blick in die Tagespresse bestätigt unsere Wahrnehmung weiter. Viel zu oft wird nur über die allgemeine polnische Politik berichtet und das schlechte deutsch-polnische Verhältnis beklagt. Es sollte aber möglich sein, über ein Projekt wie das unsere zu berichten und dessen langfristige Bildungsdimensionen aufzuzeigen. Nur so kann auch auf deutscher Seite ein neues Bild von Polen entstehen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie können unsere Leser Ihre Arbeit fördern?

Michael Mamlock: Wir benötigen vor allem Spenderinnen und Spender, die unsere Arbeit unterstützen, um die Projekte im nächsten Jahr zügig vorantreiben zu können. Wir sind auf Hilfen von Menschen und Institutionen angewiesen, die dem Thema positiv gegenüberstehen. Leider hatten wir nie die Mittel, um die

ausgewanderten jüdischen Westpreußen in Israel und den USA per Anzeige zu erreichen und auf diesem Weg unser Projekt bekannt zu machen. Bei unseren bisherigen Recherchen ist es uns gelungen, einzelne Emigranten aus Westpreußen ausfindig zu machen und zu kontaktieren. Diese reagierten äußerst positiv und zeigten große Emotionen. Es ist diesen Menschen ein großes Anliegen, dass sich jemand um ihre für immer vergessenen geglaubten Eltern und Großeltern kümmert. Diesen Vorfahren wieder ein Gesicht und eine Stimme zu geben, rührt die Menschen nach vielen Jahren zutiefst. Leider konnten wir in Deutschland für dieses Anliegen – konkret für unser Friedhofsprojekt in Garnsee – nicht das gehörige Bewusstsein erlangen. Es fehlt hierfür anscheinend an der nötigen Empathie für diese Schicksale. Die einzigen, die uns geholfen haben und das Projekt gutfanden, waren Vertreter des Auswärtigen Amtes in Berlin, denn es gibt einen Bundestagsbeschluss, der derartige Projekte im Sinne der Völkerverständigung fördert. Es kann aber nicht sein, dass ständig das bürgerliche Engagement gefordert wird, aber es im Falle der Unterstützung doch nicht die Beachtung erfährt, die es unbedingt braucht und verdient. Nach meinen Erfahrungen mit den Menschen in Polen, die uns die Hand ausgestreckt haben, und denen mit den unsrigen, ist das für mich ein schmerzlicher Prozess.

Neben der Hilfe für unsere Friedhofsgedenkstätte in Gardeja/Garnsee wird momentan ganz konkret Unterstützung beim Erwerb des ehemaligen Synagogengebäudes im benachbarten Kwidzyn/Marienwerder benötigt. Das Gebäude wird im nächsten Jahr versteigert. Wir bemühen uns seit drei Jahren um die ehemalige Synagoge. Unser Kuratoriumsmitglied Dr. Werdin ist da federführend. Er ist Pfarrer der EBCO des Berliner

Missionswerks, für grenzüberschreitende Ökumene zuständig und spricht perfekt Polnisch. Der ehemalige Besitzer wollte damals 100.000 Euro dafür haben. Da das 180-jährige Gebäude in der Denkmalliste Polens eingetragen ist, konnte er es allerdings nicht veräußern. Für Investoren ist es durch den Denkmalschutz nicht interessant. Dann wurde es für 50.000 Euro angeboten und auch erworben – aber vom Käufer nicht bezahlt. Jetzt hat man es uns direkt für eine neue Versteigerung im nächsten Jahr zum Eröffnungspreis von 5.000 Euro angeboten, weil wir ein schlüssiges Konzept haben. Das gute an der Sache ist: Ich hatte schon vor längerem mit dem polnischen Ministerium für Kultur und Medien diesbezüglich Kontakt. Man hat mir eine Förderung zugesagt, wenn es in unserem Besitz ist. Somit benötigen wir als Hilfe alsbald eine Spende, die den Ankauf sichert. Es wäre aber auch denkbar, eventuell über andere Lösungen zu sprechen. So ein Projekt kann man auch gut vermarkten, denn mit dem Friedhof und der restaurierten Synagoge wäre ein ehemaliges jüdisches Ensemble wiederhergestellt. Es soll hier ein internationales Zentrum für Begegnungen und eine Dauerausstellung über die ehemaligen jüdischen Bewohner der Region und deren Verbleib entstehen. Das Gebäude steht mitten in der Stadt Marienwerder. Aktuelle Fotos können bei uns eingesehen werden.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Björn Akstinat

Spendenkonto der gemeinnützigen Mamlock Foundation:

Pax-Bank eG, IBAN: DE84 3706 0193 6002 575017, BIC: GENODED1PAX

Mehr Infos bei Bedarf hier:

www.mamlock-foundation.com

Antisemitismus für Anfänger

Mit Cartoons und Texten zeigt das neue satirische Buch „Antisemitismus für Anfänger“ das tiefe Maß menschlicher Dummheit und überaus Komisches im bewussten und unbewussten Antisemitismus.

Cartoonisten von Weltrang aus Deutschland, Israel und den USA haben zu diesem neuen Buch beigetragen.

Filip Gaspar

Die gebürtige New Yorkerin Myriam Halberstam gründete 2010 Ariella, den ersten jüdischen Kinderbuchverlag in Nachkriegsdeutschland. 2020 schaffte er es gar unter die Preisträger des Deutschen Verlagspreises. Vor der Gründung des Ariella-Verlags musste man sich, um an jüdische Kinderbücher zukommen, größtenteils auf den amerikanischen Buchmarkt umschauen, und dessen Angebot ist sehr stark vom orthodoxen Judentum geprägt. Neben vielen Kinder- und Jugendbüchern, darunter „Ein Pferd zu Chanukka“, ist Halberstam die erste Kinder-Thora in einem modernen Deutsch zu verdanken. Vor knapp zwei Jahren wurde das Sortiment um Literatur für Erwachsene erweitert, nicht Erwachsenenliteratur! Nach „Schalömchen – Witzige koschere Comics“ des Cartoonzeichners Ben Gershon kommt nun „#Antisemitismus für Anfänger – Eine Anthologie“, mit 60 Karikaturen begleitet von 17 satirischen Texten. Bereits das Titelblatt zeigt, wohin die Reise geht. Auf einer Cocktailparty erklärt eine Frau im Cocktailkleid und mit einem Glas Champagner in der Hand der Gastgeberin, dass sie und ihr Mann, den Giur (Konversion zum Judentum) vollziehen werden, um endlich auch Teil „dieser Weltverschwörung“ zu werden. Dies ist nur einer von 60 Cartoons, die alle den

Finger in die Wunde legen, die der Antisemitismus hinterlässt und die, leider, immer tiefer zu werden scheint. Der Anschlag auf die Synagoge von Halle ist gerade ein Jahr her und vor der Hamburger Synagoge wurde ein jüdischer Student mit einem Klappspaten schwer verletzt. Gerade deswegen ist diese Anthologie so wichtig.

Unter den Zeichnern findet sich die Creme de la Creme der deutschen und internationalen Cartoonistenszene, darunter Namen wie Katharina Greve (Deutscher Cartoonpreis für „Der freche Mario“), Sam Gross (The New Yorker), Yaakov Kirschen oder Til Mette (Stern). Die Liste der Textautoren beinhaltet Namen wie Wladimir Kaminer, Adriana Altaras, Michel Bergman, Walther Rothschild, Ellen Pressener, um nur ein paar zu nennen. Ellen Pressener zeigt in ihrem Vorwort anhand von Beispielen wie Charlie Chaplins „Der große Diktator“ und Kurt Tucholsky auf, wozu Satire in der Lage ist. Wladimir Kaminer berichtet, wie ihm sein beschnittener Penis zu kurzzeitigem Ruhme in seiner russischen Schulklasse verhalf, bevor die Zuschauerstellung seines besten Stückes dann doch nur zu Desillusionierung führte.

Überhaupt meint Kaminer, dass „fast jede Begegnung der Antisemiten mit den Juden eine Enttäuschung“ sei. Ohne den Text von Dmitrij Kapitelman wüsste man



nicht, dass die israelische Mafia dafür sorgt, dass im Ramadan keine Internetpornos auf der asiatischen Insel Pulau Weh in normaler Geschwindigkeit gestreamt werden können. Der schweizerisch-deutsche Buchautor und Filmemacher Michel Bergmann beschreibt, wie er im „Programmentwicklungs-Webinar“ eines Privatsenders versuchte das Fernsehformat „Deutschland sucht den Supernazi“ ins Leben zu rufen und welche Reaktionen dies hervorrief.

Höchstwahrscheinlich werden jedoch die Cartoons der ausschlaggebende Grund sein, den Betrachter in ihren Bann ziehen und diesen zum Lachen bringen. Und das Buch entlockt einem oft ein

Lachen, obwohl das Thema Antisemitismus so gar nicht zum Lachen anmutet. Gerade die humoristische Herangehensweise an das Thema ist ein großes Verdienst und hält Antisemiten samt ihren Motiven einen gesellschaftlichen Spiegel vor. Deswegen ist es wichtig zu unterscheiden, dass ein Lachen über Antisemitismus diesen eben nicht verharmlost, sondern ihn der Lächerlichkeit preisgibt. Die Cartoons sind gespickt mit Motiven aus der jetzigen Zeit, auch wenn der Antisemitismus selbst natürlich viel älter ist.

Natürlich wird mit Überspitzung gearbeitet, wenn der eine Saunagänger den Anderen als Experten zum Nahostkonflikt bezeichnet, nur weil dieser beschnitten ist. Dieses Beispiel gehört wahrscheinlich ins Reich der Phantasie. Das wird ja man wohl noch sagen dürfen.

Karikaturen über Juden und das Judentum haben eine lange Tradition und manch einer kennt nicht den Unterschied zwischen einem jüdischen Witz und einem Judenwitz.

Frau Halberstam macht vor, wie es richtig geht, dreht den Spieß um, und hält (verkappten) Antisemiten, und solchen, die es noch werden wollen, den Spiegel ihres oftmals unbewussten Handelns vor. Das ist Chuzpe in seiner stärksten Form und ein Grund diese Anthologie zu erwerben.

An den Leser der Zukunft!

Im Winter 1943/44 beschlossen fünfzehn jüdische Journalisten und Schriftsteller eine Enzyklopädie über das Leben im Ghetto Łódź anzufertigen. Dieses ursprünglich polnisch- und jiddischsprachige Werk erscheint nun erstmals in deutscher Sprache.

Von Theodor Joseph

„Das Zusammenleben einer Gruppe von Menschen unter einem äußeren Zwang ohne den bewussten Willen, eine Schicksalsgemeinschaft zu bilden, brachte mit der Zeit Formen hervor, die eben nur auf dem Boden des Gettos möglich waren. Der Alltag erfordert gewisse Normen des Arbeitens und Existierens“. Mit diesen wohl gesetzten, sachlichen, auf Deutsch geschriebenen Sätzen beginnt Dr. Oskar Rosenfeld (1884-1944), der bekannteste Chronist des Ghettos Łódź, sein Vorwort zu seinem Bericht der „Enzyklopädie des Gettos“ in Łódź, das die Nazis in „Litzmannstadt“ umbenannt hatten. Rosenfelds Textpassage schließt mit dem Satz: „Nirgends in der Welt gab es eine Gemeinschaft von Menschen, die mit der des Gettos verglichen werden könnte“. Ein Satz wie in Stein gemeißelt in seiner Verzweiflung – und Poesie.

Das Original dieses Textes befindet sich im YIVO-Institute for Jewish Research. Das „Yidisher visnshaftlekher institut“ ist das wohl bedeutendste Institut zur Erforschung der Kulturgeschichte des osteuropäischen Judentums und der jüdischen Emigration nach Amerika. Es hat heute seinen Hauptsitz in New York City und ist Mitglied des Center for Jewish History. Die vorliegende Enzyklopädie ist eine zentrale Quelle zur Geschichte der Verfolgung der europäischen Juden, über den „Krepierwinkel Europas“ wie Oskar Rosenfeld das Ghetto in Łódź bezeichnet hat.

Das „Archiv des Ältesten der Juden“ in Łódź war eine kleine Abteilung in der umfangreichen Ghetto-Verwaltung, in der etwa fünfzehn Journalisten und Schriftsteller (unter ihnen nur eine Frau) arbeiteten, die im Winter 1943/44 den Entschluss fassten, ein enzyklopädisches Großprojekt auf den Weg zu bringen. Nachdem sie über drei Jahre hinweg eine tägliche Chronik erstellt hatten, die sie konsequent an den „Leser der Zukunft“ richteten, wollten sie ihre Geschichte noch einmal in einer anderen Textform überliefern. Ihr ehrgeiziges Ziel war es, über 1.200 Einträge zu verfassen, die Personen und Institutionen beschreiben sollten, vor allem auch die Sprache der Zwangsgemeinschaft. Das war unter den obwaltenden Umständen ein kühner Plan, und da sie sich angesichts des Vernichtungswillens der Deutschen über ihr Schicksal keine Illusionen machten, war es auch ein Wettlauf gegen die Zeit.

Der Hungertod ereilte auch die Schreibenden

Die Enzyklopädisten unterwarfen sich wohlbedacht einer Selbstzensur: Sie gingen vorsichtig vor aus der Befürchtung heraus, die Deutschen könnten ihre Texte entdecken, lesen, vernichten und die Verfasser bestrafen.

Die tägliche Arbeit im Archiv war für die Mitarbeiter alles andere als leicht, schließlich unterlag sie den gleichen widrigen Bedingungen, die für alle Ghettobewohner galten. Oskar Rosenfeld, ab 1943 Leiter der Institution, beschrieb die Situation bei der Abfassung der Enzyklopädie folgendermaßen: „Man darf sich unter dem A[rchiv] keine stille Gelehrtenstube

vorstellen, wo emsig geschrieben und gesammelt wurde. [...] Hunger und Kälte ließen eine halbwegs regelmäßige und ersprießliche schriftstellerische, schöpferische Arbeit kaum zu.“ Auch wenn die Angestellten des „Archivs“ ein festes Gehalt und eine zusätzliche Suppenration erhielten, machte der Hungertod auch vor ihren Türen nicht halt.

Die Ghettobewohner wollten also der (Nach)Welt ein Zeugnis über das hinterlassen, was an ihnen an Schrecklichem vollzogen wurde. Die Welt sollte von der Absicht der Deutschen erfahren, alle Juden zu ermorden. Zehn philologisch versierte Mitarbeiter im „Archiv des Judenältesten“ beschlossen, das Geschehen im Ghetto zu dokumentieren. In der Enzyklopädie wollten sie das Grauen festhalten. Es war ihr Versuch, eine „lexikalische Kulturgeschichte des Ghettos Litzmannstadt“ zu schreiben: Personen, Institutionen, vor allem die Ghettoeigene Sprache, sollten verzeichnet werden.

160.000 Menschen in 31.000 Zimmern

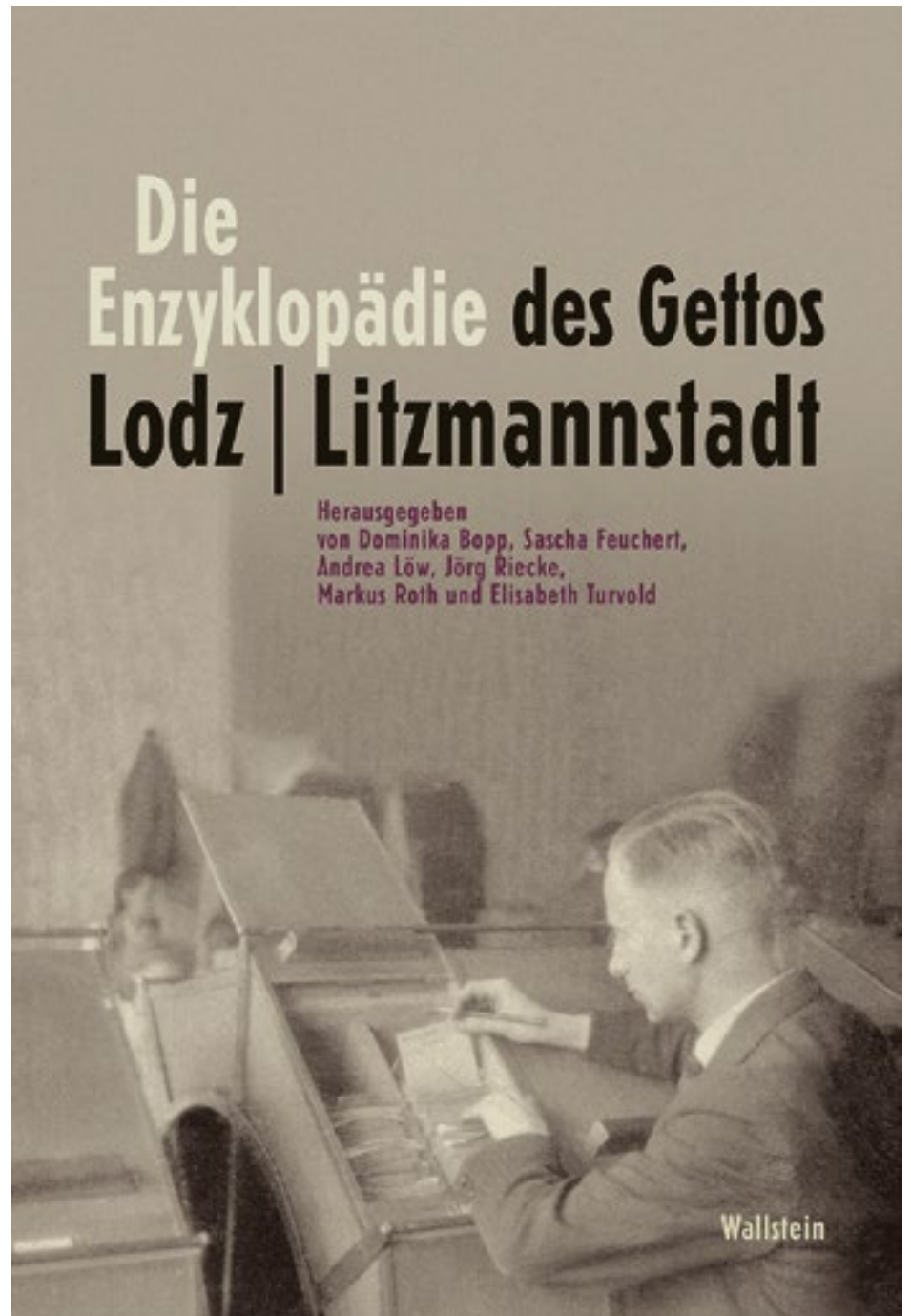
Die Enzyklopädie des Ghettos Łódź/Litzmannstadt handelt vom Grauen des großen Judenmords. Es ist die Geschichte der Apokalypse. Den technischen Hilfsmitteln der Zivilisation musste das Ghetto entsagen. Politische und metaphysische Aspirationen, so ein desillusionierter Oskar Rosenfeld, waren ausgeschaltet. Die religiösen Funktionen hatten sich auf einen engen Kreis konzentriert.

Bei seiner Errichtung am 8. Februar 1940 drängten sich 160.000 Menschen auf 4,13 Quadratkilometer in 31.000 Zimmern im Ghetto. Kaum eins der Holzhäuser verfügte über fließendes Wasser. Die Kosten für die tägliche Versorgung der Ghetto-Bewohner wurden auf 23 Pfennig pro Kopf festgelegt und lagen damit weit unter dem Satz für Gefängnisinsassen. Hunger war der ständige Begleiter der Menschen im Ghetto. Es kam vor, dass Menschen den Tod von Familienmitgliedern nicht sofort meldeten und die Leichen in der Wohnung behielten, um noch einige Tage deren Essensration zu bekommen.

Die Ghetto-Industrie produzierte für die deutsche Wehrmacht – und die SS – in enormem Umfang. Auch Privatfirmen wie die „Wäsche- und Kleiderfabrik Josef Neckermann“ ließen im Ghetto Kleidung nähen. Von dieser profitablen Zwangsarbeit wollte der Firmenchef nach 1945 gleichwohl nichts mehr wissen. Durch die Hungerlöhne und schlechte Versorgung der Arbeiter und Arbeiterinnen erzielte die deutsche Ghettoverwaltung riesige Gewinne.

Über das Schicksal des Gettos und seiner Bewohner ließen die Nazis keinerlei Zweifel. SS-Brigadeführer Friedrich Uebelhoer, Regierungspräsident von „Litzmannstadt“, kündigte an: „Zu welchen Zeitpunkten und mit welchen Mitteln das Ghetto [...] von Juden gesäubert wird, behalte ich mir vor. Endziel muss jedenfalls sein, dass wir diese Pestbeule restlos ausbrennen“.

So merkwürdig es klingt – allen



Bedrückungen zum Trotz konnten sich „auf einem schmalen Streifen geistiger Betätigung“ die Phantasie und der Humor des jiddischen Volkes entfalten. Eine lange Reihe treffender Bezeichnungen erwarb sich im Ghetto das „Bürgerrecht“. Begriffe ernster Bedeutung bekamen hier mitunter einen ironischen Beigeschmack, Ausdrücke des Alltags wurden in eine höhere Sphäre gehoben. Daneben wurden viele Wörter, welche Gegenstände geringen Gebrauchs bezeichneten, in allen Schichten der Ghettobevölkerung populär. In diesen Fällen wurden vornehmlich Worte polnischen Ursprungs herangezogen. Die Atmosphäre, in die das Ghetto eingebunden war, bestimmte in einem gewissen Maße den Umfang des Sprach- und Wortgutes, mit dem der Ghettobewohner haushalten konnte.

Eine eigene Ghetto-Sprache

Die Ghettobedingungen vom Leben und Sterben brachten eine eigene Sprache hervor, eine Sprache, die zwischen Verzweiflung, Mut, Überlebenswille, Wortspiel, sogar Wortwitz changierte. Wörter, die bisher nur einen „eingeborenen Wortsin“ besaßen, bekamen im Ghetto eine Nebenbedeutung, sie konnten ironisch, aber auch streng sachlich sein. Das einzelne facettenreiche jiddische Wort hatte

mit einem Mal Gelegenheit, sich in einer neuen Bedeutung zu entfalten. Der an die religiöse Tradition gebundenen Wortfügung wurde ein aktueller Sinn zugegeben. Die Ghettosprache war eine direkte und schnörkellose Sprache mit einer eigenen, ihr innewohnenden Poesie, brachte sprachliche Schöpfungen hervor, die die Ghettomenschen als Wortvariante aufnahmen und benutzten. Für die jüdischen Menschen im Ghetto war die sich unter den obwaltenden Bedingungen herausbildende Sprache eine Neuigkeit, gleichwohl ein belebender Faktor in der Eintönigkeit des „animalischen“ Daseins. Ein Beispiel: Im Verzeichnis der Ghetto-Enzyklopädie findet sich z. B. der Ausdruck: „Ivan blust Schojfer“. Traditionell praktizierten Juden das „Shoyfer blozn“, d.h. den Schofar, das Widderhorn, blasen, an Rosch Haschana und beim Ausgang der Andacht an Jom Kippur. „Ivan“ steht hier für jemand Fremdes, der eigentlich nicht dorthin gehört, um den Schofar zu blasen. Łódź gehörte vor 1918 zum russischen Teilungsgebiet, daher war es in dieser Wendung der „Ivan“, der in innerjüdische Belange eingriff.

Verfasser dieses Stichworts war Oskar Rosenfeld. Nach seiner Definition handelte es sich hier um eine populäre Wendung aus dem Volksmund, angewendet in den Fällen, wo innerjüdische Angelegenheiten von nichtjüdischen

Behörden als zuständig erledigt wurden. Im Ghetto wurde der Ausdruck in Situationen gebraucht, wo innerjüdische Differenzen durch Eingreifen der Ghettoverwaltung „liquidiert“ wurden. Besonders bezog sich der Spruch „Iwan blust Schojfer“ auf eine besondere Affäre, die damit endete, dass die Ghettoverwaltung die gesamte Lebensmittelverteilung an die jüdische Bevölkerung, ohne Berücksichtigung der spezifischen Ghettoverhältnisse, vornahm und dadurch Unklarheit in diesem Bereich der Ghetto-Autonomie brachte.

Im jiddischen Sprachschatz gibt es das Wort „mamser“, was ein „unehliches Kind“ – in der Negativvariante auch „Bastard“ – bezeichnet. In der Ghettosprache erfuhr dieses Wort einen merkwürdigen Bedeutungswandel, in dem die Verkleinerungsform „Mamser'l“ im jüdischen Idiotikon eine „kleine Zulage“ meinte. In der Gaunersprache meinte der Ausdruck „Unterwerfen a Mamser'l“ so viel, wie jemand etwas „in die Schuhe schieben“, jemand eine Schuld andichten. Im Ghetto wurde der Ausdruck „Mamser'l“ nur in der Küchenwirtschaft benutzt und bezeichnete eine Kanne, die kein bestimmtes Maß hatte, aber kleiner war als die Normkannen mit bestimmtem Maß.

Bei der Zustellung der Mittagessen aus den Küchen in die „Arbeitsresorts“ wurden geschlossene Kannen, die ihr Maß hatten, verwendet. Wenn ein Ressort über 300 Arbeiter hatte, die 140 Liter Suppe konsumierten, so wurde die Suppe auf drei Kannen

verteilt. Da jedoch die Arbeiterzahl unterschiedlich und die zugewiesene Suppenportion nicht ausreichte, wurde eine „Zulage“ in einer kleinen Kanne mitgegeben, die die Austeilerin genau berechnen musste. Diese kleine Zulage-Kanne wurde „Mamser'l“ genannt.

Eine Sammlung dieser Ghettosprache bildet einen Teil der Kulturgeschichte des Ghettos. Die Enzyklopädisten waren davon überzeugt, in einer späteren Epoche, die sich der Erforschung der Ghettowirklichkeit widmen würde, dass ihre enzyklopädische Sammlung Aufklärung dort geben könnte, wo die bloße Schilderung der Zustände nicht mehr ausreichte.

Die Enzyklopädie des Ghettos Łódź gestattet uns einen tiefen Einblick in eine Existenz jenseits humaner Lebensbedingungen, sie ist ein beredtes Zeugnis der Leidensgeschichte einer jüdischen Gemeinschaft, ein Dokument des Zivilisationsbruchs – ein Menschheitsgedächtnis. Oskar Rosenfeld, Oskar Singer, die weiteren Enzyklopädisten und die anderen Archivmitarbeiter wurden nicht vor der Deportation verschont, auch sie wurden allesamt ermordet. Was von ihnen blieb, waren ihre Aufzeichnungen, die sie der Nachwelt hinterlassen haben.

Mit dem größten Teil der Dokumente, die im Ghetto-Archiv gesammelt und verfasst wurden, sollte auch die Enzyklopädie gerettet werden. Nachman Zonabend, ein ehemaliger Briefträger in der Ghetto-Administration, konnte in den letzten Tagen



Eine Brücke, die zwei Teile des Ghettos Lodz miteinander verbindet. Darunter befindet sich eine Durchgangsstraße, die nicht zum Ghetto gehört.

des Ghettos, als nur noch ein kleines Aufräumungskommando zurückgelassen worden war, seinen Bewachern entkommen und die bereits in Koffern verpackten Schätze verstecken. Zonabend überlebte den Holocaust und es gelang ihm, die zahllosen Dokumente des Archivs nach seiner Rückkehr nach Łódź zu bergen. Durch ihn gelangten sie in der Folge in mehrere jüdische Archive weltweit und legen bis in die Gegenwart Zeugnis ab vom realen Alltag im Ghetto.

Die vorliegende (erste) Ausgabe der

Łódźer Enzyklopädie präsentiert alle überlieferten Einträge in den beiden Originalsprachen Jiddisch und Polnisch in deutscher Übersetzung. Die Texte sind kenntnisreich und einfühlsam analysiert und kommentiert. Es ist dies eine großartige editorische Leistung, eine Mahnung gegen jedwedes inhumane Menschheitsverbrechen.

Die Enzyklopädie des Ghettos Lodz/Litzmannstadt. Hrsg. v. Dominika Bopp u.a., Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 432 S., 34 Euro.

Der Schriftsteller John le Carré – ein Israel-Freund bis zum Tode

Der verstorbene britische Schriftsteller John le Carré bereiste für seine Recherchen auch den Nahen Osten. Bis zuletzt setzte er sich gegen Antisemitismus ein – auch gegen den von Jeremy Corbyn.

(Israelnetz) Der kürzlich verstorbene britische Schriftsteller John le Carré hatte auch ein Faible für Israel. In einem Interview von 1998 sagte er der „Jewish World Review“, der jüdische Staat sei ein „Jahrmarkt an menschlicher Vielfalt“, wie er es noch nie gesehen habe. Das habe ihn „in den Grundfesten erschüttert“. Er ergänzte: „Keine Nation auf der Erde hat den Frieden mehr verdient – oder war mehr dazu verdammt, dafür zu kämpfen.“

Le Carré, der vor allem für seine Spionage-Romane bekannt ist, schilderte dabei seine Eindrücke von seiner ersten Israel-Reise, die er Anfang der 1980er Jahre vornahm. Er recherchierte damals für seinen Roman „Die Libelle“ (im englischen Original „The Little Drummer Girl“), der den Nahost-Konflikt thematisiert. Im Vorwort schrieb er: „Viele Palästinenser und Israelis haben mir beim Schreiben dieses Buches geholfen.“

„Mit ganzem Herzen hinter Israel“

Diesem ersten Aufenthalt sollten weitere in Israel und dem Nahen Osten folgen. Bei einer Gelegenheit traf er auch den damaligen „Palästinenser“-Führer Jassir Arafat (1929–2004). Wie Le Carré erzählte, habe Arafat seine Hand auf seine Brust gelegt, „um das palästinensische Herz zu spüren“. Le Carré betonte, dass er sich im israelisch-arabischen Konflikt wenig auskannte. Aber Bücher zu schreiben habe er immer auch als Bildungsmaßnahme gesehen.

Der „Jewish World Review“ sagte er als Fazit: „Ich stehe mit ganzem Herzen hinter

dem Staat Israel als das Heimatland und als Wächter für das jüdische Volk in aller Welt. Und von ganzem Herzen stehe ich hinter dem Friedensprozess, der nicht nur Israels Überleben garantiert, sondern auch das palästinensische Überleben.“

Aufruf gegen Labour und Corbyn

Über den fiktiven Meisterspion George Smiley, dem er mehrere Romane widmete, sagte er: „Es ist fast ein Zufall, dass Smiley selbst nicht jüdisch ist“, nur um zu ergänzen: „Vielleicht ist er es.“ Le Carré sah sich allerdings auch mit Vorwürfen konfrontiert, in seinen Romanen Antisemitismus zu transportieren. Er habe jedoch die „englische unvorsichtige Kammermusik der Vorurteile wiedergegeben“, verteidigte er sich. Man solle nicht den Sänger mit dem Lied verwechseln.

Im Jahr 2019 beteiligte sich Le Carré im Vorfeld der britischen Parlamentswahlen an einem Offenen Brief gegen die Labour-Partei. Wegen der Antisemitismus-Skandale unter Parteichef Jeremy Corbyn sollten die Briten Labour keine Stimme geben. Der Brief erschien am 14. November in der Zeitung „The Guardian“.

Le Carré ist im Alter von 89 Jahren in Truro, einer Stadt in der Grafschaft Cornwall, gestorben. Im Jahr 1931 kam er im südenenglischen Poole zur Welt. In den 1950er und 1960er Jahren arbeitete er für den britischen Inlandsgeheimdienst MI5 und für den Auslandsgeheimdienst MI6. 1961 veröffentlichte er den ersten von mehr als 20 Romanen.



John le Carré, der zuletzt in Cornwall lebte, wurde durch seine Agenten-Romane weltbekannt.

Das Zyklon B kam mit den Wagen des Roten Kreuzes

Über die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 und die deutschen UNO-Beschlüsse gegen Israel

Von Simone Scherman

„Wir lagen in einer Welt der Toten und der Larven. Um uns und in uns war die letzte Spur von Zivilisation geschwunden. Das Werk der Vertierung, von den triumphierenden Deutschen begonnen, war von den geschlagenen Deutschen vollbracht worden.“

Mensch ist, wer tötet, Mensch ist, wer Unrecht zufügt oder leidet; kein Mensch ist, wer jede Zurückhaltung verloren hat und sein Bett mit einem Leichnam teilt. Und wer darauf gewartet hat, bis ein Nachbar mit Sterben zu Ende ist, damit er ihm ein Viertel Brot abnehmen kann, der ist, wenngleich auch ohne Schuld, vom Vorbild des denkenden Menschen weiter entfernt als der roheste Pygmäe und der grausamste Sadist.“

So schreibt Primo Levi in „Ist das ein Mensch?“, seinem Buch über Auschwitz. Eine Episode aus dem Inferno, oder wie Levi es sagt, eine Episode aus dem „Gift“ von Auschwitz; es ist der Vortag der Befreiung des Lagers, der 26. Januar.

Zum 76. Mal jährt sich 2021 die Befreiung von Auschwitz, als Soldaten der Roten Armee ungefähr 8.000 Menschen befreiten. Oder eben das, was von ihnen, den Überlebenden, noch übrig war. Befreit wurden die Zurückgelassenen, jene, die nicht mehr Mensch genug waren, um zu laufen.

Das Zyklon B wurde mit Wagen des Roten Kreuzes angeliefert

Diese Menschen befanden sich in den drei Hauptlagern von Auschwitz: im Stammlager Auschwitz, im Arbeitslager Auschwitz-Monowitz und im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. In Auschwitz wurden 1,3 Millionen Frauen, Kinder und Männer ermordet und dann verbrannt. Die Todesfabrik arbeitete mit fünf Krematorien 24 Stunden am Tag und kam in den Krematorien II und III auf eine Tagesleistung von 1.440 Leichen, in den Krematorien IV und V auf 768 Leichen. Die Gaskammern hatten dabei eine weit höhere Kapazität und konnten 3.000 Menschen töten. „Die Möglichkeiten der Vernichtung hatten auch in Auschwitz ihre Grenzen“, bedauerte Lagerkommandant Rudolf Höß später. An „ruhigen“ Tagen, worunter Eisenbahntransporte mit weniger als 500 Menschen fielen, ließ er sie mit Kleinkalibergewehren erschießen, um das Zyklon B zu sparen, das mit den Wagen des Roten Kreuzes angeliefert wurde.

Die deutsche „Judenpolitik“ war erfolgreich gewesen, die massenhafte systematische Ermordung der Juden Europas, ihre Verfolgung und Ausrottung war beispiellos durchgeführt worden. Es war nicht weniger als die „Judenpolitik“ eines „Europa gegen die Juden“ gewesen; der großangelegte Vorsatz, eine gesamteuropäische „Endlösung der Judenfrage“ unter der Tatherrschaft Deutschlands zu vollbringen.

Das Deportieren und Morden passierte auf Initiative der Deutschen. Die deutsche Bürokratie steuerte routiniert das monströse Projekt: das europaweite Erfassen, Gettoisieren, Enteignen, Entmenschlichen und Ermorden. In der Nachwelt bekannt als Holocaust. Sie entfesselten die Gewalt gegen die Juden Europas, die in den besetzten oder verbündeten Staaten auf zahl-



Gefangene in Auschwitz

reiche Kollaborateure stieß und den Massenraubmord und die Nazibarbarei an unschuldigen, nicht am Krieg beteiligten Männern, Frauen und Kindern über Europa ergoss.

Profiteure wollten nicht, dass die Deportierten wiederkehren

Die nationalsozialistischen Machthaber hatten in ganz Europa möglichst viele Menschen zu Profiteuren gemacht, ganz nach dem Vorbild in Deutschland. Wer beim Rauben kollaboriert hatte, der schwieg dann auch, wenn Juden abtransportiert wurden. Wer die Stellung eines Deportierten,

ner Wannseekonferenz stand am 20. Januar 1942 die „Endlösung der europäischen Judenfrage“. Reinhard Heydrich, der Chef des Reichssicherheitshauptamts, hatte dazu eingeladen und er erläuterte den Versammelten sein Vorhaben. Er befürchtete in einigen besetzten und verbündeten Ländern gewisse Widerstände gegen sein Großprojekt „Endlösung“. In anderen nicht. Die Kernaufgabe sah Heydrich darin, die Entrechtung, Enteignung und soziale Isolierung der Juden auf Initiative oder mithilfe der nationalen Autoritäten zu bewerkstelligen. Deutsche Einsatzkommandos hatten bis zu

der Endlösung in den betreffenden Gebieten gleich selbst durchzuführen.“

Unter „vorbereitenden Arbeiten“ verstanden die 15 versammelten Männer, acht davon mit Dokortitel, den bereits begonnenen Aufbau von Vergasungseinrichtungen und Experimente mit unterschiedlichen Methoden des Massenmords. Wenige Monate nach der Konferenz notierte Joseph Goebbels Ende März 1942: „Es wird hier ein ziemlich barbarisches, nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig.“

Das war der Plan; die Realität wich in der Durchführung etwas davon ab. Zwei Beispiele.

In Belgien fielen 45 Prozent der Juden den deutschen Eindringlingen in die Hände, allerdings gab es erhebliche regionale Unterschiede. Im flämischen Antwerpen wurden unter Mitwirkung der städtischen Polizei von 30.000 jüdischen Einwohnern 65 Prozent gefasst, im wallonischen Brüssel von 22.000 nur 37 Prozent, weil Behörden und nichtjüdische Nachbarn deutlich weniger Bereitschaft zeigten zu kooperieren.

In Ungarn deportierten etwa 20.000 einheimische Gendarmen 437.402 Juden mithilfe der ungarischen Staatsbahn nach Auschwitz. Das geschah zwischen dem 15. Mai und dem Juli 1944. Erst an der slowakischen Grenze übernahmen Deutsche die Transporte.

Von den rund 440.000 nach Auschwitz deportierten ungarischen Juden wurden etwa 340.000 im Frühsommer 1944 noch am Ankunftstag in den Gaskammern ermordet und 100.000 zur Zwangsarbeit bestimmt.

Der 27. Januar markiert einen der Tage, die Juden und Deutschen gleichermaßen zeigen, dass wir unauflösbar miteinander verwoben sind. Auf eine seltsame Art zwar, aber dennoch sind wir es. Wie haben die Juden Deutschland geliebt, sagte der holländisch-jüdische Autor Leon de Winter

„ In die Herzen führender Repräsentanten von Kirchen, Politik und Gesellschaft schafften es in den vergangenen Jahrzehnten lediglich die sechs Millionen ermordeten Juden. Genehmigt wurde aber nicht die jüdische Nation, nicht das jüdische Volk; schon gar nicht Israel.“

einen ganzen Betrieb, seine Wohnung oder Haus, dessen Winterkleidung, die Bluse der Ehefrau oder Stücke des Hausrats bekam oder gar ersteigerte, der leistete keinen Widerstand; den interessierte nur eines: Hauptsache, die Deportierten, Beraubten, Geschändeten würden auf Nimmerwiedersehen verschwinden.

Mit dem Mord an den europäischen Juden konnten die deutschen Invasoren ihre Position stabilisieren und den Krieg am Laufen halten. Indem sie die Beute mit den unterworfenen Völkern teilten, wurden diese zu Mitwissern und Mittätern der Mörder, gleichzeitig auch zu Hehlern und Dieben.

Auf der Tagesordnung der Berli-

diesem Zeitpunkt bereits gemeinsam mit rumänischen, ukrainischen, lettischen und litauischen Helfern 800.000 Juden ermordet.

Genau logistische Planung

Martin Luther, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, wies darauf hin, dass in den nordischen Staaten Schwierigkeiten auftauchen würden. Für den Südosten und Westen Europas dagegen sah er „keine großen Schwierigkeiten“. Wie Adolf Eichmann protokollierte, wurden „die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen“, wobei auch konsensual der Standpunkt vertreten wurde, dass es ratsam sei, „gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge

in der Dokumentation „Der ewige Antisemit“ zu Henryk Broder. Ein Satz, den ich niemals mehr vergessen kann. Ein Satz, den nur zu denken mich unendlich schmerzt, bei dem ich Tränen unterdrücken muss, wenn ich ihn ausspreche. Ein Satz, der das Innerste von uns Juden widerspiegelt. So auch die Liebe zu Deutschland. Mein Vater hat Deutschland geliebt. Er wurde nicht aus Auschwitz befreit. Nein. Denn als Czernowitzer Juden deportierte man ihn nach Transnistrien.

Jüdische Touristen in Deutschland

Der Unterschied zwischen Deutschen und Juden ist, dass ich – trotz der Verbundenheit – selten Traurigkeit bei Deutschen gesehen habe. Ganz selten, wenn es um Auschwitz geht. Denn da geht es um sie selbst, nicht so sehr um die Juden. Sie schämen sich höchstens für Auschwitz, das sie gerne vergessen würden. Wenn ich ehrlich bin, so gut wie nie höre ich Mitleid mit den Juden.

Jedes Jahr fallen in meine Heimatstadt Freiburg Israelis in ganzen Scharen ein. Es ist herrlich, denn die Altstadt ist dann voller Touristen, überall hört man Iwrit. Der „Black Forest“ ist beliebtes Reiseziel, auch Israelis lieben Deutschland. Nur liebt Deutschland sie leider nicht zurück, so wie es die Juden damals nicht zurückgeliebt hat. Es ist eine unerwiderte Liebe geblieben.

Hier beginnt das Déjà-vu.

Irans oberster Führer Ajatollah Ali Chamenei hat im Mai 2020 mit einem Bild zur „Endlösung“ Israels aufgerufen. Die Zeichnung unter dem Motto „Palästina wird frei sein“ zeigt den Jerusalemer Tempelberg. Man sieht feiernde Soldaten mit „Palästinenser“-Flaggen, Fahnen der islamistischen Organisationen Hamas und Hisbollah vor der Al-Aksa-Moschee. Er sprach in diesem Zusammenhang von der „Eliminierung des zionistischen Regimes“.

Die wirklich große Empörung in der deutschen Öffentlichkeit blieb aus; wie sonst auch. In die Herzen führender Repräsentanten von Kirchen, Politik und Gesellschaft schafften es in den vergangenen Jahrzehnten lediglich die sechs Millionen ermordeten Juden. Genehmigt wurde aber nicht die jüdische Nation, nicht das jüdische Volk; schon gar nicht Israel. Ebenso wenig Juden, die als solche erkennbar sind.

Kippa-Tragen in Deutschland

Denn Kippa trägt kein Jude mehr auf den Gassen Deutschlands, es sei denn, er hat einen Hang zum Suizid. Die auf der Straße vollständig unsichtbaren Juden, die nun auch keine Negativ-Schlagzeilen mehr produzieren, weil sie nicht mehr als Juden identifizierbar sind, werden lediglich regelmäßig an Gedenktagen sichtbar gemacht.

So ihrer Identität beraubt, sind Juden nur noch eine willenlose und gesichtslose Mini-Minderheit, degradiert zu einem Opferverein. Fürsprecher finden sie nur, wenn sie sich brav in diese Opferrolle fügen, um als lebende Juden ausschließlich anlässlich von Gedenkfeiern wahrgenommen zu werden und nach der politischen Pfeife der Ausrichter zu tanzen.

Aus dem öffentlichen Leben, aus Diskussionen und aus den Medien hat man auch die letzten streitbaren und furchtlosen ihrer Glaubensbrüder wohlweislich entfernt. Deutsche Politiker singen Klagelieder in Yad Vashem, ihre Phrasen zu Gedenktagen sind längst ausgehöhlt, was ihnen jedoch nicht die Schamröte ins Gesicht treibt angesichts eines deutschen Bundespräsidenten, der dem klerikal-faschistischen iranischen Mullah-Regime ungeachtet primitivster



Imre Kertész, ein ungarischer Schriftsteller jüdischer Abstammung. 2002 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Vernichtungsfantasien gegen Israel weiterhin Glückwunschschreiben schickt.

In seinem Fortsetzungsroman „Atempause“ beschreibt Primo Levi die Befreiung von Auschwitz. Es war um die Mittagszeit, als eine russische Patrouille in Sichtweite des Lagers auftauchte, während er und sein Freund Charles gerade die Leiche ihres Freundes Somogyi zum Massengrab brachten und entdeckten, dass es bereits voll war. Also legten sie den Freund auf dem Schnee ab. „Charles nahm die Mütze ab, um die Lebenden und die Toten zu grüßen.“

Es waren noch junge Männer zu Pferde, mit kindlichen Gesichtern unter großen Pelzmützen, die diese Hölle auf Erden betraten. Sie taten es vorsichtig, mit großer Scheu und Befangenheit, da sie das, was sie sahen, nicht einordnen konnten. Durcheinander liegende Körper, aufgestapelte Leichenberge, Sterbende. Ein von Tod erfülltes Paralleluniversum, direkt sichtbar, gleich hinter dem Stacheldraht.

In den wortlosen Blicken der Soldaten erkennt Primo Levi nicht so sehr Mitleid; stattdessen war es tiefste Scham, die ihren ungläubigen Blick auf die Hölle von Auschwitz gefesselt hielt und sich in den jugendlichen Gesichtern manifestierte. „Sie grüßten nicht, lächelten nicht“, erzählt Levi. „Es war die gleiche wohlbekannte Scham, die uns nach den Selektionen und immer dann überkam, wenn wir Zeuge einer Misshandlung sein oder sie selbst erdulden mussten: jene Scham, die die Deutschen nicht kannten, die der Gerechte empfindet vor einer Schuld, die ein anderer auf sich lädt und die ihn quält, weil sie existiert.“

UNO-Resolutionen gegen Israel

An den UN-Resolutionen gegen Israel erkennt man das „Europa gegen die Juden“ des 21. Jahrhunderts wieder. In

diese Vorgehensweise Europas reiht sich nahtlos ein, dass es nur ein deutscher Außenminister sein kann, der ernsthaft behauptet, „wegen Auschwitz“ in die Politik gegangen zu sein. Eine groteske und schamlose Obszönität, die ihresgleichen sucht, die aber auch naturgemäß erscheint. Denn Auschwitz war das Produkt der Deutschen.

Wie damals steht die deutsche Politik wieder auf der falschen Seite, diesmal,



Primo Levi

wenn sie in der UNO entweder gegen Israel stimmt oder sich enthält, was einem Lynchen mit einem lediglich dünneren Strick gleichkommt, wie Hillel Neuer es richtig beschreibt. Oder in der millionenschweren Terrorunterstützung für den Mord an Juden in Israel. Wieder findet Selektion statt, es ist wie vor 76 Jahren. Heute selektiert Europa

vor allen anderen Ländern den einzigen jüdischen Staat heraus, wie es damals Juden selektierte. Ohne dabei irgendeine Scham oder Schuld zu kennen.

„So schlug auch die Stunde der Freiheit für uns ernst und lastend und erfüllte unsere Seelen mit Freude und zugleich mit einem schmerzlichen Schamgefühl, um dessentwillen wir gewünscht hätten, unser Bewusstsein und unser Gedächtnis von dem Gräueltat, den es beherbergte, reinzuwaschen: und mit Qual, weil wir spürten, dass es nicht möglich war, dass nie irgendetwas so Gutes und Reines kommen könnte, das unsere Vergangenheit auslöschen würde, und das die Spuren der Versündigung für immer in uns bleiben würden, in der Erinnerung derer, die es miterlebt haben, an den Orten, wo es geschehen war, und in den Berichten, die wir darüber abgeben würden.“

Primo Levi beschreibt hier das, was die Überlebenden, die irgendwie Davongekommenen nie wieder loswerden würden: die Last des „Warum ich?“. Mehrfach verwendet Primo Levi den Begriff der Scham. Mal ist es der schamvolle Blick der russischen Befreier, die Menschen in ihrer Entmenschlichung sahen, an anderer Stelle ist es die Scham der Überlebenden über das Erlebte.

Ich habe in Israel fast meine ganze Familie: Der überwiegende Teil der Familie befindet sich auf der Datenbank von Yad Vashem und eine zahlenmäßig kleinere Familie in Haifa und Shimschit. Wenn wir in Shimschit an Schabbat gemeinsam am Tisch sitzen, dann bin ich aus Deutschland zu Besuch. Meine Gedanken schweifen ab, denn es sind höchstens zwei Wochen, die ich zur Verfügung habe, um solche Momente zu genießen und aufzusaugen. Es geht typisch israelisch zu: ein großer Balagan aus zu viel Essen, lauten Streitereien über Politik und einem Konsens lediglich darüber, wie gut das Essen war, und über die Aufteilung der Reste. Jeder nimmt etwas mit nach Hause. Ich nehme mit nach Deutschland, dass ich immer hierher, nach Israel, kommen kann, jederzeit, egal wann, weil diese Menschen dafür sorgen, sie ihre Leben dafür riskieren. Insgesamt sind es acht Kinder aus dieser Familie, die zur Armee müssen, der kleine Shalev ist mit seinen knapp zwei Jahren der Jüngste; wenn wohl schon seine kleine Schwester unterwegs ist, dann wären es neun.

Die wunderschöne Tochter meiner Cousine, ihr Name ist Ofek, ist Offizierin in der IDF. Seit einem Jahr hat sie einen Freund. Die Familie wächst und somit auch die Personen, um die man sich sorgt.

Würde dem Außenminister auch nur ein Hauch an den heutigen Juden liegen, wäre er nicht wegen Auschwitz in die Politik gegangen, sondern wegen der Juden. In was für einem psychischen Zustand muss sich aber ein deutscher Außenminister befinden, wenn er sein politisches Erwachen sozusagen mit einem von Deutschen industriell betriebenen Vernichtungslager verbindet anstatt mit den Juden. Nicht mit den Nachkommen der gerade noch Davongekommenen sollen sich deutsche Schüler solidarisieren, nicht mit Israel, Gott bewahre! Auch wenn der Iran Israel mit der „Endlösung“ droht, ist Solidarität mit den Enkeln und Urenkeln unerwünscht. Eine Freude darüber, dass es sie gibt und dass es Israel gibt, soll ja nicht aufkommen.

Aber als Jude kann man die Welt nach Auschwitz nur so formulieren:

„Mein Gott, wie gut, dass ich den Judenstern auf israelischen Panzern sehe und nicht wie 1944 auf meiner Brust.“

(Imre Kertész)

Entnazifizierungsgeschichten: Ein grandioses Scheitern?

Über die zum Teil sehr ungewollte und missglückte deutsche Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit

Von Dr. Joseph Heid

Auf ihrer Konferenz in Jalta im Februar 1945 und dann auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 hatten die Alliierten beschlossen, das besiegte Großdeutsche Reich umfassend zu demokratisieren und zu entmilitarisieren. Ihr wichtigstes Ziel war die Auflösung der NSDAP und der ihr angeschlossenen Organisationen. Die Siegermächte wollten herausfinden, in welchem Ausmaß die deutsche und österreichische Gesellschaft – Kultur, Presse, Ökonomie, Justiz und Politik – in das System des Nationalsozialismus eingebunden und verstrickt gewesen war. Das verordnete Programm zielte auf eine politische Umerziehung und ist unter der Bezeichnung „Entnazifizierung“ in die Nachkriegsgeschichte eingegangen. Es war dies eine einmalig ehrgeizige Idee, wie es ebenso ein grandioses Scheitern war. Gescheitert ist die Entnazifizierung vor allem deshalb, da sie von einer Mehrheit der Deutschen als eine willkürliche Maßnahme der Besatzungsherrschaft gesehen und scharf ablehnt wurde. Die Deutschen waren nach 1945 grosso modo nicht bereit, sich mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Die Entnazifizierungsmaßnahmen betraf die deutsche Nachkriegsgesellschaft in ihrer Gesamtheit, die sich der politischen Vergangenheit stellen musste. Millionen Deutsche waren behördlich aufgefordert, Antworten auf Fragen nach der eigenen NS-Vergangenheit zu geben. Die administrative Überprüfung machte den Deutschen nachdrücklich klar, in welcher Machtordnung sich Nachkriegsdeutschland mit einem Male befand. Die Alliierten hatten von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, dass es ihr übergreifendes politisches Ziel war, die Nachwirkungen der NS-Herrschaft zu beseitigen. Aber es gab darüber hinaus weitere Motive.

Nazis sollten von Funktionen im neuen Staat BRD ferngehalten werden

Den Alliierten ging es bei ihrem Entnazifizierungskonzept weder um die „Umerziehung“ der Deutschen, noch um die juristische Bestrafung ihrer Unterstützung des Nationalsozialismus oder gar die Beteiligung an den Verbrechen, wie immer wieder behauptet wird. Das sagt die Historikerin Hanne Leßau in ihrer Studie über die „Entnazifizierungsgeschichten“. Die breit angelegte Überprüfung der Deutschen auf ihre jeweilige Rolle im Nationalsozialismus sei in erster Linie sicherheitspolitisch motiviert gewesen und sollte vor allem dafür sorgen, dass der Aufbau einer demokratischen Nachkriegsordnung nicht durch den Einfluss von (ehemaligen) Nationalsozialisten in den Schlüsselstellungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft torpediert wurde.

Hanne Leßau geht in ihrer quellenreichen, glänzend geschriebenen Dissertation der Frage nach inwieweit die Entnazifizierung nicht nur einen Ort der Konfrontation mit der NS-Vergangenheit bildete, sondern auch ein Forum, in dem sich diejenigen, die sich einem Prüfverfahren zu stellen hatten, offen mit dem eigenen Leben während



Ausfüllen von Fragebögen in der britischen Zone zur Entnazifizierung bei Hamburg (1945)

des Nationalsozialismus beschäftigt mussten. Sie zeigt auf, dass und in welcher Weise die Verfahrensbetroffenen im Rahmen der administrativen Überprüfung spezifische Deutungen ihrer eigenen NS-Vergangenheit entwarfen, die sie in Distanz zum Nationalsozialismus rückten. Diese Deutungen bestimmten auch im Privaten das Sprechen über das eigene Leben während der NS-Jahre. Die Beschäftigung mit dieser Frage fand in der deutschen Gesellschaft kein Ende – weder in den Jahren unmittelbar nach dem Mai 1945 noch in den Jahrzehnten danach.

Falsche Zeugen

Die Studie „Entnazifizierungsgeschichten“ erweitert nicht nur das Detailwissen über die Prüfverfahren, sondern auch neue Einsichten zur These von der „gescheiterten“ Entnazifizierung. Die zu Entnazifizierenden verstanden es im großen Ganzen sich so geschickt zu verhalten, und hierfür alle Mittel in Anspruch zu nehmen – vom Tausch und Kauf von Entlastungszeugen, vom Lug und Trug bei den eigenen Angaben bis hin zur Bestechung des Prüfpersonals, um entlastende Belege zu erhalten. Um verifizierbare Koordinaten zu bekommen, analysierte Leßau Erfahrungen und Wahrnehmungen von Verfahrensbeteiligten nach empirischen Kriterien. Sie untersuchte die argumentativen und narrativen Strukturen der vorgebrachten Rechtfertigungstexte, um skrupellose Täuschungen zu entlarven.

Aus Sicht vieler zu Überprüfenden zeichnete sich die Entnazifizierung gerade dadurch aus, dass nicht die allgemeine Geschichte des Nationalsozialismus verhandelt wurde, sondern sie mit Fragen nach der eigenen Rolle in der nationalsozialistischen Diktatur konfrontiert wurden. Allerdings wollten sie vielfach nicht in jener schematischen Weise Auskunft geben, die die alliierten Planer

festgelegt hatten. Sie beanspruchten, in Anbetracht ihrer spezifischen Lebensgeschichte, nicht entlang starrer Merkmale eingereiht zu werden, sondern forderten die Prüfinstanzen auf, ihre individuellen Motive, Zwangslagen und Lebensumstände zu berücksichtigen. Nur so würden sich die dürren Angaben des auszufüllenden „Fragebogens“ verstehen und ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus angemessen bewerten lassen.

5 Kategorien

Ab Frühjahr 1946 änderten die drei alliierten Mächte die formalistische Verfahrensweise der Entnazifizierung: In den westlichen Besatzungszonen wurden neue Institutionen geschaffen, in denen nun auch (unbelastete) Deutsche saßen – die Spruchkammern. Diese wurden zu den zentralen Instanzen einer komplexen Entnazifizierungsbürokratie, in der die Verfahrensbetroffenen erstmals Mitwirkungsmöglichkeiten erhielten.

Besonders anschaulich zeigten sich die Veränderungen an der Einführung eines Kategoriensystems: Mit den insgesamt fünf Entnazifizierungskategorien wurden Verfahrensausgänge transparenter. Neben der Entlassung eines Überprüften aus seiner beruflichen Stellung traten mildere Sanktionen wie Geldstrafen, abgestufte Berufsbeschränkungen oder der Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte. Sicherheitspolitische Aspekte traten in den Hintergrund. Die Prüfungsinstanzen entschieden nunmehr darüber, ob jemand angesichts seiner NS-Vergangenheit als „Kriegsverbrecher“, „Übeltäter“, „geringer Übeltäter“, „Anhänger“ oder „Entlasteter“ gelten müsse.

Entnazifizierung und Rehabilitierung verschmolzen in den Spruchkammerverfahren zum gleichen Vorgang. Mit Hilfe von entlastenden Zeugnissen über das persönliche Verhalten im NS-Staat, die Kirchen und Parteien, Kollegen,

Geschäftspartner, Bekannte, mitunter sogar jüdische „Freunde“ großzügig ausstellten, erlangten fast alle zur Entnazifizierung Anstehenden den Status von Minderbelasteten und Mitläufern. Dank der Spruchkammern kehrten sage und schreibe 95 Prozent der vormals Belasteten in den öffentlichen Dienst zurück, nun sogar versehen mit einer weißen Weste. Anhänger oder Mitläufer des Nationalsozialismus gewesen zu sein, reduzierte sich auf einen verzeihlichen politischen Irrtum oder eine naheliegende opportunistische Anpassung.

Britische Zone: Richter durften nicht Mitglied der NSDAP gewesen sein

Mehr als 1.200 deutsche Richter, Staatsanwälte und Hilfskräfte führten in der britischen Zone im Ganzen 24.200 Verfahren durch, ein bürokratisches Monsterverfahren. Hätte man konsequent alle Mitglieder der NS-Vereinigungen angeklagt, deren verbrecherischer Charakter vom internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg festgestellt worden war, hätte es nach amerikanischen Schätzungen etwa fünf Millionen Verfahren geben müssen.

Eine britische Verordnung legte zum Beispiel fest, dass Richter und Schöffen nicht Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Organisationen gewesen sein durften. Hintergrund dafür war, dass etwa 90 Prozent der Angehörigen der deutschen Rechtspflege einschließlich der Anwälte Mitglied im NS-Rechtswahrerbund gewesen waren – und die Mitgliedschaft darin freiwillig war. Drei Viertel der Angeklagten wurden mit Strafen belegt. Die große Mehrzahl der Strafen wurde mit der Internierungshaft als abgegolten erklärt, nur 3,7 Prozent der Angeklagten mussten einige weitere Monate absitzen, 4,5 Prozent noch eine Geldstrafe zahlen. Und bei den insgesamt milden Urteilen in den Entnazifizierungsverfahren wäre zu fragen, nach welchen Kriterien die Mitglieder der Spruchkammern, die selbst als unbescholtene Anti-Nazis in den Ausschüssen saßen, sich in Einzelfällen entschieden. Der Betroffene musste vor eine aus Laienrichtern – und andere Richter standen nicht zur Verfügung – zusammengesetzten Spruchkammer treten, der er Zeugnisse seiner überschätzten Verantwortlichkeit unterbreiten konnte. Sein Widersacher war der öffentliche Ankläger, der die aus dem Fragebogen und Behördenunterlagen ermittelte Kategorisierung verfocht.

Sonderfall Spruchkammer

Das Spruchkammerverfahren unterschied sich vom Strafprozess hauptsächlich durch den Verzicht auf die Unschuldsvermutung, während das Gericht dem Verdächtigen die Straftat nachweisen musste. Im Spruchkammerverfahren hatte der Angeklagte den Beweis seiner Unschuld anzutreten. Wenn z. B. ein Jurist Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes war, dessen Mitgliedschaft freigestellt war, lag es an ihm nachzuweisen, dass damit in seinem Falle keine Unterstützung des Nationalsozialismus vorlag. Diesen Spagat von äußerer NS-Zugehörigkeit und innerer Ablehnung derselben bereitete den meisten kein größeres Problem.

Welche Dokumente, Beweismittel lagen der Spruchkammer vor? Welche verlangten sie? Urteilten sie auf die bloßen Aussagen der vor der Kammer Stehenden? Wie fühlten sie dem ehemaligen Parteigenossen auf den Zahn? Und wie stand es mit Belastungszeugen? Es war ein Kunststück, diese aufzutreiben. An Entlastungszeugen hingegen herrschte nie ein Mangel. Und dann: Was sollte mit dem Verfahren erreicht werden? Wer ein überzeugter Nationalsozialist war, der wurde durch die Kategorisierung auch nicht bekehrt.

Im Herbst 1948 übertrugen die drei alliierten Siegermächte die weiteren Entnazifizierungsverfahren den deutschen Ländern. Hier gerieten die Entnazifizierungsbeamten bald unter den Druck weiter Bevölkerungskreise, die einen Schlusstrich wollten, sowie eines Teils der Parteien, die um die Stimmen der „Ehemaligen“ zu werben begannen.

Schlusstrich 1951

Zum Komplex der Entnazifizierung gehören Bemerkungen über das „Entnazifizierungsschlussgesetz“ – welches ein Wortungetüm –, das am 11. Mai 1951 verkündet und am 1. Juli des gleichen Jahres in Kraft trat. Dieses Gesetz markiert einen unseligen Schlusspunkt: Am 10. April 1951 hatte der Deutsche Bundestag bei nur zwei Enthaltungen das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“ – das sogenannte „131er“-Gesetz – verabschiedet. Dieses Gesetz sicherte mit Ausnahme der Personen, die in Entnazifizierungsverfahren in die Gruppen I – Hauptschuldige/Kriegsverbrecher – und II – Schuldige/Übeltäter – eingereiht waren, die Rückkehr in den öffentlichen Dienst zu. Nur so konnten hochrangige Nazis, die sich in den NS-Jahren schuldig gemacht hatten, auf höchste Posten bis ins Kanzleramt oder an den Kabinettstisch der Bundesrepublik Deutschland gelangen. Quasi zum moralischen Ausgleich hatte der Bundestag das „Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes“ nur wenige Tage vorher einstimmig verabschiedet und gleichzeitig mit diesem verkündet. Die Entnazifizierung hatte damit auf Länder- und Bundesebene ihr endgültiges Aus gefunden. Und dies stieß in der deutschen Bevölkerung auf eine breite Akzeptanz.

Persilschein

Ein besonderer Aspekt in der Auseinandersetzung der Deutschen mit der NS-Vergangenheit zeigen die Leumundszeugnisse, die unter der Bezeichnung „Persilschein“ Eingang in die Umgangssprache gefunden haben, die sich viele zu ihrer Entlastung besorgten. Das mit diesem Begriff verbundene Bild der leicht erhältlichen „reinigenden“ Bescheinigungen, mit denen sich auch Schwerbelastete so gut wie alles hätten bescheinigen lassen können, war weit verbreitet. Die allermeisten zu Überprüfenden bekamen ihre „Persilscheine“ nicht im Tausch oder von Unbekannten, sondern von Personen, mit denen sie in einer engeren persönlichen Beziehung standen.

Trotz der Teilhabe am System des Nationalsozialismus in Form von Mitgliedschaften, Funktionärstätigkeit oder berufliche Mitwirkung lässt sich argumentieren, dass man äußerem Zwang unterlegen war, zumindest im Privaten dem totalitären Zugriff der Diktatur aber widerstanden und innerlich Distanz gewahrt habe. Leumundszeugnisse wie die „Persilscheine“ zeigen diese grundlegen-



de Distanzierungsstrategie der Entnazifizierung oftmals besonders deutlich, wenn sie aus guten Charaktereigenschaften schlossen, dass der Betreffende kein Nazi gewesen sein konnte.

Das Fazit der Leßau'schen Studie lautet: Als die Entnazifizierung Anfang der 1950er Jahre an ihr Ende kam, fiel ihre Bilanz gemessen am ursprünglichen Ziel, stark belastete Personen aus den Schlüsselstellungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herauszuhalten, negativ aus. Berufskarrieren früherer Funktionsträger des NS-Staates waren zwar unterbrochen, aber nicht gestoppt

worden. Mehr als einen temporären Ausschluss hatte die politische Überprüfung in den allermeisten Fällen nicht erreicht.

An der Entnazifizierung wurden die Komplexität und Spannung des Übergangs von der nationalsozialistischen Diktatur zur bundesrepublikanischen Demokratie sichtbar: Die Distanzierung vom Nationalsozialismus und die Hinwendung zur neuen Demokratie gelang in ihrem Kontext weder individuell noch gesellschaftlich dadurch, dass frühere politische Ansichten als Trugschluss erkannt, Fehler und Schuld eingeräumt

und durch neue, demokratische Überzeugungen ersetzt wurden. Die Entnazifizierungsgeschichten der Deutschen waren bestimmt von der Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Distanzierung und eröffneten ihnen damit Möglichkeiten, Anschluss an die Demokratie zu finden und das eigene Leben dennoch weiterhin als Kontinuum zu begreifen. Alles in allem haben sich die meisten Deutschen mit ihrer Vergangenheit mehr schlecht als recht arrangiert, bewältigt haben sie diese indes nicht.

Zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen war das deutsche Volk nicht bereit. Es wollte mit den eigenen Verbrechen nichts zu tun haben und an die Vergangenheit nicht mehr erinnert werden. Die amerikanische Reporterin Martha Gellhorn, Ehefrau von Ernest Hemingway, notierte in einer ihrer Kriegsreportagen im April 1945: „Niemand ist ein Nazi. Niemand ist je einer gewesen“. Und sie konstatierte mit grimmigem Hohn: „Ein ganzes Volk, das sich vor der Verantwortung drückt, ist kein erbaulicher Anblick“. Gellhorn konnte und wollte nicht begreifen, was auch wir bis auf den heutigen Tag kaum verstehen: Die besiegten Deutschen hatten verdrängt, dass sie einmal glühende Nazi-Anhänger gewesen waren. Dieses Verdrängen, ja Verleugnen, war nicht bloß eine rhetorische oder moralische Kategorie, sondern war tief instituiert in die bundesdeutsche Gesellschaft, ein Prozess, der bis in die Gegenwart in der politischen Kultur nachwirkt.

Das gewichtige Wort des amerikanischen Hochkommissars John McCloy, die Welt werde die Veränderungen in Deutschland am künftigen Umgang der Deutschen mit den Juden messen und die „Judenfrage“ sei für die Deutschen der „Prüfstein der Demokratie“, war mit der Gründung der Bundesrepublik bereits in den Wind geschrieben. Es war wie eine Negativvariante jenes Prüfsteins der Demokratie, dass die Demokratie vermeintlich nur so ihre Mehrheitsbasis finden konnte, indem man vom Verbrechen an den Juden schwieg und den Holocaust schlicht ignorierte. Indes: Die deutsche Geschichte war und blieb eine „Belastungsgeschichte“ (Axel Schildt). Dass dennoch nach Auschwitz ein zivilisiertes demokratisches Gemeinwesen und eine „geglückte“ Demokratie auf deutschem Boden entstehen konnte, ist ein Glücksfall der Geschichte.

Hanne Leßau: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Wallstein Verlag, Göttingen, 2020, 526 S., 46 Euro.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

**Sie können auf unserer Website
www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“
bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.**

Wie die Balfour-Erklärung zustande kam (Teil 1)

Ohne Balfour-Deklaration gäbe es keinen jüdischen Staat. Wenig bekannt ist die Entstehungsgeschichte dieses berühmten Dokuments. Die JÜDISCHE RUNDSCHAU berichtet in mehreren Folgen darüber.

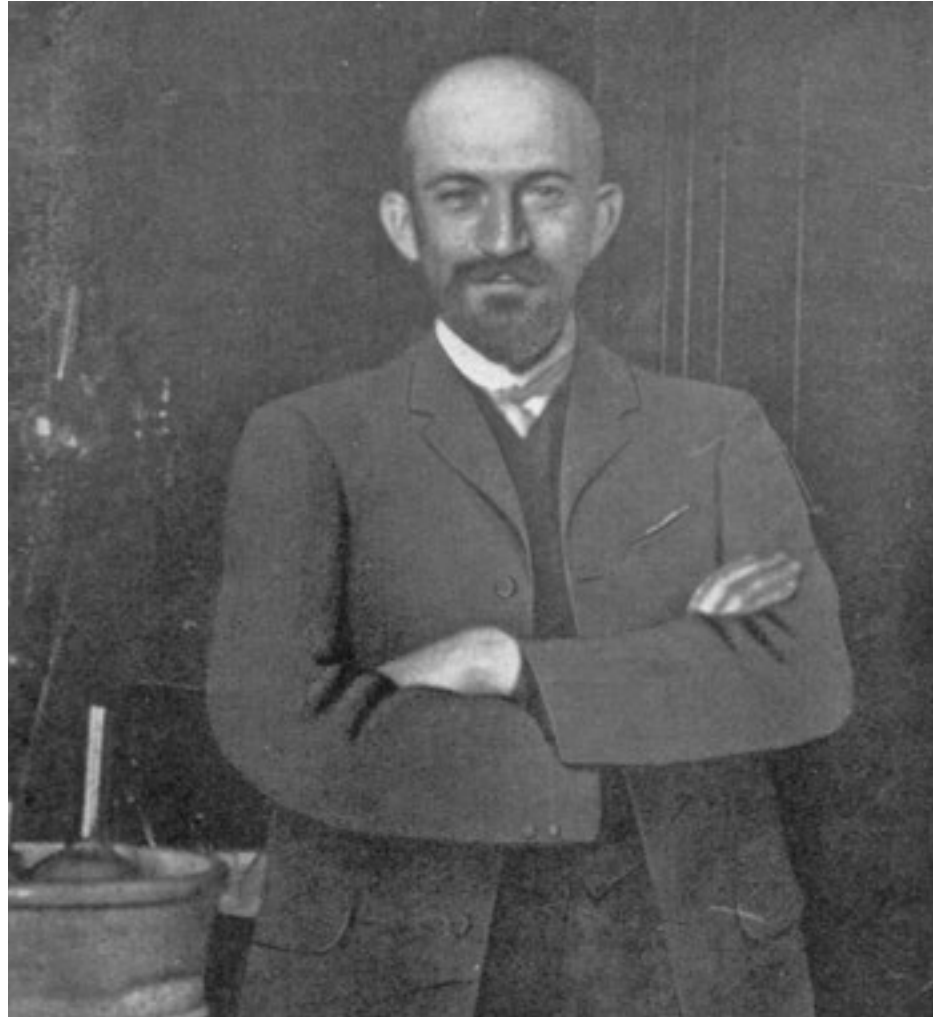
Von Karl Pfeifer

1913 lebten 300.000 Juden in Großbritannien, von denen lediglich 8.000 Mitglieder einer zionistischen Organisation waren. Die überwiegende Mehrheit der britischen Juden waren Einwanderer oder die Kinder von Einwanderern, die den Pogromen in Osteuropa oder der Armut in Südeuropa entkommen waren. Sie wohnten in London, oder in anderen großen industriellen Städten wie Manchester und Leeds und arbeiteten sehr oft als Schneider, Kürschner und Näherinnen. Einigen gelang es kleine Geschäfte oder Betriebe zu eröffnen. Konfrontiert mit Existenzproblemen hatten sie wenig Zeit für Zionisten, die über ein entferntes Land sprachen. Die meisten wollten die jüdische Tradition bewahren, aber nur wenige waren bereit einer utopischen Bewegung beizutreten.

Juden, deren Familien mehr als zwei Generationen in Großbritannien lebten, waren noch weniger an der zionistischen Bewegung interessiert. Einige waren erfolgreiche Geschäftsleute, andere hatten einen freien Beruf gewählt. Unter dieser glücklichen Minderheit gab es einige wenige, die sehr reich waren. Beispielsweise die Rothschilds, die Montefiores, Samuels und Montague, um einige der Prominenten zu nennen. Nur wenige wurden als Abgeordnete ins Parlament gewählt, und saßen auf beiden Seiten des Hauses. Die Cousins Herbert Samuel und Edwin Montagu waren Mitglieder in der liberalen Asquith-Regierung. Diese Juden lebten wie andere Engländer ihrer Klasse, nur getrennt durch die von ihnen praktizierte Religion. Der britische Antisemitismus war verglichen mit dem anderer europäischer Länder mild und die britischen Juden waren Patrioten eines Landes, dass ihnen seit 1858 die gleichen Rechte gewährte. Sie fühlten sich als jüdische Briten und nicht als britische Juden und hatten in der Regel nichts übrig für Zionisten, die darauf bestanden, dass Juden ein Volk bzw. eine Nation sind. Dies bedeutete aber keine Gleichgültigkeit gegenüber den Juden, die in Eretz Israel lebten. Sie glaubten jedoch nicht daran, dass die jüdische Präsenz dort zur Lösung des „jüdischen Problems“ in Russland oder Rumänien beitragen könne.

Die britischen Juden wurden durch den 1760 gegründeten Board of Deputies repräsentiert, der aus von Synagogen gewählten Delegierten bestand. Einer ihrer Präsidenten, Moses Montefiore wurde bekannt, als er versuchte auf die Verfolgung von Juden im Ausland aufmerksam zu machen. Doch dies tat er als Privatperson und nicht als Vertreter des Boards. Es gab auch die 1871 gegründete Anglo-Jewish Association (AJA), in der die Mitgliedschaft eine Guinea (ein Pfund und ein Shilling) – eine damals beträchtliche Summe – kostete. Diese Organisation von britischen Juden, ging davon aus, dass die jüdische Religion eine unter vielen in Großbritannien sei.

Der Board of Deputies und die AJA gründeten 1878 das Conjoint Foreign Committee of British Jews, um die britische Außenpolitik zu beeinflussen. Konkret ging es darum, dass die Briten den Berliner Kongress 1878 zur Garantie der religiösen Toleranz im Nahen Osten und auf dem Balkan, insbesondere in Rumänien, veranlassen sollten. Zunächst schien es, als ob die britischen Bemühun-



Chaim Weizmann, der später erster Staatspräsident Israels wurde

gen erfolgreich sein würden, doch in der Praxis wurde das insbesondere in Rumänien bis 1914 nicht beachtet.

Im 20. Jahrhundert spielte der Direktor von AJA, Lucien Wolf, eine Rolle bei der Bekämpfung des Zionismus. Er war der Sohn eines böhmischen Fabrikanten, der an der Revolution 1848 teilgenommen hatte und nach England flüchtete. Der 1857 in London geborene Wolf wuchs in einem liberalen Haus auf, ging in Brüssel und Paris in die Schule und konnte Französisch und Deutsch sprechen und schreiben wie Englisch. Er wurde ein erfolgreicher Journalist und interessierte sich für jüdische Angelegenheiten, aber den Zionismus lehnte Wolf ab, weil dieser davon

hatte das Balliol College in Oxford mit Auszeichnung absolviert. 1889 nahm er an der erfolgreichen Wahlkampagne seines älteren Bruders Stuart teil, der das East-End-Viertel Whitechapel im Stadtrat von London vertreten wollte. In diesem schmutzigen und heruntergekommenen Viertel lebten tausende jüdische Einwanderer. Diese schrecklichen Bedingungen bewegten Samuel, dessen Maxime es war: Regierungen gibt es, um die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern. Seine ersten politischen Beziehungen knüpfte er mit dem radikalen Flügel der liberalen Partei und mit dem gemäßigten Fabian-Flügel der Sozialisten. 1902 publizierte er „Liberalism: Its Principles and Proposals“,

„Herr Doktor, wenn ein Mann etwas im Auge hat, dann will er nicht wissen, ob das ein Stück Dreck oder ein Stück Gold ist, er wird es entfernen wollen.“

ausging, dass der Antisemitismus nicht beseitigt werden kann.

Als sich zwischen 1908 und 1914 die Juden des Balkans in ständiger Gefahr befanden, gelang es Wolf gute Kontakte mit führenden Beamten des Foreign Office herzustellen und sie zu überzeugen, die von den Großmächten auf dem Berliner Kongress postulierte religiöse Toleranz erneut durch eine Erklärung vom 28. Juli 1914 zu bestätigen. Eine Woche später kam es zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Herbert Samuel

Wesentlich mehr Einfluss auf die britische Außenpolitik hatte Herbert Samuel, Mitglied der Regierung des liberalen Ministerpräsidenten H. H. Asquith. Samuel, der Sohn eines erfolgreichen Bankers,

war 30 km entfernt. Hie und da gelangte eine hebräische Zeitung in den Ort, die buchstäblich zerlesen wurde. Seine Familie war fest verankert in der jüdischen Tradition, in der die Rückkehr nach Zion eine große Rolle spielte.

Von den zwölf Weizmann-Kindern fanden neun ihren Weg nach Eretz Israel.

Zwischen den Söhnen und Töchtern und ihren Schulkameraden kam es zu lebhaften Diskussionen zwischen Zionisten, Assimilationisten, Sozialisten und Anarchisten. Die sehr religiöse Mutter war tolerant, und wenn nötig versteckte sie die revolutionären Flugblätter im Garten und begegnete den Polizisten mit solch Würde und Unschuld, dass sie nicht weiter im Haus blieben. In der Bibliothek befanden sich der Talmud neben den Büchern von Gorki und Tolstoi, und die Schulbücher für Chemie und Medizin neben hebräischen Romanen sowie zionistischen Zeitschriften.

Im Cheder begeisterte er sich für die Propheten und wurde als 11-Jähriger in eine russische Schule nach Pinsk geschickt, wohin die Familie später übersiedelte. Die Chibat Zion (Liebe zu Zion)-Bewegung hatte auch in dieser Stadt mit 30.000 Einwohnern ihre Anhänger. 1881 nach der Ermordung von Zar Alexander kam es zu Pogromen und die Gesetze gegen Juden wurden verschärft, insbesondere kam es zum Numerus clausus. Die jüdischen Schüler lasen hebräische Tageszeitungen und Zeitschriften sowie moderne jiddische Klassiker wie Scholem Aleichem.

Als Absolvent des Gymnasiums wollte Weizmann nicht die Entwürdigung von jüdischen Studenten an russischen Hochschulen erdulden.

Chaim Weizmann zog nach Hessen

Er bekam an einem jüdischen Internat in Pfungstadt (Hessen) einen Posten als Russisch- und Hebräisch-Lehrer. Für zwei Stunden Unterricht erhielt er Kost und Logis sowie 300 Mark pro Jahr. Pfungstadt war weniger als eine Stunde mit dem Zug von Darmstadt entfernt, wo es eine Universität gab.

Um aus Russland herauszukommen hätte er einen Reisepass benötigt. Er fand aber Arbeit beim Holztransport auf dem Fluss nach Danzig und sparte sich so die hohen Kosten. In Thorn, der ersten deutschen Station nahm er seine Sachen. Die Ordnung und die Sauberkeit machten einen großen Eindruck auf ihn, allerdings war er überrascht, dass sein Pinsker Jiddisch von den Deutschen nicht verstanden wurde.

Die Verpflegung im orthodoxen Internat war miserabel. Der orthodoxe Internatsbesitzer Dr. Barness beschrieb sich als Deutscher mosaischer Konfession. Weizmann wunderte sich über die Reaktion der deutschen Juden auf den starken Antisemitismus und machte sich lustig über die Naivität deutschen Juden, die meinten mit ein wenig Aufklärung würde der Antisemitismus beseitigt werden. Weizmann antwortete einmal „Herr Doktor, wenn ein Mann etwas im Auge hat, dann will er nicht wissen, ob das ein Stück Dreck oder ein Stück Gold ist, er wird es entfernen wollen“.

Purim und die Studenten von Berlin

Weizmann wurde von Avdut betoch Cheruth („Sklaverei in der Freiheit“),

dem Essay des Begründers des kulturellen Zionismus, Ascher Ginzburg, der sich unter dem Namen Achad Ha-am mit den assimilierten Juden des Westens auseinandersetzte, beeinflusst. Zum Glück waren sein Vater und sein Schwager erfolgreich in Pinsk, so dass sie Chaim aufforderten sich an der Universität Berlin einzuschreiben und ihn mit monatlich 100 Mark unterstützten. Bereits Jahre vor seiner Ankunft in Berlin gab es dort einen „Jüdisch-russischen wissenschaftlichen Verein“, dessen Aktivisten wie Schmarya Levin, Leo Motzkin und Nachman Syrkin eine wichtige Rolle in der zionistischen Bewegung spielen sollten. Sie trafen sich am Samstagabend im Hotel Zentrum am Alexanderplatz, um endlose Diskussionen zu führen, besuchten aber auch Theater und Oper. Felix von Weingartner war damals der bekannteste Dirigent und ein Platz während der Generalprobe der Neunten Symphonie Beethovens kostete nur ein paar Pfennig. Es war das fröhliche Purimfest, und die jüdischen Studenten aus Russland saßen ganz oben auf den billigsten Plätzen. Als es zum Gesang kam, standen sie auf und sangen begeistert mit dem Chor. Weingartner war neugierig, wer diese Leute waren, er stieg hinauf und die Studenten sagten ihm wie sehr sie ihn bewunderten und dass Purim sei. Weingartner lud alle ein in die nahe Bierhalle und bezahlte ein Bier und „Würstchen“.

1898 übersiedelte Weizmann nach Freiburg (Schweiz), wo er 1899 sein Doktorat mit summa cum laude machte. Er wurde dann Privatdozent an der Universität Genf und dank eines Patents, dass er IG-Farben verkaufte, hatte er ein paar Jahre ein unabhängiges Einkommen. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit war er auch äußerst aktiv in der zionistischen Bewegung, er war Mitglied der demokratischen Fraktion, die den praktischen Zionismus im Gegensatz zum politischen befürwortete. Nachdem Herzl Uganda für die Ansiedlung von Juden empfohlen hatte, hat Weizmann heftig widersprochen. Er übersiedelte 1904 nach England und begann in einem chemischen Labor an der Universität Manchester zu arbeiten. Dort wurde er später Professor und 1910 britischer Staatsbürger.

Netzwerken in England

In Manchester traf er drei Männer, die in der Entwicklung des Zionismus eine bedeutende Rolle spielen sollten: Harry Sacher, Israel Sieff und Simon Marks.

Sacher wurde 1881 in London als Sohn von eingebürgerten polnischen Juden geboren. Sein Vater arbeitete als selbständiger Schneider und er war ein ausgezeichnete Schüler, der am New College in Oxford aufgenommen wurde, wo er seinen ersten akademischen Grad in Geschichte erwarb, er setzte seine Studien fort an den Universitäten in Berlin und Paris. Als er aber an seinem alten College in Oxford kein Stipendium erhielt, begann er beim liberalen „Manchester Guardian“ als Journalist zu arbeiten. In London war er kurze Zeit Rechtsanwalt. Sacher blieb immer ein Mitarbeiter von Weizmann, auch wenn die beiden manchmal heftig miteinander diskutierten, blieben sie ihr ganzes Leben lang enge Freunde.

Simon Marks und Israel Sieff waren sieben bzw. acht Jahre jünger als Sacher, sie spielten keine große Rolle bei den zionistischen Diskussionen über Politik und Strategie, doch eine wichtige Rolle beim Fundraising und der Organisation.

Die beiden sind in der gleichen Straße in Manchester aufgewachsen, haben in den Schulen in der gleichen Klasse gelernt und wurden Geschäftspartner, die das Warenhaus Marks & Spencer gründeten.

Sieff hatte – ohne dafür eine Bezahlung zu erhalten – als Helfer für Weizmann agiert. Er schrieb später, dass Weizmann ihn bei der ersten Begegnung mitriss und um diesen zu beeindrucken brüstete er sich mehr Geld für Weizmann sammeln zu können als jeder andere. Weizmann hat ihn getestet, denn er brauchte einen „Schnorrer“. Sieff bewies seine Fähigkeit.

Neben Weizmann spielte auch der 1860 in Ostpolen geborene Nachum Sokolow eine wichtige Rolle bei der Erlangung der Balfour-Erklärung. Er kam aus einer Familie berühmter Rabbiner und sollte diesen Beruf ebenfalls ergreifen. Doch das wollte er nicht, und so verließ er sein Shtetl und ging nach Warschau, wo er Sprachen lernte und eine Karriere im Journalismus machte. 1913 war er Zeitungsinhaber und einer der bekanntesten Journalisten. Er war auch tätig in der Leitung der Zionistischen Weltbewegung in Berlin. Seine diplomatischen und politischen Fähigkeiten haben vielleicht sein Talent als Autor überragt. Er hatte diese in den Salons von Warschau, Köln und Berlin entwickelt.

Am 3. März 1913 stand ein elegant gekleideter, monokeltragender Nachum Sokolow vor dem Gebäude des Foreign Office in White Hall. Er hatte vorher drei Monate warten müssen, und am 12. Februar notierte ein Beamter „jemand sollte ihn sprechen, aber desto weniger wir mit Zionisten zu tun haben, umso besser“. Als Sokolow erfuhr, dass Sir Arthur Nicolson keine Zeit für ihn hatte und er mit dessen Privatsekretär, dem Earl of Onslow sprechen werde, ließ er sich seine Enttäuschung nicht anmerken, sondern schilderte charmant die Entwicklung der jüdischen Siedlungen und deren Schwierigkeiten mit den Türken. „Es ist zum Vorteil von Großbritannien, wenn das jüdische Element stärker in der Nähe Ägyptens wird.“ Sein Gespräch dauerte 90 Minuten.

„Die Juden waren nie gute Landwirte.“

Doch Sokolows Argumentation wurde nicht akzeptiert. Nach seiner Besprechung mit seinem Sekretär bemerkte Nicolson, „Die Juden waren nie gute Landwirte. Auf alle Fälle sollten wir nicht die Zionisten unterstützen, denn da gibt es verschiedene Ansichten in der Türkei. Die alten Türken und die Araber verabscheuen die Zionisten.“

Sokolow versuchte im Juli 1914 wie-



Es ist zum Vorteil von Großbritannien, wenn das jüdische Element stärker in der Nähe Ägyptens wird.“



der mit dem Foreign Office zu sprechen. Auf sein Ansuchen stand gekritzelt „es ist wirklich nicht notwendig, dass jemand seine Zeit vergeudet, doch weil Herr Sokolow schon einmal empfangen wurde, sollten wir ihm mitteilen, dass wir glücklich sein werden, ihn wieder zu empfangen. Doch ich bin dagegen, selbst das Opfer zu sein.“ Der zuständige Beamte entschied, „wir können antworten, dass wenn er gut genug wäre uns einen schriftlichen Bericht zu liefern, wir diesen aufmerksam lesen werden.“ Sokolow hat diesen nicht geschrieben, doch ein paar Monate später hat das Foreign Office doch Interesse am Zionismus gezeigt.

So wie die Sozialisten der verschiedenen Länder in den Ersten Weltkrieg zu den Schützengräben marschiert sind, so machten das auch die Juden und die Zionisten als loyale Bürger ihrer Staaten. Der „Jewish Chronicle“ hingte auf sein Gebäude am 14. August ein Plakat, „England



Der bekannte Journalist Nachum Sokolow

tat alles, was es konnte für die Juden, jetzt werden die Juden alles für England tun“.

Am 9. November 1914, eine Woche nach dem Eintritt der Türkei in den Krieg traf Samuel den Foreign Secretary Sir Edward Grey. Diesmal war es kein russischer Jude, der mit einem unwilligen Beamten sprach, sondern ein Mitglied der britischen Regierung und ein Zionist.

Er hatte sich gut vorbereitet und kam sofort zum Wesentlichen. „Vielleicht kommt es zu der Erfüllung eines alten angestrebten Ziels des jüdischen Volkes und die Wiedererrichtung eines jüdischen Staates.“ Und Samuel zählte auf, weshalb Großbritannien dieses „alte angestrebte Ziel“ unterstützen sollte.

Das wichtigste, „die geographische Lage von Palästina und insbesondere die Nähe zu Ägypten wären wichtig für das britische Weltreich“. Wenn man Russland überzeugen könnte, dies zu unterstützen, würde das ein Grund sein für die

morandum für alle Regierungsmitglieder vorzubereiten.

Helfen die Rothschilds?

Weizmann bemühte sich um die Unterstützung des Bankhauses Rothschild. Seine Vorkriegsbemühungen um eine Hebräische Universität in Jerusalem brachten ihm die Begegnung mit Edmond de Rothschild in Paris. Er besuchte diesen gerade bei Kriegsausbruch. Weizmann kannte auch den Sohn des Baron, James, ein hochgewachsener, eleganter, monokeltragender Liebhaber des Pferderennens und Besitzer mehrerer preisgekrönter Pferde, der als 35-Jähriger die 17-jährige Dorothy (Dolly) Pinto heiratete. Bei Ausbruch des Krieges ging Baron James zur französischen Armee, seine Frau blieb in London.

Weizmann hatte zwei lange Gespräche mit Dorothy und fragte sie, ob Juden, wie der englische Lord [Nathan Mayer] Rothschild und sein Kreis bereit wären etwas zu tun. Dorothy schrieb ihm „Ich habe mit Herrn Charles Rothschild, nicht offiziell gesprochen und während unseres Gesprächs hatte er völlig der Idee [eines jüdischen Palästina] zugestimmt, tatsächlich meinte er, das wäre die einzig mögliche Zukunft.“ Charles war der zweite Sohn von Nathan Rothschild und der jüngere Bruder von Walter Lionel Rothschild, der später Lord Rothschild wurde und an den die Balfour-Erklärung adressiert war.

Weizmanns Charme hatte eine Faszination für die britische Elite. Rozsika Rothschild stellte Weizmann Robert Cecil vor, einem Cousin von Arthur Balfour, der als parliamentary under secretary of state for foreign affairs fungierte. Cecil berichtete seinem Vorgesetzten über den guten Eindruck, den ihm die Erläuterungen Weizmanns gemacht haben, im Gegensatz zu „seinem doch etwas schäbigen Äußern.“ So reagierte das britische Establishment auf den zionistischen Führer zu Kriegsbeginn.

Nach Eintritt des Osmanischen Reiches in den Krieg an der Seite der Mittelmächte hatte sich die Haltung des Foreign Office zu der zionistischen Bewegung diametral geändert.

Die Wiederjudmachung

Eine Reise in die österreichisch-jüdische Nachkriegsgeschichte

Von Peter Sichrovsky
(Schlaglichter.at)

Ein paar Jahre nach Ende des Krieges in Wien geboren, lebte ich mit meinen Eltern in Wien-Hietzing in einem halb zerbombten Haus, im vierten Stock, in einer großen Wohnung mit einem eigenen Kinderzimmer, damals ein echter Luxus. Mein Vater beschrieb mir später dieses Zimmer meiner frühen Kindheit als großen Raum gleich neben der Küche, mit genügend Platz für Gitterbett und Teppich, auf dem ich spielen konnte, und einer Tür an der gegenüberliegenden Wand, die mit Holzbrettern vernagelt war. Die Tür führte ins Nichts. Hinter ihr, wo vielleicht früher ein nobles Wohnzimmer mit bequemer Sitzgarnitur zum Lesen und zur Unterhaltung einlud, ging es hinunter in den Abgrund. Dieser Teil des Hauses war bei einem Bombenangriff zerstört worden.

Meine Eltern kamen nach dem Krieg aus London zurück nach Wien. Wobei es eigentlich nur für meinen Vater ein Zurückkommen war, meine Mutter verließ 1938 Prag in Richtung England, lebte jedoch die Jahre zuvor immer ein Jahr in Prag und eines in Wien und sprach fließend Wienerisch mit einem noblen Hietzinger Akzent. Mein Vater wuchs im Zweiten Bezirk auf, sprach zwar Hochdeutsch mit uns, jedoch im Streit mit einem Taxifahrer konnte er sehr schnell auf den Dialekt der Leopoldstadt wechseln. Nach ein paar Jahren im vernagelten Kinderzimmer zogen wir in ein Reihenhaus in Meidling, dem 12. Bezirk in Wien. Angeblich bekam es mein Vater von der britischen Armee zugewiesen. Er hatte sich nach seiner Flucht von Wien nach England zur Armee gemeldet und kam als britischer Soldat zurück nach Wien, verließ dann die Armee und versuchte sich als Journalist.

Dem winzigen Reihenhaus mit einem verwilderten Garten auf der Rückseite und papierdünnen Wänden verdanke ich mein erstes eher indirektes erotisches Erlebnis, wenn unsere Nachbarn jeden Mittwochabend offensichtlich in ihrem Schlafzimmer, das an das Kinderzimmer angrenzte, wenn auch im Nebenhaus, sich dem regelmäßigen, wöchentlichen Beischlaf hingaben und ihn lautstark genossen. An diesen Abenden ging ich zum Erstaunen meiner Eltern immer freiwillig früh zu Bett mit einem Buch in der Hand und gab vor, in Ruhe lesen zu wollen.

Auch sonst habe ich dieses Haus als ein Zentrum spannender und aufregender Erlebnisse in Erinnerung. Unsere Familie war ein Treffpunkt der Gestrandeten und Überlebenden. Zu den Besuchern gehörten zurückgekehrte Emigranten, Überlebende der Konzentrationslager und Flüchtlinge, die sich den alliierten Armeen angeschlossen hatten. Alle vier Besatzungsarmeen waren manchmal in unserem Haus vertreten. Vier Wiener, die Wien in britischer, französischer, amerikanischer und russischer Uniform besetzten oder befreiten. Bei all dieser Vielfalt hatten sie auch ihre Gemeinsamkeiten. Sie waren Juden, lebten vor dem Krieg in Österreich und hatten den Großteil ihrer Familien unter den Nationalsozialisten verloren.

Vier Freunde in Uniformen der Alliierten

Da gab es den Onkel Lajos, von dem ich bis heute nicht weiß, warum ich ihn Onkel nannte. Er war weder mit meiner



Der Stadttempel ist die Hauptsynagoge von Wien

Mutter noch mit meinem Vater verwandt und hatte einen Schäferhund, eher selten für einen Juden damals. Als Jugendlicher meldete er sich zur Thälmann-Brigade in Spanien. Nach der Niederlage gegen Franco schlug er sich bis in die Sowjetunion durch, wo er sich der Roten Armee anschloss und 1945 als Soldat nach Wien kam. Der Onkel David, auch kein echter

Onkel Robert, der drei Jahre in Buchenwald war, versicherte, sei er nicht stolz darauf, überlebt zu haben. Es empfinde das als Beleidigung der Ermordeten. Da gäbe es nichts, worauf man stolz sein könnte, und er war einer der wenigen, die überhaupt über ihre Erlebnisse sprachen. Er beschrieb das Suchen nach Toten, die die Nacht nicht überlebt hatten, zeitig am

eine Bedeutung in dieser Gesellschaft. Manche gingen zwar zu den Festtagen in die Synagoge und zu Pessach gab ein großes Abendessen, doch ebenso feierten sie Weihnachten und Ostern.

Meine Familie lebte seit 200 Jahren in Wien

Die meisten Synagogen waren zerstört und die Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG) musste sich nach dem Krieg neu organisieren. Vor dem Krieg hatte sie 185.000 Mitglieder, nach 1945 lebten nur mehr etwa 8.000 Juden in Wien, fast alle keine Wiener Juden, sondern Flüchtlinge und Überlebende, die in Wien hängen geblieben waren. Das traditionelle Wiener Judentum existierte nicht mehr. Meine Familie, die seit 200 Jahren in Wien lebte und ein paar Freunde meiner Eltern machten vielleicht noch 50 Familien aus, die bereits vor dem Krieg in Wien wohnten.

Das Leben der Juden in Wien geht bis zur Römerzeit zurück und im 12. Jahrhundert wurden die ersten Juden namentlich in Dokumenten erwähnt. In den Jahrhunderten der Monarchie erlebten Juden die unterschiedlichsten Perioden, je nachdem wie tolerant oder weniger tolerant ein Kaiser oder eine Kaiserin war. Es gab Zeiten, da lebten 2.000 bis 3.000 Juden in Wien und das religiös-kulturelle Leben blühte auf, dann wurden sie wieder vertrieben und verließen Wien, um vielleicht hundert Jahre später unter einem anderen Kaiser wieder zurückzu-

„ Schau ich mir die Juden an, hab' ich wenig Freude dran. Fallen mir die andern ein, bin ich froh, ein Jud zu sein. “

Verwandter. Er sprang vom Zug nach Auschwitz und versteckte sich jahrelang. Eine stark geschminkte Sonja mit ihrem dicklichen Mann, die, mit genügend Geld ausgestattet, die Kriegsjahre in Los Angeles in einer Villa mit Schwimmbad verbrachten, uns immer wieder Fotos zeigten und den Tag verfluchten, an dem sie zurück nach Wien kamen.

All diese Berichte ersetzten mir Bücher, Radio und Kino. Ich lebte sozusagen in einem Abenteuerfilm. Nur wenige sprachen selbst über die eigene Flucht oder das Überleben in den Lagern. Es waren immer die einen, die über die anderen sprachen, wenn sie nicht anwesend waren. Ich verstand später nie die oft pathetische Heiligsprechung der Überlebenden. Natürlich hatten sie schreckliche Qualen durchgemacht, aber wie mir einer, er hieß

Morgen auf den Pritschen in der Baracke, um ihnen die Schuhe auszuziehen. Die Geduld, die man haben musste, um beim Suppentopf, der auf dem Tisch stand, zu warten, bis der untere Teil verteilt wurde, da er immer dickflüssiger und ausgiebiger war als der obere Teil. Und die vielen Freunde, die er in den Jahren dort verloren hatte.

Unter den Bekannten und Freunden meiner Eltern, die diesen Horror irgendwie überstanden hatten, waren Dichter und Denker, die ganze Strophen deutscher Gedichte und Szenen von Theaterstücken auswendig konnten, Professoren, Ärzte und Ingenieure, aber auch Gauner und Diebe, die nicht die geringsten Hemmungen hatten, einen anderen mit ähnlichem Schicksal zu betrügen oder zu bestehlen. Religion hatte damals kaum

kommen. Der bürgerliche Aufschwung im 18. Jahrhundert schuf wohlhabende jüdische Unternehmer und Bankiers, die sich mehr und mehr in die Gesellschaft integrierten.

So ist wahrscheinlich heute wenig bekannt, dass die Treue zu Österreich der jüdischen Untertanen auch die Sympathien für die Französische Revolution übertraf. Juden übernahmen sogar die Kosten zur Aufstellung von Einheiten gegen Frankreich und wohlhabende Bankiersfamilien wie Arnstein oder Eskeles finanzierten den Aufstand von Andreas Hofer. Doch keine Periode war jemals so vernichtend und zerstörend wie die zwischen 1938 und 1945 und dementsprechend übertrugen sich diese traumatischen Ereignisse auf die Überlebenden und auch ihre Nachkommen. Nur wenige Freunde meiner Eltern sprachen offen über Flucht und Konzentrationslager. Meine Eltern konnten überhaupt nicht darüber sprechen, doch je älter ich wurde, desto mehr interessierte mich die Vergangenheit.

Suche nach der Familiengeschichte

Mit sechzehn beschloss ich, die unbeantworteten Fragen nicht mehr zu akzeptieren und mich selbst in die Familiengeschichte zu stürzen. Von meiner Mutter wusste ich, dass sie als Sechzehnjährige 1938 alleine, ohne ihre Mutter, von Prag nach England fuhr. Eine Quäkerfamilie in Falmouth nahm meine Mutter auf und sie ging dort zur Schule. Ich fand den Namen dieser Familie in alten Dokumenten und ohne es mit meinen Eltern zu besprechen, schrieb ich nach Falmouth und bat, sie zu besuchen. Sie antworteten begeistert und luden mich ein. Ich nahm den Zug nach Prag und fuhr die gleiche Strecke wie meine Mutter nach England. Zwei Wochen blieb ich in Falmouth, sah die Schule, die meine Mutter besucht hatte, und traf auch ihre Direktorin, die bereits über neunzig war, sich jedoch an meine Mutter erinnern konnte. Vom Vater dieser Familie erfuhr ich zum ersten Mal, dass meine Mutter mit einem gefälschten Taufschein, den ihr ein Priester in Prag mitgegeben hatte, mit dem Zug durch Deutschland fuhr. Der tschechische Pass hatte kein „J“ eingestempelt, sodass sie ungehindert Belgien und England erreichen konnte.

Als nächstes Projekt suchte ich nach Informationen über die Flucht meines Vaters. Von einem seiner Freunde erfuhr ich, dass er Wien nach dem Einmarsch der Deutschen, ohne seine Eltern zu informieren, mit zwei Freunden verlassen hatte. Er war damals 17 Jahre alt. Die drei versuchten sich in einem Zug zu verstecken, wurden jedoch an der Grenze zu Belgien verhaftet. Nach mehreren Tagen Gefängnis hätte ein Offizier sie während der Nacht aus den Zellen geholt, mit seinem eigenen Auto zur Grenze nach Belgien gefahren und sie dort abgesetzt. So überlebte mein Vater. Ich fragte meinen Vater, ob diese Geschichte des Freundes stimmen würde, und er nickte, mehr sagte er nicht. So überlebten meine Eltern. Die Grundlage meines Daseins ist die Tatsache, dass zwei Personen sich nicht an die Vorschriften hielten, ein Priester in Prag und ein deutscher Offizier. Eine Erfahrung, die mich ein Leben lang verfolgte und viele meiner Entscheidungen beeinflusste.

Säkulare jüdische Großeltern

Nachdem ich erfahren hatte, wie meine Eltern fliehen konnten, wollte ich mehr über Verwandte wissen, die nicht es nicht geschafft hatten. Ein Jahr später beschloss ich, nach Auschwitz zu fahren, nachdem ich herausgefunden hatte, dass die Mutter meiner Mutter dort ermordet worden war. Selbst diese Recherche war schwie-

rig. Meine Eltern waren nie Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Wien, doch im Zuge meines wachsenden Interesses am Judentum beschloss ich, selbst um die Mitgliedschaft in der IKG anzuschreiben. Das stellte sich als komplizierter heraus, als ich es mir vorgestellt hatte. Der Nachweis des Judentums meiner Mutter – das einzig wichtige Kriterium im Judentum – fehlte, da bereits die Eltern meiner Mutter, obwohl beide Juden waren, Religion strikt ablehnten und in den Dokumenten meiner Mutter kein Hinweis auf ihr Judentum zu finden war. Nach längerem Suchen fand ich die Todesurkunde ihrer Mutter, meiner Großmutter. Sie war in Auschwitz ausgestellt worden und bezeichnete meine Großmutter als Jüdin. Das genügte der IKG und war der Grund, dass ich mich auf den Weg nach Auschwitz machte.

Im Gegensatz zu heute besuchten damals nur wenige das Konzentrationslager. Ich fuhr gemeinsam mit Ava, einer Freundin, die etwas älter war als ich. Wir waren kein Paar, kannten uns über unsere Eltern und auch in ihrer Familie gab es zahlrei-

„Juden übernahmen sogar die Kosten zur Aufstellung von Einheiten gegen Frankreich und wohlhabende Bankiersfamilien wie Arnstein oder Eskeles finanzierten den Aufstand von Andreas Hofer.“

che Verwandte, die nach Auschwitz deportiert worden waren. Wir ahnten beide, dass wir diese Reise nicht alleine schaffen würden und erreichten das Museum im November, es war grau und kalt, das Museum nicht beheizt. Führungen oder Erklärungen gab es keine. Das Erlebnis ist nicht einfach zu beschreiben. Zwei Jugendliche gingen ziemlich verloren zwischen den Baracken herum, standen vor den Gaskammern und vor einem Berg mit Löffeln, Messern und Gabeln, Brillen und Koffern mit Namensschildern und versuchten, die Namen von Verwandten zu entziffern. Im Museum fanden wir dann die Namen der Verwandten, bürokratisch genau festgehalten mit deutschem Ordnungssinn. Tag der Einlieferung, Tag der Ermordung, manchmal derselbe Tag, manchmal ein paar Wochen später. Es fehlt mir bis heute die sprachliche Gebahrung, die Eindrücke damals in Worte zu fassen. Im Zug zurück nach Wien sprachen wir kaum, saßen meist stumm nebeneinander, berührten uns mit den Schultern, und manchmal nahm Ava meine Hand, drückte sie, sah mich an und begann zu weinen.

Zurück in Wien beschloss ich, wieder Jude zu werden. Das Versteckspiel meiner Eltern musste ein Ende nehmen. Ich war der Sohn von jüdischen Überlebenden, die keine Juden mehr sein wollten. Allerdings nur jüdische Freunde hatten und mit den Schuldgefühlen lebten, oft als einzige der Familie überlebt zu haben und es auf ihre Kinder übertrugen. Ich verweigerte diese Opferrolle und nichts war mir unangenehmer als Mitleid und larmoyante Reden an Gedenktagen. Warum sollten die Erlebnisse meiner Eltern und ihr Entschluss, nicht mehr aktiv am jüdischen Leben teilzunehmen, mich beeinflussen? Ich wollte meine eigenen Entscheidungen treffen und den Weg in diese Heimat versuchen.

Also fuhr ich nach Israel. Entdeckte dort Verwandte meines Vaters, die ich nie zuvor gesehen hatte und traf Freunde meiner Eltern, die mir das Land zeigten. Die Absurdität meines Daseins erreichte

mich auf dieser Reise, wenn Israelis mich auf Hebräisch ansprachen und mir nicht glaubten, ich könnte die Sprache nicht. Ich würde aussehen wie ein israelischer Offizier, erklärten sie mir, und nicht wie ein Tourist aus Wien. Ich besuchte den Bruder meines Vaters in Berlin, seine Schwester, die in Frankreich lebte und die beiden Tanten meiner Mutter in London und saß stundenlang mit ihnen zusammen und stellte Fragen über Fragen. Sie zeigten mir Fotos und erzählten von Erinnerungen, bis ich dieses weite Loch, das meine Eltern mit ihrem Schweigen hinterlassen hatten, langsam füllen konnte.

Neues jüdisches Leben in Wien

Parallel zu meiner persönlichen Entwicklung veränderte sich auch das jüdische Leben in Wien. Die Nachkriegsgeneration übernahm die Präsidentschaft und wichtige Funktionen in der Jüdischen Gemeinde, war weniger belastet durch persönliche Erlebnisse, unbefangener und mutiger. Schulen und Kindergärten wurden gebaut, die verschiedenen Gruppen innerhalb der Gemeinde öffneten eigene Synagogen und

ein Überlebender eines Schiffunglücks nach vielen Jahren gerettet wurde und er seine Retter durch die einsame Insel führte, zeigte er ihnen zwei Hütten auf einem Hügel, die er als seine Synagogen beschrieb. Als ihn einer fragte, warum er zwei Synagogen baute, wenn er doch hier alleine lebte, antwortete er: „In die eine gehe ich zum Beten und in die andere würde ich nie hineingehen.“

Sie brauchen die Vielfalt, die Unterschiede und die Auswahl und es sind weniger praktische Gründe, wie viele Synagogen es geben könnte und wie groß sie sein müssten. So klein eine Gemeinde auch sein mag, sie wird sich spalten, wird verschiedene Gruppen haben und bald auch mehrere Rabbiner, die ihren Gläubigen erklären, warum die anderen das heilige Buch, die Thora, auch anders verstehen würden. Und dennoch sind sie eine Gemeinschaft, widersprüchlich und unzertrennlich, wie auch die Gesellschaft in Israel mit Emigranten aus der ganzen Welt letztlich doch einen Staat bildete.

Die Wiederbelebung des jüdischen Lebens in Wien erreicht auch eine gesellschaftliche Bedeutung. Vertreter jüdischer Organisationen melden sich zum Tagesgeschehen, nehmen an Diskussionen teil und sind präsent im politischen Alltag – von den Jüdischen Hochschülern bis zu Frauenorganisationen und den Pensionisten. Etwa ein Dutzend jüdischer Magazine erscheint regelmäßig, eine jüdische Filmwoche und Kulturwoche belegen diese fast schon euphorische Wiedergeburt. Die gut organisierte Internetseite der IKG gibt genaue Auskunft über aktive Synagogen, Bäckereien, Restaurants, Supermärkte und jüdische Festivals.

Meine Reise in die Tradition

Da ich diesen Bericht mit meinen persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen begann, möchte ich ihn auch damit beenden. Heute, mehr als fünfzig Jahre nach meinem Entschluss, wieder Jude zu werden, bin ich immer noch kein gläubiger Jude. Das Fehlen der religiösen Erziehung durch meine Eltern konnte oder wollte ich nicht nachholen. Zum Beten fehlen mir die Überzeugung und vielleicht auch der Glaube. Doch das Judentum gibt einem diesen herrlichen Ausweg, auch als Atheist Jude zu sein, es als kulturelle Tradition zu verstehen, als eine Zugehörigkeit zu empfinden und mit der Vielfalt von den nichtgläubigen bis zu den streng orthodoxen Juden sich als Gemeinschaft zu verstehen.

Vor einem Jahr feierte mein Enkelsohn seine Bar Mitzvah und las als Dreizehnjähriger aus der Thora vor der versammelten Gemeinde in der Synagoge einer Kleinstadt in New Jersey, nicht weit von Manhattan. Als Großvater wurde ich für einen Segensspruch zur Thora aufgerufen, obwohl ich meine Tochter vorher erinnerte, dass ich weder Hebräisch lesen konnte, noch irgendeinen Segensspruch kannte. Doch alles wurde für mich vorbereitet, mit einer einladenden Selbstverständlichkeit, die bedeutete: Du sagst den Segen hier, du bist der Großvater, und wir werden dir dabei helfen, egal was du kannst oder weißt. Der Spruch lag auf einem Zettel mit lateinischen Buchstaben geschrieben auf dem Pult und der Rabbiner sprach mir langsam die Worte vor, so dass ich sie richtig betonte.

Meine mit 16 begonnene Reise in die jüdische Heimat mit dem Versuch, trotz der gewaltsamen Unterbrechung durch die Erlebnisse meiner Eltern, unsere Familientradition zu bewahren, könnte ich vielleicht mit einem Spruch von Albert Einstein fortsetzen:

„Schau ich mir die Juden an, hab' ich wenig Freude dran. Fallen mir die andern ein, bin ich froh, ein Jud zu sein.“

Murmansk: Die vielleicht nördlichste jüdische Gemeinde der Welt

Ein Gespräch mit Ilana Schaulowa, der Gemeindevorsitzenden von Murmansk über das Leben der Juden im russischen Norden



Murmansk ist Hauptstadt der gleichnamigen Region in der nördlich des Polarkreises gelegenen Halbinsel Kola in Russland. Erst 1916 wurde die Stadt als Endpunkt der 1915-1917 gebauten Murman-Eisenbahn gegründet, um über seinen Seehafen das damalige Zarenreich mit Rüstungslieferungen der westlichen Alliierten zu versorgen. Eine autochthone Bevölkerung hat es hier ursprünglich nicht gegeben. Seeleute, Minenarbeiter, junge Akademiker strömten hierher, und auch ehemalige Häftlinge der stalin'schen Arbeitslager wurden nach ihrer Befreiung in Murmansk sesshaft.

Heute leben hier neben den Russen noch Vertreter von 66 weiteren Volksgruppen, einschließlich Juden aus den verschiedensten Städten Russlands, der Ukraine, Weißrusslands und sogar Aserbaidschans. Allerdings hat es weder vor der Revolution noch in den Jahren der Sowjetära auf der Halbinsel Synagogen oder andere jüdische Einrichtungen gegeben. Einer der Hauptgründe dafür ist wohl das besondere Klima: Ein halbes Jahr lang ist es Tag, ein halbes Jahr lang Nacht; es ist nicht leicht, den Zeitpunkt eines Sonnenuntergangs zu bestimmen.

Die Perestrojka – die Gorbatschow'sche Umstrukturierung – brachte positive Veränderungen mit sich: Anfang der 90er Jahre wurde in der Stadt die jüdische Kulturgesellschaft „Schalom“ gegründet, zwei Sonntagsschulen öffneten, und im Jahr 2001 öffnete die lokale Regionalgemeinschaft ihre Türen, wo heute Programme für Sprachkurse, jüdische Bräuche und ein Eintauchen in die jüdische Geschichte geboten werden.

Wir sprechen mit einer mutigen und zielstrebigen Frau namens Ilana Schaulowa, Exekutivdirektorin des jüdischen Wohltätigkeitszentrums „Sabota – Sijanie Cheseda“ und Vorsitzende der jüdischen Gemeinde der Stadt Murmansk.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Frau Schaulowa, sind Sie in Murmansk geboren?

Murmansk ist eine nördlich des Polarkreises gelegene Hafenstadt auf der russischen Halbinsel Kola. Murmansk sowie das 20 km nördlicher gelegene Seweromorsk sind wichtige Stützpunkte der russischen Nordflotte.

Ilana Schaulowa: Natürlich nicht. Ich bin aufgrund meines Abschlusses am Medizinischen Institut im Norden gelandet. Ich hätte mir damals nicht vorstellen können, mich hier niederzulassen. Und nun bin ich schon seit 20 Jahren in Murmansk. Meine Familie war nicht religiös, und so entdeckte ich das Judentum erst spät für mich, im Erwachsenenalter. Besonders meine Großmutter half mir dabei, mir größeres Wissen über jüdische Traditionen anzueignen. Sie gehörte zu den Bergjuden aus dem Kaukasus. Übrigens haben wir sogar einen Frauenclub, wo es immer was aus der jüdischen Küche zu probieren gibt. Von Haus aus bin ich eigentlich Medizinerin. Ich komme aus einer Arztfamilie. Anfangs ging ich ziemlich erfolgreich meinem ersten Beruf nach, absolvierte dann an der St. Petersburger Akademie des öffentlichen Dienstes des russischen Präsidenten. Und 2006 erfuhr ich schließlich zum ersten Mal von der jüdischen Gemeinde in Murmansk. Das berührte mich so sehr, ich wollte einfach unbedingt Teil davon sein. Zunächst arbeitete ich ehrenamtlich, las die Thora, unterstützte die Gemeinde materiell bis ich immer tiefer einstieg und bald auch diverse Programme zu organisieren begann. Die Gemeindearbeit ist längst zu meiner Berufung geworden.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wir würden gern mehr über die jüdische Gemeinde von Murmansk erfahren.

Ilana Schaulowa: 1992 wurde in Murmansk die jüdische Kulturgesellschaft „Schalom“ gegründet, die nördlichste jüdische Kulturgesellschaft Russlands. Und 1997 wurde das jüdische Wohltätigkeitszentrum „Sabota – Sijanie Cheseda“ (Deutsch etwa: Fürsorge u. Glanz des Chesed) ins Leben gerufen, der sich vorwiegend der Aufgabe widmete, den bedürftigsten Gemeindegliedern un-

ter die Arme zu greifen und die religiösen und kulturellen Besonderheiten der jüdischen Traditionen zu bewahren. In den schwierigsten Jahren der Perestrojka begann unser „Chesed“ zu arbeiten, unterstützt durch die Hilfsorganisation amerikanischer Juden „Joint“ und die internationale Jewish Caims Conference. Bis 2018 hat Chesed Programme erarbeitet, die denjenigen helfen sollen, die Pflege und Zuwendung, soziale Kontakte benötigen, Menschen, die finanziell benachteiligt, behindert, krank, alt sind oder die ihre Einsamkeit durch die Nähe zu jüdischen Traditionen und Bräuchen mildern möchten. Große Unterstützung bekamen behinderte Kinder. Der Verein

lingsarbeit. Auch heute hängt alles von solchen aktiven Menschen ab. Nach einer Entscheidung der Organisation „Joint“ im Jahr 2018, übergab Chesed die Funktion zur Unterstützung alter, kranker und behinderter Menschen sowie der materiellen Unterstützung hilfebedürftiger Juden im Rahmen des Programms „Häusliche Pflege“ an die St. Petersburger Organisation „Eva-Center“, die ihre Arbeit über lokale Vertreter durchführt, also auch in der Region Murmansk tätig ist. Unser Chesed ist zusammen mit anderen Wohltätigkeitsprogrammen zu einer großen jüdischen Gemeinde geworden, einem Kultur- und Bildungszentrum, das Juden jeden Alters vereint. Trotz der Krise,



Die jüdische Gemeinde der Stadt Murmansk, rechts Frau Schaulowa.

hat mehr als 100 soziale und humanitäre Programme entwickelt, und nicht nur Menschen jüdischer Herkunft wurde geholfen.

Ich möchte unbedingt erwähnen, wie viel Energie und Jahre Diana Raskina, die ehemalige Leiterin von Chesed, in das Zentrum gesteckt hat. Trotz all der Schwierigkeiten nannte sie es ihre Lieb-

des Geldmangels und anderer Probleme betreibt das Zentrum auch weiterhin erfolgreich kulturelle, pädagogische und gemeinnützige Programme für Erwachsene, Jugendliche und Kinder: Das Tageszentrum für ältere Menschen, „Detskij SOS“ für besonders hilfebedürftige Kinder, ein Sonntagsprogramm zur Kindererziehung, Englischkurse für Kinder, ein Kunstatelier

für Kinder von 3 bis 12 Jahre, das Kinderprogramm „Masel tov“, das Programm „Familiensonntag“, der Interessenclub „Religion, Traditionen, Geschichte“, der Frauenclub „Sijanie Cheseda“, der Club für hebräische und englische Sprache „Von Aleph bis He“, der Jugendclub „Maccabi“, das „Tkuma“-Musik-Ensemble und unsere Ausstellung „Kinder von Chesed malen“. Es ist wirklich erfreulich, dass regelmäßig Ausstellungen von Murmansk Künstlerinnen und Fotografen, Seminare, Vorträge und Rundtischgespräche, Musikkonzerte, Autorenlesungen, Aufführungen verschiedenster kreativer Gruppen in den Räumlichkeiten der Gemeinde stattfinden. Teilnehmer der Chesed-Amateurmusikgruppe – des Tkuma-Ensembles – nehmen an Veranstaltungen des Hauses der Freundschaft, Dom Druschby, teil, führen Konzerte in den Städten der Region durch. Wir können sagen, dass Chesed Menschen verschiedenster Nationalitäten zusammengebracht hat; hier finden Treffen statt mit Vertretern einer ganzen Reihe von Diasporas, gemeinsame Feiertage werden arrangiert, unsere Türen stehen allen offen. An jedem Freitag veranstaltet der Club ein „Samstagstreffen“ – unser Hauptfeiertag. Viermal im Jahr feiert die Gemeinde die großen nationalen Feste: Jüdischer Neujahrstag, Chanukka, Purim, Pessach.

Ich möchte betonen, dass unser Zentrum „Sabota – Sijanie Cheseda“ sehr gro-

ßen Wert auf Jiddischkeit („Jüdischsein“) und Gemeinschaft legt. Deshalb werden auch alle Projektprogramme von Fachleuten erarbeitet, die ihre Zeit mit echter Leidenschaft dem Wiederaufleben des Judentums in unseren Landkreisen mit ihren 1.800 jüdischen Familien widmen. Eigentlich waren unsere Leute durch die Jagd nach dem „dicken Rubel“ im Norden gelandet. Die Stadt galt einst als die Hauptstadt des Nordens. Hier wurde viel mehr gezahlt als in Moskau, was natürlich viele Arbeitssuchende lockte. In Murmansk befindet sich auch ein Hafen, an dem früher viele jüdische Seeleute und Fischverarbeiter an Land gingen.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Mit welchen Problemen sieht sich die jüdische Gemeinde heute konfrontiert?

Ilana Schaulowa: In letzter Zeit haben sich eine Menge Probleme angehäuft, wir sind ja auch ziemlich auf uns allein gestellt. Im Jahr 2018 befand sich unser „Chesed“ wortwörtlich auf der Straße, doch dank der Hilfe engagierter Juden gelang es uns schließlich eine neue große Einrichtung, doppelt so groß wie die alte, zu bekommen. Auch bei den Reparaturen half man uns. Trotzdem wird es mit jedem Monat schwieriger. Große Unternehmen gibt es in den Städten der Murmansk-Region nicht, und die Krise hat uns ja alle getroffen. Gerade jetzt braucht unsere jüdische Gemeinde in Nordwestrussland Unterstützung, wir haben Schulden, obwohl

ich versuche, die Situation zu verbessern und an jede Tür klopfte. Die Menschen hier sind zuvorkommend, obwohl sie lange Zeit nichts von Zedeka gewusst haben. Wir hoffen auf die Hilfe mitfühlender und engagierter Menschen. In der Gemeinde arbeiteten früher sieben Spezialisten, mich miteingeschlossen: Ich war für das Programm unserer Vereine und Clubs zuständig, beschäftigte mich mit dem Wiederaufleben unseres Judentums. Jeder Club hatte seinen eigenen Leiter. Jetzt aber muss ich mich neben der Bearbeitung dieser Programme auch noch anderen Gemeindefunktionen, der Organisation, widmen, was ziemlich anstrengend ist. Gleichzeitig möchte ich betonen, dass wir als Nichtregierungsorganisation für alle ein Musterbeispiel der Einheit bleiben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Was ist ihr starker Antrieb, ihre Motivation?

Ilana Schaulowa: Ich bin getrieben von dem Wunsch, unsere Kultur zu stärken. Ich kämpfe für ihr Überleben, ich möchte bei den Leuten die Lust zum Erhalt des Judentums wecken. Natürlich sind es nicht zuletzt die vielen Menschen, die mich durch ihre Herzlichkeit motivieren weiterzumachen. Wir haben hier keinen Rabbi, ich bin für all das zuständig, obwohl uns Rabbiner von der Föderation der jüdischen Gemeinden Russlands an Pessach und einmal im Monat am Schabbat besuchen kommen. Natürlich braucht unsere Arbeit auch Sponsoren, weshalb

ich häufig Schreiben verfasste, nach Geldern suche, eben stets beschäftigt bin. Feste Arbeitszeiten habe ich allerdings nicht: Um 10 Uhr komme ich in die Gemeinde, und verlasse sie um 22 Uhr, nur am Schabbat ist mein freier Tag. Stimmt schon, manchmal möchte ich einfach alles hinschmeißen, doch dann denke ich zum Beispiel an die Alten in unserer Gemeinde. Ja, es gibt diese schwachen Momente, doch sobald mir wieder eine Rentnerin in der Gemeinde einen Schal mit den Worten „Den habe ich für dich gestrickt“ über die Schultern wirft oder ein Kind mir eine Grußkarte mit warmen Worten schickt, bin ich wieder voll da. Die Leute lieben mich, schätzen mich, sie brauchen mich. Wir haben nicht mehr viele halachische Juden, und ich bin wahnsinnig froh, dass nach meinen Vorträgen über die Thora, die jüdischen Traditionen, die Menschen sich dem Judentum immer mehr annähern, anfangen die Gesetze zu achten, sogar zu unserem Glauben konvertieren und nach Israel ziehen. Ich bin also auf dem richtigen Weg.

Das Gespräch führte Jana Ljubarskaja.

Übersetzung aus dem Russischen von Edgar Seibel

Interessierte haben die Möglichkeit Ilana Schaulowa via Mail zu kontaktieren: tora51hesed@mail.ru

Tödliche Wirkung: Tiefsitzender Judenhass hat sich in der christlichen Kunst und vielen christlichen Bauten niedergeschlagen

Das Motiv, Juden hätten Jesus verraten und ermordet, ist von Anfang an im Gedankengut der Kirche verankert. Diese antisemitische Vorstellung findet sich später auch bei Martin Luther, der ausschließlich den Juden die Schuld am Tod Jesu zuschreibt, und behauptet, dass das Christentum der „wahre“ Glaube und die Juden „Abtrünnige“ seien.

Von Barbara Schneider

Hinter einer Absperrkordel geht es ein paar Steinstufen hinauf. Hier, im Westchor der Nürnberger St. Sebaldkirche, hängt ein Epitaph aus dem 15. Jahrhundert. In der Bildmitte steht Jesus, umringt und bedrängt von einer wütenden Menge. Ein Mann drückt ihm mit Gewalt eine Dornenkrone auf den Kopf, ein anderer holt mit der Hand zum Schlag aus. Unterdessen stecken am Bildrand ein paar Männer konspirativ die Köpfe zusammen. Der eine trägt ein Stirnband mit hebräischen Schriftzeichen, der andere hält eine jüdische Schriftrolle in der Hand.

Die Botschaft des Bildes ist eindeutig: Die Juden haben sich gegen Jesus verschworen, sie agieren im Hintergrund, machen sich aber die Finger nicht schmutzig. Das Gemälde greife einen gängigen Verschwörungsmotus auf, bei dem Juden als finstere Gestalten und Strippenzieher im Hintergrund für den Tod Jesu verantwortlich gemacht werden, sagt der evangelische Theologe Axel Töllner. Die Bildaussage: „Bei allem, was den Leidensweg Jesu angeht, haben die Juden die Finger im Spiel.“ Axel Töllner war mehrere Jahre Gastepfarrer an der Nürnberger St. Sebaldkirche. Seit 2014 ist er Beauftragter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern für den christlich-jüdischen Dialog. Beim Rundgang durch die Kirche hat er einen Flyer dabei, den die evangelische Kirchengemeinde St. Sebald

schon vor etlichen Jahren entworfen hat und der sich mit der jüdenfeindlichen Kunst in der Kirche auseinandersetzt. Das Flugblatt liegt in der Kirche aus.

Denn die Darstellung ist bei weitem nicht das einzige Kunstwerk in der Kirche, das eine jüdenfeindliche Handschrift trägt. Im Hauptschiff der Kirche hängt an einer Säule seitlich des Altarraums eine Passionsdarstellung aus dem 15. Jahrhundert: Eine Menschenmenge folgt Jesus auf dem Weg von Jerusalem nach Golgatha, wo er ans Kreuz geschlagen wird. An wichtigen Wegpunkten sind immer wieder Personen zu sehen, die beispielsweise durch einen jüdischen Gebetsmantel oder hebräische Schriftzeichen als Juden erkennbar gemacht wurden. „Diese ganze Bildergeschichte erzählt, dass an allen Stationen der Passion Jesu die Juden schuld gewesen sind“, sagt Axel Töllner. „Sie verspotten Jesus, sie quälen ihn, wenn er unter dem Kreuz zusammenbricht, sie hetzen die Meute auf.“

Die Juden als Christusmörder ist ein Narrativ, das sich nicht nur in St. Sebald findet. „Es ist ein Topos, der sich durch die Kirchengeschichte zieht“, sagt der Antisemitismus-Beauftragte der EKD, Christian Staffa. Der 1. Thessalonicherbrief spricht im Rahmen einer innerjüdischen Auseinandersetzung davon, dass die Juden Jesus getötet haben. „Das Verrat- und das Mordmotiv sind von Anfang an in der Alten Kirche verankert“, sagt Staffa. Die Vorstellung

finde sich später dann auch bei Martin Luther, der den Juden die Schuld am Tod Jesu zuschreibt. Die Juden sind in Luthers Augen abgefallen vom wahren Glauben.

Verworfenes Volk?

Schaut man sich in der christlichen Kunst um, lässt sich ein weiteres theologisches Konzept entdecken, das das Verhältnis von Juden und Christen beschreibt. Christian Staffa verweist auf die sogenannte Substitutionslehre, also die Vorstellung, dass Gott das Volk Israel verworfen hat und die Kirche als neues Volk Gottes Israel ersetzt. Es ist ein Denken, von dem sich beide großen Kirchen inzwischen distanzieren haben. In den Darstellungen von Ecclesia und Synagoga, wie sie sich heute noch vielerorts finden, kommt diese Vorstellung nach wie vor zum Ausdruck.

Seit dem 9. Jahrhundert, so hat es der katholische Theologe Herbert Jochum recherchiert, finden sich auf in Elfenbein geschnitzten Buchdeckeln, in Handschriften oder auf Glasfenstern Darstellungen der allegorischen Frauenfiguren Synagoga und Ecclesia. Im Mittelalter, als in Straßburg oder Bamberg das große Münster beziehungsweise der Dom errichtet werden, erhält das Paar in den Bauwerken einen prominenten Platz.

Am Fürstenportal des Bamberger Doms sind die Frauengestalten Ecclesia und Synagoga eingebunden in das Szenario des jüngsten Gerichts. Die

Kirche triumphiert als Königin, ihr gegenüber steht die Synagoge als Sinnbild für das verblendete Judentum: Sie trägt eine Augenbinde, hat einen zerbrochenen Stab in der Hand, die Gesetzestafeln fallen ihr aus der Hand.

Das Motiv findet sich auch andernorts mit teils drastischer Bildsprache. Auf einem Passionsfenster in der Kathedrale von Chartres schießt der Teufel einen Pfeil ins Auge der Synagoga. Auf einem Passionsbild in der Wiesenkirche in Soest stößt ein Engel die Synagoga mit einer Lanze vom Kreuz weg. Und in einer elsässischen Historienbibel aus dem 15. Jahrhundert sitzt der Teufel auf der Schulter der Synagoga und reißt ihr die Krone vom Kopf. Der Vorsitzende der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft des Saarlands, Herbert Jochum, der schon vor Jahren eine Ausstellung zu Ecclesia-Synagoga-Darstellungen in der christlichen Kunst erarbeitet hat, spricht von einer „Geschichte einer Ausgrenzung“ und verweist auf die „letztlich tödliche Wirkung antijüdischer Sprach- und Bildsymbole“.

Wie zerstörerisch dieses Denken wirken konnte, zeigt sich in Regensburg. Hier wurde die Allegorie von Ecclesia und Synagoga bittere Realität. Als die Regensburger Bürger 1519 die Juden aus der Stadt vertrieben, zerstörten sie nicht nur ihre Häuser und schändeten den jüdischen Friedhof, sie rissen auch die Synagoge im jüdischen Viertel ab. Am Ort der Sy-

nagoge errichteten sie eine hölzerne Wallfahrtskapelle für Maria. „Es soll sozusagen bewusst das Gotteshaus der einen Religion durch ein Gotteshaus der anderen Religion, der wahren Religion überbaut werden“, sagt der Historiker und Stadtführer Matthias Freitag.

Die hölzerne Wallfahrtskirche existiert heute nicht mehr; in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem ehemaligen Holzbau entstand eine größere, aus Stein gebaute Wallfahrtskirche, die heutige Neupfarrkirche. 2005 hat der israelische Künstler Dani Karavan auf dem Fundament der ersten jüdischen Synagoge ein begehbare Bodenrelief mit weißen Betonzylindern und Sitzflächen entworfen. Es ist ein Begegnungsort für die Regensburger und ein Denkmal, das an die Zerstörung der ersten jüdischen Synagoge vor mehr als fünfhundert Jahren erinnert.

Grabsteine als Trophäen?

Spuren dieses Pogroms sind heute noch an vielen Orten in der Stadt zu finden. Regensburger Bürger haben damals die Grabsteine des jüdischen Friedhofs an mehreren Orten in der Stadt verbaut. An den Türmen der Neupfarrkirche unweit der ehemaligen Synagoge lassen sich heute noch hebräische Inschriften erkennen. Auch am Alten Rathaus wurde ein jüdischer Grabstein eingebaut. Über die Hintergründe, warum die Grabsteine hier eingemauert wurden, lässt sich nur spekulieren, sagt der Historiker Matthias Freitag. Wurden die Grabsteine als billiges Baumaterial recycelt oder stellte man sie als Trophäe zur Schau?

Nicht immer ist die Absicht aus Sicht des Historikers Matthias Freitag so offensichtlich wie im folgenden Fall: In der Tordurchfahrt eines Hauses in der Regensburger Altstadt, das nach den Worten von Matthias Freitag einem Angehörigen der Führungsschicht der Stadt gehört haben muss, hängt gut sichtbar ein jüdischer Grabstein. „Man hat die Leute nicht nur vertrieben, ihre Häuser zerstört, ihren Friedhof zerstört, sondern war darauf entsprechend stolz und hat sich eine Trophäe, die eben an diese Vertreibung und Zerstörung erinnern sollte, mit nach Hause genommen und da, wo Besucher das Haus betreten, werbewirksam positioniert“, sagt Matthias Freitag.

Und das ist längst nicht alles. Nur ein paar Häuser weiter, im ehemaligen Kerker der Stadt, findet sich ein jüdischer Grabstein mit einem Loch in der Mitte, der als Abort missbraucht wurde. Die Gefangenen mussten auf der Grabsteininschrift ihre Notdurft verrichten. „Die Verwendung des jüdischen Grabsteins als Abort ist eine bewusste Schändung“, sagt Matthias Freitag. Der Grabstein im einstigen Kerker legt Zeugnis davon ab, wie tief der Juden Hass im Mittelalter ging.

Spuren des Juden Hasses und der Judenfeindschaft finden sich in Regensburg aber auch in Kirchen. Im 18. Jahrhundert etwa malte ein Künstler in der Stiftspfarrkirche St. Kassian ein jüdenfeindliches Deckenfresko, das Juden des Ritualmords an Kindern bezichtigt. Und am Dom in Regensburg findet sich, gegenüber des ehemaligen Eingangs zum jüdischen Viertel, bis heute eine antisemitische „Judensau“-Plastik, die dort lange vor dem Pogrom 1519 angebracht wurde. Immer dann, wenn ein jüdischer Regensburger sein Viertel verlassen habe, sei ihm durch die Schmähpastik gespiegelt worden, was man auf der anderen Seite von ihm halte, sagt Matthias Freitag. „Das ist

schon eine ganz heftige Diskriminierung und ein Verächtlich-Machen im öffentlichen Raum.“

Diese Form der Diskriminierung ist dabei kein Einzelfall. Etwa dreißig antisemitische „Judensau“-Darstellungen gibt es in Deutschland – in Calbe, Goslar, Heilsbronn oder Brandenburg an der Havel. Prominentestes Beispiel ist die Schmähpastik in Wittenberg. Ein Mitglied einer jüdischen Gemeinde hatte sich durch die Darstellung diffamiert gefühlt und geklagt. Er will, dass

ten Ludwig Spaenle ein Runder Tisch zusammen. Gemeinsam verständigten sich Vertreter von Kirche, jüdischer Gemeinde und Freistaat darauf, am Dom ein neues Hinweisschild anzubringen. Eine Historikerin soll einen Textvorschlag erarbeiten, der eine umstrittene, von vielen als euphemisierend und unzureichend empfundene Hinweistafel ersetzt, die seit 15 Jahren unterhalb der Skulptur hängt. Davon, die Skulptur ganz abzunehmen, hält Spaenle nichts. „Das gehört zu diesem baulichen Erbe, und es muss eben

15 Jahren deutlich von dem Gedankengut distanziert und eine Erklärung veröffentlicht, die auch eine Bitte um Vergebung enthält. „Das ‚Judensau‘-Schmähbild aus dem Spätmittelalter drückt den Juden Hass aus, der die Schoa vorbereitet hat“, heißt es darin. Und weiter: „Im selben Ungeist sind jüdische Bürger Nürnbergs bis ins 20. Jahrhundert verachtet und verteufelt, vertrieben und vernichtet worden.“ Das antisemitische Relief ist nach wie vor ein Dorn im Fleisch. Axel Töllner spricht sich dagegen aus, die Skulptur zu



Eine Skulptur der Synagoga (rechts) an der Trierer Liebfrauenkirche: Die Frau steht symbolisch für das Judentum, das blind sei, dessen Stab zerbrochen ist und dessen Gesetzestafeln auf dem Kopf stehen.

die Plastik entfernt wird. Inzwischen – wohl auch durch die Auseinandersetzung in Wittenberg – wird der Umgang mit den Schmähpastiken breit diskutiert.

Ein Runder Tisch

In Regensburg, wo der Freistaat Bayern Eigentümer des Doms ist, kam Anfang März dieses Jahres auf Einladung des bayerischen Antisemitismusbeauftrag-

teingeordnet und erläutert werden“, sagt er. Als Warnung, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Spaenle plant zudem einen bayernweiten Runden Tisch zu den antisemitischen Schmähpastiken im Freistaat. Coronabedingt konnte dieses Treffen bislang jedoch nicht stattfinden.

In Nürnberg, wo außen am Ostchor der St. Sebaldkirche, in etwa sieben Metern Höhe, eine sogenannte Judensau-Plastik hängt, hat sich der Kirchenvorstand vor

entfernen. „Ich denke, dass es für uns ein Mahnmal ist für die Abgründe, die der christliche Glaube annehmen konnte, und für die Schattenseiten unserer eigenen Geschichte“, sagt Axel Töllner. Sich dieser Geschichte zu stellen, ist eine dauerhafte Aufgabe und Herausforderung.

Zuerst erschienen in *„Zeitzeichen - Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft“*

Mark Twain und die Juden

1899 veröffentlichte Mark Twain das kurze

Essay „Concerning the Jews“. Der Protestant und weltberühmte Schriftsteller aus dem Mittleren Westen der USA äußert sich anerkennend wie kaum ein Zweiter über das jüdische Volk.

Von Dr. Nikoline Hansen

Es gehört zu den weniger bekannten Fakten über die publizistische Tätigkeit des Samuel Langhorne Clemens, dass er sich auch mit dem Thema Antisemitismus befasste. Unter seinem Künstlernamen Mark Twain ist er vor allem als Kinderbuchautor bekannt. Seine Geschichten von Tom Sawyer und Huckleberry Finn, die im Mittleren West der USA eine Reihe von Abenteuern erleben, haben Millionen von Kindern begeistert. Dabei hatte er ursprünglich eher Erwachsene im Blick gehabt.

Sein persönliches Anliegen, das ihn antrieb, war es, mittels humoristisch geschilderter Alltagsbeobachtungen gegen Irrationalität und den alltäglichen Rassismus anzuschreiben. Dazu führte er den Menschen gerne ihre Beschränktheit vor Augen. Und das tat der als Publizist äußerst erfolgreich tätige Clemens mit ungebrochenem Scharfsinn und spitzer Zunge. Am 30. November 1835 als sechstes Kind von Jane Lampton und John Marshall Clemens in der Stadt Florida (Missouri) geboren, wuchs er in einfachen Verhältnissen in Hannibal (ebenfalls Missouri) auf. 1842 waren die Eltern gezwungen, ihre einzige Sklavin zu verkaufen, 1847 starb sein Vater, und Samuel begann eine Ausbildung als Schriftsetzer bei der Zeitung „Missouri Courier“. Sein Bruder Orion kaufte das „Hannibal Journal“, in dem Samuel dann erste Artikel veröffentlichen konnte. Von 1852 an begann Samuel Clemens durch den Osten und den Mittleren Westen der USA zu reisen. Er schrieb Reiseberichte aus St. Louis, Philadelphia, New York City, und Washington D.C. Dabei verbrachte er viel Zeit in Bibliotheken, um seine Allgemeinbildung zu verbessern, da er wegen des frühen Todes des Vaters kaum Schulbildung erhalten hatte. 1855 zog er nach St. Louis und begann 1857 eine Ausbildung als Lotse auf einem Mississippi-Dampfer. 1859 erhielt er die Lizenz und war danach zwei Jahre in diesem Beruf tätig.

Das Pseudonym Mark Twain benutzte er das erste Mal am 3. Februar 1863. Es stammt aus seiner Lotsenzeit auf dem Mississippi-Dampfer, wo der Ruf „Mark Twain“ zwei Faden bedeutet, was einer Wassertiefe von etwa 3,60 Meter, die für die Raddampfer als sicher galt, entspricht.

Sklaven waren ein zentrales Thema in seinen Romanen

1865 wurde zum Wendepunkt in Twains Karriere: Er veröffentlichte „The Celebrated Jumping Frog of Calaveras County“. Die Geschichte erweckte große Aufmerksamkeit und Mark Twain wurde fortan zum erfolgreichen und vielgelesenen Schriftsteller. Hier zeichnet sich bereits das Muster für seinen Erfolg ab: Es geht um eine Wette, bei der ein gutgläubiger Mensch – der Besitzer des grandiosen Springfrosches – auf bössartige Weise von einem Fremden hintergangen wird. Als der stolze Froschbesitzer dies

realisiert, ist es zu spät – der Mann, der ihn betrogen hat, ist verschwunden. Es ist eine Geschichte, die aus dem Leben gegriffen und zugleich eine Warnung ist. Dieses Motiv taucht in vielen Variationen immer wieder in seinen Romanen und Erzählungen auf. So auch in einer ausgesprochen sozialkritischen Variante in dem Roman „Pudd'n'head Wilson. Those Extraordinary Twins“,

Romans war es nämlich auch, die 1892 von dem amerikanischen Naturforscher Francis Galton aufgestellte These, dass Fingerabdrücke Rasse und Klassenherkunft erkennen ließen, ad absurdum zu führen.

Nach wie vor ist die Menschheit für simple Thesen, die scheinbar logisch und schlüssig daherkommen, hochgradig anfällig. Die Vielzahl an Verschwö-

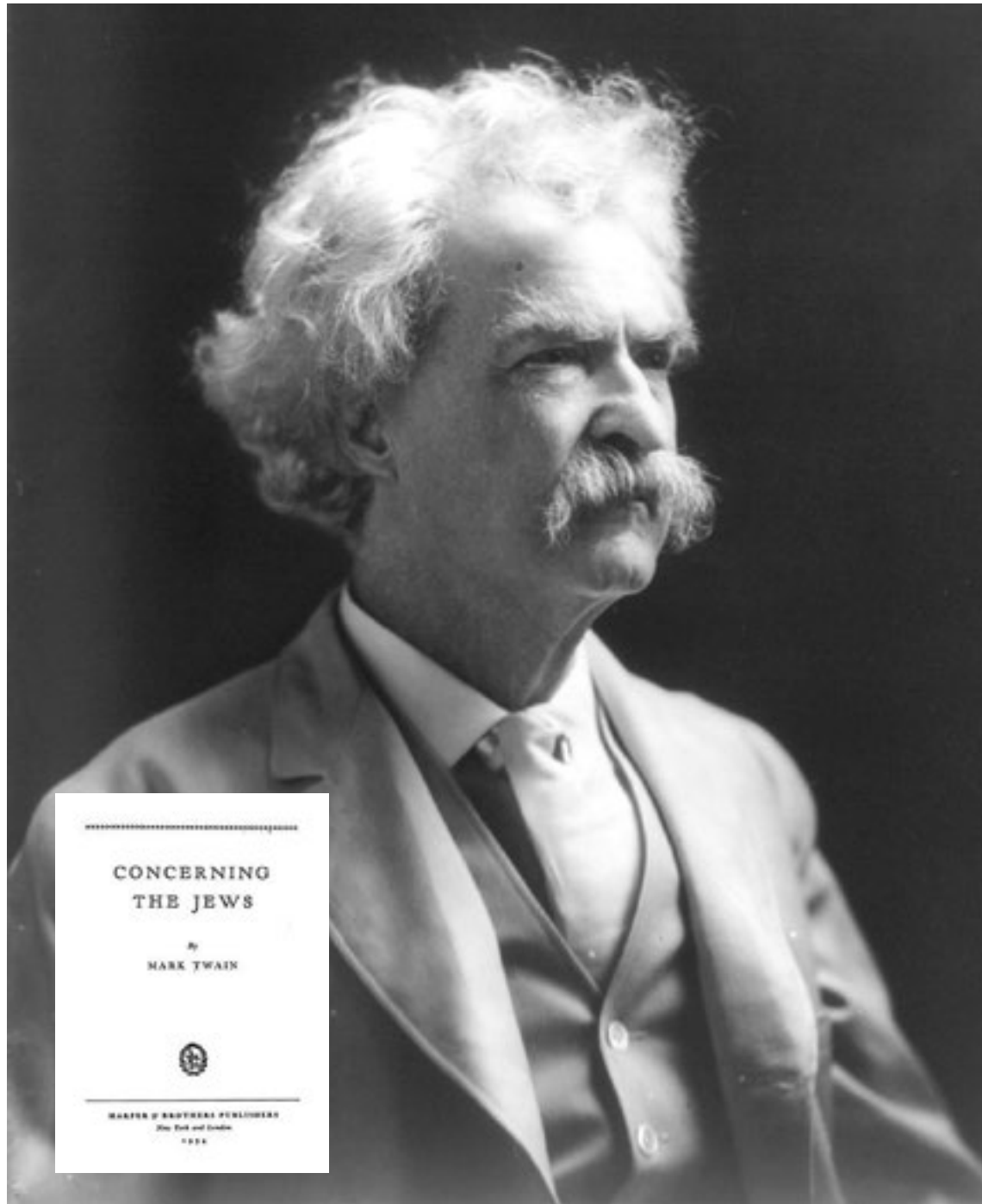
Bevölkerungsteilen mit Stereotypen belegt und zu Sündenböcken gemacht – eine Beobachtung, die Mark Twain mit seiner typischen scharfen Zunge auf den Punkt bringt. Dabei geht es um Fakten – etwa die Tatsache, dass Juden mit einer Vielzahl von Verboten belegt waren, mit denen sie umgehen mussten, um erfolgreich bestehen zu können. England und Österreich dienen Mark Twain als Beispiel dafür, welchen Einschränkungen europäische Juden unterworfen waren: Viele Berufszweige waren ihnen verschlossen. Seine Schlussfolgerung: „Ich bin überzeugt, dass in Russland, Österreich und Deutschland 90 Prozent der Feindseligkeit gegenüber Juden aus der Unfähigkeit der Christen herrührt, mit Juden erfolgreich bei Geschäften zu konkurrieren“ – eine Analyse, die auch Götz Aly viele Jahre später im Rückblick auf diese Zeit bestätigt.

Dabei, so Twain, könnten sie als Sinnbild für gute Staatsbürger gelten: Sie würden niemandem zu Last fallen, sondern sich untereinander helfen. Und sie seien loyale Untertanen. Als Beispiel führt Twain „jenen hessischen Herzog“ an, der während der französischen Revolution fliehen musste und sein Geld Rothschild in Frankfurt anvertraute: „Dreißig Jahre später, als Europa wieder ruhig und sicher war, kam der Herzog aus Übersee zurück, und der Jude gab ihm das Darlehen mit Zinsen zurück“. Die diskriminierenden Gesetze, so Twain, seien notwendig, um die Christen vor dem Armenhaus zu retten, da sie in keinem Beruf in der Lage seien, im Wettbewerb mit den Juden erfolgreich zu bestehen. Aus diesem Grund, so seine Schlussfolgerung, sei der Hass auf die Juden nicht auf religiöse Motive zurückzuführen.

Namen aus Österreich und Preußen

Interessant ist auch Twains Schlussfolgerung bezüglich einer Statistik der Enzyklopädie Britannica, die für die USA damals 250.000 Juden in der Statistik führte. Gefühlt, so Twain, seien es deutlich mehr, was auch an den „wundervollen und unausweichlichen“ Namen, die sie in Preußen und Österreich annehmen mussten, zu sehen sei – im Übrigen ein weiteres Symptom der „groben und grausamen“ Verfolgung der Juden, die für diese Namen entsprechende Gebühren zahlen müssen. Seine Schlussfolgerung: „Es könnte möglicherweise der Wahrheit entsprechen, dass viele Juden es vorzogen sich in Amerika nicht als Juden registrieren zu lassen, um sich gegen die schädlichen Vorurteile der christlichen Kunden zur Wehr zu setzen.“ Als Gegenmaßnahme empfiehlt Twain allen Juden, sich als solche zu erkennen zu geben und sich in der Politik einzumischen.

Die Schlussfolgerungen, die Twain in seinem Essay macht, sind in der Grafik wiedergegeben, die diesen Beitrag illustriert.



auf Deutsch unter dem Titel „Querkopf Wilson“ oder „Wilson, der Spinner“ erschienen. Es geht um zwei Jungen. Beide sehen weiß aus, der eine ist allerdings als Sohn einer Sklavin formal schwarz. Die Mutter des „schwarzen“ Jungen sorgt sich um seine Zukunft und vertauscht die beiden Kinder, die sich fortan ihrer Hautfarbe und Sozialisation entsprechend in völlig unterschiedliche Richtungen entwickeln. Wilson, dem das Buch seinen Titel verdankt, ist ein Jurist, der Fingerabdrücke sammelt – darunter waren auch die der beiden Jungen. Die Geschichte geht nicht gut aus. Der verhätschelte Sohn verwahtlos charakterlich und begeht am Ende sogar einen Mord, als seine Mutter versucht, ihn mit der Preisgabe seiner Herkunft zu erpressen. Nicht unerwartet blieb dieser 1894 veröffentlichte Roman ein Misserfolg – das Thema war seiner Zeit weit voraus und zeugt von der Weitsichtigkeit des Autors. Ein zentrales Anliegen des

rungstheorien, denen immer wieder auch durchaus gebildete Menschen anhängen, zeugt davon. Die Irrationalität, die hinter Vorurteilen steckt, von denen Antisemitismus eines der ältesten und am stärksten ausgeprägten ist, zeugt davon. Wenn man Mark Twains Einstellung gegenüber Juden betrachtet, so kann man zu dem Schluss kommen, dass er in seinen Schriften einem philosemitischen Leitbild folgte. Juden seien eine zu respektierende Rasse, weil sie verfolgt und unterdrückt wurden. Dies steht im Einklang mit seinem vehement geführten Kampf gegen die Dummheit und Barbarei rassistischer Vorurteile generell.

Christliche Feindseligkeit

1899 veröffentlichte Mark Twain den kurzen Essay „Concerning the Jews“ – inspiriert durch seine Zeit in Europa und besonders in Wien, wo antisemitische Vorurteile an der Tagesordnung waren. Juden wurden unproportional zu anderen

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Beutstr. 4. **A. Neumann** Amt I, Nr. 4321. Gegr. 1885. Kürschnermeister. Gegr. 1885.

Spezial-Fabrik für Pelzwaren jeden Genres.

Reellste fachmännische Bedienung.
Billigste Preise.

Umarbeitungen werden schnellstens ausgeführt.
Auswahlsendungen gegen Berliner Referenzen.

Zionisten!

Sammelt für den National-Fond

Zigarrenabschnitte, Chokoladestaniol, Flaschenkapseln, Briefmarken (auch alle deutschen!)
Abzuliefern an die Sammelstellen der Ortsgruppen oder an die

Zentralsammelstelle in Lübeck,
Frau Dr. Margarete Joël, Beckergrube 58.

Neu eröffnet

unter Aufsicht des Hamburger Oberabbinals.

Bähr's Hotel u. Restaurant
Hamburg

Alter Steinweg 66-67, parterre
Telefon Amt I, 5470. Telefon Amt I, 5470.

Der Neuzeit entsprechend ausgestattet.
Warmes Frühstück von der Pfanne.
ff. Diners à Mk. 1,20 und Mk. 1,50. Abendessen mässige Preise. Zimmer inkl. Frühstück von 2 M. an. Elektr. Licht.

Hochinteressant für Zionisten

Uhren mit hebräischen Ziffern
Metall-Uhren. Altsilber Oxydiert.

Künstlerische Gravierung. Prima Werk. Vergoldete Zeiger, Remontoir. 10 Mark.
Weckeruhren, gutgehend und richtig weckend, tadelloses Werk nur 6 Mk.

Zu haben allein bei
M. Riwkess,
BERLIN, Kaiserstrasse 35, vorn III Treppen.

Link's Privat-Logis

BERLIN C., Rosenthalerstrasse 49.
3 Minuten vom Bahnhof Alexander-Platz.
Telephon Amt 5886.

Es wird polnisch gesprochen. Es wird russisch gesprochen.
Schöne Zimmer auf Tage, Wochen und Monate.

Streng כשר Küche כשר Streng
עדת ישראל

Billige Preise, peinliche Sauberkeit.
כשר Refe. Orthodoxe Rabbiner כשר

Konservatorium für Musik

MAX SCHMERL
Kapellmeister.

BERLIN N., Weinbergsweg 9 "
Eingang Zehdenickerstrasse.

Prompteste Ausführung jeder Art Musik zu festlichen Gelegenheiten.

Übernahme ganzer Arrangements.

Fernsprecher: Amt 3, No. 8633.

Junger Mann

28 Jahre alt, Oesterreicher, Rabbinerssohn, mit Gymnasialmatura, kommerziell gebildet, seit 8 Jahren bei einem grossen Exporthause bedienstet, sucht sich zu verändern. Gefl. Zuschriften erbeten unter A. Z. 100 an die Administration d. Bl.

Zionismus und Staatsbürgertum
von
Rechtsanwalt Dr. Kollenscher
herausgegeben von der Zionistisch. Ortsgruppe Posen.

Preis 15 Pfennig, 20 Stück 2 Mark, 50 Stück 4 Mark, 100 Stück 7 Mark. Zu beziehen durch die Philipp'sche Buchhandlung in Posen.

כשר Geflügel-Handlung כשר

Prima Oderbrücker u. Mecklenburger Fettgänse sowie sämtliches Geflügel täglich frisch geschlachtet zu sehr billigen Preisen empfiehlt.

S. Benjamin, jetzt Dragonerstr. 38/40 (Laden).

Ausrichtungen von **כשר**

Hochzeiten, Dejeuners, Diners, Soupers
mit vollständig gedeckter Tafel.
Vorzügliche Speisen und Getränke. Zivile Preise.
Kalte Schüsseln und Mayonaisen.

Für Durchreisende vorzüglicher Mittagstisch auf vorheriger Anmeldung.
Unter Aufsicht des Rabb d. Israel. Synagogenqem Adass Jisroel.

S. Karpin, Berlin, Schröderstr. 11.
(Portal II) Querstrasse von der Garten- bzw. Elsassstrasse.

Die Thora-Krone von Hamburg und der Wiederaufbau der Bornplatz-Synagoge

In der Hamburger Gemeinde ist viel in Bewegung: Sie erhält nicht nur eine wertvolle Thora-Krone zurück, sondern baut auch ein neues Gotteshaus.

Von Filip Gaspar

Die Jüdische Gemeinde Hamburg ließ 1906 eine Synagoge am heutigen Joseph-Carlebach-Platz errichten, die zur damaligen Zeit zu den größten Deutschlands zählen sollte, mit Platz für 1.200 Betende. Im November 1938 begannen die Plünderungen, die wir heute als Reichspogromnacht bezeichnen. In die Hamburger Synagoge am Bornplatz kommen Leute der SA und SS mit dem Ziel alle Wertgegenstände zu plündern. Furcht und Schrecken zu verbreiten und eine Spur der Verwüstung zu hinterlassen, reichte ihnen nicht aus. Um die Synagoge zu entweihen und die Gemeindemitglieder noch mehr zu schikanieren, urinierten die Nazi-Schergen auf die Thorarollen, also auf das mit Abstand Wertvollste, was ein jüdisches Gotteshaus zu bieten hat. Die Bornplatz-Synagoge war außerdem im Besitz von Thora-Schmuck, dessen Verbleib aber nicht geklärt werden konnte. Manchmal landeten diese Devotionalien in Museen, bei Antiquitätenhändlern oder Sammlern. Umso größer die Freude über eine kürzlich wiederaufgetauchte Thora-Krone.

Doch von vorne: Vor zehn Jahren meldete sich ein Antiquitätenhändler aus Hamburg bei der jüdischen Gemeinde und bot die Thora-Krone zum Kauf an. Solche verruchten Vorgänge sind leider keine Seltenheit, denn Judaica sind gerngesehene Ware in der Antiquitätenszene. Bei einem sorgsamem und aus teurem Material hergestellten Chanukka-Leuchter oder wie in diesem Fall bei der Thora-Krone, kann es passieren, dass den Händler und potentiellen Abnehmer weniger interessiert, ob die Ware auch auf legalen Wegen erworben wurde. So schildert es der Hamburger Unternehmer und Mitglied der jüdischen Gemeinde Hamburg, Daniel Sheffer (50), am Telefon. Da die Gemeinde nicht über die finanziellen Mittel verfügte, kam ein Kauf damals nicht zustande. Der Antiquitätenhändler fragte in den vergangenen Jahren regelmäßig bei der Gemeinde an, ob das Kaufinteresse weiterhin bestünde. Im Frühjahr dieses Jahres entschied sich die Gemeinde dazu, die angebotene Thora-Krone mal genauer unter die Lupe zu nehmen und man wurde fündig. Man kann den Ursprung der Krone anhand der Inschrift exakt zurückverfolgen. Dies ist möglich, weil der Stifter des Silberkunstwerks seinen eigenen und den Namen von Avraham Markus Hirsch auf Hebräisch eingravieren ließ. Avraham Markus Hirsch war der erste Rabbiner der 1906 geweihten Bornplatz-Synagoge.

Geld ausgeben für eine Sache, die rechtmäßig der Gemeinde sowieso gehört

Der Hamburger Rabbiner machte dem Antiquitätenhändler das Angebot, der Gemeinde die Krone gegen eine Spendenquittung zu überlassen. Ein Angebot, das der Händler jedoch ablehnte. So sah Sheffer keine andere Möglichkeit, als die Krone selbst zu erwerben und sie der Gemeinde zu



Blick von der Beneckestr. über Bornplatz und Binderstr. zur Synagoge mit Grindelhof (links), 1906

spenden.

„Es war ein Wechselbad der Gefühle als ich die Thora-Krone in den Händen hielt. Zum einen war ich glücklich, dass wir sie zurückerhalten, auf der anderen Seite verspürte ich Wut, dass wir für etwas, das rechtmäßig uns gehört, auch noch bezahlen sollen.“

Ich versuche den Kaufpreis und Namen des Händlers aus ihm herauszukitzeln, doch da wir uns aufgrund von Corona nicht persönlich treffen, sondern miteinander nur telefonieren, war dies nicht möglich und an meinen telepathischen Fähigkeiten feile ich noch. Den genauen Preis verrät er mir nicht, aber soviel, dass es sich um einige Tausend Euro handelt. Obendrauf kommt noch einmal dieselbe Summe, denn die Thora-Krone befindet sich in keinem guten Zustand, und muss erst einmal restauriert werden.

Unterschriftenaktion

Daniel Sheffer ist auch Initiator der 80-tägigen Kampagne „Nein zu Antisemitismus – Ja zur Bornplatz-Synagoge“, die sich zum Ziel gesetzt hat bis zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 100.000 Online-Unterschriften für den Wiederaufbau der Synagoge im Grindelviertel auf der Webseite www.bornplatzsynagoge.org zu sammeln.

Diese begann am 9. November 2020, am Tag der Rückgabe der Krone an die jüdische Gemeinde, mit einer spektakulären Zeremonie auf dem Joseph-Carlebach-Platz. Das junge Gemeindemitglied Eve überreicht die Krone an den Rabbi Shmuel Havlin, während dieser das Totenlied „El Male Rachamim“ (Gott voller Erbarmen) anstimmt. 82 Jahre nachdem sie von den Nazis gestohlen

wurde, kehrt die Thora-Krone wieder an ihren rechtmäßigen Platz zurück. Bis zum Wiederaufbau der Bornplatz-Synagoge und der vollständigen Restaurierung wird diese solange in der Synagoge an der Hohen Weide aufbewahrt werden.

„Plünderung, Zerstörung und Enteignung müssen enden! Bis heute ist die Stadt Hamburg im Kataster eingetragen. Der Wiederaufbau setzt ein positives Signal, nicht nur für unsere Gemeinde, sondern für alle Hamburger!“, sagt Sheffer.

Wir berichten vor ca. genau einem Jahr in dieser Zeitung über die Pläne der Gemeinde zum Wiederaufbau. Nach dem gescheiterten Attentat von Stephan Balliet auf die Hallenser Synagoge am 9. Oktober 2019, der nur durch die robuste Synagogentür – und leider nicht durch die Polizei – aufgehalten werden konnte, beschlossen alle Parteien der Hamburger Bürgerschaft einstimmig, dem Wunsch zum Wiederaufbau nachzukommen. Hierfür ist die Ausschreibung einer europaweiten Machbarkeitsstudie nötig. Diese muss eine Übersicht über den historischen Bau, eine vollständige Liste der Untersuchungsgegenstände und auch das Nutzungskonzept beinhalten. Daniel Sheffer meint dazu:

„Unsere Gemeinde hat ca. 2.500 Mitglieder, benötigt aber keine 1.200 Plätze wie die ursprüngliche Synagoge. Wir wünschen uns nicht eine bloße Religionsstätte, sondern eine Repräsentanz jüdischen Lebens in Hamburg für Hamburger Menschen, seien es Schulklassen, Angestellte, Rentner oder wer auch immer, sollen sich eingeladen fühlen Juden kennenzulernen. Somit sollen Vorurteile gar nicht erst entstehen können.“

Der Bund hat hierfür bereits 600.000 Euro zur Verfügung gestellt, und auch wenn die Bürgerschaft ihre volle Unterstützung zusagte, tat sich eine geraume Zeit erstmal wenig bis gar nichts. Die Machbarkeitsstudie konnte nicht in Auftrag gegeben werden und Gelder wurden nicht bewilligt. Und in der Corona-Zeit befürchtete man, dass das Verständnis der Gesamtbevölkerung dafür große finanzielle Unterstützung in den Wiederaufbau zu stecken, schwinden könnte.

Doch dieser Wiederaufbau ist nun ein gutes Stück vorangekommen, um 65 Millionen Euro ist er vorangekommen, um genau zu sein. Am 27. November nahm der Haushaltsausschuss im Deutschen Bundestag den Wiederaufbau der Synagoge in die Maßnahmenliste zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus auf. Möglich wurde dies, indem entschieden wurde die Ausgaben für „Globale Mehrausgabe für Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sowie zur Stärkung des interreligiösen Dialogs“ nochmals um 150 Millionen für 2021 bis 2024 zu erhöhen. Somit sind mit den 65 Millionen Euro knapp die Hälfte der Wiederaufbaukosten gesichert. Die restliche Summe muss die Freie und Hansestadt Hamburg aufbringen.

Somit ist der Weg nun frei, um die für den Wiederaufbau benötigte Machbarkeitsstudie europaweit auszusprechen. Einen Zuwendungsantrag beim Bundesverwaltungsamt hatte die Gemeinde bereits im April gestellt, doch ein Ergebnis ist bisher nicht vorhanden.

Rabbi Menachem Mendel Schneerson: eine außergewöhnliche Lebensleistung

Vor 70 Jahren, am 23. Januar 1950, wurde Rabbi Menachem Mendel Schneerson zum 7. Ljubawitscher Rebbe von Chabad-Ljubawitsch und damit zum spirituellen Führer des Chabad.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Stellen Sie sich vor: ein bekannter und einflussreicher Rebbe vermählt seine Tochter – und keiner kennt den Bräutigam! Etwas Ähnliches passierte am 27. November 1928 in Warschau, als die Tochter des 6. Ljubawitschen Rebben, Rabbi Josef Jitzchak Chaja Muschka, Menachem Mendel Schneerson heiraten sollte. Natürlich war der Bräutigam nicht ganz unbekannt. Er war immerhin der Sohn des großen Rabbiners und Kabbalisten Rabbi Levi Jitzchak Schneerson, dem Oberrabbiner von Jekaterinaslaw (Ukraine). Aber was zeichnete den zukünftigen Schwiegersohn des Rebben aus? Das wusste niemand und genau das fragte ein angesehener Chassid, der als Zeuge bei der Hochzeit fungieren sollte, den Rebben. Rabbi Josef Jitzchak sagte, dass der 26-jährige Menachem Mendel schon den ganzen Talmud und ganzen Schulchan Aruch (halachischen Kodex) durchgelernt hat. Diese Antwort hat den Chassid wenig beeindruckt, denn in jener Zeit gab es nicht wenige, die dieses Kunststück schafften. Dann sagte der Rebbe dem Chassid Folgendes: um vier Uhr morgens schläft mein zukünftiger Schwiegersohn nie: entweder war er noch nicht schlafen gegangen, oder stand schon auf.

Und das ist wohl die beste Beschreibung eines Menschen, der das Judentum revolutioniert hat, Tausenden geholfen hat und zum weltweit anerkannten geistigen Oberhaupt der Generation wurde.

Der Anfang und die Rettung seines Schwiegervaters vor den Kommunisten

Rabbi Menachem Mendel Schneerson wurde 1902 in Nikolaew (Ukraine) geboren. Er lernte die Tora hauptsächlich mit seinem Vater und seinem Großvater Rabbi Meir Schlomo Janowskij, der ebenfalls ein sehr bekannter und angesehener Rabbiner war.

Als er 20 Jahre alt war, besuchte er den 6. Ljubawitscher Rebben in Rostow am Don, was ein überaus schicksalhaftes Treffen war. Rabbi Josef Jitzchak war von jungem Menachem Mendel so begeistert, dass er ihm mehrere wichtige Aufgaben anvertraute. In der damaligen Sowjetunion, wo Religionen mit allen Mitteln bekämpft wurden, konnte das durchaus gefährlich sein. Es kam jedoch so, dass gerade Menachem Mendel seinen zukünftigen Schwiegervater vor dem NKWD rettete. Als der damalige Rebbe 1927 vom NKWD für seine jüdischen Aktivitäten verhaftet und zum Tode verurteilt wurde, setzte Menachem Mendel alles in Gang, um Druck auf die sowjetische Regierung auszuüben. Dieser Druck sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland war so groß, dass die sowjetische Regierung auf wunderbare Weise nachgegeben hat. Die Todesstrafe für den Rebben wurde zuerst durch die Verbannung nach Kostroma ersetzt, was erst einmal eine große Erleichterung bedeutete.

Wenige Wochen später wurde entschieden, dass Rabbi Josef Jitzchak die Sowjetunion verlassen soll. Dabei durfte er nur ein paar engste Verwandte mitnehmen. Als der Rebbe auch Menachem Mendel in die Ausreisefrage eintragen wollte, wurde der zuständige Beamte kritisch: wer denn das überhaupt sei, wollte er wissen. Der Rebbe antwortete, dass es sich um seinen



Ein junger Jude posiert vor einem Porträt des Ljubawitscher Rebbe in der südraelischen Stadt Sderot

zukünftigen Schwiegersohn handele. Der Beamte war skeptisch: „Dann finden Sie sich eben einen anderen Schwiegersohn!“, murmelte er. Darauf sagte der Rebbe mit fester Stimme: „So einen Schwiegersohn werde ich nirgendwo finden“. Der Beamte war beeindruckt und Menachem Mendel reiste mit seinem Rebben aus.

Nach der schon erwähnten Hochzeit in Warschau reiste das frisch vermählte Paar nach Berlin, wo Menachem Mendel sein Studium als Gasthörer an der Humboldt-Universität (damals Kaiser-Wilhelms-Universität) fortsetzte. Dieses Studium war schon eine seltsame Angelegenheit, die wohl bis heute viele wundert. Auch heutzutage ist das Studieren an einer Uni für einen chassidischen Mann schwer vorstellbar, umso mehr damals und schon ganz zu schweigen für einen Schwiegersohn eines chassidischen Rebben!

Das Leben von Rabbi Schneerson in Berlin

In Berlin lebte der Student Schneerson mit seiner Frau von 1928 bis März 1933 in mehreren Mietwohnungen zur Untermiete. In der Straße Hansa-Ufer 7, wo das junge Paar in den letzten Monaten vor der Abreise nach Paris wohnte, gibt es heute eine Gedenktafel. Rabbi Schneerson betete normalerweise im Radomsker Stibl in der Grenadierstraße, weil dort vermutlich sein Gebets-Nusach (Nusach Ari) gebetet wurde. In der Nähe befand sich das Hildesheimer Rabbiner-Seminar, wo Rabbi Schneerson als Gast lernte. Interessanterweise studierte an der gleichen Universität damals auch Rabbi Joseph Ber Soloveitchik (1903-1993), der später zum geistigen Anführer des amerikanischen orthodoxen Judentums und eine prägende Persönlichkeit der „Modern Orthodox“-Bewegung wurde. Josef Ber und Menachem Mendel waren in Berlin gut miteinander bekannt.

Viele Jahre später, schon in Amerika, erzählte Rabbi Soloveitchik, dass Menachem Mendel schon damals eine sehr beeindruckende Persönlichkeit war. Als erstes nannte Rabbi Soloveitchik seine Ernsthaftigkeit und Konzentration auf das Tora-Lernen. Rabbi Schneerson hatte immer Sforim (religiöse Bücher) dabei und lernte die Tora immer, wenn es die Möglichkeit dazu gab. Rabbi Soloveitchik erwähnt eine interessante Geschichte dazu: Menachem Mendel versuchte immer hinten im Hörsaal zu sitzen und nachdem ihm bei der Vorlesung alles klar geworden war, nahm er seinen Sefer und vertiefte sich in die Tora. Bei einer Vorlesung merkte der Professor das und rief: „Schneerson, wiederholen Sie bitte das, was ich gesagt habe“. Menachem Mendel hatte alles fast wortwörtlich wiedergegeben. Danach hatte dieser Professor keine Einwände mehr.

Außerdem erinnerte sich Rabbi Soloveitchik, dass Rebbe Schneerson einen Schlüssel der Mikwe (rituelles Tauchbad) ausgeliehen hat und jeden Morgen dorthin gegangen ist. Damals wie heute haben die Männer die Mikwe entweder vor Schabbat oder nur vor den Feiertagen benutzt. Die Chassidim benutzen die Mikwe aber jeden Tag. Trotzdem war die Hingabe, mit der ein junger Mann in der großen Stadt diesen Brauch befolgt hat, nicht nur für Rabbi Soloveitchik bemerkenswert.

Jedoch hat Menachem Mendel in Berlin nicht nur studiert, die Tora gelernt und die Mikwe besucht. Als rechte Hand des Rebben war er in alle seine Aktivitäten eingebunden. Schon damals nannte ihn sein Schwiegervater „mein Bildungsminister“. Deshalb erhielt Rabbi Schneerson auch in Berlin an eine bestimmte Adresse Säcke voll mit Briefen aus Warschau und Riga (wo damals Rabbi Josef Jitzchak gelebt hat). Rabbi Menachem Mendel sichtete alle diese Briefe und beantwortete

sie. Jedoch blieb seine Tätigkeit für seinen Schwiegervater für viele Jahre unsichtbar. Seine wahre Größe wurde erst Jahre später, in Amerika erkannt.

Flucht aus Frankreich und als Ingenieur in New York

Nach Hitlers Machtergreifung hat Rabbi Schneerson schnell verstanden, wozu dessen Machtergreifung führen wird und zog mit seiner Frau nach Paris, wo er weiterhin an der Sorbonne-Universität Ingenieur-Fächer studierte. Als die Wehrmacht im Jahre 1940 auch Frankreich eroberte, floh Rabbi Schneerson mit seiner Frau über Vichy und Nizza mit dem letzten Schiff nach New York, wo bereits sein Schwiegervater lebte.

Nach seiner Ankunft in Amerika in 1941 hatte Rabbi Schneerson sogar eine Weile als Ingenieur beim Brooklyn Navy Yard in New York gearbeitet, was nicht gerade typisch für den Schwiegersohn eines chassidischen Rebben ist. Jedoch wird er immer mehr von seinem Rebben und Schwiegervater in die „jüdische Arbeit“ involviert. Bereits im Jahre 1942 wird er zum Direktor von drei sehr wichtigen Chabad-Institutionen: „Machneh Isroel“ (Soziales), „Merkos L'Inyonei Chinuch“ (Erziehung und Bildung) und „Kehot Publication Society“ (Verlag) ernannt. Einige Monate später wird der Rabbi zum Hauptredakteur von „Otzar Chassidim Ljubawitsch“ und beginnt Bücher und Monographien mit eigenen Kommentaren herauszugeben. Und da die meisten alten Büchern in einem ziemlich schlechten Zustand waren, war dies eine herausragende Leistung von Rabbi Schneerson.

Solche Großtaten waren vor der chassidischen Gemeinde nicht mehr zu verbergen und immer mehr Menschen begannen zu verstehen, welch ein Genie sich in dem ruhigen und bescheidenen Schwiegersohn des 6. Ljubawitschen Rebben verbirgt.

Zum Zeitpunkt des Ablebens von Rabbi Josef Jitzchak im Jahre 1950 war für viele Chassidim Rabbi Menachem Mendel schon eine feste Größe.

Übernahme der Führung

Nach dem Ableben von Rabbi Josef Jitzchak am 10. Schwat 5710 (29. Januar 1950) kam sofort die Frage, wer der nächste Ljubawitscher Rebbe sein wird. Theoretisch gab es als Kandidaten für Nachfolge beide Schwiegerväter des Rebbe: Rabbi Shmaryahu Gurary (der Ehemann der älteren Tochter des Rebbe Chana) und Rabbi Menachem Mendel Schneerson. Jedoch gab es für viele nur einen möglichen Kandidaten, und zwar Rabbi Menachem Mendel. Obwohl Rabbi Gurary ziemlich früh auf die Führung von Chabad verzichtete, lehnte es überraschenderweise auch Rabbi Menachem Mendel selbst ab, der nächste Rebbe zu werden. Er führte kommissarisch alle Geschäfte von Chabad, beantwortet Briefe, leitet Farbrennen (chassidische Zusammenkünfte), womit ihn sein Schwiegervater vor Jahren beauftragt hatte, doch verweigerte die Führung. Seine Begründung war einfach: er habe von seinem Rebbe (Rabbi Josef Jitzchak) keine Anweisungen bekommen. So dauerte es ein Jahr. Vor dem Begehen des ersten Todestages (Jorzeit) des früheren Rebbe gingen mehrere alte Chassidim zum Grab des Rebbe beteten, damit Rabbi Menachem Mendel endlich die erhoffte Anweisung von ihm erhalten möge.

Am Tag der Jorzeit fand ein Farbrennen zum Andenken an Rabbi Josef Jitzchak statt. Wie gewohnt leitete Rabbi Menachem Mendel das Farbrennen. Er weinte viel und sprach über die unglaubliche Selbstopferung (Meserut Nefesch) des früheren Rebbe für das Wohl des jüdischen Volkes sowohl in Russland als auch in Amerika. Dann stand ein Chassid auf und sagte: wir wollen Maamar hören! Maamar ist eine tiefe chassidische Betrachtung, die nur von einem Rebbe gesagt werden kann. Der Rabbi zögerte ein wenig und begann

sein erstes Maamar zu sagen. Damit wurde allen klar, dass Rabbi Menachem Mendel Schneerson zum 7. Ljubawitschen Rebbe geworden ist.

Lebensleistung

Wenn man betrachtet, was der Rebbe in den Jahren von 1951 bis 1994 geleistet hat, würde man nicht glauben, dass ein Mensch so viel erreichen kann.

Von Anfang an war das Ziel des Rebbe jeden Juden zu erreichen, egal ob gläubig oder nicht, orthodox, liberal oder säkular. Dafür ging Rabbi Schneerson oft neue und kreative Wege. Er war der erste, der Rundfunk und Medien für seine Auftritte benutzte. Rebbe sandte seine Repräsentanten (Schluchim) in alle Ecken der Welt, um dort Juden zu helfen und jüdisches Leben zu etablieren. Es wird gewitzelt, dass Chabad überall ist, wo es Coca-Cola gibt, und sogar dort, wo es sie nicht gibt.

Der Rebbe traf sich mit vielen Menschen, sowohl einfachen Juden als auch großen Politikern, die seinen Rat suchten und schätzten. Auch Nichtjuden widmete der Rebbe Zeit. So bestand er darauf, dass man die Sieben Noachidischen Gesetze unter Nichtjuden bekannt macht und fürs Einhalten dieser Gesetze begeistert.

Der Rebbe hat sich nicht nur um die religiösen Belange der bärtigen Männer gekümmert. Er unterstützte auch das religiöse Leben von Frauen und Kindern. Rebbe betonte mehrmals, dass auch Frauen die Tora lernen dürfen und sollen, was ebenfalls revolutionär war. Legendär sind bis heute die Kinder-Paraden am Lag BaOmer-Fest, die heutzutage in der ganzen Welt durchgeführt werden und jedes Jahr die Kinder aufs Neue für jüdische Werte begeistern.

Legendär waren auch seine Dollar-Verteilaktionen. Jeden Sonntag verteilte Rebbe Dollars an hunderte Menschen, um sie zur Wohltätigkeit zu animieren. Manchmal dauerte diese Verteilung acht Stunden lang! Eine Frau fragte den Rebbe einmal, wie es möglich ist, dass er davon nicht müde wird? Rebbe antwortete, dass man nie müde



Gedenktafel für Rabbi Menachem Mendel Schneerson an seinem ehemaligen Wohnort in Berlin.

Bücher und unzählige Chabad-Zentren auf der ganzen Welt erreichen die Juden, bringen ihnen jüdische Tradition und beleuchten diese in der mit Krisen und Problemen vollen Welt.

Anerkennung

Die herausragende Tätigkeit des Rebbe fand mit der Zeit immer mehr Beachtung und Anerkennung. Der Rabbi Menachem Mendel wurde immer wieder ins Weiße Haus von verschiedenen amerikanischen Präsidenten eingeladen, jedoch lehnte er diese Einladungen immer ab. Er habe keine Zeit, denn er soll sich um die Juden in der ganzen Welt kümmern, sagte er. Und das war keine Floskel: kaum zu glauben, aber seitdem der Rebbe die Führung über Chabad im Jahre 1951 übernahm, nahm er keinen einzigen Urlaubstag! Der einzige Ort, zu dem er ab und zu gefahren ist, war der Ohel – die Grabstätte seines Schwiegervaters und Vorgängers in Queens. Kein Wunder, dass der Rebbe für sein Lebenswerk zwei hohe Auszeichnungen erhielt. So legte der US-Kongress im Jahre 1983 aus Anlass des 80. Geburtstag des Rabbi Schneerson seinen Geburtstag als „Nationalen Tag der Erziehung“ (Education Day) fest. Bemerkenswert dabei ist, dass dieser Tag der Erziehung am jüdischen Geburtstag des Rebbe am 11. Nissan gefeiert wird und deshalb jedes Jahr auf verschiedene Daten des gregorianischen Kalenders fällt. Außerdem verlieh ihm der US-Kongress die National Scroll of Honor.

In nur wenigen Monaten nach seinem Ableben wurde der Rebbe im Jahre 1994 für sein Lebenswerk und für seine „außergewöhnlichen und anhaltenden Beiträge zur weltweiten Erziehung, Moral und Taten der Güte“ postum mit der höchsten zivilen Auszeichnung des US-amerikanischen Kongresses, der Congressional Gold Medal, bedacht. Das war eine jener seltenen Ausnahmen der Einigkeit, als die Entscheidung sowohl von Demokraten als auch von Republikanern einstimmig mitgetragen wurde.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
 Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51, (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60
 E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
 Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski
Kontaktmöglichkeiten
 • per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
 • per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion) • per Fax: (030) 23 32 88 60 (Aboverwaltung)
 • per Website: www.juedische-rundschau.de
Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51
 E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
 Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
 Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
 © Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
 Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

- Unsere Kontaktadressen**
- J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
 - (030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
 - (030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
 - redaktion@juedische-rundschau.de
 - (030) 23 32 88 60
 - www.juedische-rundschau.de
 - www.facebook.com/jrundschau
 - @jrundschau



COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

- «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von
- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
 - 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
 - 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
 - 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift **X** _____

Ich zahle gegen Rechnung:
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Tu BiSchvat – Der über 2000 Jahre alte jüdische Tag des Umweltschutzes und der Bäume

Die Juden bedurften nicht der Grünen, um die Umwelt zu schützen. Im modernen Israel ist Tu BiSchvat ein nationaler Feiertag: Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene pflanzen neue Baumsetzlinge im ganzen Land.

Von Dovid Gernetz

Im Jahr 2012 wurde der 21. März von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der Wälder erklärt und seitdem jährlich gefeiert. In der jüdischen Tradition gilt der 15. Schvat (Tu BiSchvat) als „Tag der Bäume“. Manche nehmen fälschlicherweise an, dass dieser Feiertag relativ jung sei und von KKL (Keren Kayemet LeIsrael, Jüdischer Nationalfond) initiiert wurde, um die Pflanzung von Bäumen in Israel zu fördern. In Wahrheit ist diese Tradition viel älter und basiert auf der Mischna im Traktat Rosch HaSchana (1:1):

„Am 1. Schvat ist Neujahr für die Bäume, laut der Meinung von Bet Shamaï (Lehrschule von Shamaï). Bet Hillel (Lehrschule von Hillel) sagen, am 15. dieses Monats (Schvat).“

Somit ist laut Bet Hillel (deren Meinung wir stets folgen) der 15. Schvat das besagte Neujahr für die Bäume. Doch wozu brauchen Bäume überhaupt ein Neujahr?

Die Kommentatoren erklären, dass sich diese Mischna auf die Gesetze des Ma'asers (Zehntel) bezieht, welches jährlich von den Bäumen abgesondert werden muss. Dabei müssen alle Bäume, von welchen das Maaser abgesondert wird, aus demselben Jahr stammen und der Jahresbeginn diesbezüglich ist der 15. Schvat.

Obwohl dieses Datum in der Mischna nur in Bezug auf Ma'aser gebracht wird, hat sich dieser Tag dennoch im Laufe der Zeit zum „jüdischen Tag der Bäume“ entwickelt, an dem wichtige Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit behandelt werden.

Diese Themen sind heutzutage sehr aktuell und populär und beschäftigen sogar die Politik, aber ihre Popularität reicht noch nicht so lange zurück und früher waren sie sogar ungehört. Im Judentum sind diese Themen seit tausenden von Jahren aktuell, eigentlich schon seit der Schöpfung der Welt bzw. des Menschen:

„Siehe die Taten [Schöpfungen] des Ewigen, denn wer wird sie wieder aufrichten, nachdem sie zerstört wurden?“ Kohelet Kap.7, Vers 13

Der Medrasch (Kohelet Rabba) setzt diesen Vers in den Kontext einer Unterhaltung G'ttes mit Adam HaRischon, dem ersten Menschen. Nachdem G'tt den ersten Menschen erschaffen hatte, führte er ihn im Gan Eden (Garten Eden) herum und zeigte ihm die Schönheiten der Schöpfung. Im Anschluss warnte G'tt Adam ausdrücklich davor, diese wunderbare Welt zu zerstören, denn falls er das tun würde, gäbe es niemanden, der es wieder rückgängig machen könnte (außer G'tt natürlich).

Daraus lernen wir die generelle Verantwortung der Menschheit für den Schutz und die Kontinuität unserer Erde zu sorgen und sie vor Zerstörung und Verschmutzung zu schützen.

„G'tt nahm den Menschen und stellte ihn in den Garten Eden, ihn zu bearbeiten und zu hüten.“ (Bereschit Kap.2, Vers 15)

Auch in der Tora wird gleich zu Beginn der Geschichte der Menschheit unter anderem auf diese Verantwortung hingewiesen. Nach der Schöpfung des Gan Eden und dessen detaillierter Beschreibung, wird berichtet, dass der Gan Eden Adams Lebensraum sein wird. Dieses Privileg



Israels Premierminister Netanjahu pflanzt anlässlich von Tu BiSchvat einen Baum in dem Dorf Mevo'ot Jericho.

bringt jedoch auch Verpflichtungen mit sich und so ist es Adams Pflicht, ihn zu bearbeiten und zu hüten. Es gibt viele Erklärungen, was genau damit gemeint ist, und manche Kommentatoren sind der Meinung, dass damit spirituelle Arbeit gemeint sei.

Jedoch gilt in der Regel, dass die offensichtliche Bedeutung stets erhalten bleibt, auch wenn es eine tiefere Erklärung gibt und somit deutet dieser Vers auch auf die Pflicht der Menschheit hin ihren Lebensraum zu hüten und keinesfalls zu zerstören.

Pflanzen eines Baumes in Israel - Nachhaltigkeit

Viele Menschen denken, dass das Pflanzen von Bäumen in Israel vom KKL erfunden wurde und erst seit ungefähr 1901 stattfindet. Aber auch diese Tradition wurde nicht von KKL initiiert und ist auf einen Medrasch zurückzuführen:

„Haschem, Eurem G'tt, sollt ihr nachfolgen [...] und an ihm festhalten!“ (Devarim Kap.13, Vers 5)

Der Medrasch (Vaikra Rabba Kap. 25:3) fragt, wie es möglich sei, G'tt zu folgen und an ihm festzuhalten, denn er [G'tt] geht durch Wasser und ist fressendes Feuer. Darauf antwortet der Medrasch, dass man ihm folgen und an ihm festhalten kann, indem man sein Verhalten imitiert: Genauso wie G'tt am Anfang der Schöpfung Bäume pflanzte, so sollen auch wir seinem Beispiel folgen und Bäume pflanzen (Diesem Medrasch nach, würde man G'ttes Beispiel folgen, auch wenn man außerhalb von Israel Bäume pflanzt und die Natur fördert).

Auch im Talmud (Taanit 23a) finden wir eine Geschichte über Choni, einen großen jüdischen Weisen, der sich einst auf einer Reise befand. Er sah einen alten Bauern, der gerade dabei war, einen Johannisbrotbaum zu pflanzen. Choni fragte ihn, warum er das tue, er sei doch schon sehr alt und der gepflanzte Baum wird erst in 70 Jahren Früchte tragen.

Darauf antwortete ihm der alte Bauer, er habe seinerzeit einen Johannisbrotbaum von seinem Vater erhalten und deshalb pflanzt auch er jetzt einen Johannisbrotbaum, damit auch seine Kinder und Nachkommen Früchte eines solchen Baumes genießen können. Wieder einmal sehen wir, dass uns befohlen wurde für die Zukunft zu sorgen, um die ökologische Stabilität unserer Erde zu gewährleisten und unseren Kindern eine gesunde und saubere Welt zu hinterlassen, wie wir sie von unseren Vorfahren erhalten haben.

Baal Taschit - Das Verbot der grundlosen Zerstörung

„Wenn du eine Stadt viele Tage belagerst, sie durch Krieg in deine Gewalt zu bringen, sollst du ihren Baum nicht verderben, eine Axt an ihn zu schwingen, denn von ihm sollst du essen, ihn aber nicht fällen“ (Devarim Kap. 20, Vers 19)

Obwohl in diesem Vers nur von Frucht bäumen die Rede ist, besagt die mündliche Überlieferung, dass jegliche Art von grundloser Zerstörung verboten ist (Rambam Melachim Kap. 6, Ab. 10). Wer dieses Verbot übertritt und ohne Grund Natur oder Gegenstände zerstört, bekommt Makkot (Schläge) vom Beit Din (jüdischen Gerichtshof), wie bei jedem anderen Verbot aus der Tora.

Jeder Bestandteil der Schöpfung hat seine Aufgabe

Doch warum ist der Akt der Zerstörung so schlimm, dass er anderen, scheinbar viel schlimmeren Verboten der Tora gleichgesetzt wird (z.B. dem Essen von Schweinefleisch)?

Rav S.R. Hirsch (Horeb, Seite 397-398) erklärt, dass der „Zerstörer“ mit seinem Verhalten demonstriert, dass diese Welt keinen Besitzer hat und man deswegen mit ihr anstellen kann, was man möchte. Jeder Grashalm und jeder Baum wurde von G'tt aus einem bestimmten Grund erschaffen und wenn

man diesen ohne Grund vernichtet oder missbraucht, kann seine beabsichtigte Funktion auf dieser Welt nicht erfüllt werden.

„Denn der Mensch ist der Baum des Feldes...“ (Devarim Kap.20, Vers 19)

Rav Hirschs Interpretation folgend, bezieht sich möglicherweise der Vergleich des Menschen mit einem Baum darauf, dass beides Schöpfungen G'ttes sind, jeder mit seiner Aufgabe in dieser Welt, und es uns obliegt, diese Aufgabe zu respektieren.

Ist das Benutzen von Bäumen verboten?

Das bedeutet nicht, dass man keine Bäume fällen und die Nutzung der Natur der Menschheit verwehrt ist. Die Natur ist keine Gottheit, welcher wir dienen und sie verehren, sondern genauso wie wir Menschen, Teil der G'tlichen Schöpfung.

Im Judentum gilt die allgemeine Auffassung, dass diese Welt für den Menschen geschaffen wurde und alle anderen Schöpfungen, wie Tiere und Natur, hier sind, um dem Menschen zu dienen und sein Leben zu erleichtern. Wenn die restliche Schöpfung diesen Zweck erfüllt, dann ist das der beste Tikkun (Verbesserung) für sie, weil sie dadurch dem „Nezer HaBria“ (Kranz der Schöpfung - dem Menschen), zur Erfüllung seiner Aufgabe verhilft.

Wenn jedoch Meere und Ozeane verschmutzt, tausende Hektar Wald gerodet und die Luft mit schädlichen Gasen verpestet wird, nur aus Geldgier und Rücksichtslosigkeit, dann überschreitet dies unsere Befugnis. Wie ein Arbeiter keine Befugnis hat, dass zur Verfügung gestellte Werkzeug zu zerstören und rücksichtslos damit umzugehen, so darf auch der Mensch nicht auf diese Art und Weise von der Welt Gebrauch machen!

„Was wir heute tun, entscheidet wie die Welt morgen aussehen wird!“ (Boris Pasternak, russischer Dichter und Schriftsteller)